A

ARCHITEKTUR DER DDR

8'75

Preis 5,— Mark

U.C.C.
OCT 6 1975
LIBRARY

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Bestellungen nehmen entgegen:

Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

Für Buchhandlungen:

Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb
der Deutschen Demokratischen Republik
DDR – 701 Leipzig, Leninstraße 16

Für Endbezieher:

Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw.
Zentralantiquariat der DDR
DDR – 701 Leipzig, Talstraße 29

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR"
VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 204 12 67 · 204 12 68
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
P3/32/75 bis P3/34/75

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 204 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber- Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR

Anzeigen

Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung Berlin
1054 Berlin, Hauptstadt der DDR
Wilhelm-Pieck-Str. 49, Fernruf: 2 26 27 12
und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen der Bezirke der DDR
Gültige Preisliste Nr. 3

Fachtagung „Umweltgestaltung – Lichtgestaltung"

Die KDT führt vom 20. 11. bis 21. 11. 1975 in Halle, im Jugendklubhaus „Philipp Müller", eine Fachtagung zum Thema „Umweltgestaltung – Lichtgestaltung" mit internationaler Beteiligung durch.

In den Referaten werden u. a. folgende Themenkreise behandelt:

- Arbeitsleistung in Abhängigkeit der Beleuchtung
- Farbgestaltung in der Arbeitsumwelt
- Analyse der Sehaufgabe als Voraussetzung für die Beleuchtungsplanung
- Durchsetzung der TGL „Beleuchtung mit künstlichem Licht" bei der Rekonstruktion von Beleuchtungsanlagen.

Interessenten für diese Fachtagung wenden sich an die Anschrift:
KDT, Bezirksverband Halle, 403 Halle (Saale), Geschwister-Scholl-Str. 39,
Telefon: 3 71 36.

Im nächsten Heft:

Zur Umgestaltung der Altbauwohngebiete
Fußgängerboulevard Klement-Gottwald-Straße in Halle
Rekonstruktion des Zentrums in Dessau
Zum Aufbau des westlichen Teils des Warschauer Zentrums
Neue Wohngebiete und Wohnkomplexe in Taschkent
XIII. Generalversammlung und
XII. Weltkongreß der UIA

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 30. Mai 1975
Illusdruckteil: 9. Juni 1975

Titelbild:

Feierabendheim in Cottbus
Foto: Fotoatelier Goethe, Cottbus

Fotonachweis:

Wilfried Pfau, Berlin (3); Büro für Städtebau, Berlin (1); Winfried Mann, Gera (1); Büro für Stadtplanung, Rostock/Irma Schmidt (7); Werner Prendel, Berlin (5); Hochschulfilm- und -bildstelle der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg/O. Birnbaum (7); Ljubomir Popov, Sofia (3); Ljuben N. Jaritschkow, Sofia (2); Rainer Hirt, VEB BMK IHB, Berlin (2); Monika Uelze, Berlin (1); Rössing/Winkler, Leipzig (1); Gottfried Beygang, Karl-Marx-Stadt (2); Satish C. Khurana, Halle (6); Bauinformation/Baum (1); Herbert Wanke, Neustadt-Glewe (2); Foto-Eschenburg, Warnemünde (2)

A
ARCHITEKTUR DER DDR
8'75

XXIV. JAHRGANG · BERLIN · AUGUST 1975

450	**Notizen**	red.
452	**6. Baukonferenz – Orientierung für den 7. Bundeskongreß des BdA/DDR**	Helmut Stingl, Werner Lonitz
454	**Erfahrungen und neue Wege in der Aus- und Weiterbildung der Architekten**	Bernhard Geyer
456	**Wohngebiet Rostock-Groß Klein**	Rudolf Lasch, Erich Kaufmann, Michael Bräuer, Christoph Weinhold
462	**Bebauungskonzeption des 3. Bauabschnittes von Lobeda-Ost**	Siegfried Klügel
466	**Industrieller Wohnungsbau in hängigem Gelände**	Carl Krause
470	**Wettbewerb Feierabendheime mit Pflegestationen**	Kurt Heinen, Wolfgang Liebich
478	**Grundsätze für die Planung und Durchführung von Feierabendheimprojekten mit Pflegestationen**	Wolfgang Schattenberg
482	**Zur Funktionslösung von Jugendzentren**	Jürgen Wendt
486	**FDJ-Studentenklub „Moritzburg"**	red.
489	**Plakatwettbewerb „30. Jahrestag der Befreiung"**	Eberhard Just
490	**30 Jahre Architektur im sozialistischen Bulgarien**	Panteley Grekov
496	**Bezirksdelegiertenkonferenz der Bezirksgruppe Berlin des BdA/DDR**	Bezirksvorstand Berlin BdA/DDR
502	**Generalbebauungsplan und sozialistische Landeskultur**	Johannes Greiner
503	**Zum Arbeitsgebiet des Industriearchitekten**	Wolfgang Häuptner
504	**Zu Fragen der Qualität im Wohnungsbau**	Satish C. Khurana
507	**Über Urheber von Werken der Baukunst in der DDR**	Winfried Müller
509	**Informationen**	

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

Redaktionsbeirat: Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein, Prof. Dipl.-Ing. Werner Dutschke, Dipl.-Ing. Siegbert Fliegel, Prof. Dipl.-Ing. Hans Gericke, Prof. Dr.-Ing. e. h. Hermann Henselmann, Prof. Dipl.-Ing. Gerhard Herholdt, Dipl.-Ing. Felix Hollesch, Dr.-Ing. Eberhard Just, Architekt Erich Kaufmann, Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge, Dr. Hans Krause, Prof. Dr. Gerhard Krenz, Prof. Dr.-Ing. habil. Hans Lahnert, Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert, Dipl.-Ing. Joachim Näther, Oberingenieur Wolfgang Radke, Prof. Dr.-Ing. habil. Christian Schädlich, Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier, Prof. Dipl.-Ing. Werner Schneidratus, Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel

Korrespondenten im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest), Daniel Kopeljanski (Moskau), Luis Lapidus (Havanna), Nadja Hadjieva (Sofia), Zbigniew Pininski (Warschau)

A NOTIZEN

Durch eine Gruppe von vielgeschossigen Wohnbauten wird das Zentrum des neuen Wohngebietes Bederowiec Dolny in Katowice (VR Polen) städtebaulich markiert.

Symposium über sozialen Wohnungsbau

Die Internationale Vereinigung der Gewerkschaften der Werktätigen der Bau-, Holz- und Baumaterialienindustrie (UITBB) im Weltgewerkschaftsbund führt vom 23. bis 25. Oktober 1975 in Prag ein internationales Symposium über Probleme des sozialen Wohnungsbaus durch.
In einem dazu vorbereiteten Material, das sich auf Analysen der Wohnungssituation in den verschiedenen Teilen der Welt stützt, wird festgestellt, daß ein Drittel der Weltbevölkerung in Elendsquartieren lebt und daß sich die Lage auf diesem Gebiet nach der Meinung von Experten weiter zu verschlechtern scheint. Heute würden in der Welt etwa 200 Millionen Wohnungen fehlen. Um das gegenwärtige Verhältnis zwischen der Weltbevölkerung und der Anzahl der Wohnungen zu erhalten, müßten jährlich 40 Millionen Wohnungen gebaut werden, während tatsächlich nur 10 Millionen Wohnungen pro Jahr gebaut werden.
Die UITBB setzt sich für eine Wohnungsbaupolitik ein, die auch den Bauarbeitern in allen Ländern eine gesicherte Perspektive gewährleisten würde.

Neuer UIA-Präsident

Auf der XIII. Generalversammlung der UIA in Venedig wurde der indische Architekt Jai Rattan Bhalla zum neuen Präsidenten der UIA gewählt, der schon seit 1969 die Funktion eines Vizepräsidenten ausübte.

J. R. Bhalla, der am 25. 4. 1922 in Kenia geboren wurde, arbeitete zunächst als Architekt in Nairobi. Seit 1958 ist er in Delhi als Partner von J. A. Stein in einem Architekturbüro tätig.

Er ist Mitglied des Indischen Architektur-Institutes, dessen Präsident er von 1966 bis 1971 war, gehört dem Rat der Indischen Standardisierungsorganisation und vielen anderen wissenschaftlichen und staatlichen Institutionen an. Gleichzeitig übt er als Professor an der Hochschule für Planung und Architektur seit längerer Zeit eine Lehrtätigkeit aus.

Blick auf einen Teil des Wohngebietes Karlova Ves in Bratislava

Bezirkskonferenz Schwerin des BdA/DDR

Auf der Bezirkskonferenz des BdA/DDR in Schwerin wurden Kollege Muscher zum neuen Vorsitzenden und Kollege Kadzioch zum stellvertretenden Vorsitzenden der Bezirksgruppe gewählt.

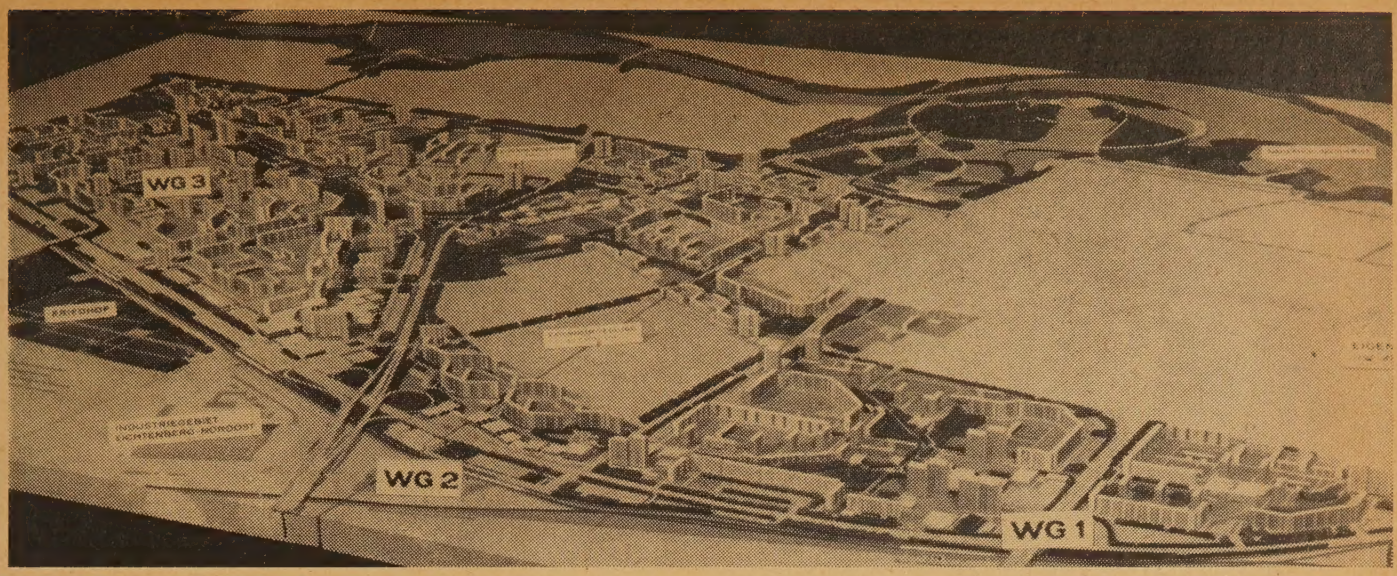
Im Rechenschaftsbericht konnte der Bezirksvorstand auf zahlreiche Initiativen der Architekten und eine wachsende Aktivität der Bezirksgruppe verweisen, die sich besonders in der Unterstützung des komplexen Wohnungsbaus widerspiegeln. Mitglieder des BdA/DDR wirkten unter anderem bei der Entwicklung neuer, rationeller Angebotsprojekte, bei der Vorbereitung von Bebauungskonzeptionen mit und unterstützten die Rationalisierung im Bereich der Werterhaltung. Mit Unterstützung der Bezirksleitung der SED konnte die Bezirksgruppe eine enge Zusammenarbeit mit Volksvertretungen und Räten entwickeln. Durch Variantenvergleiche, Wettbewerbsentwürfe und die Mitarbeit im „Mach mit"-Wettbewerb unterstützten die Architekten die Räte von Städten und Gemeinden. Betriebs- und Fachgruppen haben dabei eine umfangreiche Arbeit geleistet und den Erfahrungsaustausch gefördert.

Die Mitwirkung des BdA/DDR bei der Verwirklichung des Wohnungsbauprogrammes und bei der Intensivierung im Bauwesen standen im Mittelpunkt des Referates und der Diskussion. Dabei wurde betont, daß die Intensivierung aller Bauprozesse bereits bei der städtebaulichen Planung und Projektierung beginnt. Deshalb sei der Erarbeitung langfristiger städtebaulicher Konzeptionen und der Generalbebauungsplanung größere Bedeutung beizumessen. Die Bezirksgruppe setzte sich für eine Erweiterung des Planungsvorlaufs ein. Eine große Rolle spielten auch Fragen der technologischen Entwicklung, der Einhaltung der Kostennormative und der Material- und Energieökonomie. Im Interesse einer höheren Qualität der Wohnumwelt wurde ein engeres Zusammenwirken von Architekten und bildenden Künstlern vorgeschlagen.

Kritisch wurde dabei festgestellt, daß es noch nicht immer gelungen sei, Ökonomie, Technologie und Gestaltung als eine Einheit zu betrachten, und daß es notwendig ist, die kulturpolitische Aufgabe der Architektur stärker im schöpferischen Arbeitsprozeß zu verankern.

Diese Probleme fanden auch in der Entschließung der Konferenz als Aufgabenstellung ihren Niederschlag. Ferner sind in der Entschließung neue Aufgaben bei der Weiterbildung der Architekten und zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit festgelegt worden.

In einem Grußschreiben an die Bezirksleitung der SED brachten die Teilnehmer der Bezirkskonferenz zum Ausdruck, daß der BdA/DDR als sozialistischer Fachverband mit seiner gesellschaftlichen Tätigkeit aktiv die Lösung der vom VIII. Parteitag gestellten Aufgaben unterstützen wird.



Künftig das größte Baugebiet der Hauptstadt Berlin

Rund 100 000 Einwohner werden in den neuen Wohngebieten in Biesdorf-Marzahn leben, die in den kommenden Jahren in der Hauptstadt der DDR gebaut werden. Die Wohngebiete werden eine enge Verbindung zu Naherholungsgebieten und Arbeitsstätten haben und durch eine Stadtschnellbahn mit dem Stadtzentrum verbunden sein.

Neue Wohnungen für 56 Millionen

Im gegenwärtigen Fünfjahrplan werden in der UdSSR 541 Millionen Quadratmeter Wohnfläche gebaut, davon 356 Millionen Quadratmeter mit staatlichen Mitteln. Damit werden in diesem Planjahrfünft 56 Millionen Sowjetbürger eine neue Wohnung beziehen können.

1974 wurden Wohnbauten mit einer Gesamtfläche von 109,7 Millionen Quadratmetern übergeben. Davon entfielen rund 68 Prozent auf den staatlichen Wohnungsbau, 6 Prozent auf den genossenschaftlichen Wohnungsbau, 4 Prozent auf den Wohnungsbau der ländlichen Kollektivwirtschaften und 22 Prozent auf den individuellen Wohnungsbau.

Im vorigen Jahr errichteten über 380 Baukombinate Wohngebäude in der Plattenbauweise, deren Jahresproduktion 45 Millionen Quadratmeter Wohnfläche (etwa 40 Prozent) überstieg. 1975 wird die Basis für den Großplattenbau erheblich erweitert. Dafür sollen doppelt so viele neue Kapazitäten in Betrieb genommen werden wie im Vorjahr, so daß dann rund 50 Prozent des staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus mit der Plattenbauweise realisiert werden können.

Gleichzeitig werden große Anstrengungen unternommen, um die Qualität der Wohnbauten zu erhöhen, die architektonische Gestaltung der neuen Wohngebiete zu verbessern und die Bauzeiten zu verkürzen. Dazu werden neue variable Typenprojekte mit günstigeren Grundrißlösungen und einer komfortableren Ausstattung eingeführt.

Neue Wohnungsbauten im Moskauer Wohngebiet Iwanowskoje

Lódz – eine dynamische Stadt

Die polnische Stadt Lódź, die im Krieg sehr starke Zerstörungen erlitt, hat in den letzten Jahren eine starke Entwicklung genommen. Rund die Hälfte der 785 000 Einwohner wohnen in Neubauten. Als Zentrum der Textilindustrie, des Elektromaschinenbaus und neuer wissenschaftlicher Einrichtungen wird Lódź weiter dynamisch wachsen.

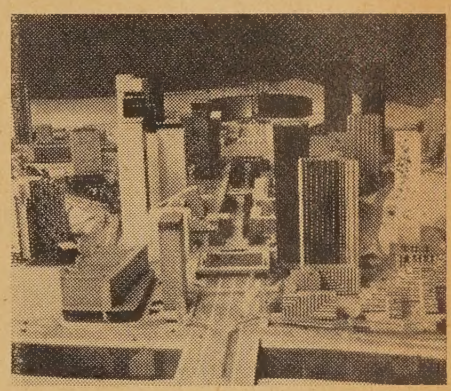
In diesem Jahr werden 36 000 und bis 1980 insgesamt 147 000 Wohnungen gebaut. Damit soll das Wohnungsproblem bis 1980 gelöst werden. Gleichzeitig wird jetzt die Umgestaltung des Stadtzentrums in Angriff genommen.

Paris: Ende des Bürobaubooms

Die großen, in den letzten Jahren in Paris errichteten Bürokomplexe konnten zum großen Teil nicht vermietet werden. Die überdimensionalen Bürohochhäuser in den Komplexen „La Defense" und „Montparnasse" stehen überwiegend leer.

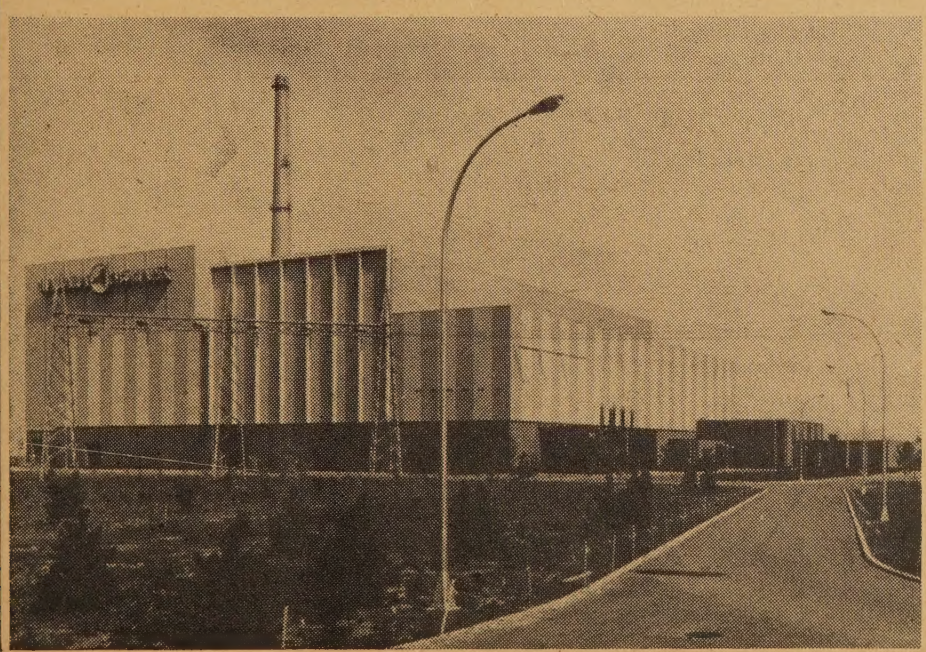
Das Ausmaß der riesigen Fehlspekulationen wird durch Schätzungen deutlich, die besagen, daß im Gebiet von Paris zur Zeit insgesamt etwa 2 Millionen Quadratmeter Bürofläche ungenutzt sind.

Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein generelles Überangebot, sondern es erwies sich als unmöglich, Interessenten zu finden, die in der Lage waren, die horrenden Mietforderungen (im Durchschnitt 600 Mark/m² im Jahr) zu akzeptieren. Man rechnet nun damit, daß mit dem Ende des Pariser Bürobaubooms auch eine Reihe städtebaulicher Pläne auf Eis gelegt werden muß.



Modell des Realisierungsprojektes für das Baugebiet La Defense in Paris

Eine immer stärkere Kompaktierung der technischen Anlagen kennzeichnet auch die Gestaltung des Kernkraftwerkes Niagara Mohawk im Osten der USA.



Selbstwählerbus

Ein Selbstwähler-Autobus-System ist im Gebiet der schwedischen Stadt Linköping eingeführt worden. Es verbindet das Zentrum der Stadt mit abgelegenen Wohngebieten und Betrieben. Der Fahrgast bestellt bei einer Zentrale telefonisch einen Bus. Die Zentrale beauftragt über Funk den Busfahrer, die Fahrgäste der Reihe nach von besonderen Haltestellen abzuholen, und gibt die kürzeste Fahrroute an. Die Fahrgäste werden zum Fahrtziel oder zu Umsteigestellen auf Linienverkehrsmittel gebracht. Die Kopplung des Telebus-Systems mit dem Linienverkehr ermöglicht auch eine günstige Erschließung von abgelegenen und dünn besiedelten Stadtgebieten.

Krise am USA-Baumarkt

Die Bauwirtschaft ist neben der Autoindustrie am stärksten von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise in den USA betroffen. Das spiegelt sich im Rückgang der Baugenehmigungen um rund 50 Prozent innerhalb der letzten zwei Jahre, in wachsenden Arbeitslosenziffern und einer steigenden Zahl von Konkursen in der Bauwirtschaft wider. Ein besonders starker Rückgang ist im Wohnungsbau zu verzeichnen, so daß für viele Bürger die Hoffnung auf eine neue Wohnung oder ein Eigenheim geschwunden ist. Dazu kommt, daß sich seit 1970 die Grundstückskosten um rund 70 Prozent und die Baukosten für Eigenheime um 60 bis 75 Prozent erhöhten.

6. Baukonferenz – Orientierung für den 7. Bundeskongreß des BdA/DDR

Vier Fragen an zwei Bezirksvorsitzende

In Vorbereitung des 7. Bundeskongresses des BdA/DDR bat die Redaktion zwei Bezirksvorsitzende unseres Bundes, zu den folgenden Fragen ihre Meinung, die wir nachstehend veröffentlichen, zu äußern:

1. Auf der Bezirkskonferenz wurden für Ihre Bezirksgruppe programmatisch neue Aufgaben abgesteckt. Auf welche Schwerpunkte wird sich der neugewählte Bezirksvorstand — besonders in Auswertung der 6. Baukonferenz — konzentrieren?

2. Welche Formen der Arbeit sind nach Ihren Erfahrungen am besten geeignet, die Aktivität aller Mitglieder und die Autorität der Bezirksgruppe zu erhöhen?

3. In verschiedenen Bezirkskonferenzen wurde kritisch vermerkt, daß die Architekten wichtige Probleme zu oft nur im eigenen Kreis diskutieren. Haben Sie bereits bestimmte Vorstellungen, wie der Kontakt zwischen den Architekten, den gesellschaftlichen Auftraggebern und der Bevölkerung enger gestaltet werden kann?

4. Abschließend noch eine persönliche Frage: Was erwarten Sie selbst vom 7. Bundeskongreß unseres Architektenverbandes? Zu welchen offenen Problemen sollte der Kongreß bemüht sein, einen kollektiven Standpunkt zu erarbeiten?

Dipl.-Ing. Helmut Stingl

Vorsitzender der Bezirksgruppe Berlin des BdA/DDR

Zu Frage 1:

Über die Delegiertenkonferenz der Bezirksgruppe Berlin konnte in dieser Zeitschrift ausführlich berichtet werden. Die Ergebnisse der Konferenz werten wir als Reflektion der guten Arbeit, die in den Betriebsgruppen und im Vorstand in den vergangenen Jahren geleistet wurde. Entsprechend unseren Zielstellungen, Erfahrungen und Möglichkeiten wird diese Arbeit kontinuierlich fortgesetzt. Dabei sind die Schlußfolgerungen, die wir nach der 6. Baukonferenz gezogen haben, von großer Bedeutung.

Die Akzente, die auf dieser Konferenz gesetzt wurden, entsprechen der weitsichtigen und konkreten Politik unserer Partei und Regierung. In der von uns vorgenommenen Auswertung standen die Fragen der sozialistischen Intensivierung bei der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen des komplexen Wohnungsbaus im Vordergrund. Vor allem gilt es, das politisch-ideologische und fachliche Wissen unserer Mitglieder durch Informationen, Weiterbildung und Meinungsstreit zu erhöhen. Dies betrachten wir als unser wichtigstes Anliegen und als Voraussetzung für die Lösung der umfangreichen Aufgaben in den kommenden Jahren.

Zu Frage 2:

In erster Linie ist die Aktivität unserer Mitglieder in Verbindung mit ihrer Tätigkeit am Arbeitsplatz, in den Betriebsgruppen also, zu fordern, zu mobilisieren. Je besser die dabei erreichten Ergebnisse, je überzeugender meßbare Leistungen sind, um so größer wird die Autorität der Betriebsgruppe sein.

Viele Betriebsgruppenvorstände, jedoch noch immer nicht alle, haben konkrete Vereinbarungen mit den Betriebs- und Parteileitungen abgeschlossen. Das hat sich als vorteilhaft erwiesen. Die Mitarbeiter dieser Betriebe erkennen und anerkennen die sichtbaren Aktivitäten des Fachverbandes. Gute Erfahrungen haben wir auch mit überbetrieblichen Arbeitskollektiven gesammelt, die vom Vorstand der Bezirksgruppe angeleitet werden. Ich denke dabei an die Analyse eines großen Neubaugebietes im Stadtbezirk Lichtenberg und an die Studie für den Bereich „Poststraße" oder auch an die Teilnahme an den internationalen Seminarwettbewerben in Warschau. Wir meinen, daß die Bewältigung derartiger konkreter Aufgaben sowohl der Qualifizierung der jungen Architekten dient, als auch dabei hilft, Entscheidungsfindungen vorzubereiten.

Zu Frage 3:

Die großen und komplizierten Aufgaben, die einerseits aus der Steigerung des Wohnungsbaus und andererseits aus den Anforderungen an die städtebauliche und architektonische Qualität resultieren, sind nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zu lösen. Diese Zusammenarbeit zu fördern ist ein wichtiges Anliegen des Bezirksvorstandes. Vereinbarungen mit dem Magistrat der Hauptstadt, dem Bezirksbauamt, der KDT und dem Verband Bildender Künstler bilden dafür eine bewährte Grundlage. Vertreter aus Wohngebieten oder Abgeordnete zu unseren Veranstaltungen einzuladen, gehört bereits zur guten Tradition des Vorstandes.

Der Erfahrungsaustausch mit den Bürgern, der Austausch von Informationen und Argumenten – die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt zu verbessern – dies bleibt weiterhin ein bedeutsames Ziel unserer Arbeit. Nach dem Ausbau des Architektenclubs in der Breiten Straße wird es möglich sein, die günstigeren räumlichen Bedingungen für diesen Erfahrungsaustausch entsprechend zu nutzen.

Zu Frage 4:

Meinungsaustausch und kritische Analyse dessen, was in den letzten Jahren geschaffen wurde – daraus ist die Position unseres sozialistischen Fachverbandes im Hinblick auf die Aufgaben der nächsten Jahre zu bestimmen. Die Lösung der Wohnungsfrage bis 1990, die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in neuen Dimensionen, die zweckmäßige und ästhetische Gestaltung der Umwelt, dieses historisch einmalige Programm ist sozial- und kulturpolitische Verpflichtung ersten Ranges. Die Aufgabenstellung für dieses Programm, für die Bewältigung des Prozesses von der langfristigen Planung über die Projektierung und Ausführung bis zur Erhaltung des Gebauten, ist neu zu durchdenken und zu formulieren. Daraus müssen klare Aufgaben abgeleitet und – gegebenenfalls in interdisziplinär formierten Kollektiven – Ergebnisse erarbeitet werden, die dazu beitragen, Mittel, Wege und Ziele der Arbeit der Architekten und Städtebauer in unserer sozialistischen Gesellschaft weiter zu qualifizieren.

Dipl.-Architekt Werner Lonitz

Vorsitzender der Bezirksgruppe Gera des BdA/DDR

Zu Frage 1:

In der gegenwärtigen Etappe ist die Intensivierung des Bauens für den Bezirksvorstand Gera des BdA/DDR einer der Hauptschwerpunkte. Das gilt sowohl für die Projektierung als auch für die gesamte Erzeugnisentwicklung, mit der wir eine Steigerung der Quantität und eine neue höhere Qualität anstreben. Hierin sehen der Vorstand und die Mitglieder der Bezirksgruppe Gera ihr politisches und fachliches Engagement. So sind durch eine langfristige Planung in kollektiver Arbeit solche Grundlagen zu entwickeln, die eine umfassende und termingerechte Realisierung der Pläne ermöglichen. Leider ist bisher festzustellen, daß durch eine unzureichende Vorbereitung immer wieder Diskrepanzen zwischen Tiefbau und Hochbau und zwischen Montage und Ausbau auftreten und dann zwangsläufig zu operativen Entscheidungen zwingen, durch die die Qualität und die Quantität negativ beeinflußt werden.

Die komplexe Weiterentwicklung der Wohnungsbauserie 70 mit dem Ziel, damit schöne und abwechslungsreiche städtebauliche und architektonische Räume zu schaffen, gilt als weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit. Dabei sehen wir unsere Verantwortung auch darin, die Bedürfnisse der Bevölkerung nach kultureller Selbstbetätigung, nach Bildung und Erholung und nach Geselligkeit in der Gemeinschaft zu fördern und zu befriedigen.

Zum 25. Jahrestag der DDR und zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wurden in der Bezirksstadt Gera große Teile der Altstadt komplex renoviert. Die dabei gesammelten Erfahrungen werden wir in den Bezirksgruppen systematisch auswerten und im Bezirk Gera verallgemeinern.

Schließlich wollen wir die bereits erarbeitete Architekturkonzeption für den Bezirk Gera zu einer Arbeitsgrundlage der Projektanten entwickeln. Der Bezirksvorstand sieht in der Konzeption ein Dokument, das geeignet ist, die Besonderheiten des ostthüringer Landschaftsraumes – ihre Topographie, Tektonik und Siedlungsstruktur – immer mehr in die sozialistische Um- und Neugestaltung unserer gebauten Umwelt einzubeziehen und damit auch den Forderungen der Landeskultur und des Umweltschutzes unter Nutzung aller Möglichkeiten unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung noch besser gerecht zu werden als bisher.

Zu Frage 2:

Wir sehen dabei vor allem die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, das sich daraus entwickelnde Fach- und Streitgespräch sowie die fachspezifische, gesellschaftswissenschaftliche und interdisziplinäre Weiterbildung. Aus den Ergebnissen durchgeführter Erfahrungsaustausche, rechtzeitiger Fachdiskussionen, Baustellenbesuche, Werkstattgespräche und Atelierbesuche bei bildenden Künstlern kann eingeschätzt werden, daß solche Formen auf ein großes Interesse bei den Mitgliedern stoßen. Der Architekt und Städtebauer – und möge mancher auch noch ein Individualist sein – erkennt durch den komplizierten Prozeß des industriellen Bauens immer mehr, daß nur durch ein Kennenlernen der einzelnen Disziplinen und durch die Auseinandersetzung in seinem Fachgebiet ein Optimum für die eigene Arbeit entstehen kann. Die größten Erfolge dürften dabei aber durch solche Diskussionen hervorgerufen werden, die die Möglichkeit des Ringens um das Problem noch zulassen. Die oftmals als „Schau" veranstalteten Diskussionen zu einem Zeitpunkt, an dem die Bearbeitung im wesentlichen abgeschlossen ist, die keine kämpferischen Streitgespräche und fachlichen Auseinandersetzungen mehr zulassen, schaden eher, als sie nützen. Hier spricht wohl oft die Unsicherheit über die vorgestellte Lösung mit.

Bei der Weiterbildung können aktive Formen, wie die Übernahme von Studien, Gutachten und Variantenuntersuchungen, die breite Mitarbeit der Mitglieder sehr fördern. Durch solche fachliche Leistungen wird die Autorität des Bundes gestärkt und das Interesse der Mitglieder an der Bundesarbeit aktiviert.

Zu Frage 3:

Im Zusammenhang mit der zweiten Frage wurden ja bereits einige Wege angedeutet, wie der Gefahr einer „Selbstisolierung" begegnet werden kann. Darüber hinaus zeigt sich, daß es immer richtig ist, mit der Tätigkeit der Bezirksgruppe „mitten im Geschehen" zu sein. So führt der Bezirksvorstand – und das wird in Zukunft immer öfter sein – seine Sitzungen auf Großbaustellen, in Rekonstruktionsgebieten der Kreisstädte oder an wichtigen realisierten Bauobjekten durch. Eine solche Arbeitsweise pflegen auf Empfehlung des Bezirksvorstandes auch die Kreisgruppenvorstände sowie die Betriebs- und Fachgruppen mit ihren Mitgliedern. Fachliche Begutachtungen und Empfehlungen in Form von Stellungnahmen bringen einerseits die kollektive Meinung unseres sozialistischen Fachverbandes zum Ausdruck, und sie geben andererseits dem Partner eine Einschätzung des Erreichten und Hinweise für die zu lösende Aufgabe. Eine wichtige Möglichkeit, Kontakte zu entwickeln, stellen auch Aussprachen über die funktionelle Lösung und die Größe von Wohnungsgrundrissen mit Mitgliedern der AWG, der Nationalen Front in den Wohngebieten und den Frauenakademien des DFD dar. Hier kommen oftmals soziologische Probleme zur Sprache, die den Architekten in seiner eigenen Arbeit weiter befähigen, die Bevölkerung aber auch mit den Fragen der Ökonomie vertraut machen und individualistische Vorstellungen abbauen helfen.

Im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!" sieht der Bezirksvorstand ebenfalls den unmittelbaren Kontakt zwischen Architekt und Bevölkerung. Gerade durch diese Mitarbeit kann der Architekt auf den verschiedensten Teilgebieten durch sein fachliches Können die große ehrenamtliche Arbeit der Bevölkerung qualitativ beeinflussen und ökonomischer gestalten. Eine Mitarbeit, die auf Grund des bedeutenden Potentials dieses Wettbewerbes – vor allem auch auf dem Lande – als sehr wichtiges Problem angesprochen werden muß.

Zu Frage 4:

Im weiteren Entwicklungsprozeß des industriellen Bauens braucht der bautechnische Projektant die guten Erfahrungen der Werktätigen auf der Baustelle. Zur Zeit zeigt sich jedoch, daß das Leistungsvermögen junger Fachkader der Projektierung oftmals durch eine Praxisfremdheit gehemmt wird, daß die komplizierten Prozesse des industriellen Bauens noch nicht allumfassend beherrscht werden, ja, daß dies zur Unsicherheit im Ablauf der Bauausführung führt. Aber erst die Beherrschung dieses Prozesses macht den Architekten zum sozialistischen Mitgestalter der zu bauenden Umwelt und zeichnet ihn hierfür aus. Eine solche Wechselbeziehung zwischen Theorie und Praxis wird die Entscheidungsfindung stärken und das Gesamtkollektiv der Bauschaffenden qualifizieren. Der Architekt als Projektant muß also auf die Baustelle! Ich meine hiermit nicht eine Autorenkontrolle von früher, sondern eine neue Qualität. Es wäre daher wohl dringend notwendig, daß der Kongreß dieses schon lange offene Problem einer befriedigenden Lösung zuführen würde und somit einer höheren Qualität mit zum Durchbruch verhilft.

Abschließend möchte ich folgendes betonen: Jene vom Menschen erzeugte gegenständliche Welt, die „zweite Welt", von der Karl Marx spricht, ist in starkem Maße durch die Architektur geprägt. Sie steht dem Menschen Zeit seines Lebens vor Augen, ist sozusagen allgegenwärtig und prägt unmerklich, doch sehr nachdrücklich seine Haltung zu dieser Welt, sein Schönheitsempfinden und seinen Geschmack. Er fühlt sich in ihr geborgen oder fremd, befreit oder gehemmt. Er ist von ihr angetan oder er bleibt ihr gegenüber gleichgültig. Unsere Aufgabe kann es nur sein, eine Architektur zu schaffen, die auf die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit einen stimulierenden Einfluß ausübt.

Wenn der 7. Bundeskongreß diesen Entwicklungsprozeß, der ja auch ein wichtiger Gegenstand der Beratungen der 6. Baukonferenz war, fördernd auf das große Kollektiv der Bauschaffenden ausstrahlt, wäre das ein wichtiger Beitrag für die Weiterentwicklung von Städtebau und Architektur.

Erfahrungen und neue Wege in der Aus- und Weiterbildung der Architekten

Dr.-Ing. Bernhard Geyer
Mitglied des Büros des Präsidiums des BdA/DDR

Der Zeitraum vom letzten Bundeskongreß der Architekten bis heute – zwischen der 5. und der in diesem Jahr stattgefundenen 6. Baukonferenz – umschließt eine Entwicklungsphase, aus der auch für die Aus- und Weiterbildung der Architekten wesentliche Positionen und Arbeitsgrundlagen hervorgegangen sind.

Die Zentrale Kommission Aus- und Weiterbildung – Arbeitsgremium des Bundesvorstandes – hat an der genannten Entwicklung ihren Anteil. In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit dem Ministerium für Bauwesen, dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bau – Holz, den Hoch- und Fachschulen und nicht zuletzt mit zahlreichen Vertretern der Bauproduktion und der Bauforschung konnten die notwendigen Voraussetzungen geschaffen und zu einem beträchtlichen Teil in reale Ergebnisse umgesetzt werden.

Ein Überblick zeigt die folgenden Hauptpositionen:

1967 Aufstellung der Bildungskonzeption durch unseren Architektenverband. Herausarbeitung des Berufsbildes Architekt

1968 Durchführung der III. Hochschulreform

1969 Gründung des Weiterbildungsinstitutes für Städtebau und Architektur an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

1969 Zustimmung zum „System der Aus- und Weiterbildung der Bauschaffenden" auf der 5. Baukonferenz

1973 Herausgabe der „Direktive für die Weiterbildungsarbeit des Bundes der Architekten in der DDR" als Grundlage der Arbeit in den Bezirken

1974 Inkrafttreten des präzisierten Studienplanes für die Grundstudienrichtung Städtebau und Architektur

1975 Erarbeitung eines Rahmenlehrprogramms für die Weiterbildung der Architekten in der DDR

Die Ausbildung

Mit der III. Hochschulreform wurde auch die Arbeit unseres Architektenverbandes auf dem Gebiet der Ausbildung und Erziehung vertieft und verbreitert. Innerhalb der schon erwähnten Zentralen Fachkommission arbeiten neben Vertretern aus Praxis und Forschung auch eine Reihe von Hochschullehrern mit, die auf diese Weise die Wirksamkeit des BdA/DDR unmittelbar auf die Ausbildungsstätten übertrugen.

Die Zusammenarbeit mit den Architektenverbänden und Hochschulen der sozialistischen Bruderländer und auch die internationale Arbeit im Rahmen der UIA kam der Neukonzipierung der Studienpläne sowie der Umwandlung der traditionellen Lehrstrukturen zugute.

Inzwischen hat sich die Gemeinschaftsarbeit unter den sozialistischen Ländern herausgebildet und erweitert. Der Austausch von Materialien, der alljährliche Erfahrungsaustausch, Leistungsvergleiche der Architekturstudenten sowie die mannigfaltigen Formen des Studenten- und Dozentenaustausches tragen dazu bei, die Ausbildung und Erziehung von Architektenpersönlichkeiten ständig weiterzuentwickeln, die Lehre und Forschung praxisorientiert zu betreiben sowie den Wettbewerb zunehmend als Instrument zur Verbesserung der Studienergebnisse anzuwenden.

Im Leistungsvergleich der Architekturstudenten der DDR, der vor zwei Jahren auf Initiative unseres Fachverbandes und in Anlehnung an das Beispiel des Leistungsvergleiches für die sowjetischen Architekturstudenten eingeführt wurde, ist daher ein besonders effektives Mittel zu sehen, das es noch weiter auszubauen gilt. Desgleichen wirken die anläßlich der UIA-Weltkongresse stattfindenden Studenten-Wettbewerbe als ein bedeutender Stimulus für die Ausbildung (Abb. 2 bis 5).

Seit einem Jahr verbindlich, bietet der präzisierte „Studienplan für die Grundstudienrichtung Städtebau und Architektur" zur weiteren Arbeit in der Ausbildung eine gute Ausgangsbasis und genügenden Spielraum. In ihm sind die Ziele und Schwerpunkte der Lehre umrissen, die Inhalte des Studiums charakterisiert, Aufbau und Ablauf der Ausbildung und Erziehung dargelegt und durch Stundentafeln konkretisiert. Obwohl koordinierend und auf Einheitlichkeit abzielend, läßt er den drei Architektur-Ausbildungsstätten der DDR eine ausreichende Bewegungsfreiheit, ihre spezifischen Besonderheiten beizubehalten und zu vervollkommnen.

Auf die gleichermaßen umfangreiche, schwere und schöne Aufgabenstellung des Wohnungsbauprogramms unserer Republik bezogen, aber auch im Hinblick auf die nach 1980 stehenden Bauaufgaben verdient eine Forderung des Studienplanes besondere Hervorhebung, die lautet:

„Die Studenten werden zu sozialistischen Persönlichkeiten erzogen, die im Auftrage der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei mit hohem Staatsbewußtsein und Berufsethos an der Entwicklung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes arbeiten. Lebensverbundenheit, schöpferische Phantasie und baukünstlerische Meisterschaft bilden die Voraussetzungen, um Städte, Siedlungen, Gebäude und andere bauliche Anlagen zu entwerfen, die sich durch Zweckmäßigkeit, Schönheit und Wirtschaftlichkeit auszeichnen."

Diese Zielstellung umreißt den elementaren gesellschaftlichen Anspruch auf Qualität bei der Gestaltung der baulich-räumlichen Umwelt; konkret nach künstlerischer Meisterung des industriellen Bauens, nach Ausformung einer neuen, den sozialistischen Inhalten entsprechenden Architektur.

In Richtung dieser Forderung sollten auch neue Wege bei der Ausbildung junger Architekten gesucht werden – und später in der Weiterbildung auf höherer Ebene ihre Fortsetzung finden.

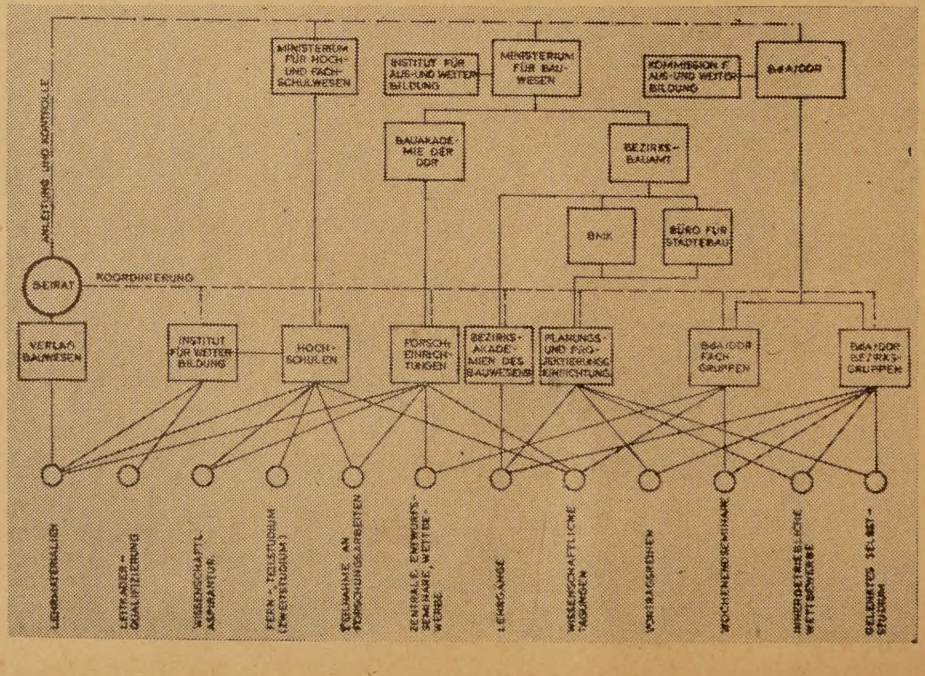
Der Absolventeneinsatz

Die konsequente Orientierung der Ausbildung und Erziehung auf die Praxis findet besonderen Ausdruck in der Abschlußphase des Studiums, wo der Diplomkandidat kontinuierlich auf den Absolventeneinsatz vorbereitet wird. Im Rahmen der hierfür geschaffenen staatlichen Festlegungen werden bereits im III. Studienjahr die Einsatzvorstellungen der Studenten ermittelt und mit ihnen beraten. Danach – etwa ein Jahr vor dem Hochschulabschluß – erfolgt die Koordinierung der Einsatzwünsche mit den konkreten Angeboten der Praxis und dem Ziel, die persönlichen wie auch die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interessen in Übereinstimmung zu bringen.

Ist diese im Einzelfall erreicht, werden entsprechende vertragliche Vereinbarungen abgeschlossen. Auf diese Weise ergeben sich schon rechtzeitig klare Beziehungen und fruchtbare Kontakte zum künftigen Betrieb, zu den künftigen Kollegen und zu den künftigen Aufgaben. In zunehmendem Maße folgert hieraus eine noch stärker gerichtete Praxisorientierung des Studiums in der Abschlußphase. Das heißt die Aufgabenstellungen im letzten Studienjahr entsprechen dem späteren Einsatzgebiet, Projektierungspraktika werden im künftigen Betrieb geleistet, und die Themen der Diplomarbeiten entstammen dem dortigen Aufgabenbereich. Wenn diese außerordentlich günstigen Möglichkeiten – günstig für Gesellschaft und Absolvent zugleich – noch nicht genügend zum Tragen gekommen sind, so liegt das an beiden Partnern.

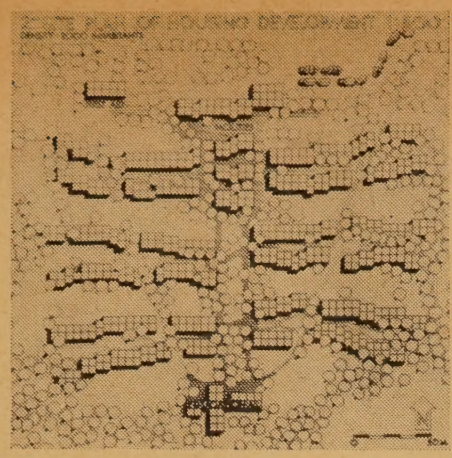
Auf der einen Seite werden Einsatzbeschlüsse bisweilen so spät gefaßt, daß es zu abgestimmten Praktika und Aufgabenstellungen nicht mehr kommt. Auf der anderen Seite sind die Betriebe auf Praktikanten nicht oder ungenügend eingestellt, bzw. sie verfügen zum rechten Zeitpunkt über keine geeigneten Aufgabenstellungen. Oftmals sind die angebotenen Entwurfsthemen in einem hohen Maße von einschränkenden Bedingungen gekennzeichnet – von Bedingungen, die mitunter nur zeitliche oder territoriale Bedeutung haben. In solchen Fällen fühlt sich so mancher Diplomand abgeschreckt, und es ist verständlich, daß er stattdessen ein Diplomthema anstrebt, mit

1



1
Schema der Weiterbildung (nach H. Ricken)

2 bis 5
Diplomarbeit Marlies Gommlich, TU Dresden
„Leichtes mobiles Wohnhaus für den vorübergehenden Einsatz in Katastrophenfällen, auf Großbaustellen, in Ferien- und Freizeitzentren usw.". Im Studentenwettbewerb zum XII. UIA-Weltkongreß 1975 unter den 20 besten Lösungen



2

dem er uneingeengt und in vollem Umfange unter Beweis stellen kann, daß er zu einer hohen baukünstlerischen Leistung mit starker architektonischer Ausdruckskraft befähigt ist. Es schwebt ihm vor, im Diplom-Entwurf – seinem ersten völlig selbständigen architektonischen Lösungsvorschlag – das gesamte im Studium integrierte Wissen und Können kreativ anzuwenden. Obwohl eine solche Zielstellung streng genommen bei jeder auch noch so eingeschränkten Entwurfsaufgabe zu verwirklichen wäre, setzt sie jedoch dann eine Meisterschaft voraus, die bei unseren Hochschul-Absolventen nur in besonderen Fällen vorhanden sein kann.

Hieraus schlußfolgernd, sollten die Betriebe beim Angebot von Studien- und Diplomaufgaben Gesichtspunkte dieser Art mit einbeziehen. Auch Aufgaben für den Perspektivzeitraum, Themen, die der Vorlaufentwicklung zugute kommen können, bieten sich hier an und führen zu doppeltem Nutzen.

Sollte es nicht auch lohnend sein, für eine schon ausgearbeitete Lösung eine Gegenvariante von der Hochschule zu erhalten?

Die Weiterbildung

In der Aus- und Weiterbildung der Architekten liegt der Schwerpunkt gegenwärtig – und zweifellos auch bis 1980 – im Auf- und Ausbau einer systematischen Weiterbildung. Diese Tendenz besteht international. Das findet seinen Ausdruck auch in der Tatsache, daß die UIA auf diesem Gebiet die Arbeit aufgenommen hat und bereits zu einigen voraussetzenden Ergebnissen gekommen ist (vgl. Bericht über das UIA-Seminar „Weiterbildung der Architekten", Heft 4/1975).

In der DDR konzentrieren wir uns auf die Weiterbildung nicht nur aufgrund ihres noch in den Anfängen befindlichen Entwicklungsstandes, der großen Zahl der Weiterzubildenden und der infrage kommenden langen Bildungszeiträume (wenn man sie mit der Ausbildung vergleicht), sondern auch im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Lösung unserer großen und komplizierten Bauaufgaben der Gegenwart und der Zukunft.

Die Schere zwischen dem wissenschaftlich-technischen Erkenntniszuwachs und der Entwicklung der praktischen Möglichkeiten zu ihrer Umsetzung ist auch im Bauwesen noch groß. Das bezieht sich zum Beispiel auf die Differenz zwischen der Entwicklung des ideologischen, des geistig-kulturellen Niveaus unserer Bevölkerung und dessen künstlerischer Widerspiegelung in der Architektur und in der komplexen Umweltgestaltung. Hierin liegen für die Weiterbildung der Architekten Begründung und Aufgabenstellung zugleich.

Die Berufsausübung des Architekten ist im Sozialismus und unter den Voraussetzungen des industriellen Bauens in weitem Sinne anspruchsvoller geworden. Sie verlangt permanente Qualifizierung auf geistig-wissenschaftlichen, auf technisch-organisatorischen und nicht zuletzt auf praktisch-künstlerischen Ebenen – jedoch nicht nur im Sinne der „Anpassung an eine veränderte Berufspraxis. Sie ist vielmehr der entscheidende Ausgangspunkt für die Veränderung der Berufspraxis selbst" (7).

Von diesen Grundsätzen geleitet und nach kritischer Auswertung bereits vorliegender Erfahrungen vollzieht sich der Auf- und Ausbau der Weiterbildung durch den BdA/DDR, durch die Betriebe, die örtlichen Staatsorgane, die Forschungseinrichtungen, die Hochschulen und durch das Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur.

Von den wenigen wissenschaftlichen Forschungsergebnissen, die als methodologische Grundlage für die Weiterbildungsarbeit anzusehen sind, ist die Arbeit von H. Ricken „Der Architekt – zur Entwicklung eines Berufes", hervorzuheben (6). In der genannten Schrift befindet sich eine Vielzahl anwendungsreifer Grundsätze wie auch wissenschaftlicher Meinungen und Vorschläge, denen in der weiteren Arbeit größte Aufmerksamkeit zu schenken ist.

In der vor uns liegenden Arbeitsphase nach der 6. Baukonferenz geht es darum, die Zielstellung der Weiterbildung den neuen, gewachsenen Anforderungen perspektivisch anzupassen und sie zu vertiefen. Es geht ferner darum, die Methodik der Weiterbildung vielfältiger und effektiver auszubauen, damit sie den Ansprüchen des qualifizierten und praxiserfahrenen Teilnehmerkreises gerecht werden kann. Das bedeutet vor allem auch Steigerung des politisch-ideologischen Niveaus und Durchdringung der fachlichen Lehrsubstanz durch die marxistisch-leninistische Theorie sowie durch bau- und kulturpolitische Zielstellungen.

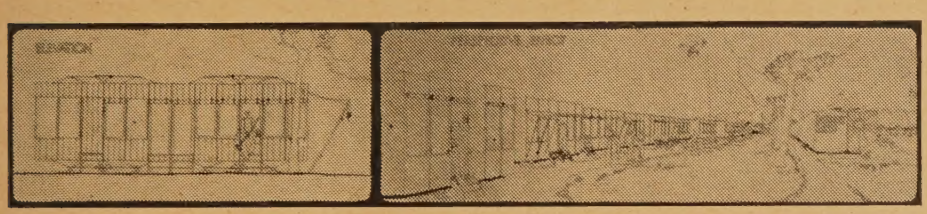
Mit den inhaltlichen Verbesserungen in der Weiterbildung einhergehend, sollten auch auf methodischem Gebiet neue Wege eingeschlagen werden, die neben den bewährten traditionellen Formen bereichernd und vertiefend wirken können. Wir denken hierbei insbesondere an die aktiven Bildungsmethoden, die individuell und im Kollektiv anwendbar sind, wie z. B. Entwurfsseminare, Fall- und Rollenübungen, Testaufgaben, vorbereitete Seminarbeiträge, Pflege des Freihandzeichnens bis zu künstlerischen Lehr-Experimenten in Farbe, Struktur, Plastik und Raumgestaltung.

Die Struktur des Weiterbildungssystems ist auf Einheitlichkeit und Koordiniertheit auszurichten, d. h. nahtlos anschließend an die Ausbildung, in enger Wechselbeziehung stehend zu Forschung und Entwicklung, aufgebaut nach dem Prinzip „so zentral wie notwendig, so dezentral wie möglich" (7).

Die Aufwendungen für die Weiterbildungsarbeit werden zweifellos entwicklungsbedingt gesteigert werden müssen. Der erweiterte Bedarf an Informationsmitteln vielfältigster Art, die Herausgabe von Lehrmaterial, die Einführung neuer Studienhilfsmittel sowie die Einrichtung von gezielten selektierenden Informationsdiensten u. a. m. sind gerechtfertigt durch die hieraus zwangsläufig eintretende Effektivitätssteigerung und deren Umschlag als Arbeitsproduktivität in Planung, Projektierung, Baudurchführung und Nutzungseffektivität der Bauten selbst.

Selbstverständlich soll damit nicht einem aufwendigen Perfektionismus das Wort geredet werden – auch in der Weiterbildung gilt das Prinzip der sozialistischen Sparsamkeit, besteht das Kriterium: höchster nachweisbarer Nutzen bei geringstem Aufwand.

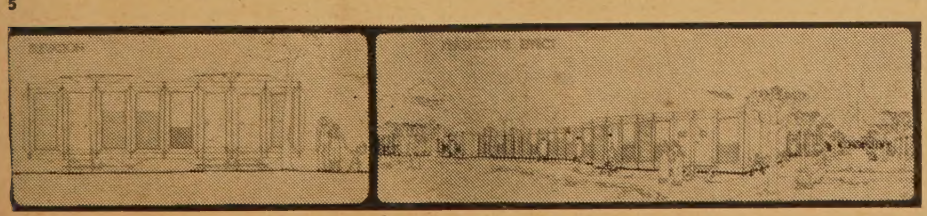
Diesen Hauptlinien folgend, zentral koordiniert und angeleitet, alle Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaft nutzend und die Erfahrungen aus der sozialistischen Staatengemeinschaft einbeziehend, solltie die künftige Arbeit an der Schaffung einer leistungsfähigen Weiterbildung der Architekten ausgerichtet sein – unser Fachverband sollte darin nach wie vor eine zentrale Aufgabe sehen.



3

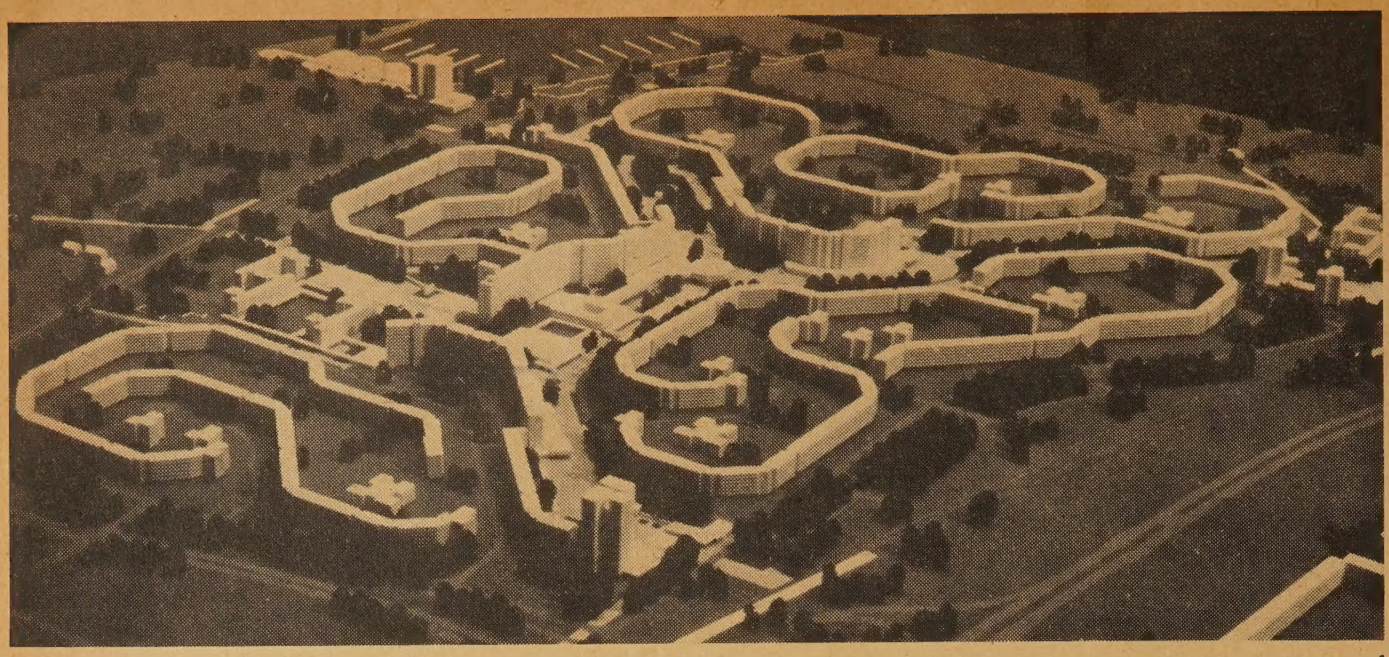
4

5



Literatur

(1) System der Aus- und Weiterbildung der Bauschaffenden. Ministerium für Bauwesen Berlin (verbindlich ab 15. 7 1969)
(2) Doehler, P.: Zur Arbeit des Weiterbildungsinstitutes. deutsche architektur, Heft 9/1969, Seite 567 ff.
(3) Erdmann, P.: Zum System der Aus- und Weiterbildung der Bauschaffenden. deutsche architektur, Heft 1/1970, S. 10 ff.
(4) Geyer, B.: UIA-Seminar „Weiterbildung der Architekten". Architektur der DDR, Heft 4/1975, Seite 250 ff.
(5) Papke, H.-J.: Vergleich von Studienplätzen der Architektenausbildung in den sozialistischen Ländern. Wissenschaftliche Zeitschrift der TU Dresden 23 (1974) Heft 1
(6) Ricken, H.: Der Architekt – zur Entwicklung eines Berufes. Dissertation (B) TU Dresden, 1972
(7) Ricken, H.: Entwicklungsprobleme des Architektenberufes in der DDR. Bauinformation DDR, Berlin 1974



1

Wohngebiet Rostock-Groß Klein

Dr.-Ing. Rudolf Lasch, Chefarchitekt Rostock, Architekt BdA/DDR

Ing.-Arch. Erich Kaufmann, Hauptarchitekt WBK Rostock, BdA/DDR

Dipl.-Ing. Michael Bräuer, Abteilungsleiter im Büro für Stadtplanung Rostock, Architekt BdA/DDR

Dipl.-Ing. Christoph Weinhold, Büro für Stadtplanung Rostock

1
Modellfoto des Wohngebietes. Blick vom geplanten S-Bahn-Haltepunkt Groß Klein

2
Stadtentwicklung im Raum zwischen Rostock und Warnemünde

Gesamtleitung:

Dr.-Ing. Rudolf Lasch, Chefarchitekt Rostock, Architekt BdA/DDR

Städtebauliche Konzeption:

■ Büro für Stadtplanung Rostock

Dipl.-Ing. Michael Bräuer (Abteilungsleiter) Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Christoph Weinhold, Architekt BdA/DDR
Ingenieur-Architekt Hans-Otto Möller, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Winfried Heyn, Architekt BdA/DDR
Verkehrsplanung:
Dipl.-Ing. Dieter Bantin, KDT
Freiflächengestaltung:
Dipl.-hort. Elisabeth Waack, Architekt BdA/DDR

■ VE Wohnungsbaukombinat Rostock

Architekt BdA/DDR Erich Kaufmann, Hauptarchitekt
Dipl.-Ing. Carl-Heinz Pastor, Architekt BdA/DDR

Stadttechnische Erschließung:

Stadtbauamt, Abteilung Tiefbaukoordinierung
Dipl.-Ing. Heinz Jäniche (Abteilungsleiter) KDT
Dipl.-Ing. Roland Zährl
Ingenieur Klaus-Dieter Bauch
Ingenieur Heidrun Kluge

Investitionen:

Stadtbauamt, Abteilung Komplexer Wohnungsbau
Ingenieur Wolf-Dieter Hasse

Die Planung des Wohngebietes erfolgte unter Mitwirkung von Kollektiven des VE Kombinat Ingenieur-, Tief- und Verkehrsbau, der versorgungsverpflichteten Betriebe, des Generalauftragnehmers sowie der Gutachterstellen des Ministeriums für Bauwesen und des Rates des Bezirkes Rostock.

In Erfüllung der vom VIII. Parteitag gestellten Hauptaufgabe, sozialistische Wohnbedingungen für die Werktätigen zu schaffen, ist in Weiterführung des Wohnungsbauprogramms für die Stadt Rostock das Wohngebiet Groß Klein als nächstes Wohngebiet vorgesehen.
Es wurde das Ziel gestellt, die städtebauliche Konzeption unter dem Gesichtspunkt zu entwickeln, den ständig steigenden Bedürfnissen und Anforderungen an die städtebauliche und architektonische Qualität unter Anwendung effektiver Lösungen gerecht zu werden.

Diese Fragen standen auch auf der 6. Baukonferenz besonders im Mittelpunkt.

Das bedeutete:

- Verbesserung des Wohnungsangebotes hinsichtlich der Qualität der Wohnfunktionen
- Herausarbeitung einer interessanten und vielfältigen Freiflächenkonzeption mit Werken der Kleinarchitektur und der baugebundenen Kunst
- Herausarbeitung einer interessanten städtebaulichen Struktur, die den funktionell-ästhetischen Anforderungen gerecht wird.
- weitgehende Berücksichtigung der Belange der Bauproduktion für den Hoch- und Tiefbau im Sinne optimaler, technologischer und ökonomischer Ergebnisse.

Entsprechend dem Komplexnetzwerk für den Ablauf des Wohnungsneubaues ist vorgesehen, nach dem Wohngebiet Lichtenhagen das Wohngebiet Schmarl 1979 im 5geschossigen Wohnungsbau fertigzustellen und im gleichen Jahr bereits erste Wohnungen im Wohngebiet Groß Klein zu errichten.
Mit dem Bau des Wohngebietes Groß Klein nähern wir uns dem Abschluß des Wohnungsbaues im Raum Lütten Klein. Insgesamt werden hier über 120 000 Einwohner wohnen.
Um eine qualitativ hochwertige Vorbereitung zu garantieren, wurde die gesellschaftspolitische Zielstellung für Groß Klein durch das Ministerium für Bauwesen begutachtet.
Zur Findung einer optimalen städtebaulichen Lösung wurde ein Variantenvergleich unter Mitwirkung von Studentenkollektiven der TU Dresden – Sektion Städtebau, Kollektiven des bezirklichen Städtebaubüros und des Büros für Stadtplanung beim Rat der Stadt Rostock durchgeführt.
Anläßlich einer Architekturberatung unter Leitung der Bezirksleitung Rostock der SED wurden die Konzeptionen vorgestellt und einer Vorzugsvariante die prinzipielle Zustimmung erteilt.
In guter bewährter Gemeinschaftsarbeit mit den bauausführenden Kombinaten wurde während einer Klausurtagung der städtebauliche Entwurf präzisiert und auf seine Wirtschaftlichkeit hin untersucht.
Während der Bearbeitung fand eine Parallelbegutachtung durch die Gutachterstellen des Ministeriums für Bauwesen, Prof. Gericke und Dipl.-Ing. Hultsch, sowie des Rates des Bezirkes Rostock unter Leitung von Ing. Przygodda statt.
Die Konzeption für dieses Wohngebiet wurde am 4. 3. 1975 vom Ministerium für Bauwesen bestätigt.

Städtebauliche Konzeption

Das Wohngebiet Groß Klein bildet den nordöstlichen Abschluß des Stadtgebietes im Raum Lütten Klein. Der Standort befindet sich in exponierter Lage in unmittelbarer Nähe der „Flußmagistrale Warnow" in Nachbarschaft zu bestehenden Neubaugebieten und zum zukünftigen Sport- und Erholungspark am Ufer der Warnow.
Von hier aus ergeben sich ausgezeichnete Blickbeziehungen über die Warnow zum alten Stadtzentrum, zum Überseehafen und nach Warnemünde.
Es wurde der Versuch unternommen, dieser besonderen Lage mit der städtebaulich-architektonischen Konzeption zu entsprechen.
Durch die das Wohngebiet tangierende innerstädtische Schnellverkehrsstraße sowie die S-Bahntrasse ergeben sich günstige Bedingungen zur Erreichung anderer Stadtteile sowie der Arbeitsstätten.
So befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum Wohngebiet mit der Warnowwerft eine der größten Arbeitsstätten der Stadt Rostock; weitere nichtstörende Arbeitsstätten sind in der Nähe des Wohngebietes vorgesehen.
Südlich von Groß Klein soll sich das Stadtbezirkszentrum mit Wohnungen für rund 4000 Einwohner in vorwiegend vielgeschossiger Bauweise sowie mit gesellschaftlichen Einrichtungen für den Gesamtraum Nordwest anschließen.

2

Darüber hinaus sind in unmittelbarer Nachbarschaft Einrichtungen eines größeren Sportkomplexes und ein Jachthafen vorgesehen.

Unter den geschilderten Bedingungen ergeben sich günstige Voraussetzungen, die Funktionen „Wohnen – Arbeiten – Erholen" optimal zu gestalten.

Ausgehend von der Richtlinie zur Entwicklung von Städtebau und Architektur im Bezirk Rostock, wurden die Gestaltungsprinzipien der vorhandenen und geplanten Wohngebiete im Raum Lütten Klein bei der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung des Wohngebietes Groß Klein sinnvoll angewandt.

Die städtebauliche Konzeption wurde entsprechend den sich entwickelnden Möglichkeiten der Bauindustrie lebendig gestaltet und mit interessanten, attraktiven Erlebnisbereichen für den Fußgänger, Treffpunkten für die Jugend und ähnlichem ausgestattet.

Im Sinne einer besseren städtebaulichen, architektonischen und bildkünstlerischen Gestaltung des Wohngebietes galt es, eine gut durchdachte Freiflächenkonzeption, attraktive Zentrumsbildung mit Hauptfußgängerbereichen, Ecklösungen, Kleinarchitektur, Wasserspielen, Sichtwerbung und Beleuchtung herauszuarbeiten.

Charakteristisch für das Wohngebiet ist die Anwendung von Klinker und Waschputz sowie eines in der Höhe gestaffelten Massenaufbaues.

Durch 3- bis 5geschossige Würfelhäuser an den Enden der langen 5geschossigen Bauformen ergeben sich günstige Differenzierungen in den Wohngruppen.

Entlang der Hauptfußgängerzonen steigert sich die Bebauung über 9- und 11geschossige Wohnblöcke bis zu einem 18geschossigen Punkthaus am S-Bahn-Haltepunkt Lichtenhagen. Die hohe Bebauung konzentriert sich am Zentrum und an den Haltepunkten der S-Bahn.

Durch die Einordnung der Hochhäuser in das Gesamtgefüge des Wohngebietes und in Beziehung zum Wohngebietszentrum werden die Schwerpunkte der Kommunikation sowie die Hauptfußgängerachsen besonders betont.

Die Bebauungsform wird speziell für dieses Wohngebiet grundsätzlich mit 45°-Winkeln gebildet, die dem Stadtteil ein eigenes Gesicht und unverwechselbare Raumbildungen geben.

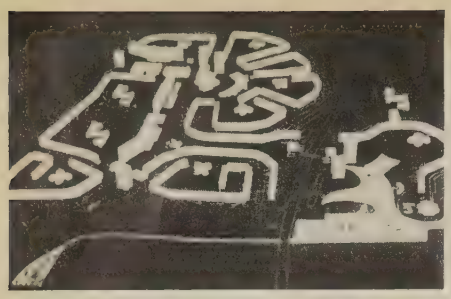
Die großzügigen Bauformen werden durch ein System von Durchgängen ergänzt, die die funktionellen Beziehungen aus den Wohngruppen zum Zentrum, zu den Fußgängerachsen, zu den Parkplätzen und zu den umliegenden Freiräumen gestatten.

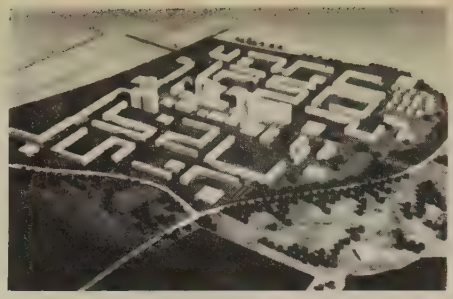
Zur Erreichung eines optimalen Wohnmilieus werden bereits heute erste Maßnahmen zur Realisierung der Großgrünkonzeption mit der Forstwirtschaft durchgeführt.

Wohnungsbau

Grundlage für den Wohnungsbau bildet die Studie WBS 70 des Wohnungsbaukombinates Rostock für den Zeitraum ab 1978. Gleichzeitig wurde eine technologisch und funktionell verbesserte Zwickellösung zur Realisierung des einheitlichen 45°-Winkels der städtebaulichen Konzeption für Groß Klein entwickelt.

Das angebotene Wohnungssortiment berücksichtigt zentrale Hinweise zu Wohnungsgröße und Wohnqualität sowie Hinweise der Nutzer zum Gebrauchswert des jetzigen Typs:





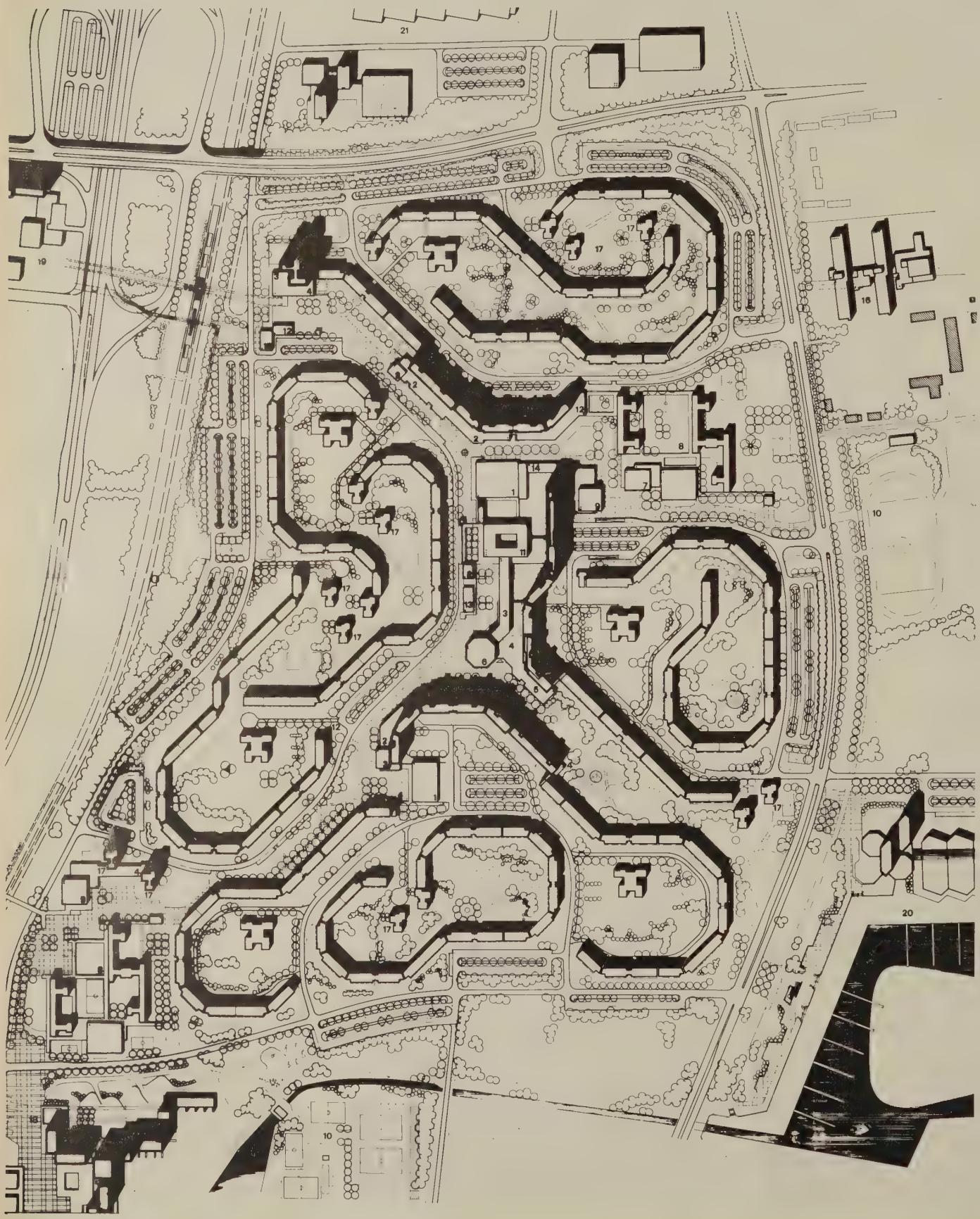
Variantenvergleiche

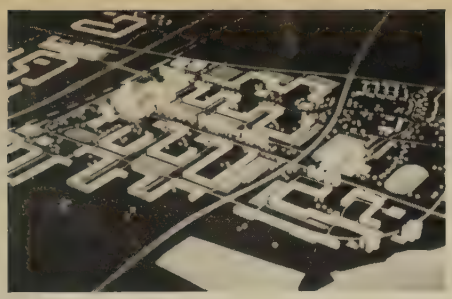
3 Büro für Städtebau Rostock, Brigade Stralsund

4 Büro für Städtebau Rostock, Brigade Rostock

5 TU Dresden (Studentenarbeit)

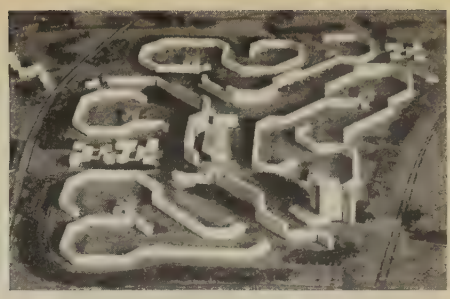
9





6 TU Dresden (Studentenarbeit)

7 TU Dresden (Studentenarbeit)



8 Büro für Stadtplanung Rostock (Vorzugsvariante)

9
Bebauungskonzeption mit Lage der gesellschaftlichen Einrichtungen

1 Kaufhalle
2 Spezialverkaufsstellen
3 Gaststätte/Café
4 Kultur/Club
5 Bibliothek
6 Mehrzwecksaal
7 Schwimmhalle
8 Schulkomplex und Sporthalle
9 Schülergaststätte
10 Schulsportkomplex
11 medizinische Betreuung
12 Dienstleistungen
13 Post
14 Sparkasse
15 Verwaltung und Massenorganisation
16 Feierabend- und Pflegeheim
17 Wohnungen für ältere Bürger
18 Stadtbezirkszentrum
19 Wohngebietszentrum Lichtenhagen
20 Jachthafen
21 nichtstörende Arbeitsstätten

10
Ausschnitt aus den Plänen der Freiflächengestaltung und der künstlerischen Konzeption als Beispiel komplexer Umweltgestaltung (Wohngruppe 4)

Kennziffern

Geplanter Baubeginn:

Tiefbau 1977
Hochbau 1979

Wohnungsbau:

Anzahl der Wohnungen 5702 (und 448 Plätze in Feierabend- und Pflegeheimen)
Anzahl der Einwohner: 18 372 (und 448 in Feierabend- und Pflegeheimen)
vielgeschossiger Wohnungsbau 1394 Wohnungen (= 24,5 %)
mehrgeschossiger Wohnungsbau 4308 Wohnungen (= 75,5 %)
(davon 150 Wohnungen in dreigeschossigen Wohnwürfeln)
Wohnungsverteilerschlüssel:

Einraumwohnungen	18,4 Prozent
Zweiraumwohnungen	16,5 Prozent
Dreiraumwohnungen	25,9 Prozent
Vierraumwohnungen	32,2 Prozent
Fünfraumwohnungen	7,0 Prozent

Einwohner/Wohnung 3,22 (Perspektive: 3,00)
durchschnittliche Wohnungsfläche 57,79 m²

Ruhender Verkehr:

ausgewiesene Stellplätze 5550 (330 Stpl./1000 Ew)
davon offene, ebenerdige Stellplätze 3800 (=68,5 %)
Verhältnis der Stellplätze
(innerhalb: außerhalb der Bebauung)
27 % : 73 %

Flächenbilanz:

Gesamtfläche (Nettofläche)	72 465 ha
Einwohnerdichte	252 Ew/ha
Wohnbauland	18,46 m²/Ew
Flächen für gesellschaftliche Einrichtungen	12,39 m²/Ew
Flächen für fließenden Verkehr	4,07 m²/Ew
Flächen für ruhenden Verkehr	4,17 m²/Ew

- Anwendung des Doppelsektionsprinzips unter Berücksichtigung der Taktstraßenbedingungen (annähernd einheitliche Länge der Doppelsektion) und der soziologischen Belange (Begrenzung des Doppelsektionsprinzips hinsichtlich der Kopplung der Fünfraumwohnung)
- erhöhter Anteil der Vier- und Fünfraumwohnungen im Wohngebiet Groß Klein von 39,2 Prozent
(zum Vergleich: Evershagen 21,6 Prozent, Lichtenhagen 31,0 Prozent, Schmarl 31,0 Prozent)
- eine der Wohnungsgröße angepaßte differenzierte Küchengröße
- variabel nutzbare Kinderzimmerflächen der Vier- und Fünfraumwohnungen (Wegfall der Trennwände in der 4,8-m-Achse)
- Anordnung eines großen Wohnzimmers bei der Hälfte der Vierraumwohnungen und bei allen Fünfraumwohnungen
- Abdeckung des Einraumwohnungs-Sortiments für Groß Klein in Würfelhäusern (auch mit variabler Nutzung als Wohnheime, Beherbergungsstätten, Appartements für Bürger in höherem Alter).

Dieses Würfelhaussortiment ist Bestandteil der Studie des VE WBK.

Gesellschaftsbau

Zur Ermittlung der Kapazität der gesellschaftlichen Einrichtungen wurden die staatlichen Normative des komplexen Wohnungsbaues, wie sie im Entwurf der Komplexrichtlinie für neue Wohngebiete enthalten sind und die Empfehlungen, die durch das Ministerium für Bauwesen im Zusammenhang mit der Bestätigung der gesellschaftspolitischen Zielstellung für Groß Klein gegeben wurden, verwendet.

Sie wurden mit den Fachabteilungen des Rates beraten und im Bearbeitungszeitraum präzisiert und bestätigt.

Die Grundversorgung des Wohngebietes wird mit dem vorliegenden Typenangebot des VE WBK gewährleistet:

- Kindereinrichtung
- Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule
- Turnhalle
- Schülerspeisung
- Kaufhalle
- Eckläden

Weitere gesellschaftliche Einrichtungen sind mit den Erdgeschoßzonen des vielgeschossigen Wohnungsbaues gekoppelt und nur im Zusammenhang mit diesem realisierbar.

Die im WBK entwickelte Serie für den 11geschossigen Wohnungsbau bietet diese Varianten an.

Die Kindereinrichtungen liegen in den geschützten Innenhöfen. Durch die Lage der Schulen in Verbindung mit den Zentren ergeben sich Möglichkeiten der Mehrzwecknutzung.

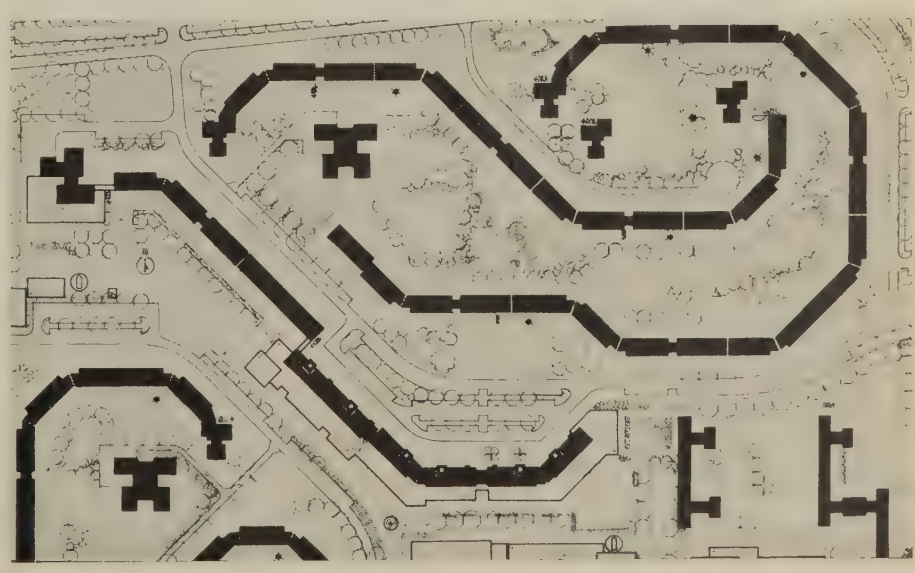
Angrenzend an den Standort des vorhandenen Pflegeheimes Groß Klein sind die Errichtung eines weiteren Feierabend- und Pflegeheimkomplexes sowie Appartementhäuser mit Wohnungen für Bürger im höheren Lebensalter vorgesehen.

Zur Erstversorgung der Bauarbeiter und der ersten Einwohner des Wohngebietes gibt es Überlegungen, Einrichtungen des Gesellschaftsbaues – wie Schule mit Schülerspeisung – als vorgezogene Investitionen zu errichten.

Verkehr und Stadttechnik

Die Verkehrsanbindung des Wohngebietes erfolgt entsprechend dem Generalverkehrsplan der Stadt.

10



11

11
Das Wohngebiet entsteht in unmittelbarer Nähe der Ostsee

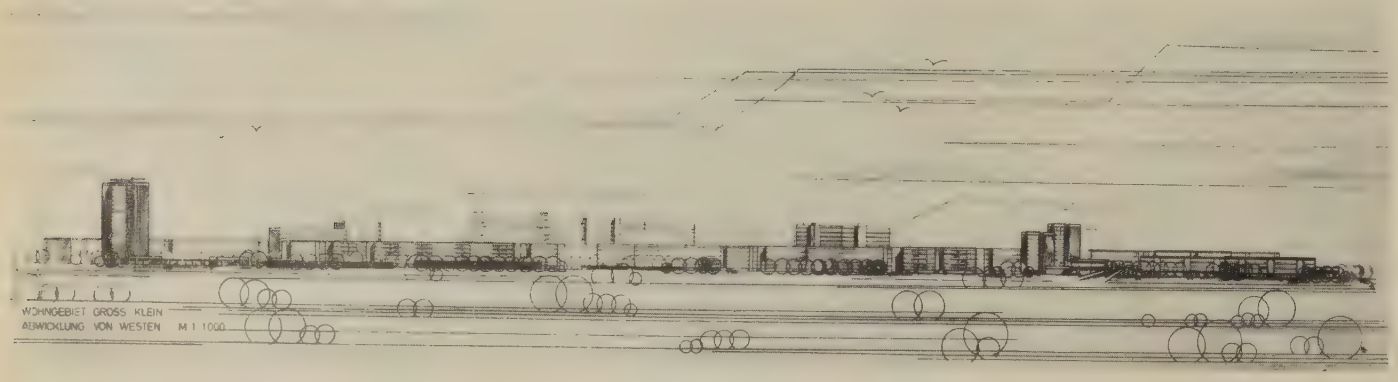
12
Abwicklung von Westen
(Wirksamkeit des Wohngebietes durch seine Silhouette)

13
Vogelschau. Funktionelle Hauptbeziehungen als kommunikative Räume des Wohngebietes

14
Blick vom geplanten Wassersportzentrum

Hierbei wird von einer sinnvollen Rangfolge der einzelnen bedienenden Verkehrsarten im Wohngebiet ausgegangen, wobei Ausgangspunkt ist, insbesondere dem Fußgänger günstige Bedingungen und auch dem Radfahrer entsprechende Möglichkeiten zur Erreichung von Naherholungszielen anzubieten.

Dem Anschluß des Wohngebietes an das öffentliche Nahverkehrsmittel wurde beson-



12

13

dere Aufmerksamkeit gewidmet. So erfolgt die Erschließung für den öffentlichen Personennahverkehr mit der Stadtbahn.

Das Wohngebiet ist so zugeschnitten, daß fast alle Einwohner im fußläufigen Einzugsbereich wohnen.

Die innere Erschließung des Wohngebietes erfolgt über Sammelstraßen, über Anliegerstraßen als Schleifen und befahrbare Wege als Schleifen und Stiche.

Die Anordnung der Flächen für den fließenden und ruhenden Verkehr wird unter besonderer Berücksichtigung der Fragen des Umweltschutzes gelöst.

So wurde entsprechend den Erfahrungen beim Wohngebiet Schmarl ein äußeres Straßenerschließungssystem gewählt und 75 Prozent der Flächen für den ruhenden Verkehr in Randlage angeordnet.

Die Primärerschließung für das Wohngebiet erfolgt in Weiterführung der Hauptstränge für das Wohngebiet Schmarl.

Zur Durchsetzung effektiver Methoden der Leitungsführung im Wohngebiet ist die Verlegung der Leitungen für Wasserversorgung, Fernwärmeversorgung, Elektroenergieversorgung, Fernmeldeversorgung, Gemeinschaftsantennen und Schmutzwasser (teilweise) im Sockelgeschoß, dem Leitungsgang des 5geschossigen Wohnungsbaues, vorgesehen.

Blockverbindungen werden als erdverlegte Leitungen oder wie Kanalleitungen für Fernwärme ausgeführt.

Das Netz der Straßenbeleuchtung liegt aufgrund der Trassenführung, das Regen- und Schmutzwassernetz (teilweise) aufgrund der Bedingungen des freien Gefälles außerhalb des Leitungsganges.

Der Bauablauf wird so mit den Erschließungsleistungen koordiniert, daß die Versorgung der vorgezogenen Investitionen für die Bauarbeiterbetreuung und die Versorgung der ersten Einwohner gesichert wird.

Freiflächengestaltung und künstlerische Konzeption

Die Bebauungskonzeption für das Wohngebiet Groß Klein bietet günstige und vielfältige Ansatzpunkte für die Gestaltung der Freiflächen und die Anordnung des Großgrüns.

Die baulichen Formen und die entstehenden städtebaulichen Räume mit klar erkennbaren Bewegungsabläufen werden durch den Einsatz des Großgrüns verdeutlicht bzw. in ihrer Wertigkeit differenziert und gesteigert.

Durch die städtebauliche Konzeption ergeben sich grundsätzlich zwei Bereiche für das System der Freiflächengestaltung, die bewußt verschiedenartig behandelt werden:

- die Hauptfußgängerachse von den Haltepunkten der S-Bahn an den Rändern des Wohngebietes zum mittig liegenden Wohngebietszentrum und
- die vier Wohngruppen mit ihren differenzierten Funktionsbereichen.

Die Hauptfußgängerzonen überlagern sich mit den Zonen der gesellschaftlichen Einrichtungen in den Zentren und stellen so wichtige gesellschaftliche Kommunikationsbereiche dar.

Für die Wohngruppen wurde, ausgehend von den eingeordneten Durchgangsmöglichkeiten, ein funktionell begründetes System kürzester Wegeverbindungen konzipiert.

In dieses System ordnen sich entsprechend den Richtwerten und unter Beachtung der Umwelteinflüsse (Lärm, Wind, Besonnung) Sitzplätze, Spielplätze, Ruhezonen und kleinere Tummelflächen ein.

Bevorzugt behandelte Aufenthaltsbereiche unterschiedlichen Charakters innerhalb der Wohngruppen sind

- die der individuellen Nutzung unterliegenden Mietergärten und Terrassenplätze am Haus, wie sie teilweise vor Süd- und Westfassaden vorgesehen sind
- die in Auswertung solcher Erfahrungen, wie in Greifswald-Schönwalde, an einem Teil der Hauseingänge als „Haustürtreff" oder an den Durchgängen vorgesehenen Aufenthaltszonen mit Sitz-, Warte- und Spielcharakter
- die mit Spiel- und Tummelflächen oder besonderen Pflanzungen verbundenen Freizeitbereiche.

Die lärmintensiven Tobeplätze sind vorrangig am Ost- und Südrand des Wohngebietes und in Verbindung zu Schul- und Wohngebietssportanlagen vorgesehen.

Der Aufgabe des Großgrüns, auch den Windschutz des Wohngebietes zu verbessern, wird durch ein System von unterschiedlichen Gehölzen entsprochen. Bei der Bepflanzung sollen 2 bis 3 Grundarten von Bäumen und ein Leitbaummotiv dem Wohngebiet sein besonderes Gepräge geben.

Ausgehend von der künstlerischen Leitthematik des Raumes Lütten Klein „Frieden und Völkerverständigung im Ostseeraum" und „Der Mensch an der Küste" wird für das Wohngebiet Groß Klein entsprechend seiner Lage unmittelbar an der Warnowwerft und gegenüber dem Überseehafen das Thema „Mensch – Schiffbau – Schifffahrt" vorgeschlagen.

In diesem Zusammenhang ist vorgesehen, hinsichtlich der Vorbereitung der bildkünstlerischen Konzeption entsprechende Gremien der mit der Thematik verbundenen Großbetriebe einzubeziehen. Im Rahmen einer überbetrieblichen Arbeitsgruppe werden gegenwärtig erste Vorstellungen für die künstlerische Konzeption erarbeitet.

Durch die künstlerischen Aussagen im Wohngebiet, verbunden mit einer attraktiven Freiflächengestaltung, einer typischen Architektur und einem großzügigen Städtebau wird angestrebt, das Milieu im Wohngebiet so zu gestalten, daß die Bürger sich darin wohl fühlen und ihr Wohngebiet ihnen auch zur Heimat wird.

14

Bebauungskonzeption des 3. Bauabschnittes von Lobeda-Ost

Dr.-Ing. Siegfried Klügel
Stadtarchitekt Jena

Autoren der städtebaulichen Planung

Dr.-Ing. S. Klügel, Architekt BdA/DDR
Dr.-Ing. D. Limpert, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. F. Schubring
Dipl.-Ing. U. Klügel
Dipl.-Ing. S. Gibbels
Ingenieur A. Goden, KDT
Dipl.-Ing. K. Weise
Dipl.-Gartenarchitekt Chr. Schuricht
Gartenarchitekt R. Majonek

Konsultative Mitarbeit:

GAN Komplexer Wohnungsbau VEB WBK Gera
VEB Investitionsbüro Gera
VEB Straßen-, Brücken- und Tiefbaukombinat Gera
Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur und Institut für Tiefbau
TU Dresden, Sektion Architektur, Gebiet Landwirtschaftsarchitektur und Ingenieurbiologie

1

Komplexer Wohnungsneubau der Stadt Jena im Zeitraum von 1977 bis 1980

Im November 1974 hat der Rat der Stadt Jena die städtebaulich-architektonische Direktive für den 3. Bauabschnitt des Wohnungsneubaugebietes Jena-Lobeda-Ost einschließlich seines Hauptzentrums beschlossen und damit den vorläufigen Schlußpunkt unter die Investitionsvorbereitung seitens des Auftraggebers gesetzt. Im Hauptfristenplan des Rates des Bezirkes Gera für die investseitige Vorbereitung des komplexen Wohnungsbaus für den Zeitraum 1974 1978 ist der Baubeginn Erschließung im Jahre 1977 und der Baubeginn Hochbau 1978 vorgesehen. Für die Stadt werden damit im Zeitraum bis 1980 1500 WE auf der Grundlage bezirklicher Orientierungen realisiert. Die vorliegende Bebauungskonzeption weist die Einordnung dieser 1500 WE im 1. Teil (auf einer Fläche von 19,5 ha) und weitere 2000 WE (auf einer Fläche von 29 ha) im 2. Teil des Bauabschnittes aus. Damit wurde seitens der städtebaulichen Planungsorgane ein beträchtlicher Vorbereitungsvorlauf für den Zeitraum nach 1980 geschaffen und somit eine wesentliche Voraussetzung für eine kontinuierliche Erfüllung der Bauproduktion erfüllt.

Da für den Zeitraum ab 1976 vom Generalauftragnehmer WBK Gera eine völlig neue Erzeugnisreihe des Wohnungsbaues auf der Grundlage der WBS 70 angeboten wird und der vielgeschossige Wohnungsbau bis 1980 auf die Bezirkshauptstadt konzentriert bleibt, ist es im Südraum der Stadt gegenüber den vorhergegangenen Planungen erstmals möglich, eine landschafts- und maßstabsgerechte mehrgeschossige Bebauung auf der Grundlage der vorgegebenen Normative zu verwirklichen.

Mit dem 3. Bauabschnitt (nachfolgend als 3. BA bezeichnet) Lobeda-Ost und dem Hauptzentrum für Lobeda-Ost insgesamt findet der komplexe Wohnungsbau im Südraum der Stadt seinen Abschluß. Nach Fertigstellung werden etwa 40 000 Einwohner am südlichen Stadtrand unter modernen und komfortablen Bedingungen eine neue Heimat gefunden haben.

Das Bebauungsgebiet liegt am Südhang zum Rodatal in unmittelbarer Randlage zur Autobahn Eisenach/Dresden (vergleiche hierzu Heft 8/74, S. 457). Mit der Bebauung dieses Standortes wird der südöstliche Zugang zur Stadt Jena über die L.1.0.77 markiert. In nordöstlicher Richtung wird das Wohngebiet durch eine Vorbehaltsfläche für ein komplexes Arbeitsstättengebiet begrenzt. Hier wird auch ein Fachkrankenhaus für Innere Medizin errichtet. Verkehrsmäßig besteht mittels KOM eine wegezeitgünstige Verbindung mit allen Funktionsteilen der Stadt, so mit dem Stadtzentrum innerhalb von 15 Min. und wichtigen Naherholungsgebieten innerhalb von 15 bis 40 Min. Einzelne Naherholungsgebiete sind fußläufig innerhalb von 5 bis 30 Min. erreichbar. Das Hauptzentrum Lobeda-Ost liegt für den 1. Teil des 3. BA im 800-m-, für den 2. Teil im 1500-m-Einzugsbereich, so daß zur Sicherung einer wegezeitgünstigen Grundversorgung des letzteren die Anlage eines Nebenzentrums erforderlich wird.

Zur Aufgabenstellung für die städtebauliche Bearbeitung des Planungsgebietes

Vom Rat der Stadt Jena wurde eine gesellschaftspolitische Zielstellung und ein allseitig abgestimmtes städtebauliches Programm vorgegeben.

Die Grundlinie dieser Zielstellung geht von einer notwendigen qualitativen Weiterentwicklung des komplexen Wohnungsneubaus aus. Schwerpunktmäßig sind folgende Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in unseren neuen Wohngebieten raum- und funktionswirksam zu gestalten:

- leistungsfähige Polikliniken und Ambulatorien insbesondere in Neubauzentren mit ihren Vorteilen für die ärztliche Gemeinschaftsarbeit und den damit verbundenen Reduzierungen zeitlicher und anderer Erschwernisse für die Bürger
- Bäder, Sauna und Gymnastikeinrichtungen
- Wohnraum, der den Lebensbedingungen älterer Bürger entspricht
- Einrichtungen des Handels und der Versorgung sind in der Bauausführung an den Anfang des Baugeschehens zu stellen, um das mit der Beendigung des Wohnungsneubaues Lobeda-Ost im Jahre 1975 vorhandene ungünstige Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Versorgungseinrichtungen des Handels zu verbessern.
- ein gut organisiertes Programm für regelmäßige und wirkungsvolle sportliche Betätigung der Bürger unmittelbar am Wohnort
- Konzentration der baugebundenen Kunst auf die Bereiche der Kultur, Bildung, Erholung und des Sportes in den Wohnbereichen
- Gaststätten, Klubräume und andere Einrichtungen sind so zu gestalten, daß die Gemeinschaftsbeziehungen durch die Tätigkeit vieler Hausgemeinschaften gefördert werden. Im Wohngebiet sollten Möglichkeiten für das gesellige und gemeinschaftliche Leben geschaffen werden, wie Klubräume, Jugendklubs, Räume für Geselligkeit, Tanz und Unterhaltung
- Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten im Freiraum entsprechend den unterschiedlichen Bedürfnissen der Altersgruppen

Für das Bauwesen leitet sich daraus die verantwortungsvolle Aufgabe ab, mit der Schaffung der materiellen Voraussetzungen für das sozialistische Wohnen Kristallisationspunkte sich neu herausbildender und entwickelnder Kommunikation in den neuen Wohngebieten zu schaffen, die der gesellschaftlichen Versorgung der Bürger, einer besseren Versorgung und Betreuung unserer älteren Bürger, einer vielfältigeren Kooperation zur Verbesserung der örtlichen Versorgung für Dienstleistungen und Reparaturen, einer sinnvollen Gestaltung der Freizeit im Interesse der Gesellschaft und des einzelnen, der Jugendarbeit, des Zusammenwirkens von Schule und Elternhaus, der Familienerziehung und der wirkungsvollen Entlastung der werktätigen Frau von der Hausarbeit neue Impulse geben.

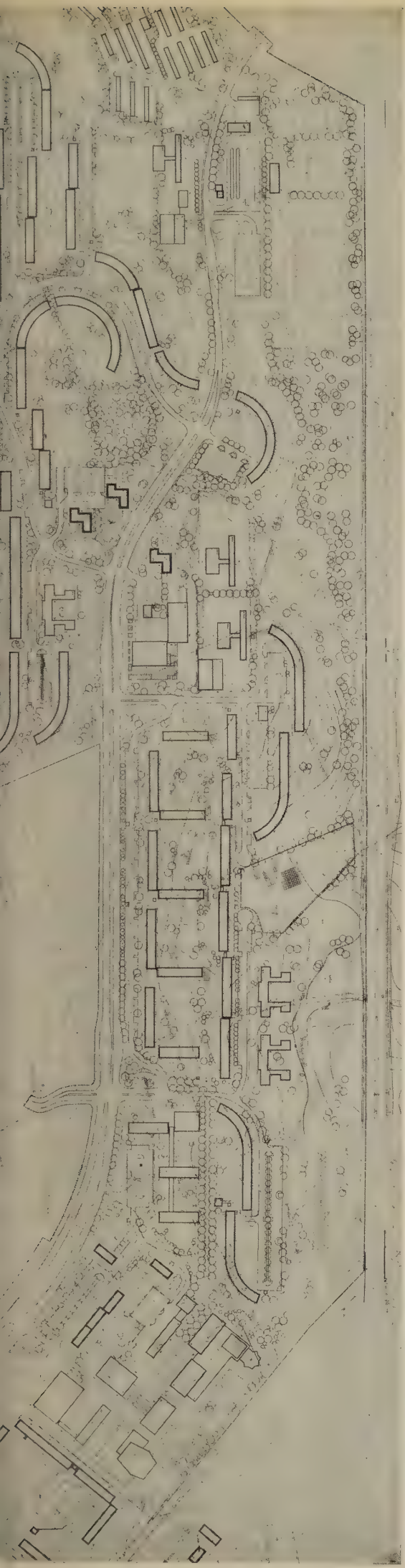
Standort- und erzeugnisbedingte Voraussetzungen und die mit der Planung erreichten Kennziffern

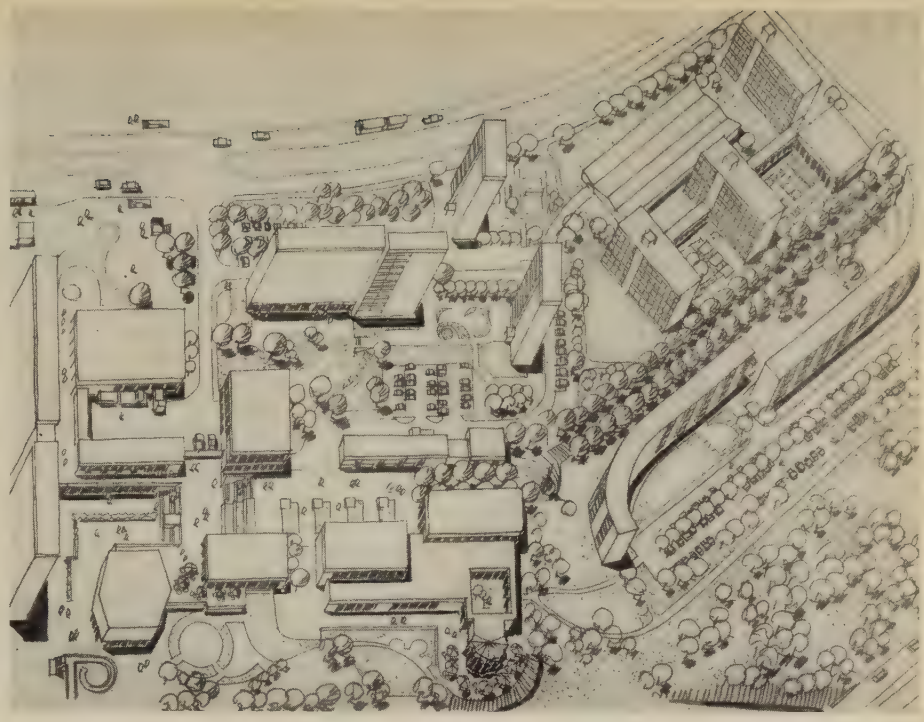
Ein Großteil der Flächen ist Bestandteil des Landschaftsschutzgebietes „Mittleres Saaletal" und unterliegt damit erheblichen Baubeschränkungen, die eine volle Ausnutzung der Flächen erschweren.

Das Gebiet hat auf Grund der nichtveränderbaren Begrenzung eine durchschnittliche Tiefe von nur 300 m bei einer Längsausdehnung von 1700 m und einer Höhenlage zwischen 180 m und 225 m ü. NN. Die in der Fläche vorhandene Gärtnerei ist in die Neubebauung einzugliedern.

Das Gelände ist besonders im östlichen Teil stark gegliedert und zeigt eine Reihe von erheblichen Verwerfungen, Taleinschnitten und Geländekuppen. Die Süd- bis Südwest-Hanglagen haben wechselnde Neigungen zwischen 4 und 14 Prozent.

Von besonderem Nachteil ist die unmittelbare Begrenzung der Wohnflächen im Süden durch die Autobahn und im Norden durch die als Verkehrsstraße klassifizierte Haupterschließungstrasse. Die sich damit notwendigerweise aus der Sicht der Landeskultur und des Umweltschutzes ergebenden Bedingungen, aber auch Forderungen haben wesentliche Auswirkungen auf die Komposition und Ökonomik der Bebauung (Einhaltung eines möglichst großen Abstandes der Bebauung zur Autobahn, lärmabschirmende Maßnahmen zur Autobahn, geschlos-





3

1
Einordnung des Wohngebietes 3. Bauabschnitt Lobeda-Ost in den Südraum der Stadt Jena

Hauptfußgängerverbindungen

Fußwegverbindungen zum Umland

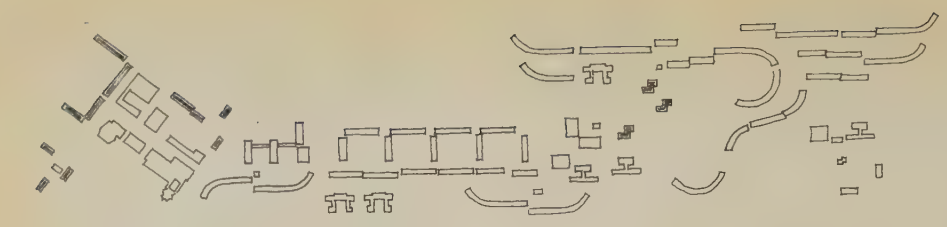
2
Übersichtsplan der Bebauungskonzeption für den 3. Bauabschnitt von Jena-Lobeda-Ost

3
Isometrie des Hauptzentrums mit anschließender Randzone des 1. Teiles des 3. Bauabschnittes

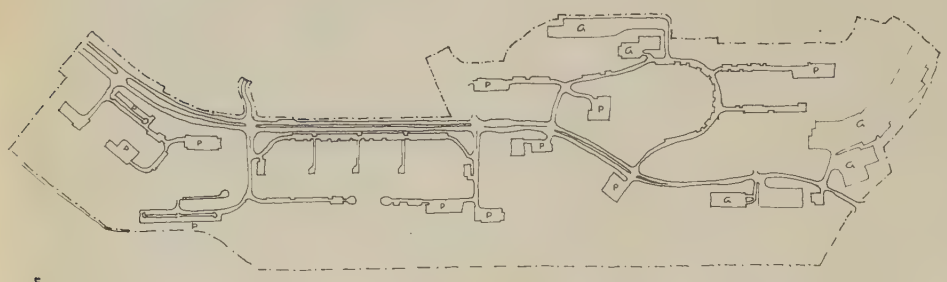
Kennziffern:

	1. Teilabschnitt	2. Teilabschnitt	3. BA gesamt
Gesamtaufwand ohne Anteil gesellschaftlicher Objekte im Hauptzentrum	60 000 M/WE	54 000 M/WE	56 600 M/WE
davon standortbedingte Mehraufwendungen	5 000 M/WE	4 650 M/WE	4 800 M/WE
Gesamtaufwand einschließlich gesellschaftlicher Objekte im Hauptzentrum	62 800 M/WE	54 800 M/WE	58 200 M/WE
Wohnungen	1 491 WE (davon 80 WE für ältere Bürger, 200 Plätze für Altenwohnheime, 175 Plätze für Pflegeheim, 80 WE für Schwesternwohnheim)		3 483 WE
Einwohner	4 473 Ew		10 449 Ew
Wohnungsverteilerschlüssel:			
Einraumwohnungen	27,1 %		27,2 %
Zweiraumwohnungen	12,1 %		18,5 %
Dreiraumwohnungen	40,0 %		40,2 %
Vierraumwohnungen	20,0 %		13,7 %
Fünfraumwohnungen	0,8 %		0,4 %
Wohngebäude:			
fünfgeschossig	74,8 %		71,4 %
sechsgeschossig (Mittelganghäuser mit Aufzug)	20,5 %		22,6 %
elfgeschossig	4,7 %		6,0 %
Bauland	43,5 m²/Ew		46,4 m²/Ew
davon Wohnbauland	13,6 m²/Ew		13,1 m²/Ew
gesellschaftliche Einrichtungen			8,3 m²/Ew
Sport- und Tummelplätze	3,1 m²/Ew		5,4 m²/Ew
ruhender Verkehr	3,7 m²/Ew		9,2 m²/Ew
fließender Verkehr	6,3 m/Ew		6,2 m²/Ew
durchschnittliche Wohnungsgröße			59,0 m²
Einwohnerdichte	230 Ew/ha		215 Ew/ha

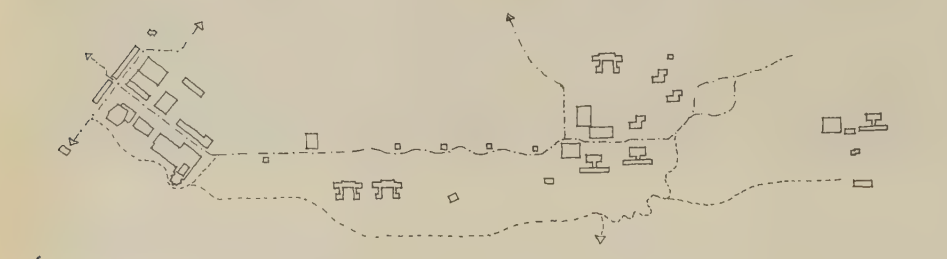
Ausstattungskennziffern nach Kapazitätseinheiten je 1 000 Einwohner			
Kinderkrippe	34,4 Plätze	Arzt/Grundversorgung	0,48 Plätze
Kindergarten	66,7 Plätze	Bibliothek	1300 Bände
Schule	193 Plätze	Klub	10,9 Plätze
Turnhalle	138 m²	Kaufhalle Industriewaren	72,5 m²
Schulspeisung	40 m²	Mehrzwecksaal	9,5 Plätze
Schwimmhalle	18,9 m²	Feierabend- und Pflegeheim	8,9 Plätze
Kaufhalle für Waren des täglichen Bedarfs	109 m²	Post	8,5 m²
Gaststätte	19,2 Plätze	Sparkasse	0,48 Plätze
Dienstleistungen	2,8 m²	Friseur	12,6 m²
		Pkw-Stellflächen	290



4



5



6

sene Randbildung des Wohnungsbaues zu den Lärmquellen, verbunden mit dem Einbau von schallhemmenden Sonderkonstruktionen für die Fenster).

Im Hinblick auf die Bewältigung eines solchen Standortes steht seitens des WBK Gera im Rahmen der WBS-Entwicklung bis 1980 ein begrenztes Erzeugnisangebot zur Verfügung, das hinsichtlich seiner städtebaulichen Variabilität im Vergleich zu anderen Bezirken manche Wünsche unerfüllt läßt.

Dies zeigt sich vor allem in ungenügend differenzierten Wohnblockabmessungen, dem einseitigen Erschließungsprinzip für die Wohngebäude sowie in der Fassaden- und Gebäudeteilgestaltung.

Neben diesen Nachteilen werden aber auch eine Reihe von günstigen Faktoren wirksam, die es erlauben, eine gestalterisch befriedigende und volkswirtschaftlich vertretbare Lösung zu finden. So ist auf Grund der Erschließungsvorleistung des Makrostandortes Lobeda nur noch ein äußerst geringer primärseitiger Erschließungsaufwand/WE vonnöten. Der Anteil des vielgeschossigen Wohnungsbaues konnte auf insgesamt 6 Prozent gesenkt werden, und durch eine gründliche Bedarfsermittlung der Abteilung Wohnungswirtschaft der Stadt konnte ein hoher Prozentsatz an Kleinstwohnungen zum Einsatz kommen, die es erlauben annähernd die durchschnittliche Wohnfläche/WE einzuhalten.

Durch eine gute Abstimmung der Phasenbearbeitung der Bebauungskonzeption mit dem Komplexarchitekten des WBK Gera, den Kollegen des Straßen-, Brücken- und Tiefbaukombinates Gera, des Investitionsbüros Gera und unter Nutzung der Konsultation mit Instituten der BA der DDR, dem Bezirksarchitekten, den ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Jena und der Kreisgruppe Jena des BdA der DDR konnte die Planung abgeschlossen werden.

Zur Struktur und Verteilung der gesellschaftlichen Einrichtungen

Auf Grund der langgestreckten Ausdehnung des Bebauungsgebietes war es erforderlich, zur Reduzierung der wegezeitlichen Aufwendungen für die Bewohner die Einrichtungen der Grundversorgung auf 2 Standorte aufzuteilen (Hauptzentrum Lobeda-Ost mit einem Einzugsbereich von 11300 Ew, Nebenzentrum 3. BA Lobeda-Ost mit einem Einzugsbereich von 4450 Ew).

Dieses Verteilungsprinzip konnte jedoch nicht auf die Standortverteilung der Schulbauten Anwendung finden. Hier mußte eine möglichst weitgehende Konzentration der 3 Schulobjekte im Hinblick auf die Schulspeiseversorgung und die Zuordnung zu den Sportfreiflächen erfolgen.

Die Einrichtungen der erweiterten gesellschaftlichen Versorgung wurden fast ausschließlich auf das Hauptzentrum konzentriert und objektweise so geordnet, daß eine stark zeitlich gestreckte Realisierung möglich ist. Diese Konzeption schließt von vornherein funktionell gestalterische Vorteile einer auf Kooperation, Kombination und Mehrzwecknutzung orientierenden Gesamtlösung aus, entspricht aber den gegenwärtig absehbaren baukapazitätsmäßigen Möglichkeiten des Bezirkes Gera. Die medizinische Grundversorgung wird durch eine dem Fachkrankenhaus für Innere Medizin zugeordnete Poliklinik gesichert.

Zum städtebaulich-räumlichen Ordnungsprinzip

Die landschaftsbezogene Einordnung der Bebauung erfordert, im Bereich des 3. BA 5geschossige Wohngebäude gegenüber den Objekten des 2. BA einzusetzen. Im Bereich des Hauptzentrums wird zwischen den Bauhöhen des 2. und 3. BA vermittelt. Damit wird nicht nur eine fernwirksame gestalterische Korrespondenz mit der Bergsilhouette geschaffen, sondern auch ein Wohnmilieu, das im wirkungsvollen Gegensatz zur vorangegangenen Bebauung steht und den oft geäußerten Wohnbedürfnissen der Bevölkerung in einem besseren Maße entspricht.

Als ein weiteres wesentliches Element landschaftsverbundenen Bauens wurde das möglichst weite Zurücksetzen der Wohnbebauung von der Autobahn genutzt. Die damit verbundene Möglichkeit der Aufforstung eines dichten Gehölzschutzstreifens, die funktionell gestalterische Verbindung desselben auf der Autobahnrandzone von Lobeda-West durch die Fortführung des Promenadenweges, die wegemäßige Anbindung an die angrenzenden Ortslagen und Naherholungsflächen verbunden mit der Zuordnung von Sport- und Tobeflächen bringen nutzungsbedingte Einschränkungen und milieubildende Wohn- und Erholungswerte vorteilhaft in Übereinstimmung.

Der terrassenförmige ein- bis zweigeschossige Aufbau der Baumassenkomposition des Hauptzentrums, der sich in Richtung Drakendorf später fortsetzen soll, die Konzentration der Fonds der erweiterten gesellschaftlichen Ausstattung auf die Randbildung zur L.1.O. 77 und auf eine mit den spezifischen Gestaltungsmitteln der Kleinarchitektur, der baugebundenen Kunst und einer anspruchsvollen Gartengestaltung der zwei sich im Hauptzentrum kreuzenden Fußgängerpassagen sollen nicht nur die Stadteinfahrt nach Jena markieren, sondern auch eine unverwechselbare räumliche Situation schaffen, die den natürlichen Reichtum dieses schönen Landschaftsraumes dominieren läßt.

Die Baumassenverteilung im 3. BA bewegt sich im Rahmen der mehrgeschossigen Wohnbebauung, die im Bereich des Nebenzentrums durch 3 vielgeschossige Punkthäuser unterbrochen wird, die in Analogie zu dem Punkthausmotiv des Wohngebietes Nord II in Verbindung mit der Hanglage und der bewaldeten Bergsilhouette ein für Jena typisches städtebauliches Motiv bilden.

7

Strukturskizzen

4
Bebauungsstruktur

5
Netz der Anlagen des Verkehrs

6
Netz der Fußwege

7
Perspektivskizze der Geländemodellierung eines Wohnhofes (1. Teil des 3. Bauabschnittes)

8
Einordnung der Bebauung in den Landschaftsraum des Saale-Rodatales. Ansicht

9
Blick von Göschwitz über das Wohngebiet Lobeda-West auf den künftigen Bebauungsstandort des 3. Bauabschnittes von Lobeda-Ost. Perspektivskizze

8

Im Bereich des 2. Teiles des 3. BA staffeln sich die Wohngebäude hangaufwärts, wobei durch massierten Einsatz des gekrümmten Blocktyps eine die Geländebewegung weitgehend modellierende Bebauung gefunden wurde.

Diese Bebauung stellt hohe Anforderungen an die technologische Bewältigung der Plattenbauweise, verspricht aber auch eine reizvolle räumliche Situation, die sich in zunehmendem Maße auflockert und damit den Übergang zum Landschaftsraum in südöstlicher Richtung herstellt.

Das Nebenzentrum wird mit dem Hauptzentrum von Lobeda-Ost durch einen Fußgängerweg verbunden, der in einer völlig verkehrsfreien Zone geführt wird. Diese Qualität ist durch geeignete Gestaltungsmaßnahmen zu betonen und ist letztlich das Ergebnis der Durchsetzung des Prinzips der beidseitigen Erschließbarkeit der vorgesehenen Wohnungstypen bis 1980.

Die Sicherung eines vertretbaren Wohnwertes erfordert auch im 2. Teil des 3. BA die funktionelle Gliederung in Verkehrs- und verkehrsfreie Räume. Mit diesem Erschließungsprinzip wird ein vertretbarer Erschließungsaufwand in diesem Hanggelände erreicht. Dadurch treten an einigen Stellen Höhendifferenzen auf, deren anlagenmäßige Bewältigung die Aufweitung der Räume erforderlich werden läßt.

Stadtbildgestaltung und bildkünstlerische Konzeption

■ Gestaltung der Wohngebäude

Durch die umfassende Anwendung von Typen bzw. Angebotsprojekten für Wohn- und Gesellschaftsbauten ist die architektonische Lösung weitgehend vorgegeben. Für den Wohnungsbau wurde im Rahmen der städtebaulichen Direktive das zugrunde zu legende Gestaltungsprinzip fixiert. Mit einer Beschränkung auf bestimmte Materialien und Farben soll eine gestalterische Lösung der Sichtflächen erreicht werden, die sowohl die Einheitlichkeit des Gesamtgebietes garantiert, als auch notwendige Differenzierungen in den einzelnen Räumen zuläßt. Das erfordert aber auch, daß zur Betonung städtebaulich-räumlicher Schwerpunkte einige Ergänzungen der Ausstattung und konstruktiv gestalterische Veränderungen gefordert werden müssen. Das betrifft die Hauseingänge, ausgewählte Treppenhäuser, ausgewählte Loggienbereiche, freiliegende Kellergeschoßbereiche auf der Hangseite, die Drempel und einige Giebelseiten sowie die Einbeziehung von kleineren Objekten (wie Trafos, Druckerhöhungsstationen) in die einheitliche Sichtflächengestaltung.

■ Gestaltung der Gesellschaftsbauten

Für die gesellschaftlichen Objekte des Hauptzentrums, mußte eine Gestaltungsgrundlinie gefunden werden, die bei der zu erwartenden bauabschnittsweisen und stark zeitverzögerten Realisierung planungsstabil und anpassungsfähig bleibt. Im Zusammenwirken mit einer terrassenartigen Gliederung der Fußgängerpassagen sind die Fassaden bandartig zu strukturieren, aufgelockert durch Wandscheiben und große Glasflächen, die Drempelzone ist werbewirksam auszustatten. Für die Wandanteile der Fassaden, der Innenraumgestaltung aber auch der Außenraumgestaltung einschließlich der bildkünstlerischen Anlagen ist von einem einheitlichen Materialeinsatz auszugehen.

Für die gesellschaftlichen Objekte des Nebenzentrums wird eine zurückhaltende Farb- und Materialwahl festgelegt. Zur Wirkung kommen soll das umgebende Grün, das in Form von Spalieren und Ranken besonders auch fassadengestaltend eingesetzt werden soll.

■ Gestaltung der Freiflächen

Ganz im Gegensatz zu der relativ zurückhaltenden und einheitlichen Behandlung der Sichtflächen der raumbildenden und begrenzenden Objekte soll die Freifläche unter Ausnutzung der vorhandenen Geländeformationen und -differenzierungen unter bewußtem Einsatz einer stark räumlich untergliedernden Geländemodellierung (Massenausgleich) einen neuen Weg in der Freiflächengestaltung bahnen. Diese Konzeption ist nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern auch in einem für uns ungewohnten Maße gestaltungswirksam und trägt somit zur Erzielung einer standorttypischen Gestaltung bei.

■ Gestaltung der bildkünstlerischen Anlagen

Hierzu liegt eine durch den Rat der Stadt und den Bezirksbeirat für Bildende Kunst bestätigte bildkünstlerische Direktive vor. Diese orientiert, ausgehend von einer Mittelbilanzierung, schwerpunktmäßig auf eine fern- und nahwirksame bildkünstlerische Gestaltung des Kinosaalkörpers und den Einsatz bildkünstlerischer Elemente in der Freiflächengestaltung der Passagen, der Gartenhöfe des Altersheimkomplexes, der Spiel- und Ruhebereiche der 4 Wohnhöfe im 1. Teil des 3. BA, dem Vorplatzbereich der Kaufhalle im Nebenzentrum und im 2. Teil des 3. BA auf die öffentlichkeitswirksame Außengestaltung der Ausstellungsräume im Punkthaus P3.

Ausgewählte Lösungen der städtebaulich-funktionellen Organisation

■ Wohnbereich

Ausgehend von der gesellschaftspolitischen Zielstellung haben sich die Planverfasser mit Unterstützung der gesellschaftlichen Kräfte der Stadt vorgenommen, durch eine zweckmäßige Ausstattung und sozial orientierte Gestaltung des unmittelbaren Wohnbereiches neue Impulse für die Entwicklung einer sinnvollen Freizeitgestaltung in den Neubauwohngebieten zu geben.

Kurt Hager betonte zu Recht auf der 6. Tagung des ZK der SED, daß viele Wohngebiete nur geringe oder noch gar keine materiellen Voraussetzungen für solche Gemeinschaftserlebnisse haben.

Um solche Gemeinschaftserlebnisse zu fördern, wird eine milieubildende Verbindung von halböffentlichen Raumzonen des Wohngebäudes mit einem abgeschirmten Freibereich in Hausnähe angestrebt.

Dazu wird in einer Erdgeschoßwohnung ein gemeinschaftlich nutzbarer Raumfond geschaffen, der mehreren Hausgemeinschaften zugänglich und durch eine zweckmäßige Ausstattung variabel nutzbar ist (z. B. für Versammlungen, Vorträge, Feiern und andere Zwecke). Es erscheint zweckmäßig, diesen Räumen auch einen Sport- und Spielraum zuzuordnen, der mit einer Außenterrasse verbunden ist. Dieser Raum und die Terrasse sollten für Sport und Spiele, Hobbyanlagen, Tanz und Feste nutzbar sein.

Besonders wichtig scheint es, die Ausstattung gemeinsam mit den Hausgemeinschaften vorzunehmen und so variabel nutzbar und robust zu gestalten, daß die Nutzung nur einen geringen Pflegeaufwand erfordert und daß, ausgehend von den praktischen Erfahrungen bei der Nutzung, eine spätere weiterführende Ausstattung möglich ist.

9

1

Industrieller Wohnungsbau in hängigem Gelände

Dr.-Ing. Carl Krause
Vorsitzender der Zentralen Fachgruppe
Wohn- und gesellschaftliche Bauten des BdA/DDR

Die Mitglieder der zentralen Fachgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" trafen sich am 20. und 21. März 1975 in Frankfurt an der Oder zu einer Beratung in Vorbereitung des 7. Bundeskongresses. Die Beratung wurde verbunden mit der Besichtigung neuer Wohngebiete. Dabei sahen sich die Mitglieder unvermittelt der Frage gegenübergestellt, wie mit der Plattenbauweise topographisch schwierigen Gegebenheiten in städtebaulich angemessener Form entsprochen werden kann. Es kam hinzu, daß der Entwurf einer Ausarbeitung des Instituts für Wohn- und Gesellschaftsbau über „Bedingungen der Technologie für den Städtebau", besonders im Hinblick auf das Problem der Hangbebauung, zur Auseinandersetzung Anlaß gab, weil darin lapidar gefordert wurde, die Montagedurchführung von der Talseite mit einem 30 m breiten nivellierten Streifen zu gewährleisten. Die Kollegen Beige, Klement, Albeshausen, Behringschmidt und Adler aus Frankfurt haben in dankenswerter Weise dazu beigetragen, daß dieser Erfahrungsaustausch für alle Teilnehmer zu einer Bereicherung wurde.

Der Rand der Oderniederung weist in Frankfurt ziemlich steile Hanglagen parallel zur Oder und etwa senkrecht dazu längs des Klingetales aus mit Höhenunterschieden zwischen etwa 20 bis 30 m, die teilweise mit schönem Baumbestand, Gärten, Ein- und Mehrfamilienhäusern ausgestattet sind. Oberhalb dieser Hänge schließen sich leicht bewegte, fast plateauartige Flächen an.

Diese landschaftlich reizvollen Gegebenheiten haben die Frankfurter Architekten in besonderer Weise für die Planung und Realisierung des industriellen Wohnungsbaus genutzt.

Für die städtebauliche Konzeption wurde den Autoren 1974 ein Sonderpreis im Wettbewerb der Zeitschrift „Architektur der DDR" zuerkannt.

Es sind besonders drei Grundelemente, mit denen die Frankfurter Architekten verstanden haben, den vorhandenen topographischen Gegebenheiten mit einer charakteristischen, städtebaulich wirkungsvollen Lösung zu entsprechen und an bestimmten Stellen eine überzeugende Steigerung zu erreichen. Diese Elemente lassen sich etwa so kennzeichnen:

- Bebauung an der oberen Kante des Hanges
- vorteilhafte und differenzierte Nutzung von Punkthäusern
- Hangbebauung parallel zu den Höhenlinien.

Der Plateaucharakter mit den steil abfallenden Hängen ist durch eine Bebauung an der oberen Kante des Hanges bereits im Westteil des Wohngebietes Frankfurt (Oder)-Nord genutzt und so eine besondere städtebauliche Wirkung erzielt worden.

Dasselbe Prinzip der Bebauung ist als östlicher Abschluß der geplanten „Halben Stadt" (auf dem westlich der Nord-Süd-Magistrale parallel dazu verlaufenden Hang mit wirkungsvoller Sichtbeziehung zum Zentrum der Stadt) mit vielgeschossigen Wohnbauten vorgesehen. Die südöstliche Ecke dieser geplanten Bebauung ist bereits mit einem gestaffelten Ensemble von Punkthäusern realisiert und hat eine nicht zu übersehende und überzeugende Wirkung im zentralen Bereich der Stadt. Ohne weiteres ist vorstellbar, daß die vorgesehene Bebauung dem Stadtbild von Frankfurt neue bedeutende Akzente verleiht, räumlich stark wirkt und Ausdruck der Entwicklung dieser sozialistischen Bezirksstadt sein wird. Sowohl der Westteil des Wohngebietes Frankfurt (Oder)-Nord als auch die

geplante „Halbe Stadt" sind durch eine rechtwinklig geordnete Bebauung gekennzeichnet.

Dieses Prinzip der Bebauung wird durch Punkthäuser in überzeugender Weise betont und ergänzt. Das bereits genannte Ensemble gestaffelter Punkthäuser über dem Stadtzentrum entspricht den städtebaukünstlerischen Erfordernissen in ausgezeichneter Weise. Hier ist die Wirkung der natürlichen Gegebenheiten und der vorhandenen städtebaulichen Räume und Gebäude durch ein neues Ensemble von sehr guter Qualität gesteigert worden und, wie es scheint, bereits auf die künftige Weiterentwicklung des Stadtzentrums abgestimmt. Aber auch im Westteil von Frankfurt (Oder)-Nord sind Punkthäuser an Knotenpunkten und wichtigen Blickpunkten angeordnet, so daß die räumliche Wirkung gesteigert wird. Punkthäuser sind auch auf einem schmalen Höhenrücken südlich der Mündung des Klingetales in guter Verbindung zu einem alten Baumbestand und als nördliche Abschlußbetonung der Nord-Süd-Magistrale des Zentrums angeordnet. Auf diesem abfallenden Höhenrücken, wo eine geschlossene Gebäudereihe nur schwer realisiert und städtebaulich beherrscht werden kann, zeigen sich die Vorteile von punkt- und würfelförmigen Bauten. Ein 6geschossiges Würfelhaus für diese Frankfurter Hanglagen ist noch in der Entwicklung.

Beim Punkthaustyp handelt es sich in Frankfurt nur um einen einfachen Typ mit nahezu quadratischem Grundriß, der aber mit unterschiedlicher Geschossigkeit und zu verschiedenen städtebaulichen Ensembles kom-

2

1
Blick auf den Westteil des neuen Wohngebietes Frankfurt (Oder)-Nord mit der Randbebauung an der Oberkante des Hanges

2
Punkthäuser sind im Wohngebiet Frankfurt (Oder)-Nord an städtebaulich wirksamen Standorten angeordnet worden.

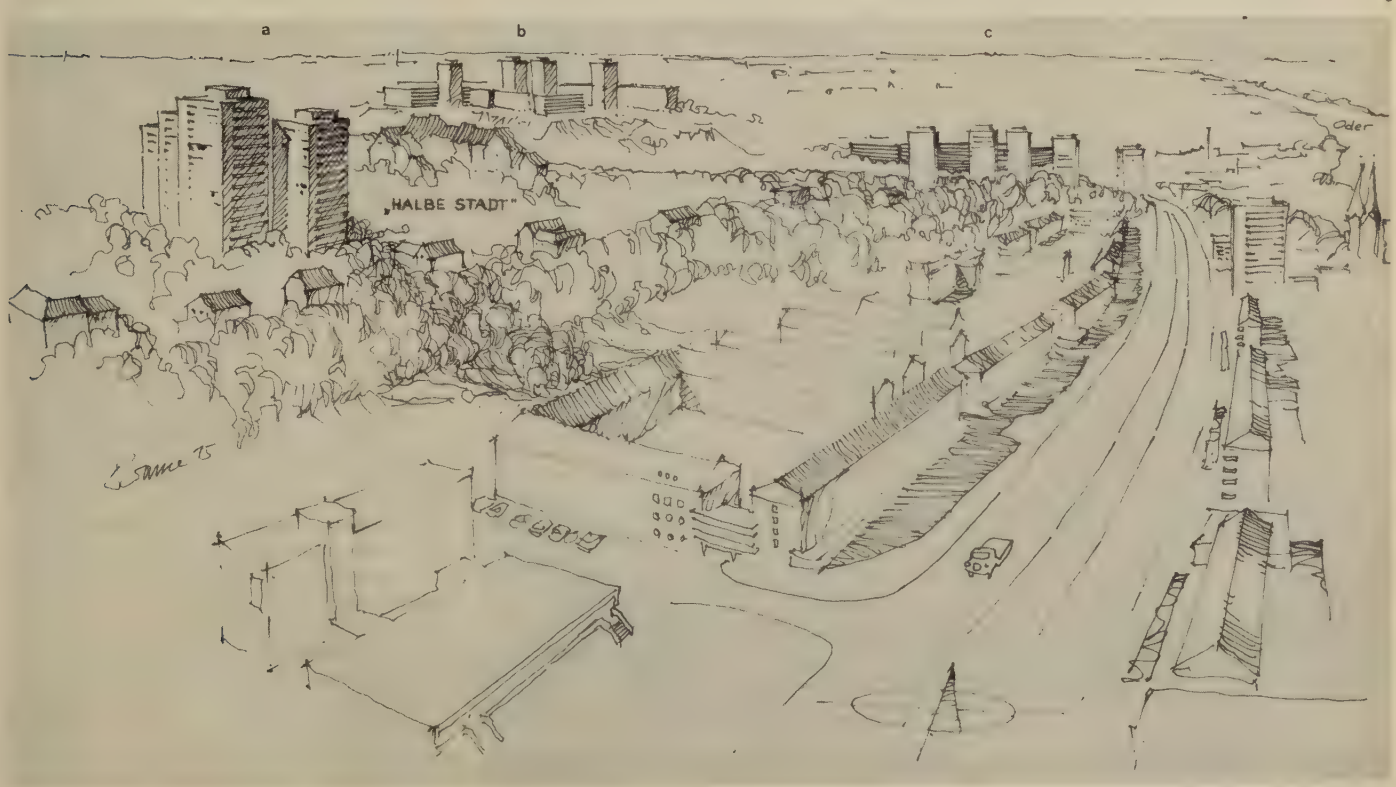
3
Durch eine sinnvolle städtebauliche Gestaltung und die Ausnutzung der topographischen Gegebenheiten wirken die neuen Wohngebiete der Stadt Frankfurt (Oder) bis ins Stadtzentrum hinein. Blick vom Zentrum in nordwestlicher Richtung
(Zeichnung: C. Krause)

a Dicht gestaffelte Punkthäuser in der Nähe des Zentrums

b Wohngebiet Nordweststadt hinter dem Klingetal

c Punkthäuser vor der Mündung des Klingetals, dahinter Hangbebauung

3



4

biniert auch in nur zwei Farbvarianten immer neu erscheint. Einmal sind die Punkte eng miteinander gestaffelt, zum anderen in einer lockeren Gruppe in leicht geschwungener Linie aufgereiht und als einzelne oder doppelte Akzente im Kontrast zu den horizontal lagernden mehrgeschossigen Bauten verteilt. Der Wechsel zwischen einem rötlichen und einem grünlichen Zuschlagstoff im Waschbeton der Sichtfläche bedeutet für die Technologie eine geringfügige Veränderung, durch die aber die Punkthäuser im Zentrumsbereich von denen im Westteil des Wohngebietes Frankfurt (Oder)-Nord differenziert wurden.

Die Erkenntnis, daß punktförmige, selbständige Gebäude für schwierige abfallende topographische Gegebenheiten vorteilhaft sind, wird für die Umgestaltungsaufgaben vieler Städte in der DDR bedeutsam sein, um so mehr, wenn es möglich ist, durch Kletterkräne und Sattelauflieger ohne Palettenbahnhof den Baustellenplatzbedarf wesentlich einzuschränken.

Bei dem noch im Bau befindlichen Ostteil des Wohngebietes Frankfurt (Oder)-Nord handelt es sich um eine Hangbebauung mit mehrgeschossigen Gebäudereihen, die mit unterschiedlichen Abknickungen den Höhenlinien folgt. Diese Hanglagen sind mit Gärten und einzelnen Ein- und Mehrfamilienhäusern durchsetzt und nach Süden bis Osten geneigt. Teilweise sind zwei bis drei Gebäudereihen hintereinander gestaffelt, die vom nivellierten Zwischenraum aus, in dem die Kranbahn lief, sowohl bergseitig als auch talseitig montiert wurden. Dabei sind schöne Durchblicke in das Klingetal und zum gegenüberliegenden Hang berücksichtigt. Die unterschiedlichen Abknickungen, den Höhenlinien entsprechend, sind durch Verbindungsbauwerke gelöst.

Die Besonderheit, wie die Frankfurter Architekten diese Aufgabe gelöst haben, besteht darin, daß ein speziell diesen Hangbedingungen angepaßter Typ in kurzer Zeit unbürokratisch und in guter Zusammenarbeit mit der Bauproduktion entwickelt und unverzüglich eingeführt wurde, welcher die Hangneigung sowohl architektonisch als auch ökonomisch vorteilhaft nutzt.

Dieser spezielle Hangtyp ist dadurch gekennzeichnet, daß vom ebenerdigen, bergseitigen Eingang nach unten über zwei Geschosse talseitig Einraumwohnungen angeordnet sind. Damit ist es gelungen, das Gebiet höher zu verdichten (etwa 290 Ew/ha), die Kosten pro Wohnungseinheit unter dem Normativ zu halten und so andere Mehraufwendungen, die eine Hangbebauung mit sich bringt, zu kompensieren. Beim Bau dieses Wohngebietes wurde die Slobinmethode im Kombinat eingeführt und trotz Umstellung auf den neuen Typ kontinuierlich durchgesetzt.

Bei Überwindung der Hangneigung im Bereich der Gebäudetiefe über zwei Geschosse ist der Anschluß der ursprünglichen Geländebewegung auf der Talseite der unteren und auf der Bergseite der oberen Gebäudezeile ohne sehr verändernde Eingriffe wie Böschungen und Terrassen möglich. Zwischen den Gebäudezeilen wird ohnehin durch die Forderungen der Montagetechnologie ein planiertes Terrain unvermeidbar. Der ebene Anschluß der Einraumwohnungen an den abfallenden Hang soll in Form von Mietergärten erfolgen. Über die Meinungen der Bürger zu den Einraumwohnungen mit Mietergärten konnten noch keine sicheren Aussagen als gültig anerkannt werden, da der Baustellencharakter für die bereits eingezogenen Bewohner zunächst keine erfreuliche Umwelt darstellt. Bedenklich ist allerdings, daß die Loggien der ebenerdigen Einraumwohnungen keine Brüstungen, wie beispielsweise in Erfurt, mit verschließbarer Tür zum Vorgarten aufweisen, sondern unmittelbar zur Freifläche übergehen und dem Bedürfnis nach Sicherheit besonders älterer Leute vielleicht nicht voll gerecht werden. Das wäre um so bedauerlicher, als gerade diese Einraumwohnungen der Forderung nach altersgerechten Wohnungen in den Wohngebieten entsprechen.

Die Nutzung derartiger Hanglagen, die früher besonders dem Eigenheimbau vorbehalten waren, für den mehrgeschossigen Wohnungsbau kann als eine fortschrittliche Lösung gelten. Mit dieser Hangbebauung ist eine schwierige, aber auch angenehme Wohnlage für den komplexen Wohnungsbau mit einigen effektiven Neuerungen durchaus beispielhaft erschlossen worden.

Es bleibt noch hervorzuheben, daß etwa 40 Prozent des teilweise schönen Baumbestandes in den Hanglagen erhalten wird. Man spürt eine sorgfältige Auswahl und Maßnahmen, um die Bäume während des Bauprozesses zu schützen. Die Bebauung ist mit einigen alten Bäumen in einen so erfreulichen Zusammenhang gebracht, daß die Vermutung aufkommt, daß sie in ihrer letzten Feinheit vom vorhandenen Baumbestand mitbestimmt worden ist.

Wie überall dort, wo in der DDR guter Wohnungsbau entsteht, so konnte man auch in Frankfurt feststellen, daß die Verwirklichung neuer und ausdrucksvoller Bebauungskonzeptionen von der unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen Städtebau und Erzeugnisentwicklung bis zur Zusammenarbeit mit der Bauproduktion im Kombinat abhängig ist. Es kam zum Ausdruck, daß ohne die Verankerung von städtebaulicher Planung und Erzeugnisentwicklung in einem

5

Betrieb solche städtebauliche Einheit und Charakteristik wie in Frankfurt nicht erreicht werden kann. Das besagen übrigens auch sowjetische Erfahrungen. Die Realisierung einer Gesamtlösung mit besonderem Charakter und eine dem untergeordnete Differenzierung erfordert die Überwindung vieler Schwierigkeiten, die ohne eine verständnisvolle Zusammenarbeit, getragen von der Bereitschaft zu gegenseitigem Einvernehmen zur Verwirklichung der Gesamtlösung, nicht möglich ist. Eine wichtige Voraussetzung dabei bildet ein gutes Verhältnis der Architekten des BdA/DDR zur Bezirksleitung der SED, die an der Erzielung derartiger Ergebnisse durch Hilfe und Unterstützung in hohem Maße beteiligt ist.

Zusammenfassend sei noch einmal herausgestellt, daß die Nutzung der dem Gelände innewohnenden Gesetzmäßigkeiten für den komplexen Wohnungsbau mit der Technologie der Plattenbauweise zwar eine schwierige Aufgabe darstellt, aber Möglichkeiten für eine unverwechselbare Gestaltung in sich birgt.

Hanglagen sind von ihrer Eigenart und Natur her schon landschaftlich wirksame und sichtbare Gegebenheiten. Wenn Hänge, Plateaus oder Erhebungen mit unserem großformatigen Wohnungsbau bebaut werden müssen, dann gilt es, diese natürlichen Gegebenheiten als mitbestimmende Faktoren in die Gestaltung einzubeziehen. Für die Architekten und Technologen in den Baubetrieben gilt es, die Weiterentwicklung der Montagetechnologie unter dem Aspekt des Hangbaus schöpferisch zu betreiben und die Einheit von städtebaulicher, funktioneller und baulich-technologischer Vorbereitung als Voraussetzung für eine gestalterisch hochwertige und ökonomische Gesamtlösung schrittweise durchzusetzen.

Ein Wohnungsbau in Hanglage wird von den Menschen intensiv und kritisch wahrgenommen, weil er stark in Erscheinung tritt, das Stadtbild beeinflußt, in die Räume der Stadt wirkt und Beziehungen herstellt oder verändert. Schließlich entscheidet eine Bebauung von Hängen, ob die landschaftliche Situation verschandelt oder gesteigert wird.

Die Aufgabe, unter besonderen topographischen Bedingungen den komplexen Wohnungsbau zu realisieren, wird im Rahmen des Wohnungsbauprogramms, besonders auch hinsichtlich innerstädtischer Umgestaltungsaufgaben, künftig an Bedeutung nicht verlieren.

4
Mehrgeschossiger Wohnungsbau im Westteil von Frankfurt (Oder)-Nord

5
Spielplatz und Kindergarten in Frankfurt (Oder)-Nord

6
Am Hang gestaffelte Wohnbauten am Klingetal

6

Wettbewerb Feierabendheime mit Pflegestationen

Dipl.-Wirtschaftler Ing. Kurt Heinen, Direktor
Dipl.-Ing. Wolfgang Liebich,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Institut für Technologie der Gesundheitsbauten

Der Stellvertreter des Ministers für Gesundheitswesen, OMR Dr. Erler, bei der Preisverteilung im Interhotel „Stadt Berlin"

„In enger Zusammenarbeit der Räte der Städte und Gemeinden mit den Betrieben, Kombinaten und gesellschaftlichen Organen sowie der Volkssolidarität ist die gesundheitliche, soziale und geistig-kulturelle Betreuung der Rentner und ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben weiter auszubauen. Es sind neue Heimplätze, vor allem Pflegeplätze, zu schaffen." Diese Orientierung aus der Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan 1970 bis 1975 wurde erneut auf der 12. Tagung des Zentralkomitees der SED mit der Feststellung unterstrichen, daß die hohe Wertschätzung der Veteranen der Arbeit dem Wesen des Sozialismus entspricht.

Die große Bedeutung und der Umfang der gestellten Aufgabe läßt sich am Anteil der Bürger im Rentenalter von etwa 20 Prozent der Bevölkerung der DDR ermessen. Allein im Plan 1975 sind zur Verbesserung der Lebensbedingungen älterer Bürger im Rahmen des Wohnungsbauprogramms rund 5240 neue Plätze in Feierabend- und Pflegeheimen zu schaffen sowie umfassende Werterhaltungsmaßnahmen in bestehenden Einrichtungen durchzuführen.

Folgende Wohnformen werden den Bürgern im höheren Lebensalter für eine gesundheitsrelevante Unterbringung und Betreuung in immer größerem Umfang zur Verfügung gestellt:

- Altersadäquate Wohnungen sind als 1- bzw. 2-Raum-Wohnungen im komplexen Wohnungsbau und bei Rekonstruktion von Altbauten in angemessener Größe vornehmlich in den unteren Geschossen vorzusehen.
- Wohnheime und Appartementhäuser stellen eine Zwischenstufe zwischen den altersadäquaten Wohnungen und den Feierabend- und Pflegeheimen dar. Sie sind spezielle Einrichtungen der Wohnungswirtschaft mit altersgemäßen Wohnungen sowie Gemeinschaftsräumen und Dienstleistungen für Bürger im höheren Lebensalter.
- Feierabendheime mit Pflegestationen sind Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens und dienen der Aufnahme betreuungs- und pflegebedürftiger Bürger. Für die Aufnahme sind insbesondere Bürger im höheren Lebensalter sowie Schwerstgeschädigte vorgesehen, die ihre selbständige Wirtschaftsführung nicht mehr beibehalten können und auf fremde Hilfe bei den Verrichtungen des täglichen Lebens angewiesen oder voll pflegebedürftig sind.

Ausgehend von den guten Beispielen gebauter Feierabend- und Pflegeheime, von den generellen Vorgaben für die Planung, Projektierung und Ausstattung von Feierabendheimen und von Grundtendenzen der Entwicklung des industriellen Bauens ist es notwendig, eine einheitliche Orientierung für die Entwicklung und Gestaltung volkswirtschaftlich günstiger Lösungen für Feierabendheime und Pflegestationen festzulegen.

Deshalb wurde vom Ministerium für Gesundheitswesen in Abstimmung mit dem Ministerium für Bauwesen und dem Bund der Architekten der DDR ein Ideenwettbewerb für Feierabendheime mit Pflegestationen ausgelobt. Das Institut für Technologie der Gesundheitsbauten bereitete diesen Wettbewerb vor und stellte den Teilnehmern die Wettbewerbsunterlagen zur Verfügung.

In Auswertung der besten Erfahrungen bei Rekonstruktionen und Neubau von Feierabendheimen sowie unter Beachtung der sozialen, funktionellen und technologischen Entwicklungstendenzen sollten mit dem Wettbewerb verallgemeinerungswerte Vorschläge erfaßt werden. Das Ziel des Wettbewerbs bestand darin, solche Lösungen zu finden, die als Einheit funktioneller, ökonomischer und gestalterischer Komponenten zur Grundlage neuer Entwurfskonzeptionen genutzt werden können.

Die Lösungen sollten ein Erzeugnissortiment vorsehen, mit dem die vier Vorzugsgrößen (120, 160, 240 und 440 Heimplätze) abgedeckt werden können.

Die Entwürfe wurden besonders danach beurteilt, ob ihre Ergebnisse kurzfristig in der Praxis wirksam werden können. Die Teilnehmer waren aufgefordert, bei der Ausarbeitung der Ideenentwürfe die Entwicklungstendenzen der Wohnungsbauserie 70 und der Skelettbauweisen zu beachten. Als verbindlich wurden darüber hinaus die „Richtlinie für die Planung, Projektierung und Ausstattung von Feierabendheimen mit Pflegestationen" des Ministeriums für Gesundheitswesen (siehe Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 13, 9/8/73) und die vom Institut für Technologie der Gesundheitsbauten erarbeiteten Grundlagen für Funktionselemente und Funktionseinheiten vorgegeben (siehe S. 478 bis 481).

Der Wettbewerb wurde in der DDR offen und anonym durchgeführt. Teilnahmeberechtigt waren Architekten, Ingenieure, bildende Künstler und Studenten.

Von den Teilnehmern am Wettbewerb wurden folgende Unterlagen gefordert:

- Grundrisse mit Freiflächen und Schnitte 1 : 200
- Funktionselemente 1 : 50
- Ansichten und Perspektive für je ein Beispiel der vier Vorzugsgrößen 1 : 200
- schematische Darstellung der Funktionszonen, der Besucherwege zu den Gemeinschaftseinrichtungen der Gesellschaftszone und zum Arzt und der Darstellung der Ver- und Entsorgung der Gebäude
- Nachweis der variablen städtebaulichen Gestaltungsmöglichkeiten für die vier Vorzugsgrößen
- ökonomische Parameter (Flächen, Kubatur, Aufwand/Heimplatz)
- Nachweis der Anwendung industrieller Bauweisen und möglicher Angebotsprojektreihen
- Erläuterungen

Ergebnisse des Wettbewerbes

Die Beurteilung der eingereichten Entwürfe wurde sowohl in der sorgfältigen Vorprüfung als auch vom Preisgericht vorrangig auf drei Komplexe konzentriert, auf

- die funktionstechnologische Lösung
- die städtebauliche Einordnung und
- die Bautechnologie.

Eindeutige Aussagen zu ökonomischen Parametern wurden nicht getroffen. Alle Entwürfe bewegen sich aber im Rahmen der Vorgaben, die 116,50 m^3 UR je Heimplatz und einen Baupreis von 281,– M je m^3 UR betragen.

Von allen Wettbewerbsteilnehmern wurden grundsätzlich die funktionellen und technologischen Auflagen, die ökonomischen Parameter, die städtebaulichen Einordnungsmöglichkeiten und die Vorgaben für Bauweise und Baudurchführung eingehalten. Das Ergebnis des Wettbewerbes wird als gute Grundlage für die weitere Entwicklung von Feierabendheimen gewertet.

Die Entwurfslösungen enthalten interessante Ideen für neue bauliche Gestaltungen, für differenzierte Eingliederungen in das Wohngebiet, für städtebauliche Variabilität und gebäudespezifische Attraktivität.

Entsprechend den vom Preisgericht gegebenen Empfehlungen ist die weitere Bearbeitung der preisgekrönten Entwürfe über eine kooperative Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Institutionen des Gesundheitswesens und des Bauwesens, der Bauakademie der DDR, des Institutes für Technologie der Gesundheitsbauten sowie des Spezialprojektanten für Heimbauten, VEB Baukombinat Dresden, vorgesehen.

In einer Ausstellung „Feierabendheime – Grundlagen und Beispiele zur Verbesserung der Lebensbedingungen älterer Bürger" im Foyer der Berliner Stadtbibliothek wurden vom 10. bis 28. 2. 1975 die Wettbewerbsergebnisse sowie eine große Anzahl in den letzten Jahren neu gebauter Feierabendheime und Appartementhäuser für Bürger im höheren Lebensalter der Öffentlichkeit vorgestellt.

Diese Ausstellung fand ein breites Echo bei den Besuchern, bei Fachleuten aus allen Bezirken der Republik, in Presse und Rundfunk. Viele nützliche Gespräche und Diskussionen wurden geführt. Sie dienten alle dem Ziel, unseren älteren Bürgern gute Wohn- und Lebensbedingungen zu schaffen.

1

Mitglieder des Preisgerichtes:

OMR Dr. Erler,
Stellvertreter des Ministers für Gesundheitswesen (Vorsitzender)

OMR Dr. med. Ackermann,
Abteilungsleiter im Ministerium für Gesundheitswesen

Prof. Dr. sc. med. Eitner,
Hygieneinstitut der Humboldt-Universität Berlin

Prof. Dr.-Ing. Fiedler,
Rektor der Hochschule für Bauwesen Leipzig

Frau Fuhrmann,
Sekretär des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Gesundheitswesen

Dipl.-Gesellschaftswissenschaftler Garreis,
Direktor der Hauptabteilung Soziale Betreuung im Ministerium für Gesundheitswesen

Diplomwirtschaftler Ingenieur Heinen,
Direktor des Instituts für Technologie der Gesundheitsbauten Berlin

Frau Kirschnek,
Sekretär des Zentralausschusses der Volkssolidarität

Dr.-Ing. Krause,
Stellvertreter des Direktors des Institutes für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR

Dipl.-Ing. Kulpe,
Technischer Leiter im VEB Baukombinat Dresden

MR Dr. Neelsen,
Direktor des Büros für Sozialhygiene und medizinische Statistik des Magistrats der Hauptstadt Berlin

Dr. Rösel,
Mitglied des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB

OMR Dr. Rühland,
Direktor des Krankenpflegeheimes Saalow

Prof. Dr.-Ing. habil. Stahr,
Sektionsleiter der Sektion Architektur, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Dipl.-Ing. Stingl,
Vorsitzender der Bezirksgruppe des Bundes der Architekten der DDR

Dr.-Ing. Sachs,
Leiter der Gutachterstelle des Ministeriums für Gesundheitswesen beim Institut für Technologie der Gesundheitsbauten

1. Preis

Dr.-Ing. Wolfgang Töpfer
Dipl.-Ing. Helga Töpfer
Frankfurt (Oder)

1
Variante A. Perspektive

2
Variante A. Erdgeschoß

Aus dem Erläuterungsbericht

Entsprechend den funktionellen Forderungen und bautechnischen Möglichkeiten wurde das Feierabendheim additiv aus den Funktionszonen heraus entwickelt.

Die Feierabendheim- und Pflegestationen wurden in einem oder zwei mehrgeschossigen abgewinkelten Baukörpern zusammengefaßt. Ein Gebäudewinkel setzt sich aus zwei Flügeln, die je eine Wohngruppe enthalten und eine Station ergeben, sowie einem zentralen Erschließungskern mit zentraler Loggia zusammen. So werden eine maximale Abgeschlossenheit ebenso wie eine Förderung der ge-

2

3

meinschaftlichen Interessen der Bewohner einer Wohngruppe oder Station gewährleistet.

Die gleichartige Grundrißgestaltung der Feierabendheime und Pflegestationen garantiert deren Austauschbarkeit in der Nutzung. Die Geschoßzahl ist ab 2 Geschosse variabel. Wegen der besonderen Wohnqualität von Erdgeschoßräumen für ältere Bürger (insbesondere Rollstuhlfahrer) wird das Erdgeschoß zum Wohnen genutzt. Die gesellschaftlichen Funktionen wurden in einem eingeschossigen Baukörper als Bindeglied zwischen den Wohn- und Pflegebereichen zusammengefaßt. Alle Räume des Objektes können Rollstuhlfahrer ohne Überwindung von Rampen erreichen.

Ein wesentlicher Grundgedanke für den Entwurf des eingeschossigen Sozialtraktes – die Verkehrsfläche als Kommunikationszone zu nutzen – wurde verwirklicht in einem ringförmigen Erschließungssystem, das einerseits alle wichtigen Funktionsbereiche für Heimbewohner, Besucher und Personal direkt und übersichtlich verbindet und andererseits durch großzügige Gestaltung, Öffnung zu Freiflächen und Einbeziehung von Warte- und Aufenthaltsbereichen zu einer attraktiven Bewegungsfläche wird.

Aus der Beurteilung des Preisgerichtes

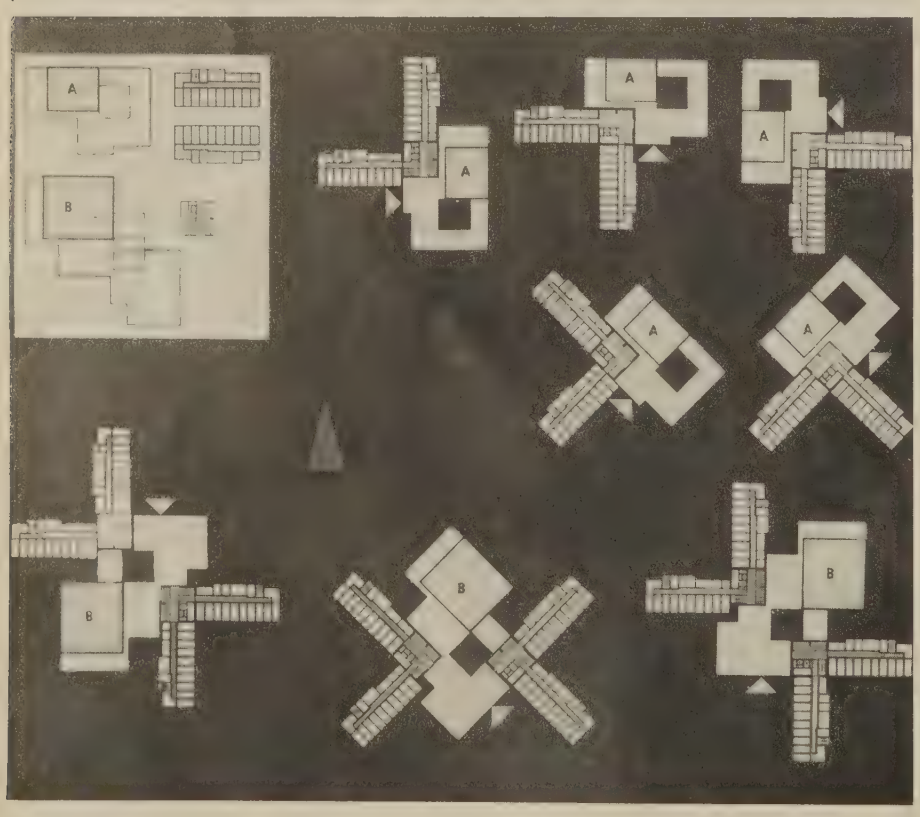
Der Entwurf zeichnet sich durch neue Ideen der baulichen Gestaltung, die vielfältigen Möglichkeiten einer differenzierten Eingliederung in das Wohngebiet und durch große städtebauliche Variabilität aus.
Das gewählte Prinzip abgewinkelter Baukörper wird konsequent für die verschiedenen Varianten angewandt. Die Haupt- und Nebenfunktionen sind sehr gut gelöst.
Bei Weiterbearbeitung des Entwurfes sind Loggien und Sanitärzellen für jedes Bettenzimmer anzustreben. Die 1 1/2hüftige Anlage des Wohntraktes und die Kellerausführung des Sozialtraktes erschweren die Montagetechnologie.
Positiv zu bewerten sind die durchgehende Anwendung der 6,3-Mp-Laststufe sowie die geringe Elementeanzahl.
Die Beachtung der gegebenen Hinweise ist möglich ohne Veränderung der Grundidee des Entwurfes.

3
Variante B. Perspektive

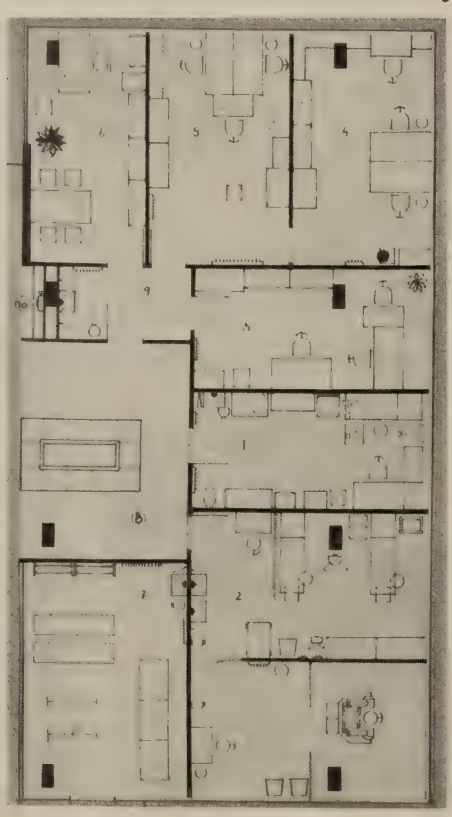
4
Städtebauliche Varianten

5
Funktionselemente der medizinischen Versorgung und Verwaltung. Variante B

4

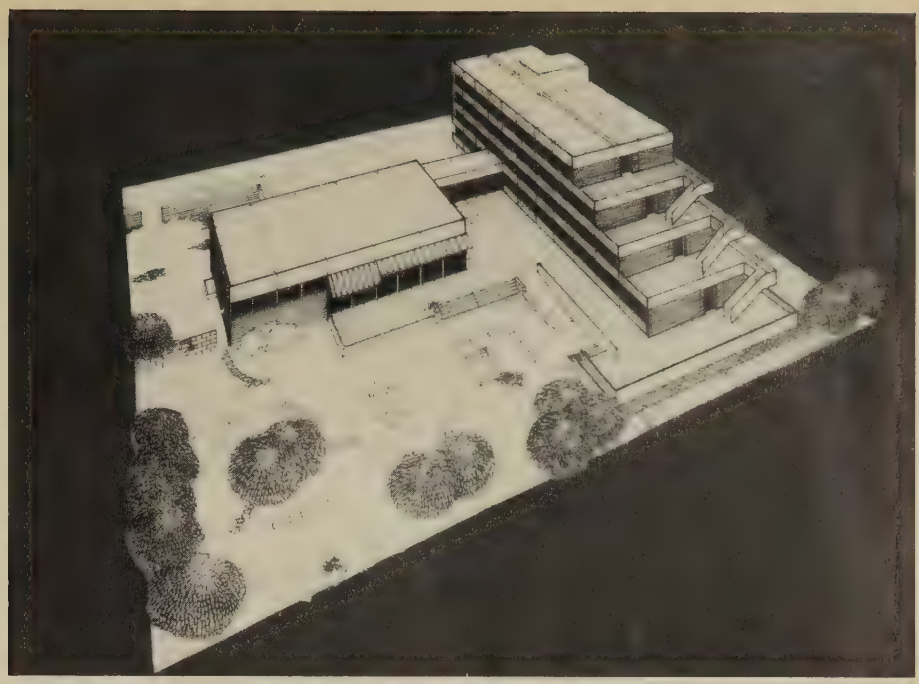


5



2. Preis

Entwurfskollektiv: VEB Baukombinat Leipzig
Dipl.-Ing. Volker Sieg, Architekt BdA/DDR
Architekt BdA DDR H.-J. Albrecht
cand. arch. Gabriele Böttke
Dipl.-Ing. Frank Chwalisz
Dipl.-Ing. Lutz Körner
Architekt BdA/DDR Jutta Ruhl
Teilkonstrukteur Christina Leitmont
Teilkonstrukteur Heinz Menzel
Teilkonstrukteur Sylvia Pfannstiel
Steno-Sachbearbeiterin Ruth Große



1

Aus dem Erläuterungsbericht

Die vorgeschlagenen Grundtypen und Kombinationen bilden in sich geschlossene Ensembles. Sie sind durch ihre Gliederung und Dimensionen geeignet, sich in ein Wohngebiet harmonisch einzuordnen.

Die vorgeschriebenen Kennzahlen für umbauten Raum und Flächennutzung zwingen zu rationellen Lösungen. Unter den Aspekten einer industriellen Bauweise ist das äußere Erscheinungsbild der Varianten geprägt. Die funktionellen Anforderungen an eine hohe Wohnkultur, verbunden mit großzügigen Freiflächen (auch für Bürger, die ständig im Bett liegen müssen), führten zur Anordnung von Dachterrassen. Sie bilden gleichzeitig ein Gestaltungselement mit zwei Komponenten, die Auflösung des sonst starren Kubus und die vermittelnde Rolle im städtebaulichen Raum zwischen Gebäuden unterschiedlicher Art und Größe.

Die vorgefertigten Betonelemente (horizontale Brüstungsbänder) verbinden die beiden Bauweisen (Tunnelschalverfahren für Bettenhäuser, SKBS 75 für Sozialtrakte) zu einer gestalterischen Einheit.

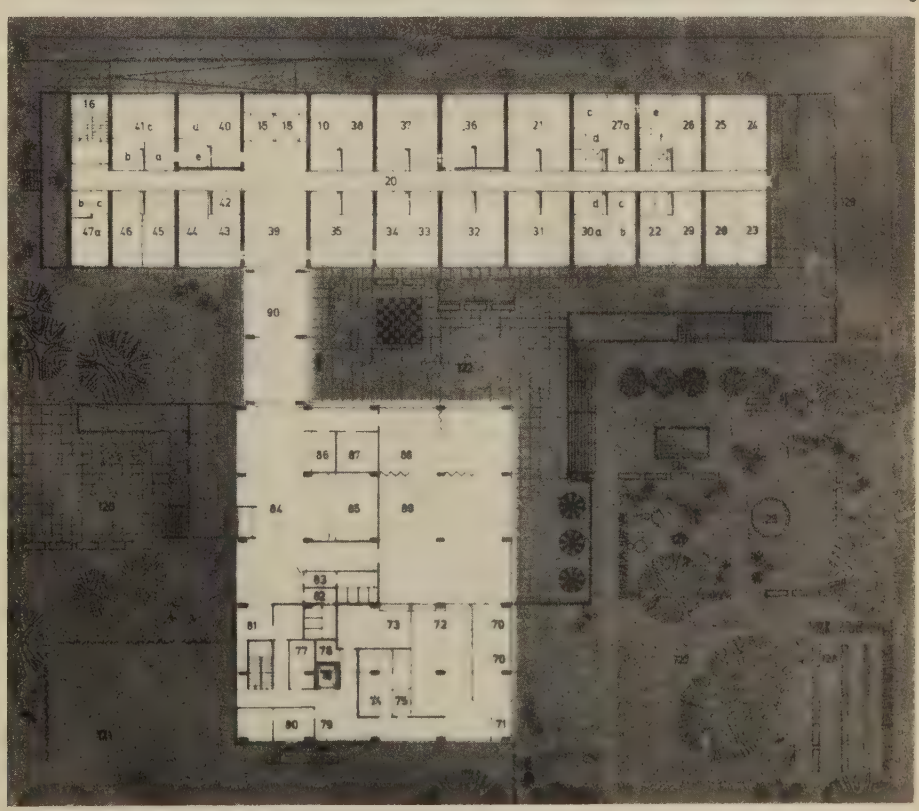
2

3

Aus der Beurteilung des Preisgerichtes

Der Entwurf entspricht dem Entwicklungsstand der Baukörperzuordnung (Bettenhäuser – Sozialtrakt). Er zeichnet sich durch neue Akzente in der Baukörpergestaltung und eine gebäudespezifische Attraktivität aus (Terrassenbildung). Die Haupt- und Nebenfunktionen sind gut gelöst. Mit der Terrassenbildung werden günstige Möglichkeiten der Kommunikation geschaffen. Die Betten können unmittelbar aus den Stationen ins Freie transportiert werden. Ungünstig ist die Trennung von Aufzug und Treppe. Die städtebauliche Variabilität ist durch eine Kombination verschiedener Grundtypen in unterschiedlicher Zuordnung zum Sozialtrakt gewährleistet.

Die vorgeschlagene Tunnelschalbauweise kann nicht generell zur Anwendung kommen, jedoch ist eine Ausführung mit dem Wohnungsbau- und Skelettbau-Elementesortiment möglich.



1
Vogelschau

2
Perspektive

3
Grundriß Erdgeschoß Bettenhaus (120) und Sozialtrakt

1

2

3. Preis

Entwurfskollektiv: Bauakademie der DDR,
Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau
Dr.-Ing. Helmut Rautengarten, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Architekt Hans Karl

Aus dem Erläuterungsbericht

Eine einheitliche Grundrißstruktur von Feierabend- und Pflegestationen wird gewährleistet durch:

- gleiche Sanitärzellen in Wohn-, Schlaf- und Bettenzimmern
- die Anordnung von 4-Bett-Zimmern nur an den Kopfseiten des Gebäudes
- die gleiche Lage aller Funktionseinheiten (-elemente) um den zentralen Erschließungsbereich
- die Bildung von Wohngruppen und Pflegeeinheiten in gleicher Zuordnung zum Erschließungsbereich.

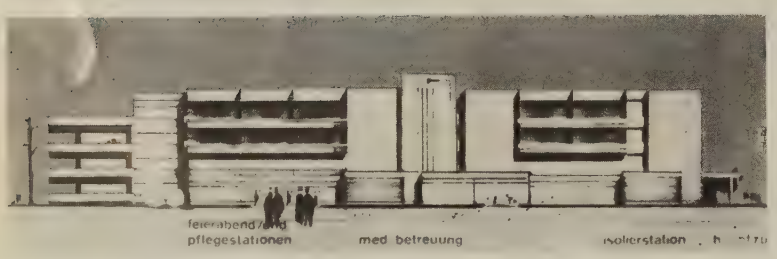
Der Bereich der Gemeinschaftsräume wurde zusammenhängend auf Flächen vor dem Erschließungskern konzentriert. In Verbindung mit vorgestellten Loggien aus dem Wohnungsbau (WBS 70) ergeben sich variierbar zu nutzende Räume mit angeschlossenen Kochstellen oder Teeküchen.
Das Versorgungsgebäude wurde als Flachbau mit variabler Zuordnung zum Geschoßbau entwickelt.

Aus der Beurteilung des Preisgerichtes

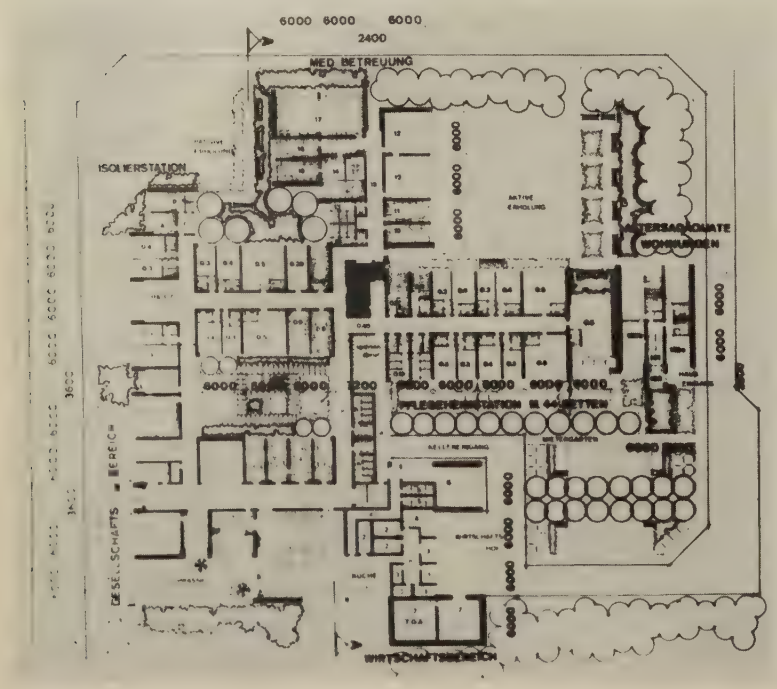
Der Entwurf zeichnet sich durch eine sachliche Gestaltung aus und entspricht dem Entwicklungsstand der Baukörperzuordnung (Bettenhäuser – Sozialtrakt).
Die Hauptfunktionen wurden gut und die Nebenfunktionen im wesentlichen gelöst.
Durch Auflockerung im Verkehrskern und befahrbare Loggien an den Giebelenden wurde dem Stationsbereich einer Mittelfluranlage ein wohnlicher Charakter gegeben.
Die städtebauliche Variabilität ist gegeben durch Kombination verschiedener Grundtypen in unterschiedlicher Zuordnung zum Sozialtrakt.
Der Entwurf zeigt das Bemühen, die Montierbarkeit der Baukörper dem gegenwärtigen Ausrüstungsstand der Baubetriebe anzupassen.

1
Perspektive

2
Grundriß Erdgeschoß (120/160)



1



2

4. Preis

Entwurfskollektiv Rostock
Architekt BdA/DDR Claus Martin
Dipl.-Ing. Siegfried Fischer, Architekt BdA/DDR
Architekt Herwig Kastenbein
Architekt Rolf Lehmann

Aus der Beurteilung des Preisgerichtes

Der Entwurf zeichnet sich durch neue Ideen bei der baulichen Gestaltung von Feierabendheimen mit Pflegestationen aus. Die differenzierte Baukörpergestaltung des eingeschossigen Sozialtraktes, aus dem sich der Geschoßbau erhebt, führt architektonisch zu gebäudespezifischer Attraktivität und schafft besonders im Erdgeschoß eine wohnliche Atmosphäre.
Die Varianten des Sozialtraktes lassen sich den verschiedenen Größenordnungen der Bettentrakte gut anpassen.
Wesentliche funktionelle Forderungen werden nicht gelöst, wie die vertikale Erschließung, Übersichtlichkeit der Verkehrsführung, Eingangslösung, Speisentransport. Größe und Ausstattung der Funktionselemente entsprechen nicht in allen Fällen den Vorgaben.
Die bauliche Gestaltung der Erdgeschoßzone zeigt das Bemühen um hohe Variabilität bei der städtebaulichen Einordnung, die jedoch durch die Mittelfluranlage der Bettenhäuser begrenzt bleibt.
Die gewählte Bauweise unter konsequenter Anwendung der 6,3-Mp-Laststufe ermöglicht eine Baudurchführung unter den gegenwärtigen Bedingungen.

1
Ansicht von Westen

2
Grundriß Erdgeschoß (120/160)

Die mit Prämien bewerteten Entwürfe wurden in keine Rangfolge eingestuft. Sie haben den Umfang der gestellten Aufgaben erfüllt. Die zum Teil enthaltenen guten Einzelideen sollten für die weitere Entwicklung von Vorzugsgrößen berücksichtigt werden.

Prämie

Entwurfskollektiv: Karl-Marx-Stadt
Architekt BdA/DDR Wolfgang Belz
Architekt Achim Hesse
Architekt BdA/DDR Erich Seeling

1
2

1
Grundriß Erdgeschoß

2
Ansicht Variante I (160)

Prämie

Entwurfskollektiv: VEB Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck"
Karl-Marx-Stadt, Kombinatsbetrieb Projektierung, Produktionsbereich Aue

Bauingenieur Horst Reinhardt, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Gerhart Meitsching, Architekt
Diplomgärtner Johanngeorg Leicht, Architekt

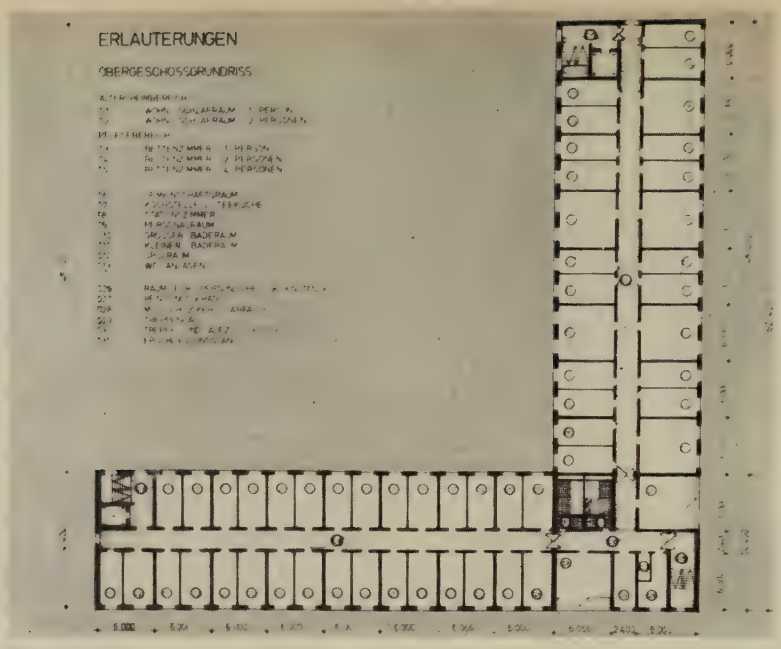
1
2

1
Grundriß Erdgeschoß. Variante 3 (440 Plätze)

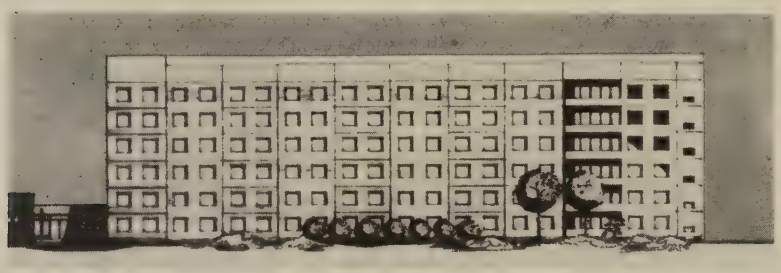
2
Vogelschau

Prämie

Dipl.-Ing. W. Rosenthal, Beuren
Dipl.-Ing. E. Reibnagel, Mühlhausen



1



2

1
Grundriß 1. bis 5. Obergeschoß

2
Ansicht Haupteingang

Prämie

Dipl.-Ing. Günter Beck, Jena

1

2

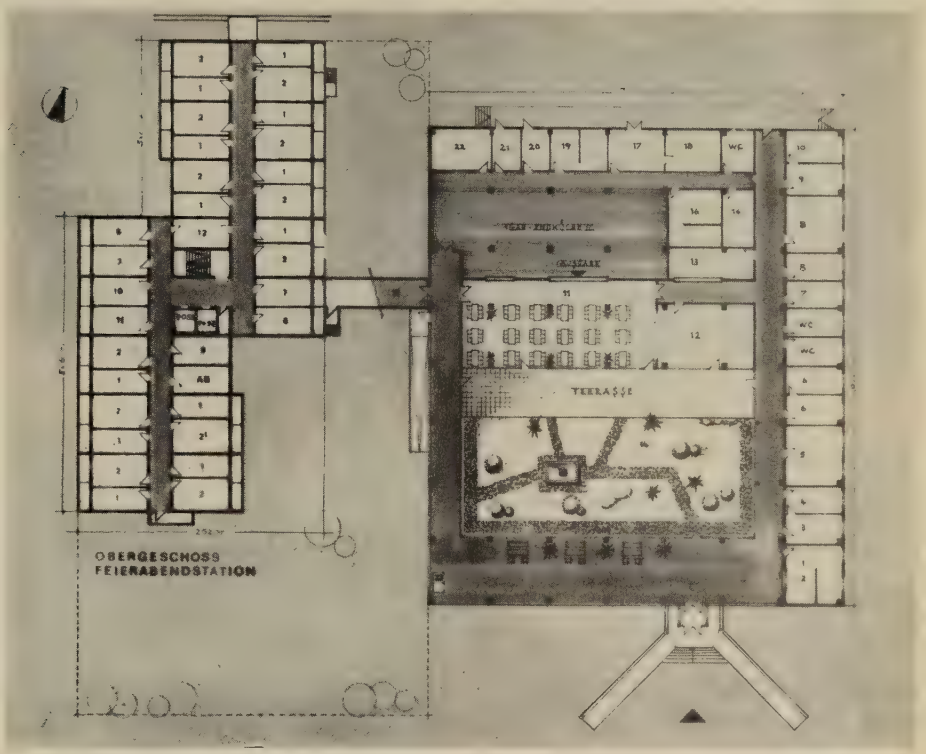
1
Grundriß Erdgeschoß

2
Isometrie

Prämie

Erich Krüllke, Kleinmachnow

1



2

1
Südansicht

2
Grundriß Erdgeschoß
Variante 166/242 Plätze)

Prämie

Entwurfskollektiv:
Büro für Städtebau und Architektur
Rat der Stadt Neubrandenburg
Dr.-Ing. Iris Grund
Architekt Günter Fischer
Architekt Günter Heinz
Dipl.-Ing. Silvia Lange
Dipl.-Ing. Rolf Knipper
Dipl.-Ing. Peter von Hanstein
Diplomgärtner Ingeborg Knipper

1

2

1
Perspektive Innenhof

2
Grundriß Feierabendheim, ergänzt durch altersadäquaten Wohnungsbau

1

1
Gemeinschaftsraum des Feierabendheimes in Berlin-Pankow, Wilhelm-Kuhr-Straße

2
Schema einer Feierabendheimstation (36 Betten)

3
Funktionselement: Wohn- und Schlafräume für eine Person und für zwei Personen (Teil eines Katalogblattes) 1 : 100

4
Schema einer Pflegestation (40 Betten)

5
Funktionselement: Ein- und Zweibettzimmer (Teil eines Katalogblattes) 1 : 100

Legende zu Abb. 2 und 4

1 Wohn- und Schlafraum für eine Person
2 Wohn- und Schlafraum für zwei Personen
3 Einbettzimmer
4 Zweibettzimmer
5 Vierbettzimmer
6 Gemeinschaftsraum
7 Kochstelle/Teeküche
8 Stationszimmer
9 Personalraum
10 großer Baderaum
11 kleiner Baderaum (mit Personal-WC und WC für Rollstuhlfahrer)
12 Spülraum

Grundsätze für die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Feierabendheim-projekten mit Pflegestationen

Dr.-Ing. Wolfgang Schattenberg,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
im Institut für Technologie der Gesundheitsbauten

Feierabendheime mit Pflegestationen sind Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens für betreuungs- und pflegebedürftige Bürger. Es werden insbesondere Bürger im höheren Lebensalter sowie Schwerstgeschädigte aufgenommen, die ihre selbständige Wirtschaftsführung nicht mehr beibehalten können und auf fremde Hilfe bei den Verrichtungen des täglichen Lebens angewiesen oder voll pflegebedürftig sind.

Feierabendheime mit Pflegestationen bieten ihren Bewohnern volle Verpflegung sowie medizinische Betreuung. Außerdem stehen den Bürgern nach ihren Wünschen Möglichkeiten und Anleitung für die Gesunderhaltung und für die körperliche und geistige Betätigung zur Verfügung.

Durch die Pflegestationen besteht für die Heimbewohner die Möglichkeit, im Bedarfsfall ohne Wechsel der Einrichtung und Umgebung einen erhöhten Pflegebedarf in Anspruch zu nehmen. Feierabendheime mit Pflegestationen sind eine notwendige Ergänzung zu altersadäquaten Wohnungen, Appartementwohnungen und Wohnheimen für Bürger im höheren Lebensalter. Sie bieten den höchsten gesellschaftlichen Betreuungsgrad. Feierabendheime mit Pflegestationen stehen den in der Nähe wohnenden Bürgern im Rentenalter zur Einnahme von Mittagessen sowie zur Inanspruchnahme kultureller Betreuungsmaßnahmen zur Verfügung. Zur Erleichterung der medizinischen Betreuung für diese Bürger können die im Feierabendheim stattfindenden Sprech- und Beratungsstellen in Anspruch genommen werden.

Bei der Gestaltung der Baukörper, der Freiflächen und der Ausstattung, vor allem in den Wohn-Schlafräumen und Bettenzimmern ist davon auszugehen, daß die Feierabendheime mit Pflegestationen Wohnformen sind, in denen die Bürger unter Umständen mehrere Jahrzehnte verbringen.

Der Kontakt mit der Umwelt ist ein Bedürfnis der älteren und der geschädigten Bürger. Dem Gesundheitszustand und den Bewegungsmöglichkeiten der Bürger entsprechend, findet dieser Kontakt einesteils durch Veranstaltungen vielfältiger Art und durch Besuche von Verwandten und Bekannten im Heim statt; zum anderen Teil wird er sich außerhalb des Heimes im Rahmen des begrenzten Bewegungsradius der Heimbewohner vollziehen. Gleichzeitig haben die Heime die Funktion von Betreuungszentren für die in der Umgebung wohnenden Bürger im höheren Lebensalter. Diesen Bedürfnissen und Notwendigkeiten entspricht jeweils ein Standort an zentraler Stelle im Wohngebiet mit günstigen Beziehungen zu anderen gesellschaftlichen, kulturellen und Handelseinrichtungen.

Außer der zentralen Lage im Wohngebiet soll der Standort unmittelbare Verbindung mit Grünanlagen besitzen. Eine gute Erschließung durch das öffentliche Verkehrsnetz muß gewährleistet sein. Isolierte Standorte am Stadtrand oder außerhalb von Wohngebieten sind auszuschließen.

Die Größen der Feierabendheime mit Pflegestationen richten sich sowohl nach dem Einzugsbereich als auch nach der vertretbaren Konzentration von Bürgern im höheren Lebensalter in einer Einrichtung. Dabei muß die Überschaubarkeit seitens der Leitung und der Bewohner gewahrt bleiben.

Es haben sich folgende vier Vorzugsgrößen herauskristallisiert:

120, 160, 240 und 440 Heimplätze.

Der Anteil an Pflegebetten muß im Feierabendheim variierbar sein. Er soll annähernd 50 Prozent betragen.

Feierabendheime mit Pflegestationen gliedern sich in vier Funktionszonen, und zwar in die

- Feierabendheimzone
- Pflegezone
- Gesellschaftszone
- Versorgungszone

Die Funktionszonen werden durch den Isolierbereich, den Eingangsbereich und den technischen Bereich ergänzt.

Die Gestaltung der Feierabendheim- und Pflegezonen muß gewährleisten, daß Feierabendheimstationen gegen Pflegestationen ausgetauscht werden können, ohne daß funktionell Nachteile entstehen. Darüber hinaus sollen die Geschosse mit Feierabendheimstationen und Pflegestationen stapelbar sein.

Feierabendheimzone

Die Feierabendheimzone umfaßt die Feierabendheimstationen. Zur Erhöhung der Behaglichkeit und zur Förderung gemeinschaftlicher Interessen auf den Feierabendheimstationen ist es zweckmäßig, 15 bis 20 Plätze zu einer Wohngruppe zusammenzufassen. Jeder Wohngruppe ist ein Gemeinschaftsraum (Fernsehraum) und eine Kochstelle für die Heimbewohner zugeordnet. In jeder Feierabendheimstation müssen folgende Wohn-Schlafräume und Stationsnebenräume vorhanden sein:

Wohn-Schlafräume	1 großer Baderaum
2 Gemeinschaftsräume	1 kleiner Baderaum
2 Kochstellen	1 Raum für Abfälle
1 Personalraum	1 Abstellraum
1 Spülraum	WC-Anlagen

Die Wohn-Schlafräume sind grundsätzlich für eine oder zwei Personen vorzusehen. Bei Neubauten erhält jeder Wohn-Schlafraum eine Sanitärzelle mit WC und Waschtisch oder zwei Wohn-Schlafräume erhalten eine gemeinsame Sanitärzelle mit WC und Waschtisch.

Als Richtwerte der Raumflächen gelten für Einbettzimmer rund 11,0 m^2 und Zweibettzimmer rund 16,0 m^2.

Pflegezone

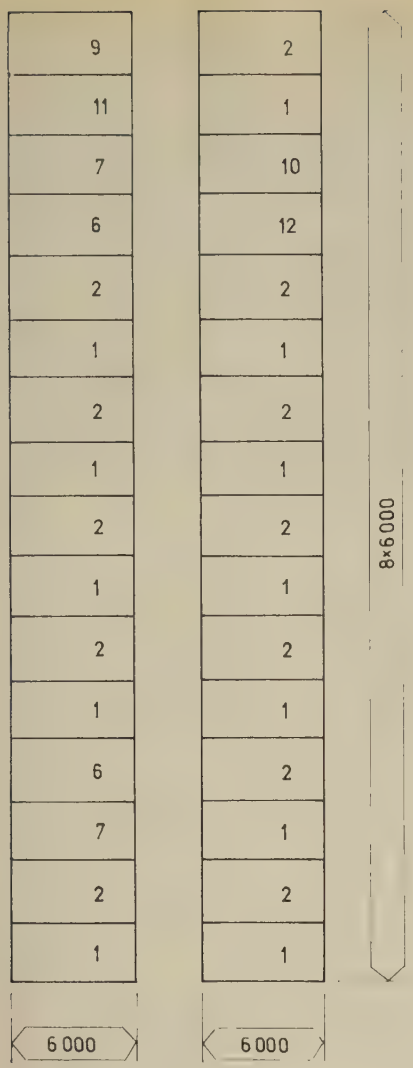
Die Pflegezone umfaßt die Pflegestationen. Die Geschoßfläche und die räumliche Aufteilung einer Pflegestation soll mit der der Feierabendheimstation übereinstimmen. In jeder Pflegestation müssen folgende Bettenzimmer und Stationsnebenräume vorhanden sein:

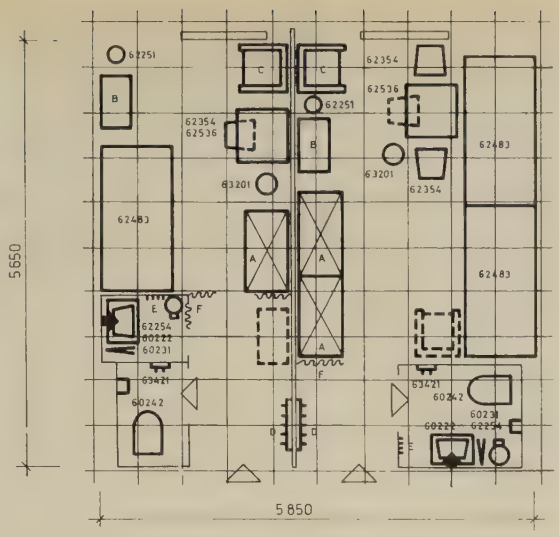
Bettenzimmer	1 Spülraum
1 Gemeinschafts-raum	1 großer Baderaum
	1 kleiner Baderaum
1 Teeküche	1 Raum für Abfälle
1 Personalraum	1 Abstellraum
1 Stationszimmer	WC Anlagen

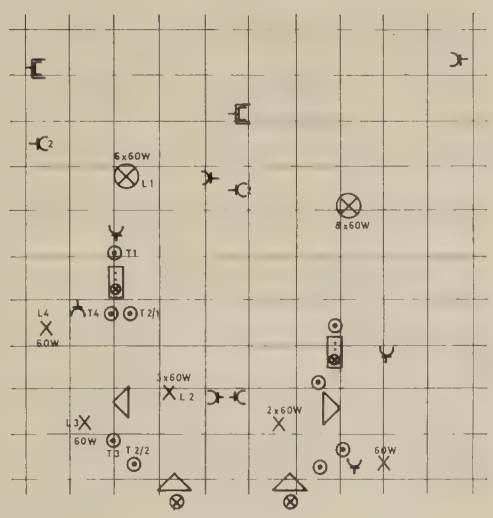
In der Pflegestation sind Bettenzimmer für eine, zwei und vier Personen vorgesehen. In Zukunft werden die 4-Bett-Zimmer zugunsten der 1- und 2-Bett-Zimmer reduziert werden. Bei Neubauten erhält jedes Bettenzimmer eine Sanitärzelle mit WC und Waschtisch oder zwei Bettenzimmer erhalten eine gemeinsame Sanitärzelle mit WC und Waschtisch.

Als Richtwerte der Raumflächen gelten für Einbettzimmer rund 11,0 m^2, Zweibettzimmer rund 16,0 m^2 und Vierbettzimmer rund 8,0 m^2 je Pflegeplatz.

Die Ausstattung der Bettenzimmer soll aus hygienischen Gründen sowie auf Grund der funktionellen Forderungen mit Krankenhausmöbeln vorgenommen werden.







62251 Papierkorb
B Schrank mit Schiebekästen
62483 Bettliege mit Bettkasten
E Wandhaken
F Plastevorhang
62254 Abfalleimer mit Trethebel
60222 Waschtisch
60231 Handtuchhalter
63421 Kleiderleiste
60242 Klosettanlage
C Sessel mit Arm- und Kopflehne
62354 Stuhl
62536 Tisch
63201 Stehlampe
A Wohnzimmer-Mehrzweckschrank
D Garderobenablage

TGA-ANGABEN

Raumtemperatur: 22°C
Lüftung:
Abluft Toilettenraum
Luftwechsel: 8-10fach/h
Anschlußwerte $P_{AN(Netz)}$: 2860 W
Schutzmaßnahme: Nullung
Fernmeldeanlagen:
Schwestern-Lichtrufanlage: je 1
Antennensteckdosen: je 1

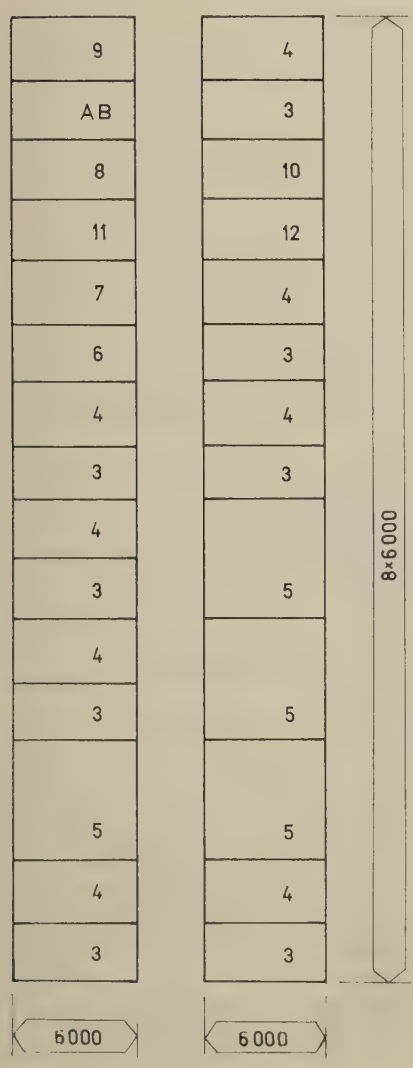
AUSBAU-ANGABEN

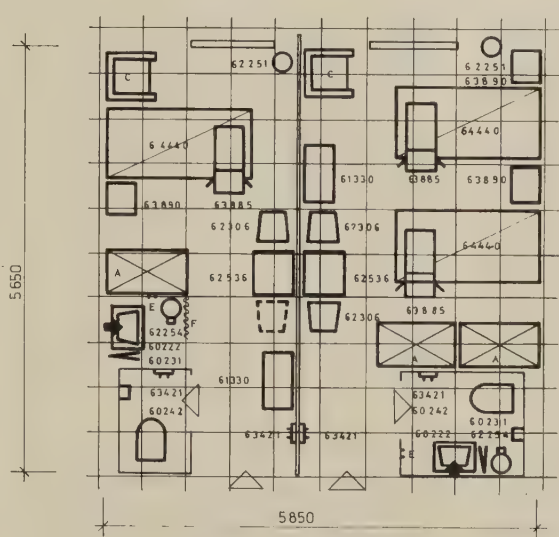
Wand:
Wohnraum wischfester Anstrich
WC-Zelle bis mind. 1500 mm über OFF wasserabweisend und abwaschbar

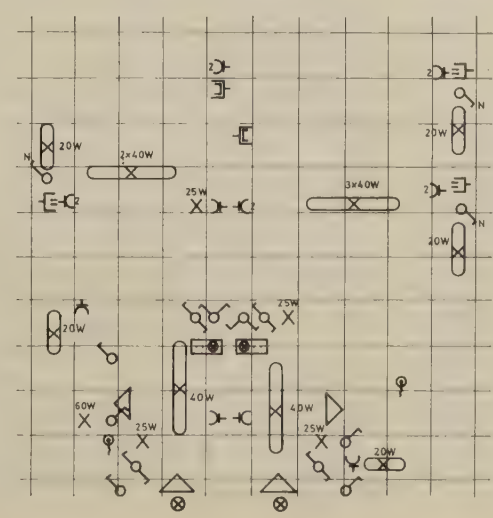
Fußboden:
Wohnraum trittsicher und fugenarm
WC-Zelle trittsicher und wasserbeständig

2
4

3
5







C Sessel mit Arm- und Kopflehne
64440 Stationsbett
63885 Bett- und Lesetisch
63890 Nachttisch
A Kleider-Wäscheschrank
E Wandhaken
F Plastevorhang
62254 Abfalleimer m.Trethebel
60222 Waschtisch
60231 Handtuchhalter
63421 Kleiderleiste
60242 Klosettanlage
62251 Papierkorb
62306 Patientenstuhl
62536 Tisch
61330 Beistellschrank

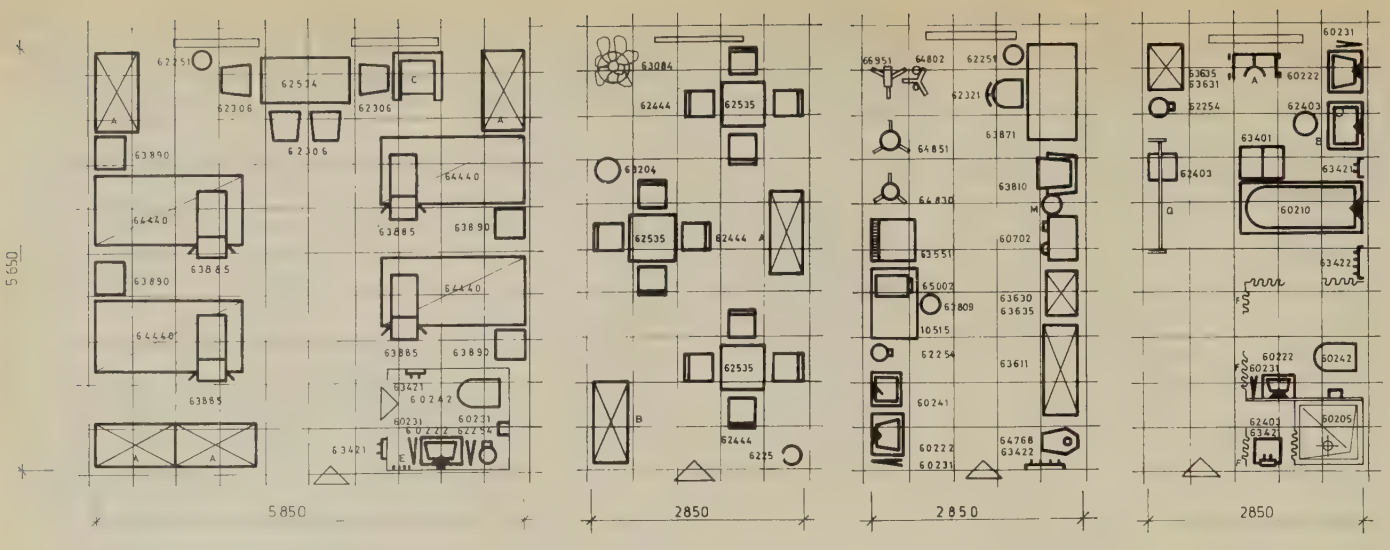
TGA-ANGABEN

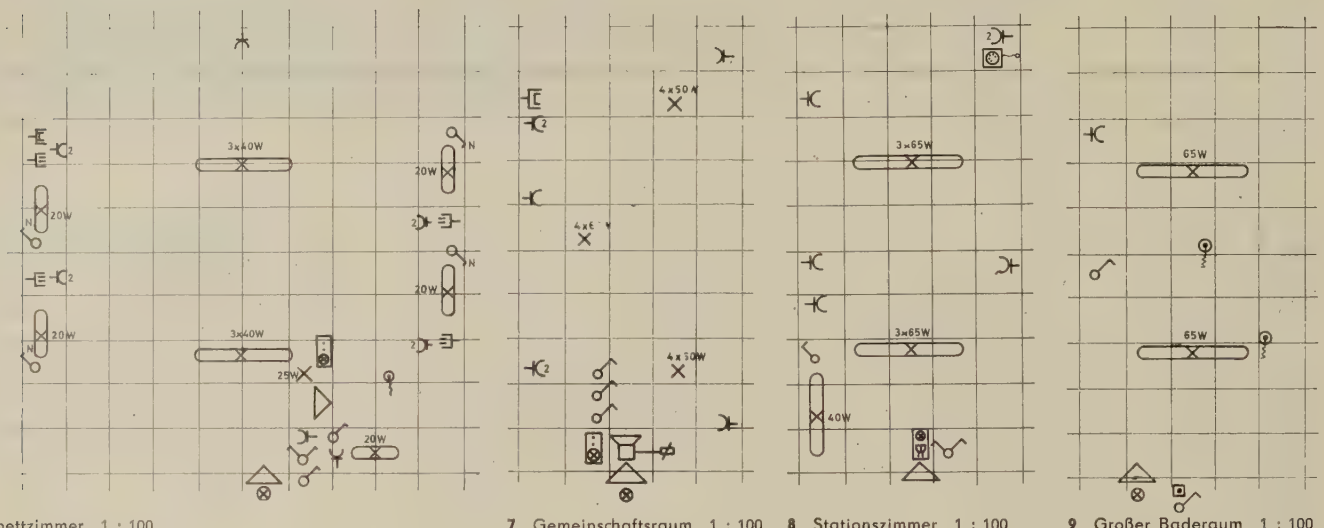
Raumtemperatur: 22°C
Lüftung:
Abluft Toilettenraum
Luftwechsel: 8-10fach/h
Anschlußwert 0.3
$P_{AN(Netz)}$: 2900 W
Anschlußwert 0.4
$P_{AN(Netz)}$: 3280 W
Schutzmaßnahme: Nullung
Fernmeldeanlagen:
Schwestern-Lichtrufanlage: je 1
Antennensteckdosen: je 1

AUSBAU-ANGABEN

Wand:
Bettenzimmer wischfester Anstrich
WC-Zelle bis mind. 1500 mm über OFF wasserabweisend und abwaschbar

Fußboden:
Bettenzimmer trittsicher und fugenarm
WC-Zelle trittsicher und wasserbeständig





6 Vierbettzimmer 1 : 100 7 Gemeinschaftsraum 1 : 100 8 Stationszimmer 1 : 100 9 Großer Baderaum 1 : 100

Der Gemeinschaftsraum ist der gemeinsame Aufenthaltsraum für eine Wohngruppe oder eine Pflegestation. Er kann als geschlossener Raum ausgebildet werden, oder eine entsprechende Flurerweiterung kann für diese Zwecke gestaltet werden. Die Ausstattung erfolgt hauptsächlich mit bequemen Sitzmöbeln, Fernsehgerät, Stehlampen und Schrankmöbeln für Zeitschriften, Bücher und Spiele.

Wegen der Austauschbarkeit der Stationen werden die Kochstelle und die Teeküche gleich ausgerüstet. Die Kochstelle dient zum Zurichten von Speisen durch die Heimbewohner und zur Aufbewahrung leicht verderblicher Lebensmittel aus dem Besitz der Heimbewohner. In der Teeküche erfolgt, ähnlich einer Teeküche im Krankenhaus, die Zubereitung von speziellen Speisen und Getränken außerhalb der Hauptmahlzeiten. Mit den Hauptmahlzeiten wird jede Station über Speisetransportwagen versorgt. Auch das Geschirr wird mit dem Speisetransportwagen gebracht und wieder zur Hauptküche zurückgeführt und dort zentral gespült.

Gesellschaftszone

In der Gesellschaftszone werden die gemeinsamen Veranstaltungen der Heimbewohner, die über den Rahmen einer Wohngruppe hinausgehen, durchgeführt, wie gemeinsames Einnehmen der Hauptmahlzeiten, kulturelle Veranstaltungen der Unterhaltung und Bildung, Literaturausleihe, Zirkeltätigkeit, Beschäftigung mit speziellen Arbeiten. Bürgern im Rentenalter sowie Schwerstbeschädigten aus dem Wohngebiet muß die Möglichkeit gegeben werden, die gleichen Veranstaltungen zu besuchen.

Durch kulturelle Veranstaltungen sollen auch die Einwohner des Wohngebietes mit den Heimbewohnern zusammengeführt werden. In der Gesellschaftszone müssen folgende Räume vorhanden sein:

Speise- und Kulturraum
Großer Klubraum
Beschäftigungsräume
Verkaufsstelle

Versorgungszone

Zur Versorgungszone gehören folgende Raumgruppen und Räume:

Räume für die medizinische Betreuung
Verwaltungsräume
Personalräume
Räume für die Wäscheversorgung
Küche für die Gemeinschaftsverpflegung
Sonstige Räume wie Desinfektionsraum, Werkstatt, Friseur, Nachlaßlagerung, Möbellager
Wohnung für Hausmeister

Übrige Bereiche

Für die Isolierung infektionserkrankter Heimbewohner sind in den Feierabendheimen mit Pflegestation Krankenzimmer – darunter mindestens ein Einbettzimmer – vorzusehen, denen eigene WC-Anlagen zugeordnet sind.

Diese Raumgruppe soll vom übrigen Heimbetrieb abgetrennt sein. Zweckmäßigerweise wird sie im Anschluß an eine Pflegestation angeordnet.

Die Eingangshalle ist das Bindeglied zwischen Feierabendheim- und Pflegezone und der Gesellschaftszone. Sie ist eine vielbesuchte Kontaktstelle für menschliche Beziehungen sowohl im Heim als auch nach außen und daher mit ausreichenden Sitzgruppen, Grünpflanzen und auch künstlerischem Schmuck auszustatten.

An der Eingangshalle sind angeordnet:

Haupteingang
Ausgang zur eigenen Grünanlage
Pförtnerraum oder Büroraum
Abstellraum für Selbstfahrer
Garderobe
Öffentliches Telefon

Die Gestaltung der Gebäude muß übersichtlich sein und ein selbständiges, unfallfreies Bewegen der Bewohner in allen Zonen und Bereichen zulassen. Die selbständige Bewegung von Rollstuhlfahrern muß vom Straßenniveau zum Erdgeschoß und den Aufzügen sowie innerhalb der Geschosse und der Grünanlagen gewährleistet sein.

Als Ergänzung der Feierabendheim- und Pflegezonen sind die Grünanlagen und Terrassen zu betrachten. Sie müssen windgeschützte Sitzecken und Schattenflächen aufweisen. Zugfreie Loggien oder Balkons sind dann anzuordnen, wenn Pflegestationen nicht nur im Erdgeschoß liegen, oder durch die städtebauliche Situation keine wesentlichen eigenen Grünflächen zu erreichen sind.

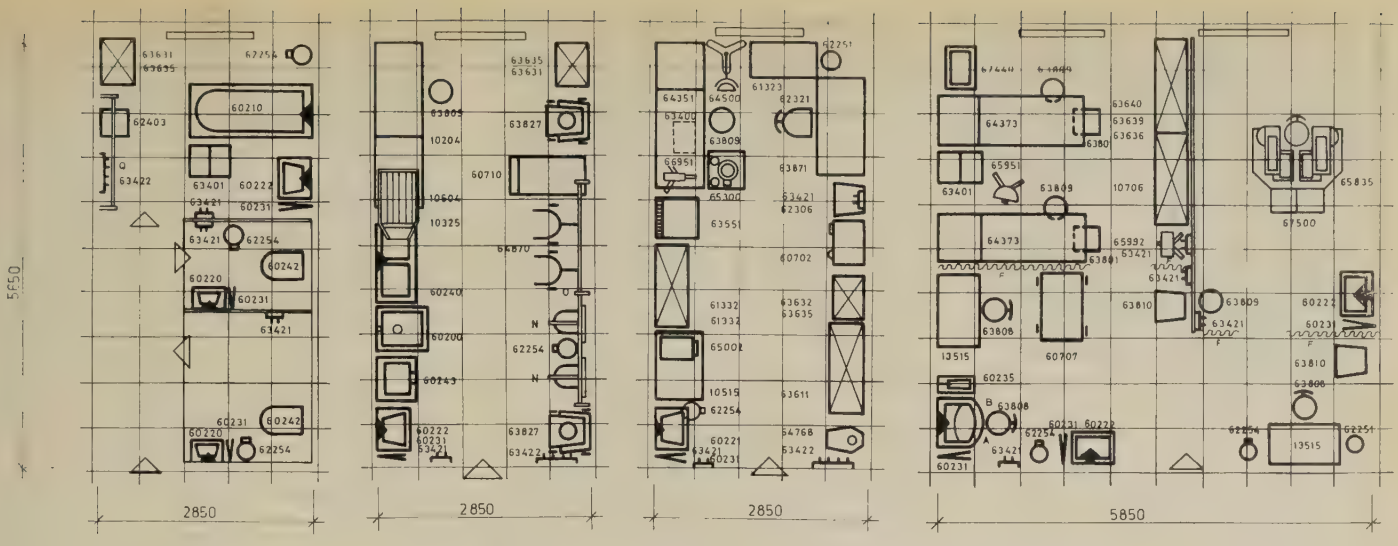
Die Räume für die medizinische Betreuung sollen unmittelbar vom Eingangsbereich aus zu erreichen sein.

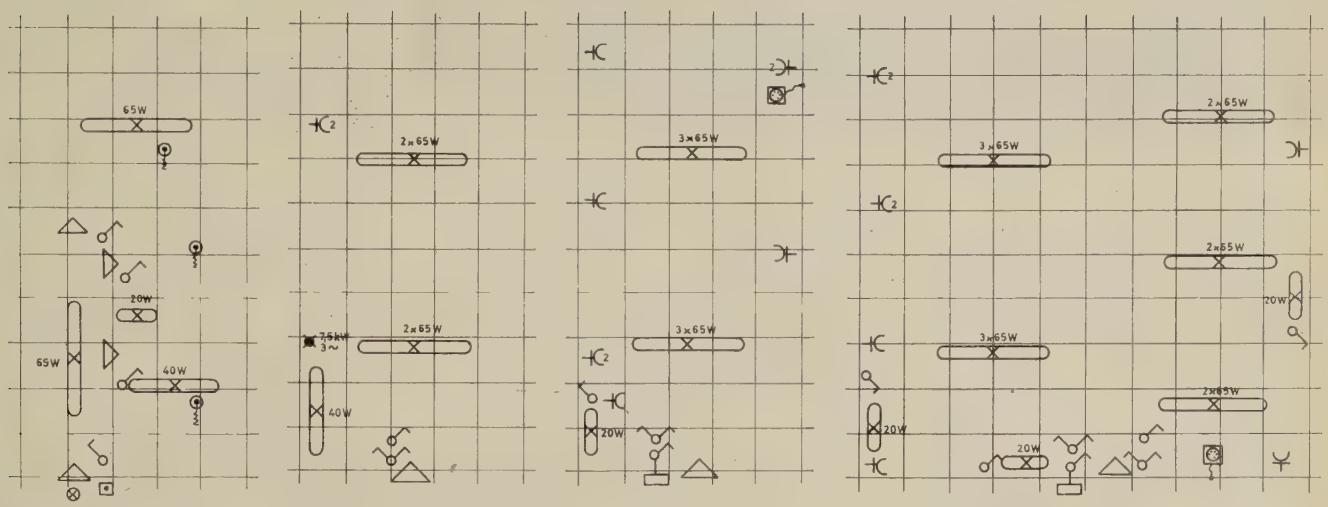
Aus Sicherheitsgründen sollen alle Zonen und Bereiche über einen gemeinsamen, zentral überwachten Haupteingang erreichbar sein.

Katalog – Funktionseinheiten für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens

Vom Institut für Technologie der Gesundheitsbauten wurde zur Durchführung der im gemeinsamen Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB vom 25. 9. 1973 enthaltenen Maßnahmen der Katalog 0.1 Funktionseinheiten für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens erarbeitet, in dem auch der Bereich Feierabendheime mit Pflegestationen enthalten ist.

In Verbindung mit den städtebaulichen Planungsgrundlagen, Richtlinien und Investitionsaufwandsnormativen stellt der Katalog





10 Kleiner Baderaum 1 : 100 **11** Spülraum **12** Behandlungszimmer 1 1 : 100 **13** Behandlungszimmer 2 1 : 100

eine einheitliche Arbeitsgrundlage der Investitionsauftraggeber und Auftragnehmer zur Entwicklung von Kapazitäten für die ambulante und stationäre medizinische Betreuung und die soziale Betreuung dar.

Gleichzeitig wurden mit diesen Unterlagen die Definitionen dieser Kapazitäten bzw. Nutzungseinheiten sowohl technologisch als auch ausrüstungsmäßig in qualitativer und quantitativer Hinsicht präzisiert.

Mit den Funktionseinheiten auf der Basis von Teilfunktionselementen, Funktionselementen und der weiteren Folge der Prinziplösungen werden Voraussetzungen geschaffen, Neubauten und Rekonstruktionsmaßnahmen im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens nach einheitlichen Grundsätzen zu planen, vorzubereiten und durchzuführen.

Katalog und Richtlinien stellen eine Einheit dar und sind für die Leitung und Planung des Reproduktionsprozesses als Grundlage zur Ausarbeitung von Aufgabenstellungen und Projekten verbindlich anzuwenden. Sie führen bei ihrer Anwendung in der Praxis zur Verkürzung der Vorbereitungszeiten und zur Senkung des Investitionsaufwandes.

Um den örtlich vorhandenen Produktionsbedingungen Rechnung zu tragen, ist die Anwendung der Funktionseinheiten weder an einen Standort noch an eine Bauweise gebunden. Sie wurden auf der Grundlage eines Grundrastermaßes von 6000 mm × 6000 mm und 3000 mm × 6000 mm entwickelt.

Die Ausarbeitung der Funktionseinheiten erfolgte in Abstimmung mit dem VEB MLW Anlagenbau Dresden, Direktionsbereich Mediprojekt Leipzig. Der Katalog wurde als lose Blattsammlung konzipiert, um ihn auch künftig durch Funktionseinheiten weiterer Größenordnungen, Leistungsbereiche und Grundrißkonzeptionen sowie durch weitere Funktions- und Teilfunktionselemente komplettieren und erweitern zu können.

Die Funktionselemente stellen unabhängig von einer speziellen Bauweise, den gegenwärtigen Bedingungen der DDR entsprechend, Geräte- und Arbeitsplatzkombinationen dar. Aus den Darstellungen sind die sich jeweils aus Möbeln, Geräten und Apparaten und den erforderlichen Mindestabständen der Ausrüstungsgegenstände untereinander einschließlich der erforderlichen Verkehrs- und Arbeitsflächen ergebenden Mindestabmessungen für ein solches Funktionselement ebenso wie die günstige Anordnung der Zugänge ersichtlich.

Aus einer darunter angeordneten Komplettierungszeichnung kann man Lage und Art der erforderlichen technischen Gebäudeausrüstung entnehmen.

Beiden Zeichnungen liegt jeweils ein Raster von 600 mm × 600 mm zugrunde. Um in der Tiefe der daraus zu fixierenden Räume mit 6000 mm Rastermaß auch im ungünstigsten Fall auszukommen, wurden als verfügbare Tiefe (Stellfläche) generell maximal 5650 mm angenommen, da der Rest bis 6000 mm für die Montage eines Heizkörpers und eventuell auch als Konstruktionsfläche (wenn bei einer Bauweise die Rasterlinie in der Wand liegt) in Anspruch genommen werden muß.

Sämtliche maßstäblich dargestellten Möbel, Geräte und Apparate sind, soweit sie eine Nomenklaturnummer vom „VEB Kombinat Medizin- und Labortechnik, Kombinatsbetrieb MLW Anlagenbau" besitzen, mit einer solchen versehen. Alle anderen dargestellten Ausrüstungsgegenstände wurden mit Buchstaben versehen, um sie dadurch ebenfalls identifizieren zu können.

Auf den Zeichnungen nicht dargestellt sind solche Geräte und Apparate, die keine besondere Nutzfläche erfordern, da sie auf, in oder unter Möbeln stehen.

Die TGA-Angaben der Funktionselemente beziehen sich auf die Raumtemperatur, die Anschlußwerte PAN für Starkstromanlagen, den Umfang der Anlagen für die künstliche Beleuchtung, die Steckdosenanlagen und Festanschlüsse für stationäre Verbraucher sowie die geforderten elektrotechnischen Schutzmaßnahmen. Stellflächen für die erforderlichen Heizflächen zur Gewährleistung der notwendigen Raumtemperatur während der Heizperiode wurden berücksichtigt. Die in den Funktionselementen eingetragenen Leuchten stellen einen Lösungsvorschlag dar, der auf den vorgegebenen Mindestabmessungen basiert. Für die Festlegung der Beleuchtungsstärken entsprechend den vorgegebenen Arbeitskategorien gilt die TGL 200–0617 „Beleuchtung mit künstlichem Licht."

Die in den Funktionselementen angegebenen Fernsprechapparate wurden in allgemeiner Form ohne Amtsberechtigungshinweise dargestellt. Zum Zeitpunkt der Projektbearbeitung ist vom Nutzer zu entscheiden, welche Fernsprechanschlüsse halb, voll oder nicht amtsberechtigt geschaltet werden sollen.

An jedem Bettenzimmer wird die Installation einer Telefonsteckdose empfohlen, damit mittels einer entsprechend langen Apparateanschlußschnur möglichst jedes Bett erreichbar ist.

Zur Sicherung der Bewohner ist in den Bettenzimmern in unmittelbarer Nähe jedes Bettes der Anschluß für eine Lichtrufanlage vorzusehen.

Die Funktionseinheiten zur ambulanten und stationären gesundheitlichen und sozialen Betreuung wurden als verbindliche Grundlagen für die Investitionsauftraggeber und Investitionsauftragnehmer zur Errichtung von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen und medizinischen Anlagen sowie zur Entwicklung von Wiederverwendungs- und Angebotsprojekten vom Ministerium für Gesundheitswesen bestätigt.

Die nachfolgend veröffentlichten Ergebnisse einer Forschungsarbeit über Jugendzentren können, was die funktionelle Spezifik solcher Einrichtungen betrifft, sicher zur Diskussion anregen. Diskussionswürdig erscheint aber auch die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, Einrichtungen für die Jugend isoliert zu planen, ob es nicht vielmehr im Interesse des sozialen Zusammenlebens, aber auch aus ökonomischen Erwägungen heraus zweckmäßiger ist, solche Funktionen in ein vielfältig nutzbares kulturelles Zentrum für alle Bürger der Stadt einzubeziehen. **Red.**

Zur Funktionslösung von Jugendzentren

Dr.-Ing. Jürgen Wendt
Architekt BdA/DDR

Bearbeiterkollektiv

Dr.-Ing. Jürgen Wendt, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Promod Magu
Dipl.-Ing. Otmar Jordan, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Sabine Wendt, Architekt BdA/DDR
cand. ing. Heide-Rose Kumke, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Beatrice Gattos, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Ernst Kristen, Architekt BdA/DDR
Kostenplanung und stadttechnische Planung:
Dipl.-Ing. Gunther Hopf

Kapazitätskennzahlen

Plätze je 100 Jugendliche

Saal	63	Sport/Spiel (im Hause)	8
Mehrzweckräume	11	Gastronomie im Klub	12
Zirkelräume	22	Lesecafé	7

* Einwohner des Einzugsgebietes im Alter von 14 bis 25 Jahren

Flächenkennzahlen

	m² je Nutzerplatz
Hauptfunktionsfläche	1,50
Nebenfunktionsfläche	1,13
Nebenflächen	1,92
Bruttoflächen	4,92
Umbauter Raum	25,50 m³

1 Freizeitbedürfnisse der Jugend, die in einem Jugendzentrum befriedigt werden können

2 Raumstruktur eines Jugendzentrums

3 Erdgeschoß

Diese Entwurfslösung wurde zur weiteren Bearbeitung ausgewählt. Bei der geforderten engen funktionellen und räumlichen Beziehung der einzelnen Bereiche stellt diese Lösung einen gewissen Grenzfall dar – sie ist soweit wie möglich pavillonartig aufgelockert, so daß enge Verbindungen zu intimen und nutzbaren Freiräumen entstehen.

4 Obergeschoß

5 Modellansicht von Nordosten

Da auf diesem Gebiet zur Zeit kaum Grundlagen veröffentlicht wurden, schien es wert, die Grundüberlegungen einem breiteren Kreise darzulegen.

Dabei muß betont werden, daß sich die hier dargestellte Konzeption auf eine Einrichtung mit einem relativ großen Einzugsbereich bezieht.

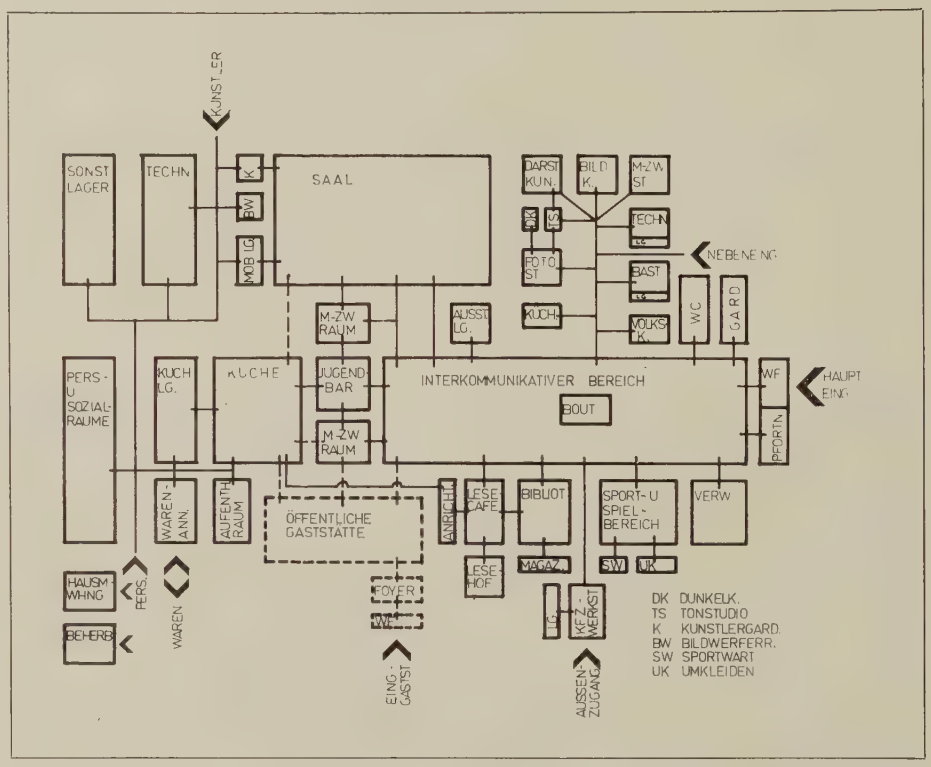
Der Raumbedarf für kleinere Jugendklubs in Wohngebieten, die im Rahmen der Kostennormative des komplexen Wohnungsbaus geplant werden, ist wesentlich geringer, wobei jedoch die dargelegten Grundüberlegungen für eine spezifische Gestaltung auch hier ihre Gültigkeit behalten.

Allgemeine Aufgaben eines Jugendzentrums

Die Jugend verbringt in unserem Alltag große Leistungen – sie entwickelt Initiativen, sie trägt Verantwortung, und sie löst mit Elan neue und große Aufgaben. Das neue Jugendgesetz entspricht dieser gewachsenen Rolle der Jugend, indem die Jugend einerseits mehr Aufgaben und Verantwortung und andererseits mehr Schutz und Rechte bekommt.

Hauptbedürfnisse	Forderungen
Menschen treffen, sprechen, sich austauschen sehen, gesehen werden, sich entfalten können, sich anregen lassen	Großraumigkeit, Attraktivität Zwangskommunikation, Ruhezone Großraumigkeit, Fließende Räume Zwanglosigkeit, Ungestörtheit Attraktivität, Angebote
Sich aktiv erholen	Konditionierung Sport Volkssport Spiel Tanz Toben
Sich passiv erholen	Muße Darbietungen
Sich vergnügen, Sich abreagieren	Volkssport Spielautomaten Spiele Geschicklichkeitsübungen Tanz Musische Betätigung
Materiell versorgt werden	Gastronomie Verkauf von jugendgem. Industriewaren
Informationen aufnehmen, Sich bilden	Darbietungen Diskussionen Ausstellungen Bibliothek Lesemöglichkeiten Zirkelräume
Sich selbständig künstl. und handwerkl. betätigen	Volkskunst, Eigenwerbung Foto Film Tonstudio, Musik Basteln, Modellbau Kochen

1



2

Ein Kollektiv der Sektion Architektur der HAB Weimar hat für eine mittlere Kreisstadt eines Industriekreises im Bezirk Halle eine Konzeption für ein Jugendzentrum entwickelt, das in den nächsten Jahren projektiert und abschnittsweise realisiert werden soll. Das Bearbeiterkollektiv bemühte sich, gerade wegen der Neuartigkeit der Bauaufgabe neue und der Bauaufgabe entsprechende funktionelle und gestalterische Zusammenhänge aufzudecken und im Entwurf umzusetzen.

In Beratungen mit den späteren Nutzern, der Arbeiterjugend des Kreises, hat sich das Kollektiv mit den Anforderungen der Jugend an ein Jugendzentrum beschäftigt. Aufgrund der beiderseits fruchtbringenden Gespräche konnte einerseits die Aufgabenstellung durch mancherlei Anregung bedarfsgerecht qualifiziert werden und andererseits durch die Teilnahme der Jugend am Planungsprozeß eine aktivierende Begeisterung für Eigeninitiativen zur späteren Realisierung hervorgerufen werden.

Das Recht auf ausreichend und sinnvoll verbrachte Freizeit sowie das Bereitstellen ausreichender und geeigneter Freizeiteinrichtungen sind wichtige Gesichtspunkte unserer Jugendpolitik. Dabei geht es nicht nur um die körperliche Entwicklung der Jugendlichen, sondern vor allem um deren geistige Entwicklung, um die Formung ihrer Persönlichkeit, um das Anerziehen des Klassenbewußtseins und der Parteilichkeit, um die Entwicklung von Willensstärke, Einsatzbereitschaft und Entscheidungsfreudigkeit, um das Aneignen und Vertiefen von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten – kurz, um das Vermitteln sozialistischer Verhaltensweisen. Die Freizeitgestaltung der Jugendlichen hat bei diesen Prozessen einen sehr großen Einfluß. Mithin kommt den Freizeitangeboten für die Jugend eine nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung zu.

Die Betätigungsmöglichkeiten der Jugend werden durch drei Merkmalspaare gekennzeichnet:

spontan – geplant
aktiv – rezeptiv
organisiert – nicht organisiert.

Die gegenwärtigen Freizeitangebote für die Jugend sind durch ein Zuviel an geplanten, rezeptiven und organisierten Betätigungen (Kino, Disko, Tanzveranstaltung) und einem Zuwenig an spontanen, aktiven und nicht organisierten Betätigungen charakterisiert. Mit den bestehenden Jugendklubhäusern und den kleineren Jugendklubs ist eine gewisse Basis vorhanden. Kapazitätsgründe, Gründe der Attraktivität, der Rationalität und der gewachsenen Aufgaben und Anforderungen zwingen, neue und zeitgemäße Jugendeinrichtungen zu planen.

Sicherlich muß das Freizeitangebot für die Jugend als gestaffeltes System aufgefaßt werden, von dem hier nur der obere Teil, eine größere zentrale Einrichtung dargestellt werden soll.

Aufgrund der oben genannten allseitig gewachsenen Anforderungen an einen Jugendklub müssen neue Überlegungen hin-

sichtlich der Attraktivität und des Angebotes, aber auch hinsichtlich der Funktions- und Raumstruktur angestellt werden.

Ein Jugendzentrum muß im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Einrichtungen des Kreises, der Stadt und des betreffenden Wohngebietes gesehen werden. Das Jugendzentrum sollte in seiner städtebaulichen Einordnung einen zentralen Funktionsbereich bilden, der den Sporteinrichtungen der Schulen und den Schulen zugeordnet sein sollte (Funktionsverflechtung). Er muß eine selbständige Freizeiteinrichtung für die Jugend sein und darf nicht als Ersatz für fehlende gesellschaftliche Einrichtungen des Territoriums betrachtet werden. Eine effektive Nutzung entsprechend den Aufgaben eines Jugendklubs wäre im letztgenannten Falle nicht möglich.

Allgemeine Gestaltungsprobleme eines Jugendzentrums

Die Jugend ist die mobilste soziale Gruppe. Sie trachtet nach relativer Unabhängigkeit und sucht den Kontakt mit Gleichgesinnten, sie ist begeisterungsfähig und unternehmungslustig.

Das differenzierte und noch wechselhafte psychologische und soziale Verhalten der Jugendlichen stellt hohe Anforderungen an die Gestaltung eines Jugendzentrums – insbesondere hinsichtlich der Attraktivität für die Jugend, wobei natürlich die Attraktivität einen organisatorischen (Veranstaltungsplan) und einen baulichen (Funktion und Gestaltung) Aspekt besitzt.

Jugendklubs müssen immer wieder neu und anziehend sein. Erfahrungen haben gezeigt, daß noch so originell gestaltete Klubs nach etwa zwei Jahren zur Gewohnheit und damit relativ unattraktiv werden. Deshalb ist die individuelle Gestaltbarkeit und Veränderbarkeit eine der wesentlichsten gestalterischen Forderungen. Eine anregende Improvisation, geboren aus einem zeitweiligen Bedürfnis und ermöglicht durch individuelle Veränderbarkeit, ist besser als eine vorprogrammierte und gleichförmige Nutzung. Deshalb steht die Forderung nach innerer Flexibilität durch Großräumigkeit und breiten Nutzungsvariationen und äußerer Flexibilität im Sinne der Expansibilität durch Einbeziehen der Freiräume in die Gesamtkonzeption.

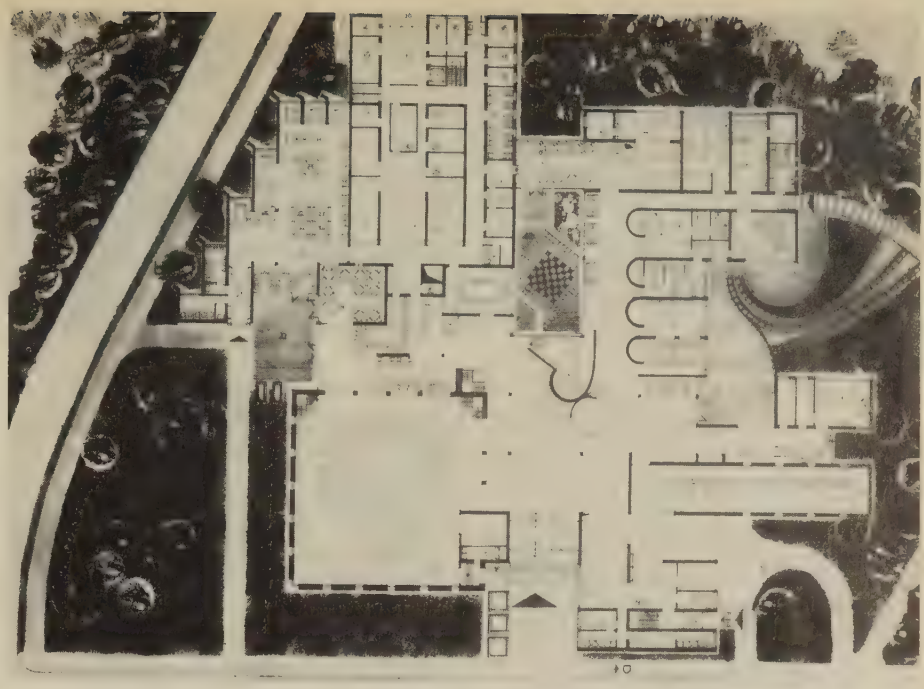
Ein Jugendklub sollte keine Exklusivität und Repräsentation ausstrahlen, sondern Lebensfreude und Zweckmäßigkeit. Die gestalterische Zielstellung bei einem Jugendklub lautet: Die Jugendlichen sind nicht zum Konsum, sondern zur Aktion zu animieren.

Funktionen und Funktionsbereiche in einem Jugendzentrum

Die allgemeine Zielstellung bei der Funktionsplanung eines Jugendzentrums muß sein, mit einem Minimum an spezialisierten monofunktionalen Räumen ein Maximum an Bedürfnissen zu befriedigen.

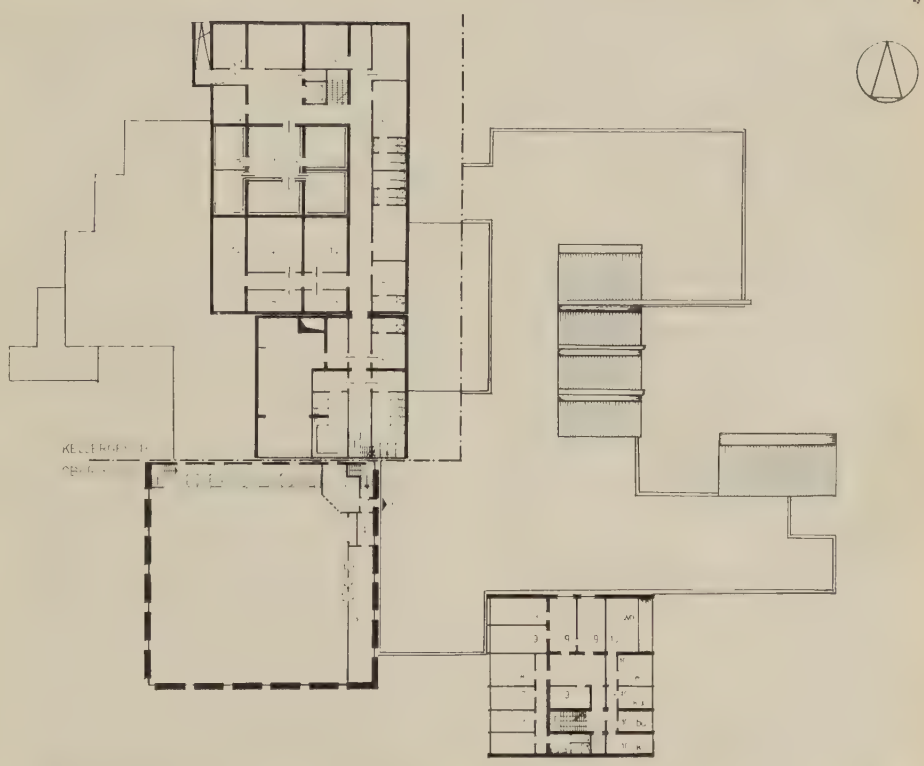
Einerseits sollte die Nutzung der Räume und die Betätigung der Jugend aufgrund der Monofunktionalität der Räume so wenig als möglich vorprogrammiert sein, und andererseits dürfen sich Interessengruppen nicht in irgendeine „Kammer" verkriechen, sondern an deren Aktivität müssen mehr oder weniger alle teilhaben – sich anregen lassen.

Darüber hinaus bieten natürlich polyvalent nutzbare Räume einen flächen- und nutzungsökonomischen Effekt (wenn auch nur bedingt). In diesem Sinne erfüllen ältere Klub- oder Kulturhäuser nur noch zum Teil heutige Anforderungen.

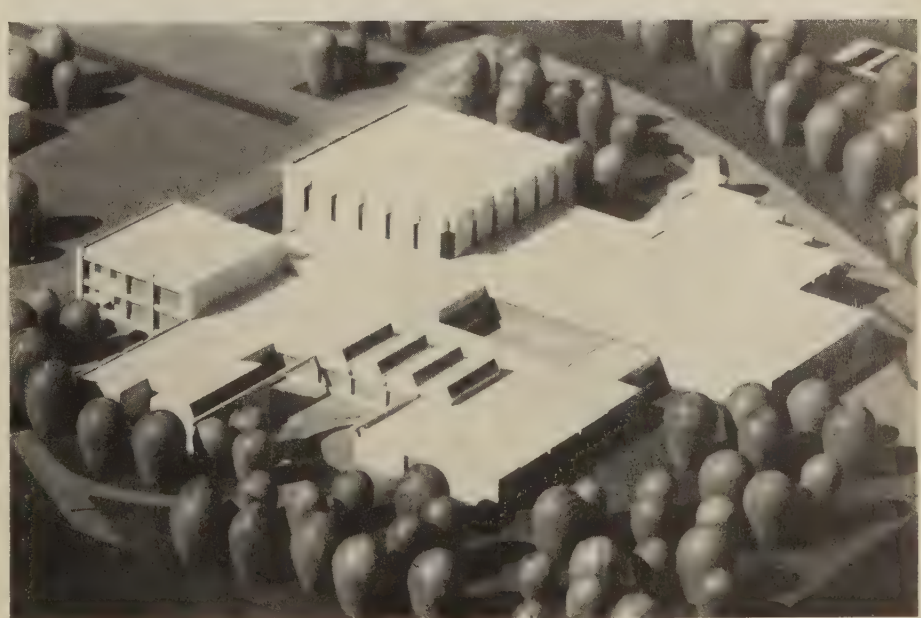


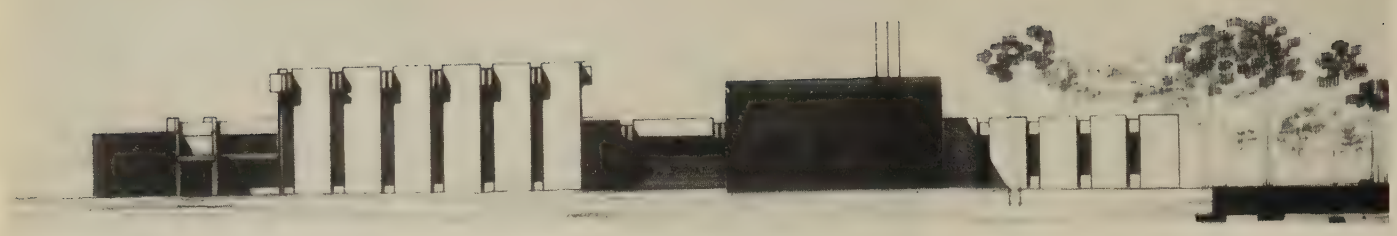
3

4



5





6

Mit dem Begriff „Jugendzentrum" sind die Funktionen in Art, Anzahl und Größenordnung nicht eindeutig festgelegt. So kann z. B. ein Jugendzentrum mit bestehenden oder parallel zu errichtenden gesellschaftlichen Einrichtungen baulich-funktionell zu einem größeren Funktionskomplex verbunden werden. Dabei könnte es sich um folgende gesellschaftliche Einrichtungen handeln:
Sporthalle, Schwimmhalle, Eisbahn, Sportanlagen, Erholungs- und Vergnügungsparks, Jugendherbergen, Bildungseinrichtungen.

Die diesbezüglichen Schwellwerte oder Vorzugslösungen müßten noch untersucht werden. Primär scheint das ein standortabhängiges Problem zu sein. Die vorliegende Funktionsbegrenzung wurde empirisch vorgenommen und stellt sicherlich ein gewisses Optimum dar.

Im einzelnen sei in diesem Rahmen auf die Darstellung der Bedürfnisanalyse, der Funktionsuntersuchung und der Raumprogrammierung verzichtet. Aus der Bedürfnisanalyse, auf der die Funktionsuntersuchung aufbaut, sind die Hauptbedürfnisse in tabellarisch zusammengefaßter Form in Abbildung 1 dargestellt.

Aufgrund der funktionellen Zusammenhänge ergeben sich in einem Jugendzentrum folgende erforderliche Funktionsbereiche, die auch baulich-räumliche Bereiche sein sollten:

1. Interkommunikativer Bereich
2. Saalbereich
3. Gastronomischer Bereich
4. Wirtschaftsbereich
5. Bibliotheksbereich
6. Zirkelbereich
7. Sport- und Spielbereich
8. Beherbergungsbereich (evtl.)
9. Hausmeisterwohnung (evtl.)

Diese Funktionsbereiche sind nicht nur funktionell sondern auch räumlich eng miteinander verbunden. Trotz dieser engen Verbindung muß gewährleistet sein, daß die gegenseitigen Störungen minimal sind und eine individuelle Nutzung bestimmter Bereiche des Klubs auch dann möglich ist, wenn der größte Teil des Klubs für eine große Veranstaltung genutzt wird. Es muß also die Möglichkeit des Abtrennens der Bereiche mit gleichzeitigen separaten Eingängen gegeben sein.

Aufgaben und Gestaltung der Funktionsbereiche

■ Interkommunikativer Bereich

Der interkommunikative Bereich ist Eingangsbereich und Publikums-„Zentrale" des Jugendklubs. Er hat neben den üblichen Foyer-Funktionen wie Garderobe, Kassen usw. auch die Aufgabe, zum Verweilen einzuladen, Orientierungsfläche für alle im Klub angebotenen Einrichtungen zu sein und passive Jugendliche durch Sichtbeziehungen zur aktiven Betätigung in den Zirkeln oder im Sportbereich zu animieren.

Um die Fülle der dargebotenen Einrichtungen für den interkommunikativen Bereich einsehbar zu gestalten und gleichzeitig die eigentlichen Funktionen dieses Bereiches realisieren zu können, ist eine große aber gegliederte Fläche vorzusehen.

Die Ausstellungsfläche sollte nicht nur allgemeinen Themen (Politik, Sport, Kunst, Veranstaltungspläne usw.) zur Publizierung dienen, sondern auch das Zeigen und Verkaufen von Zirkelergebnissen sowie Solidaritäts- und Bücherbasare ermöglichen. Bei Großveranstaltungen oder großen Ausstellungen müssen Saal und interkommunikativer Bereich gemeinsam genutzt werden können.

Der Spielbereich in der interkommunikativen Fläche wird durch Billardtische und Sitzgruppen für Tischspiele gebildet.

Um dem Kaufbedürfnis der Jugend gerecht zu werden, wird eine Boutique mit sehr differenziertem Warenangebot vorgesehen (Schallplatten, Plakate, Kleintextilien, Modeschmuck, Kosmetikartikel, Wochenzeitschriften und Magazine, daneben auch Eigenproduktionen des Klubs).

Diese Boutique darf keine übliche Handelseinrichtung sein, sondern mehr ein „Ramsch- oder Kramladen", dessen Öffnungszeit denen des Klubs gleicht.

Sie wird transparent gestaltet und ist zentraler Blickpunkt des interkommunikativen Bereiches.

Die Nebenfläche beinhaltet Windfang, Pförtnerloge mit zwei Schalterplätzen (Kasse), zentrale WC-Anlage, Garderobe, Telefonzelle und Lager für Ausstellungselemente.

■ Saalbereich

Der Saalbereich umfaßt den Mehrzwecksaal, der mehr eine Mehrzweckhalle sein sollte, mit den erforderlichen technischen Nebenräumen und den Nebenräumen für Künstler und die flexible Möblierung.

Der Mehrzwecksaal muß folgenden Funktionen gerecht werden:

Versammlungen und Festveranstaltungen
Konzerte und kleine Theateraufführungen
Tanzveranstaltungen mit gastronomischer Versorgung
Filmvorführungen (Filmkunsttheater)
Sportveranstaltungen (Boxen, Geräteturnen)
Ausstellungen
Modenschau
Bewegungs- und Spielraum (Gesellschaftsspiele, sportliche Spiele).

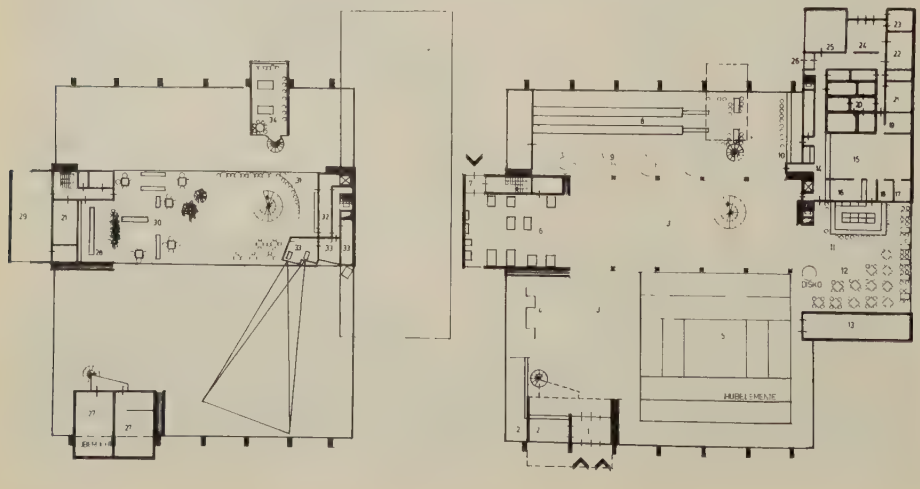
Alle diese Anforderungen können nur durch einen flexibel nutzbaren Saal (min. 18 m × 18 m) mit einer relativ guten technischen Ausstattung erfüllt werden.

Der Mehrzwecksaal sollte zusammen mit Gasträumen und dem interkommunikativen Bereich einen zusammenhängend nutzbaren Bereich bilden (z. B. für Großveranstaltungen).

■ Gastronomischer Bereich

An die gastronomischen Einrichtungen des Jugendklubs werden folgende Anforderungen gestellt:

7



6
Südfassade

7
Erdgeschoß und Obergeschoß

Dieses hallenartige und kompakte Jugendzentrum ist das andere Extrem zu der Lösung auf Abb. 3. Mittels raumhohen Schiebeelementen können separat nutzbare Räume und Bereiche abgetrennt werden. Die ruhigen Bereiche des Jugendzentrums sind erhöht und brückenartig in den Hallenkörper eingefügt.

8
Fassade am Haupteingang

– Befriedigung der speziellen Bedürfnisse der Jugend wie z. B. jugendgemäße Gestaltung der Gasträume und des Angebotes (Die gastronomischen Einrichtungen sind nicht die wichtigsten Bereiche des Jugendzentrums).
– Integration der gastronomischen Einrichtungen mit den anderen Einrichtungen des Jugendklubs
– Flexible Nutzungsmöglichkeiten
– Rationelle und zentrale Versorgung aller gastronomischen Einrichtungen.

Um diese Anforderungen zu erfüllen, ist für die Jugendlichen eine Mehrzweckbar vorgesehen. Sie soll jugendgemäß und farbig gestaltet werden.

In der Bar werden Möglichkeiten für einen Imbiß, Ausschank von Getränken und Eisverkauf geschaffen. Nachmittags wird Kaffee und Kuchen angeboten. Abends kann die Bar zur Diskothek umfunktioniert werden.

Für kleine, geschlossene Veranstaltungen, Hochzeiten, Jugendweihen, Sitzungen, Versammlungen usw. ist ein repräsentativer Raum vorgesehen. Dieser Raum dient gleichzeitig zur Erweiterung der Bar (Mehrzweckraum).

Ein weiterer Veranstaltungsraum ist ebenfalls für eine Mehrzwecknutzung gedacht, u. a. als Erweiterung der Bar. Das in der Entwurfslösung (Abb. 3) vorhandene Restaurant ist ein standortabhängiges Erfordernis, weil in diesem Wohngebietszentrum eine Wohngebietsgaststätte fehlt. Mit diesem öffentlichen Restaurant wird die Platzkapazität und damit die betriebswirtschaftliche Effektivität der Gastronomie erhöht.

Alle Gasträume können miteinander räumlich zu einer gastronomischen Einheit für Großveranstaltungen vereinigt werden.

Die Mehrzweckbar muß eine direkte und großzügige Anbindung an die interkommunikative Fläche haben und kann dadurch von den anderen Bereichen (wie Zirkel- und Sportbereich) leicht erreicht werden. Die Gasträume sollten im Sommer mit Hilfe von Terrassen oder Atrien erweiterbar sein – sich zum Freiraum hin öffnen.

■ Wirtschaftsbereich

Dieses ist der Küchen-, Lager-, Personal- und technische Bereich. Zu diesem Bereich gehören die getrennten Verwaltungen für die Gastronomie und den eigentlichen Klub.

■ Lesecafe und Bibliothek

Das Lesecafe dient hauptsächlich der Nutzung in Verbindung mit der Bibliothek. Dort soll eine ruhige und gemütliche Lese- und Diskussionsatmosphäre geboten werden. In diesem Bereich können auch kleinere Veranstaltungen und Seminare abgehalten werden.

Im Lesecafe wird nur Kaffee angeboten. Es ist an den Wirtschaftsbereich anzuschließen.

Die Jugendbibliothek des Jugendzentrums ist eine Teileinrichtung der Stadtbibliothek mit max. 10 000 Bänden und soll die Bedürfnisse nach Information (Zeitungen und Zeitschriften), Wissensanreicherung bis hin zur Unterhaltung befriedigen. Lesecafe und Bibliothek werden mit einem Lesehof oder einer Freiterrasse erweitert.

■ Zirkelbereich

Die eigenschöpferische Betätigung der Jugendlichen ist das wichtigste Betätigungsfeld im Klub. Daher erlangt die Planung dieses Bereiches eine besondere Bedeutung.

Trotz angestrebter Polyvalenz der Räume kommt man nicht umhin, eine Reihe von relativ abgeschlossenen und spezialisierten Räumen anzubieten. Die Arbeit einiger Interessengemeinschaften erfordert eine Abgeschlossenheit oder eine spezielle und wertvolle Ausstattung und Ausrüstung (oder beides), und schließlich sprechen auch organisatorische Gründe der Kontrolle, Wartung und Anleitung für Zirkelräume im bekannten Sinne.

Die Kabinette, Studios und Ateliers müssen also notwendigerweise abgeschlossen sein. Sie sollten jedoch zum zentralen Bereich des Jugendzentrums hin eine Transparenz bieten bzw. einen einladenden Charakter zeigen, um Unschlüssige und Untätige durch das Wecken von Interesse zur eigenschöpferischen Aktivität zu animieren.

Man muß auch genügend Möglichkeiten zur Selbstdarstellung der einzelnen Interessengemeinschaften vorsehen, wie z. B. Ausstellungsflächen, Basare und Boutique.

Ausgehend von dem Grundsatz, so wenig wie möglich monofunktionale Räume vorzusehen, werden artverwandte Zirkel in einem Raum mit spezialisierter Ausstattung zusammengefaßt. Auf dieser Basis und auf der Basis der Bedürfnisanalyse wurden im Zirkelbereich nachfolgende Räume vorgesehen und deren mögliche Nutzung aufgezeigt:

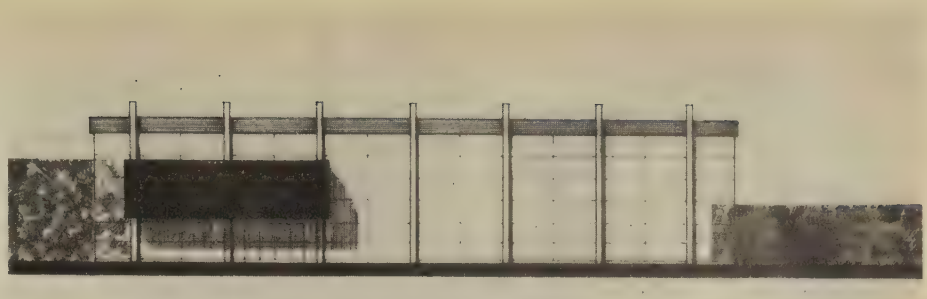
Fotostudio: Film- und Fotozirkel
Atelier für angewandte Kunst: Plastikzirkel, Grafik, Malzirkel, Eigenwerbung, Zeichenzirkel
Studio für darstellende Kunst: Chor, Singegruppen, Tanzmusik, Musikinstrumentenunterricht, Kabarett, Laienspielgruppe
Volkskunstatelier (Textilgestaltung): Handarbeit, Batiken, Textilgestaltung, Teppichweberei
Bastelkabinett: Modellbau, Modelleisenbahn, Holzgestaltung, Drechslerei, buchkünstlerische Arbeiten, Metallbearbeitung
E-Technikkabinett: Amateurfunker, GST-Funkstation, Elektronik
Küche: Kochenlernen, Versuchsküche, Eigenversorgung von Gruppen

Ein kleines Tonstudio mit entsprechender Technik sollte so angeordnet werden, daß es mit dem Fotostudio (Tonfilm), mit dem Studio für darstellende Kunst (z. B. Aufnahmen von Musikgruppen) und dem E-Technikkabinett (Wartung, Funkaufzeichnungen) direkt verbunden ist. Es könnte auch zur Anfertigung audio-visueller Materialien für die Unterhaltung in der Diskothek dienen.

Für Eheberatung, Naturkunde, militärpolitische Veranstaltungen, Freundschaftstreffen, Schulungen, Seminare und Fernsehen wird ein Mehrzweckstudio eingerichtet, das mit audio-visueller Technik ausgerüstet ist.

Eine Kfz-Werkstatt ist zweckmäßigerweise vom Zirkelbereich zu trennen (Erreichbarkeit, Lärm).

Die einzelnen Zirkelräume werden durch die notwendigen Nebenräume ergänzt. Der gesamte Zirkelbereich sollte sich auch soweit als möglich zum Freiraum hin öffnen.



8

■ Sport- und Spielbereich

Dieser Bereich hat in einem Jugendklub mehrere Funktionen zu erfüllen:

– dem Bewegungsdrang der Jugend zu entsprechen
– körperliche Ertüchtigung der Jugend, Geschicklichkeitsübungen
– Stärken des Selbstbewußtseins durch Kräftemessen, Wettkämpfe usw.
– Unterhaltung.

Diese Funktionen werden in verschiedenen Bereichen realisiert. Im eigentlichen Spiel- und Sportbereich sind Bowlingbahnen, Spielautomaten, Konditionierungsgeräte und Tischtennisplatten vorgesehen. Im interkommunikativen Bereich werden Billardtische aufgestellt. Auf den Terrassen ist Minigolf u. ä. möglich.

Dem Sport- und Spielbereich sind gesonderte Sanitär- und Umkleideräume zugeordnet.

Ein Raum für einen Sportwart und ein Sanitätsraum ergänzen den Sportbereich.

Die Beziehung zum Freiraum, insbesondere zu Sportanlagen im Freien, ist standortabhängig. Sie sollte in jedem Fall angestrebt werden.

■ Beherbergungsbereich

Für den zeitweiligen Aufenthalt von Gästen des Jugendklubs (u. a. Künstler, Vortragende) und den FDJ-Leitungen des Kreises und der Kombinate kann die Einrichtung von Gästezimmern vorgesehen werden. Die Räume müssen eine lärmgeschützte Lage erhalten. Sie haben einen separaten Eingang.

Zusammenfassung

Nach den Ausführungen zur Funktionslösung eines Jugendzentrums könnte man zu der Auffassung gelangen, solch eine Einrichtung würde sich wenig von einem Freizeitzentrum oder Zentrum der aktiven Erholung für Erwachsene unterscheiden. Deshalb seien in der Zusammenfassung die wesentlichsten Unterscheidungsmerkmale aufgezeigt.

- Die größere Nutzungs- und Kommunikationsbereitschaft der Jugend hat Einfluß auf die Kapazitätskennzahlen.
- Es wird eine jahrmarkthafte Vielfältigkeit von Betätigungsmöglichkeiten gefordert (relative Unstetigkeit der Interessen der Jugendlichen).
- Spezielle jugendgemäße Funktionen werden verlangt, z. B. Kfz.-Werkstatt, Tonstudio oder Spielautomaten.
- Möglichkeiten der Selbstdarstellung und Selbstverwirklichung der Jugendlichen müssen in verstärktem Maße gegeben sein.
- Beachtung pädagogischer Aspekte wie z. B. indirekte Kontrolle oder indirektes Hinlenken zu sinnvoller Freizeitbeschäftigung.
- eine jugendgemäße gastronomische Versorgung muß möglich sein.

FDJ-Studentenklub „Moritzburg"

Autoren des Projektes:
Dipl.-Ing. Bernd Lauenroth
Dipl.-Ing. Reinhard Plewe
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Direktorat für Planung und Ökonomie

1

Der seit 28 Jahren leerstehende Nordostturm der Moritzburg wies eine Reihe von Voraussetzungen für den Umbau und die Nutzung als niveauvoller FDJ-Studentenklub der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf.

Der Neuerervorschlag der Autoren sah vor, im Unter-, Mittel- und Obergeschoß dieses Turmes für die unterschiedlichsten Funktionen eines Studentenklubs eine Nutzfläche von insgesamt 412 m^2 zu schaffen und damit für rund 400 Personen zweckmäßig ausgestattete Räume zur Verfügung zu stellen.

Dieser Neuerervorschlag wurde als Initiativobjekt zu den X. Weltfestspielen der Jugend realisiert und erhielt die Unterstützung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen sowie aller staatlichen Organe und gesellschaftlichen Vertretungen. Um eine relativ kurze Bauzeit zu erreichen, wurden die vorbereitenden Arbeiten (Aufmaß, Entwurf, Diskussion, Bereitstellung von Kapazität) parallel zu den Realisierungsarbeiten organisiert. Auf dieser Grundlage schufen FDJ-Studenten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit aktiver Hilfe zahlreicher Institutionen und unter Beteiligung vieler Kollegen der Universität in knapp 10 Monaten diesen Klub, der heute ein niveauvolles Zentrum des geistig-kulturellen Lebens der Studenten ist.

2

3

Im Untergeschoß sind vorwiegend Technikbereiche, Sanitäranlagen, Lager und Garderoben untergebracht. Im Bereich des Untergeschosses stehen noch Erweiterungsflächen zur Verfügung. Die Klubarbeit konzentriert sich auf das Mittel- und Obergeschoß. Im Mittelgeschoß sind ein Mehrzweckraum und der Küchenbereich des Klubs angeordnet. Der Mehrzweckraum steht für Vorträge, Diskussionen, Ausstellungen und Seminarveranstaltungen zur Verfügung. Das Obergeschoß weist folgende funktionelle Bereiche auf: einen Mehrzweckraum – geeignet für Tanzveranstaltungen, Konzerte, Kabarett, eine Diskothek, Bereich der Klubleitung und mögliche Erweiterungsflächen. Der FDJ-Studentenklub wurde mit einer Heizungs- und einer Be- und Entlüftungsanlage ausgestattet und ist daher das ganze Jahr über nutzbar.

Die Ausstattung der Räume ist einfach, zweckmäßig und von der Funktion her bestimmt. Gestalterische Akzente setzen Verstärkungen gegebener Materialkontraste

bzw. die gewollte Sichtbarmachung von Original zu Zutat (Natursteinmauerwerk-Sichtbeton). In der Farbgestaltung dominieren freundliche, optimistische Farben.

Für die Fußbodenausbildung wurden für das Untergeschoß und die Treppen Klinkerplatten, im Mittelgeschoß Debolon und im Obergeschoß Parkett eingesetzt.

Für ihre Arbeit erhielten die Autoren im Architekturwettbewerb 1974 eine Anerkennung.

1
Blick in das Obergeschoß mit Mehrzweckraum und Diskothek

2
Mittelgeschoß mit Raum für Seminarveranstaltungen

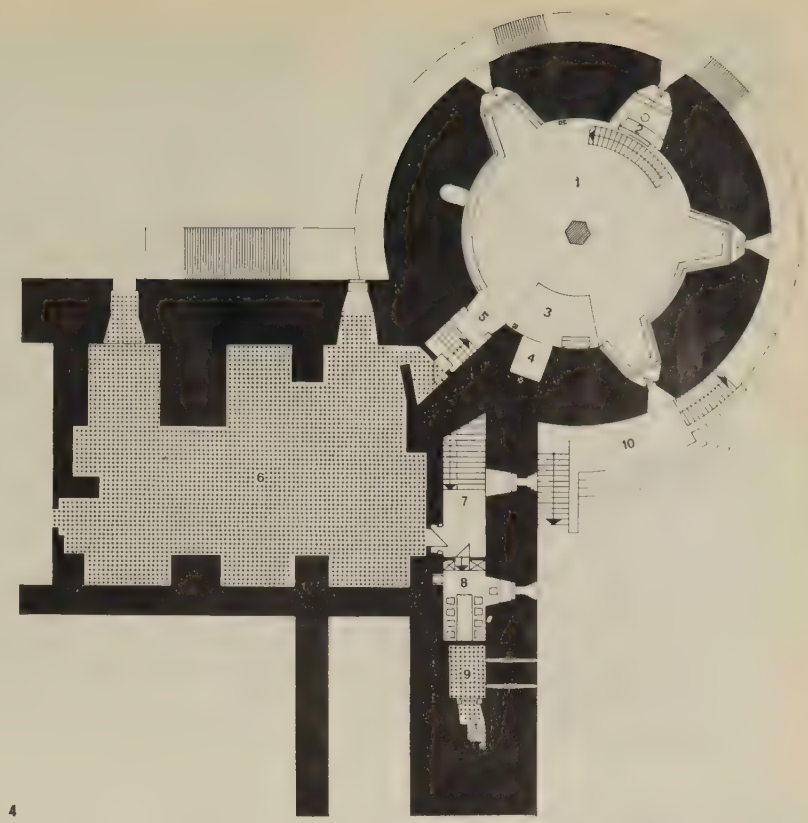
3
Untergeschoß mit Klubgaststätte

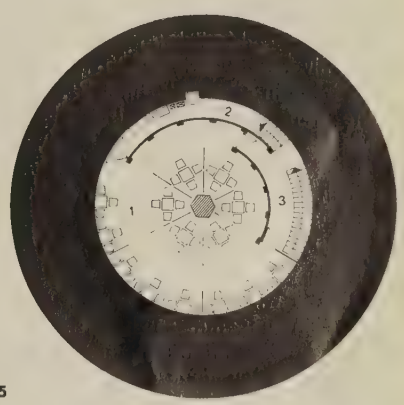
4
Obergeschoß 1 : 400
1 Mehrzweckraum
2 Diskothek
3 Podest
4 Abstellraum
5 Notausgang
6 Erweiterungsfläche
7 Diskutiertreppe
8 Klubleitung
9 Erweiterungsfläche
10 Bühne

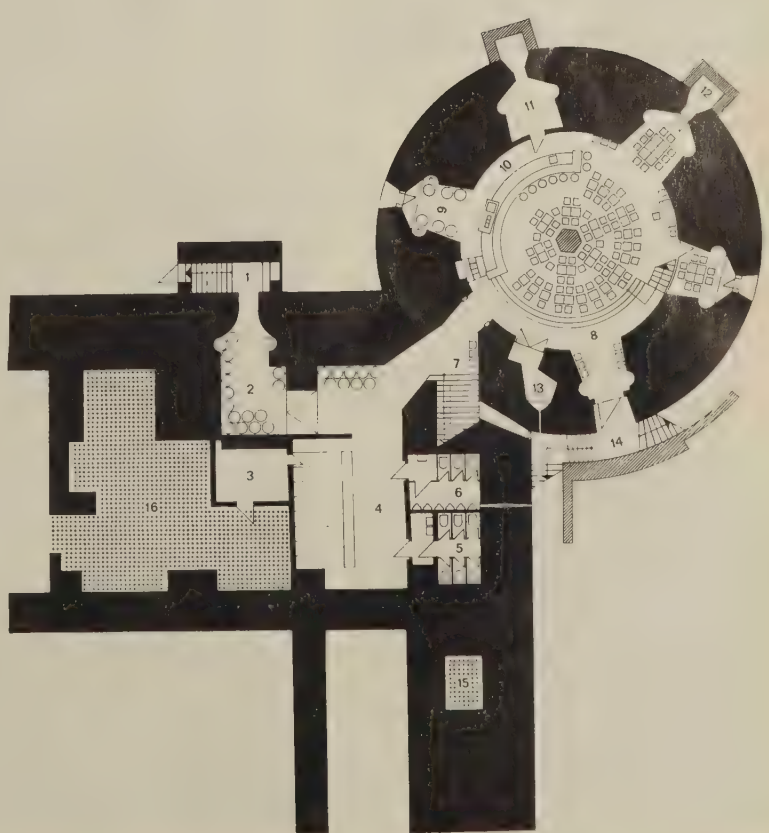
5
Mittelgeschoß 1 : 400
1 Mehrzweckraum
2 Küchenbereich
3 Treppenhaus

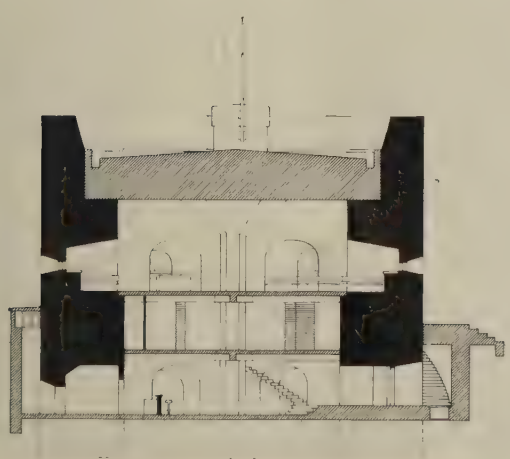
6
Untergeschoß 1 : 400
1 Hintereingang
2 Faßlager
3 Lager
4 Garderobe
5 WC Damen
6 WC Herren
7 Diskutiertreppe
8 Klubbetrieb mit Ausschank
9 Faßanschluß
10 Theke
11 Haustechnik
12 Abstellraum
13 Elektrotechnik
14 Sommereingang
15 Erweiterungsfläche
16 Lager der Sektion Sportwissenschaft

7
Schnitt 1 : 400









8

9

10

11

Einschätzung des Nutzers

Mit der Schaffung des Zentralen FDJ-Studentenklubs „Moritzburg" der Martin-Luther-Universität wurde zu Ehren der X. Weltfestspiele ein echtes Nachholebedürfnis drei Jahre früher als geplant befriedigt. Seine markante Lage innerhalb der Stadt, verbunden mit seiner originellen Gestaltung, machen ihn zu einem attraktiven Anziehungspunkt, dessen politische Bedeutung schon jetzt über den Universitätsbereich hinausgeht.

Durch die wirtschaftliche Ausnutzung eines bis dahin ungenutzten baulichen Grundfonds, die Durchführung sämtlicher vorbereitender und umfangreicher realisierender Arbeit durch Studenten und Kollegen der Universität konnten die Baukosten relativ niedrig gehalten werden.

Auch bezüglich der erforderlich werdenden Werterhaltungsaufwendungen ist das Objekt auf Grund der gegebenen Baulichkeit, aber auch wegen seiner zweckmäßigen Ausstattung als günstig anzusehen.

FDJ-Kreisleitung
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
1. Sekretär
Dr. Herbert Beil

8
Untergeschoß vor dem Umbau

9
Obergeschoß vor dem Umbau

10
Untergeschoß in der Umbauphase

11
Blick in den Bereich des Zwischengeschosses

Plakatwettbewerb „30. Jahrestag der Befreiung"

Dozent Dr.-Ing. Eberhard Just
TU Dresden, Sektion Architektur
Gebiet Grundlagen der Gestaltung

In jedem Jahr wird im Rahmen der Ausbildung im Fach Grundlagen der Gestaltung mit den Architekturstudenten des ersten Studienjahres ein Plakatwettbewerb durchgeführt. Fachliches Können, gesellschaftliches Wissen und persönliches Engagement sind gefordert, soll die Aufgabe, ein politisches Plakat zu gestalten, gelöst werden. Unterstrichen wurde die Bedeutung dieses Wettbewerbs dadurch, daß er gleichzeitig das Jugendobjekt aller Seminargruppen des ersten Studienjahres darstellt.
Um eine verstärkte Wirksamkeit in der Agitations- und Propagandaarbeit der Technischen Universität zu erreichen, wurden erstmals auch Entwürfe angefertigt, die vom normalen Plakatformat abwichen und für Sichtwerbeflächen innerhalb der TU und des Stadtgebietes von Dresden vorgesehen waren.
Die Studenten arbeiteten fleißig und intensiv an ihrer Aufgabe und erhielten auch große Unterstützung durch die Mitarbeiter des Gebietes Grundlagen der Gestaltung. Das Ergebnis ist eine große Anzahl guter und sehr guter Plakate, die der Jury die Entscheidung über die zu verteilenden Preise schwer machte. Die Jury, die sich aus Vertretern der SED-Kreisleitung, der DSF-Kreisleitung, der Hochschule für Bildende Künste und der Sektion Architektur der TU Dresden zusammensetzte, entschied sich nach ausführlicher Diskussion, folgende Preise zu vergeben:

1. Preise

Dörte Mahnkopf
Steffi Hesse
Marie-Louise Mirtschink

2. Preise

Evelyn Giersdorf
Petra Friedrich
Rosemarie Höschel
Karin Schmitz

3. Preise

Regina Kern
Beate Reis
Heidrun Dietz
Petra Riccius
Eva Seigerschmidt

Anerkennungen

Monika Gröbler
Petra Müller
Gerold Pötschke
Birgit Kunath
Einhardt Grothegut
Anita Schmieder
Christine Schamberg

1

2

1
Ein 1. Preis Steffi Hesse

2
Ein 1. Preis Dörte Mahnkopf

3
Ein 1. Preis Marie-Louise Mirtschink

4
Ein 2. Preis Evelyn Giersdorf

5
Ein 2. Preis Petra Friedrich

3

4

5

1

30 Jahre Architektur im sozialistischen Bulgarien

2

Prof. Arch. Panteley Grekov, Sofia
Chefarchitekt der Zeitschrift „Architektura"

3

Die sozialistische Revolution in Bulgarien hat weitgehende Wandlungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, des sozialen Lebens, der Wissenschaft, der Kultur, der Kunst und der Architektur herbeigeführt. Den Umfang dieser Entwicklungen kann man ermessen, wenn man daran denkt, daß im Verlauf dieser Zeitspanne das Land industrialisiert, und die Lebensweise der Dorfbevölkerung durch den Übergang zur genossenschaftlichen Landwirtschaft völlig verändert wurde. Diese Entwicklung führte immer mehr zu einer Verminderung der Unterschiede zwischen Stadt und Land.

Die Industrialisierung, die die VR Bulgarien aus einem rein landwirtschaftlichen zu einem industriell-agraren Land werden ließ, war mit dem Aufbau großer Industriekomplexe verbunden, die zunehmend das Bild ehemals typisch landwirtschaftlicher Gebiete prägen. Großer Wert wurde dabei zunehmend auf die ästhetische Qualität der Architektur der

1
Wohnkomplex „Dimitr Blagoev" in der Stadt Stara Zagora
Autoren der städtebaulichen Lösung: Dipl.-Arch. Nadia Piperowa und Dipl.-Arch. Sneshana Binewa; Projektant für den Wohnungsbau: Dipl.-Arch. Mara Angelowa

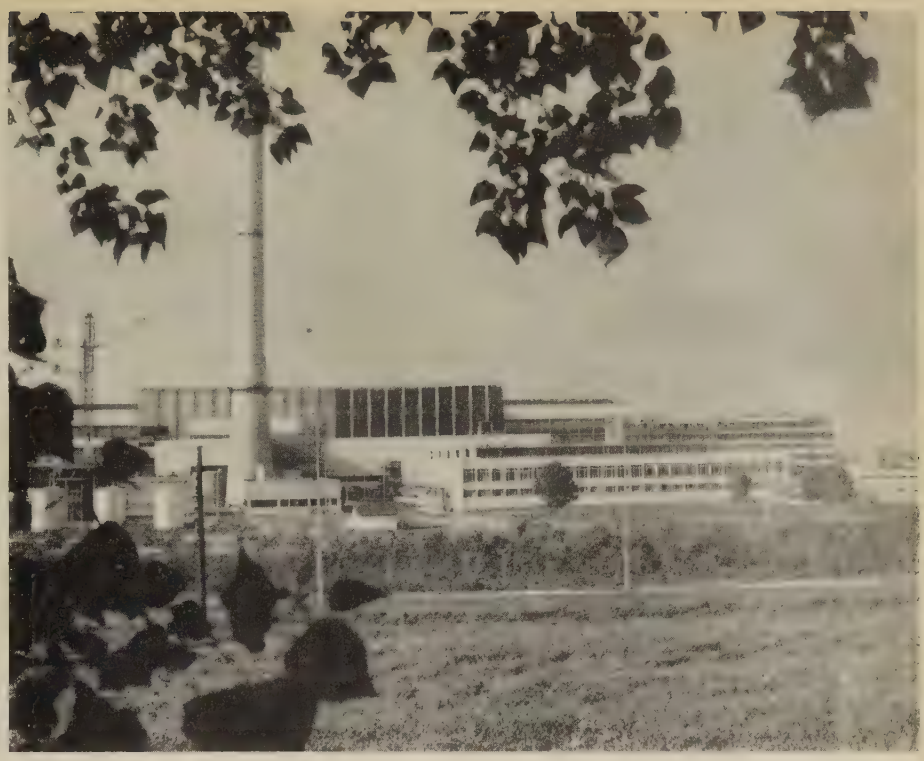
2
Wohnkomplex „Mladost" in Sofia.
Autorenkollektiv unter der Leitung von Dipl.-Arch. B. Tomalewski, Verdienter Architekt

3
Experimentalwohnhäuser im Wohnkomplex „Hipodruma" in Sofia.
Autorenkollektiv: Dipl.-Arch. D. Dawidov, Dipl.-Arch. L. Schurkowa, Dipl.-Arch. N. Dimitrov und Dipl.-Ing. Chr. Raschenov, wissenschaftlicher Mitarbeiter

4
Erstes bulgarisches Atomkraftwerk in der Umgebung der Stadt Koslodui.
Autorenkollektiv: Verdienter Architekt Dozent M. Pissarski, Dipl.-Arch. Maria Traikowa, Dipl.-Arch. Panayot Stefanov u. a.

5
Zellulose- und Kunstseidenkombinat „Swilosa" bei Swischtov. Autor: Dipl.-Arch. Ekaterina Zanowa

6
Jugendhaus in Blagoevgrad.
Autor: Dipl.-Arch. Iwan Bitrakov



4

Industriebauten gelegt. Heutzutage kann man schon von einem spezifischen Charakter dieser Architektur sprechen. Industriebauten stehen in ihren ästhetischen Eigenschaften den anderen Bauten und Komplexen nicht nach. Das Atomkraftwerk in Koslodui und das Zellulose- und Kunstseidekombinat in der Nähe von Swischtov sind gute Beispiele für die Qualität des bulgarischen Industriebaus.

Die durch die Industrialisierung des Landes und durch die Konzentration und Mechanisierung der genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft ausgelösten Urbanisierungsprozesse haben zu einem schnellen Anwachsen der Stadtbevölkerung und zur Entwicklung neuer städtischer Bereiche geführt. Diese Prozesse machten die Erneuerung vieler Stadtzentren und die Erschließung stadtnaher Gebiete notwendig.

Wie in den anderen sozialistischen Ländern wird auch in der VR Bulgarien dem Wohnungsbau besondere Beachtung geschenkt. Die Wohnungsbaupolitik ist Ausdruck der sozialistischen Entwicklung des Landes. Sie dient der Schaffung einer optimalen Lebensumwelt und der immer besseren Befriedigung der steigenden Ansprüche der Werktätigen.

5

6

Im Staatsplan für die sozial-ökonomische Entwicklung des Landes nimmt der Wohnungsbau einen bedeutenden Platz ein. Dank dieser Politik gleichen sich Niveauunterschiede in den Wohnverhältnissen immer mehr an.

Der große Umfang des Wohnungsbaus erforderte den Übergang zum industriellen Bauen, da nur so die hohen Ziele erreicht werden können. Genau wie in anderen sozialistischen Ländern entwickelte sich in der VR Bulgarien die Großplattenbauweise am stärksten. Trotz ihrer Vorteile als einer hocheffektiven industriellen Bauweise wies sie auch einige unzulängliche Eigenschaften auf. Der Grundriß zeigte sich als zu „starr", und die Möglichkeiten der Projektierungsvariabilität waren daher beschränkt. Die Frage der Differenzierung der Baukörper und der Fassaden wurde nicht immer zufriedenstellend beantwortet.

Inzwischen hat die demographische For-

7

schung gezeigt, daß in der Struktur der Familien periodisch Veränderungen eintreten, die entweder den Austausch der Wohnung oder die Umgestaltung der Grundrisse erfordern. Auch aus diesem Grund erschien es notwendig, weitere Untersuchungen an solchen Bausystemen vorzunehmen, die diesen Anforderungen besser gerecht werden. Diese Bauweisen sollen sowohl der quantitativen als auch der qualitativen Erhöhung des Wohnungsbaus dienen und dem Grundanliegen der sozialistischen Baupolitik entsprechen.

Auf Grund einer Reihe von Experimentalbauten kann festgestellt werden, daß mit solchen Bauweisen, wie dem Hubdeckenverfahren, der Skelettbauweise und dem Schalungselverfahren hohe funktionelle und ästhetische Eigenschaften erreicht werden können. Selbstverständlich hängt die kompositionelle Qualität der Wohnkomplexe auch von anderen Komponenten ab, wie der Wahl der Geschoßzahl, der Dichte und Intensität der Bebauung.

Erfahrungen haben gezeigt, daß die Wahl von Gebäuden gleicher (nicht gemischter) Geschoßzahl, übermäßig große Baukörper und erhöhte, das Optimum übersteigende Bebauungsdichte zur Herabsetzung der Gesamtqualität der Wohnumwelt führt. Diese Probleme machen deutlich, wie wichtig es ist, den Städtebau als vielschichtigen, komplexen Prozeß anzusehen, für dessen Lösung es der gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten bedarf.

Im Laufe der vergangenen 30 Jahre entstanden zahlreiche Kultur- und Gesellschaftsbauten. Es wurden Theater, Kultur- und Jugend-, Stadt- und Parteihäuser, Kindereinrichtungen, Schulen, Versorgungszentren und Polikliniken errichtet.

Namhafte bulgarische Architekten waren bemüht, diesen Bauten eine spezifische Gestalt zu verleihen. Sie erzielten dabei interessante Ergebnisse.

Aus Anlaß des 30. Jahrestages der VR Bulgarien wurden viele Architekten mit dem Dimitroff-Preis ausgezeichnet, andere erhielten Preise des Verbandes der Architekten Bulgariens. Bulgarische Architekten erhielten für ihre Arbeiten auch internationale

8

9

10

7
Jugendhaus in Haskowo.
Autor: Dipl.-Arch. Krassimir Schopov

8
Kulturhaus in Kritschim.
Autoren: Dipl.-Arch. K. Kolev und Dipl.-Arch. P. Belev

9
Volkstheater in Pasardshik.
Autor: Dipl.-Arch. St. Hadshistoyanov

10
Volksoper in Stara Zagora.
Autoren: Dipl.-Arch. M. Skolowski, Dipl.-Arch. B. Kamilarov und Dipl.-Arch. Z. Hadshistoitschev

11
Parteihaus in Sliwen.
Autorenkollektiv unter der Leitung von Dipl.-Arch. N. Paskalev, Verdienter Architekt

12
Parteihaus in Plewen.
Autor Dipl.-Arch. Chr. Kowatschev

11

12

13

Anerkennungen, wie z. B. das Kollektiv der jungen und begabten Architekten M. Skolowski, B. Kamilarov und Z. Hadshistoitschev, dem 1970 der internationale Gottfried-von-Herder-Preis der Wiener Universität verliehen wurde.

Auch die Prinzipien der Errichtung von Kultur- und Gesellschaftsbauten haben sich in diesem Zeitraum gewandelt. Lange Zeit hielten die Projektanten an der Gestalt des turmartigen Hochhauses für zentrale Verwaltungsfunktionen fest, um so die Silhouette der Stadt zu betonen.

Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß derartige Baukörperformen auch Nachteile aufweisen. Für den Publikumsverkehr ergibt sich ein zum Teil erheblicher Zeit- und Wegeaufwand, andererseits zwingt ein solcher Grundriß dazu, Dienststellen über mehrere Geschosse zu verteilen. Diese Faktoren führten vielfach zu einer Verkomplizierung der Verwaltungsaufgaben. Ähnliche Überlegungen gelten auch für die Parteihäuser.

In jüngster Zeit dokumentieren Neubauten von Stadt- und Parteihäusern eine neue Tendenz in der Suche nach ihrem architektonischen Erscheinungsbild; sie sollen vorwiegend Bauwerke mit mittlerer Geschoßzahl sein und angemessen in ihre Umgebung eingegliedert werden. Sie sind für die Bürger besser zugänglich und erlauben eine zweckmäßige Gliederung der jeweiligen funktionelle Bereiche.
Die Kultur- und Jugendhäuser folgen derselben Tendenz. Es muß auch betont werden, daß diese Gebäude klar gegliedert sind und auf Mittel des Monumentalen – die bei früheren Gebäuden häufig angewandt wurden – jetzt verzichtet wird. Ich bin der Meinung, daß die Mittel der Bestandsaufnahme und kritischen Analyse immer stärker eingesetzt werden sollten, um durch diese Prozesse die Ergebnisse von Städtebau und Architektur weiter zu qualifizieren und ein Höchstmaß von ästhetischer Qualität zu erreichen.
Aus den genannten Beispielen geht hervor, daß sich die Architektur der Kultur- und Gesellschaftsbauten in der VR Bulgarien konstruktiv weiterentwickelt hat und so dem gesellschaftlichen Auftrag immer besser Rechnung trägt.

Der erhöhte Wohlstand und die verlängerte Freizeit unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft haben den bulgarischen Architekten ganz neue Aufgaben gestellt.

Im Mittelpunkt der Planungen und Erörterungen zur Errichtung neuer Erholungskomplexe stehen dabei die Gebiete am Schwarzen Meer und die Gebirgsregionen. Auf Grund detaillierter Gebietspläne werden Standortuntersuchungen durchgeführt und Projekte für einzelne Erholungsgebiete erarbeitet. Dabei muß an dieser Stelle betont werden, daß der konsequente architektonisch-städtebauliche Aufbau der ganzen Schwarzmeerküste in einer Länge von ungefähr 300 km nur auf Grund der neuen politisch-ökonomischen Verhältnisse, die die

14

15

13
Ferienkomplex „Albena".
Autorenkollektiv unter der Leitung von Dipl.-Arch. N. Nenov

14
Ferienkomplex „Russalka".
Autorenkollektiv unter der Leitung von Dipl.-Arch. M. Marinov

15
Ferienkomplex „Slatni Piassatzi".
Autorenkollektiv unter der Leitung von G. Ganev, Verdienter Architekt

16
Ferienkomplex „Slantschev Briag".
Autorenkollektiv unter der Leitung von Volksarchitekt N. Nikolov

sozialistische Revolution schuf, möglich war. Während in den kapitalistischen Ländern nur einzelne Bauwerke und Komplexe errichtet werden, beläuft sich der Umfang der Unterkunftseinrichtungen in unseren Erholungsgebieten auf Zehntausende von Betten.

Das Jahr 1956 kann als das Geburtsjahr der Erholungskomplexe am Schwarzen Meer betrachtet werden. Als erstes wurde der 11 km von Warna entfernte Ferienkomplex „Drushba" errichtet (Kollektiv unter der Leitung von Dipl.-Arch. K. Nikolov). Danach folgten die Komplexe „Slatni Piassatzi" (Verdienter Architekt G. Ganev mit Kollektiv) und „Slantschev Briag" (Volksarchitekt N. Nikolov mit Kollektiv). Später wurden die Komplexe „Russalka" (Dipl.-Arch. M. Marinov mit Kollektiv) und „Albena" (Dipl.-Arch. N. Nenov und Kollektiv) erbaut.

Jeder Komplex hat seinen eigenen unverwechselbaren Charakter. Die architektonisch-räumliche Gestaltung wurde der Landschaft angepaßt. Insgesamt wurde hier ein großer Erfolg bei der Suche nach individueller Gestaltung eines jeden Architekturwerkes erreicht. Die Ferienkomplexe an der Schwarzmeerküste haben entscheidend zur Entwicklung der sozialistischen Architektur in der VR Bulgarien beigetragen. Sie haben vorteilhaft die Entwicklung neuer Formen und Konzeptionen für Gebäudekomplexe beeinflußt. Diese Ferienkomplexe ziehen dank ihrer Attraktivität jährlich viele Tausende von Erholungssuchenden nicht nur aus den sozialistischen Ländern, sondern auch viele Touristen aus den kapitalistischen Ländern an.

Durch überzeugende Leistungen auf den Gebieten des Industriebaus, des Wohnungsbaus, des Baus kultureller und gesellschaftlicher Einrichtungen und großer Erholungskomplexe haben die Architekten der VR Bulgarien bewiesen, daß sie in qualifizierter und verantwortungsvoller Arbeit entscheidend mit dazu beigetragen haben, das Gesicht des sozialistischen, modernen Bulgariens zu formen.

16

Bezirksdelegiertenkonferenz der Bezirksgruppe Berlin des BdA/DDR

1

1
Blick auf das Präsidium der Bezirksdelegiertenkonferenz

2
Eröffnung der Ausstellung der Bauschaffenden der Hauptstadt in Anwesenheit von Konrad Naumann, Kandidat des Politbüros der SED und 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin

„Unsere ganze Kraft für die Entwicklung Berlins zur sozialistischen Metropole der DDR!"
Unter diesem Motto fand am 1. Februar 1975 die Delegiertenkonferenz der Bezirksgruppe Berlin des BdA/DDR statt, an der etwa 130 Mitglieder aus allen Betriebsgruppen der Hauptstadt teilnahmen. Als Gäste wurden begrüßt:

Konrad Naumann, Kandidat des Politbüros der SED und 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin
Erhard Krack, Mitglied des Sekretariats der Bezirksleitung Berlin, Mitglied des Ministerrats und Oberbürgermeister der Hauptstadt der DDR
Fritz Hoberg, 1. Sekretär der Kreisleitung Bauwesen Berlin
Prof. Edmund Collein, Präsident des BdA/DDR.
Im Präsidium hatten weiterhin Platz genommen:
Herbert Stoll, Bezirksbaudirektor der Hauptstadt
Roland Korn, Chefarchitekt der Hauptstadt
Prof. Dr. Ule Lammert, Vizepräsident der Bauakademie der DDR
Rudi Schmolt, Obermeister im IHB Berlin

sowie eine Reihe verdienter Mitglieder unserer Bezirksgruppe und Mitglieder des Bezirksvorstandes. In einem Grußschreiben an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, unterstrichen die Teilnehmer zu Beginn der Delegiertenkonferenz:
„Wir Architekten und Städtebauer sind uns der großen Verantwortung bewußt, die wir bei der Lösung der vom VIII. Parteitag der SED gestellten Hauptaufgabe und der Entwicklung Berlins zur sozialistischen Metropole unseres Landes tragen.
Durch ideenreiche und schöpferische Initiative unserer Architekten und Städtebauer in enger sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit allen Bauschaffenden konnten wir mithelfen, unsere Hauptstadt schöner und anziehender zu gestalten.
In den Ergebnissen des Jahres 1974, wo durch Neubau, Ausbau und Modernisierung von 10 817 Wohnungen für 32 000 Bürger bessere Wohnverhältnisse geschaffen wurden, ist auch unser Beitrag für die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms als Kernstück des sozialpolitischen Programms enthalten.
Wir bekräftigen unser Wort, daß wir Ihnen gemeinsam mit den Bauarbeitern gaben:
‚Auf die Bauschaffenden der Hauptstadt kann sich unsere Parteiführung jederzeit verlassen'."

Rechenschaftsbericht und Hauptreferat des Bezirksvorstandes, vorgetragen durch den 1. Vorsitzenden der Bezirksgruppe Berlin, Dipl.-Ing. Helmut Stingl, gingen aus von einer sachlichen Einschätzung der Leistungen auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur in der Hauptstadt seit der letzten Delegiertenkonferenz im Februar 1970 und widmeten sich in schöpferischer und kritischer Auseinandersetzung vor allem folgenden Problemen:

- Entwicklung und Projektierung von Wohngebäuden und gesellschaftlichen Einrichtungen
- städtebaulich-räumliche Gestaltung der neuen Wohngebiete
- Gestaltung der Freiflächen
- rationelle und ökonomische Lösungen für die stadt- und verkehrstechnische Erschließung
- Rekonstruktion von Altbauwohngebieten
- Einbeziehung der Bürger in den Prozeß der Investitionsvorbereitung und -durchführung
- Industrierationalisierung.

Ein besonderer Abschnitt des Rechenschaftsberichts befaßte sich mit den Ergebnissen und Erfahrungen aus der Arbeit der Bezirksgruppe in den vergangenen 5 Jahren, insbesondere auf den Gebieten der politisch-ideologischen Arbeit, der Qualifizierung und Weiterbildung, der Öffentlichkeitsarbeit und Wettbewerbstätigkeit, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit mit der Kammer der Technik und dem Verband Bildender Künstler der DDR sowie der Entwicklung eines regen geselligen Lebens in der Bezirksgruppe.
An den Rechenschaftsbericht und das Referat des Bezirksvorstandes schloß sich eine schöpferische Aussprache an, in der zehn Teilnehmer das Wort ergriffen.

Prof. Collein überbrachte der Konferenz die herzlichsten Grüße des Bundesvorstandes unseres sozialistischen Fachverbandes und wies auf die große Bedeutung der Bezirkskonferenz für die Vorbereitung unseres 7. Bundeskongresses hin.

Dr.-Ing. Lehmann, Abteilungsleiter im Wohnungsbaukombinat Berlin, sprach über die Entwicklung und Einführung der WBS 70 elfgeschossig im WBK Berlin.

Als Vertreter eines Produktionskollektivs widmete sich der Held der Arbeit **Rudi Schmolt,** Obermeister im BMK Ingenieurhochbau Berlin, besonders den Fragen der kollegialen Zusammenarbeit von Projektanten und Bauarbeitern bei der Einführung neuer Erzeugnisse in die Produktion.

Über Ergebnisse und Probleme der Weiterbildungsarbeit in der Bezirksgruppe Berlin informierte **Dr.-Ing. Rietdorf,** Stellvertreter des Vorsitzenden und Leiter der Kommission Aus- und Weiterbildung des Bezirksvorstandes.

Der Student **Ignác Vármos** von der Kunsthochschule Berlin konnte feststellen, daß sich in den letzten Jahren die Zusammenarbeit der Hochschule mit der Praxis gut entwickelt hat, insbesondere durch eine gemeinsame Analyse neuer Wohngebiete in der Hauptstadt.

Der Projektant **Dipl.-Ing. Dahms** vom BMK Ingenieurhochbau Berlin erläuterte eine Reihe von Beispielen für die Rationalisierung von Industriebetrieben bei laufender Produktion und unterstrich die Notwendigkeit, konzentriert an bisher ungelösten Problemen des Ausbaues zu arbeiten.

Auf die enge sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Projektierung und Bauforschung ging **Dr. phil. H. Krause** vom Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR ein.

Landschaftsarchitekt **H. Oehring,** Wohnungsbaukombinat Berlin, analysierte Probleme der Freiflächengestaltung und beschäftigte sich dabei vorrangig mit der Schaffung besserer Kinderspielplätze in den Neubaugebieten, mit der Frage der Erhaltung bestehender Bäume und mit der Anlage und dem Ausbau von Wohngebietsparks.
Der Chefarchitekt der Hauptstadt, **Dipl.-Ing. Roland Korn,** stellte Probleme der langfristigen Planung und der Investitionsvorbereitung im komplexen Wohnungsbau in den Mittelpunkt seines Diskussionsbeitrages.

Architekt **H. Graffunder,** Chefarchitekt für den Bau des Palastes der Republik, vermittelte erste Erfahrungen und Erkenntnisse der großen Gemeinschaftsarbeit der Projektanten aus der Hauptstadt und den Bezirken unserer Republik zur kurzfristigen Fertigstellung dieses dominierenden Bauwerkes am Marx-Engels-Platz.

Nachdem in der Aussprache Bauarbeiter, Projektanten und Städtebauer konstruktive Wege zur Intensivierung der Produktion, über neue Initiativen und schöpferische Leistungen auf dem Gebiet der Architektur berichtet hatten, hielt **Konrad Naumann** das Schlußwort. Nach der 13. Tagung des ZK der SED, betonte er, werden hohe Anforderungen an das Schöpfertum der Architekten gestellt. Bei der städtebaulichen Vorbereitung und Projektierung ist stets von den Erfordernissen hoher Materialökonomie auszugehen. „Es ist eine grundsätzliche Aufgabe, einen langfristigen Vorlauf in der städtebaulichen und bautechnischen Vorbereitung zu erreichen und gültige Leitbilder für die weitere Gestaltung unserer Hauptstadt als sozialistische Metropole zu finden." Im Hinblick auf den künftigen Wohnkomplex Biesdorf/Marzahn begründete Konrad Naumann die Notwendigkeit der Steigerung des Umfangs und des Bautempos, wobei gleichzeitig die städtebaulich-architektonische Qualität und Effektivität des Bauens spürbar verbessert werden muß. Er lenkte ferner die Aufmerksamkeit der Architekten auf die künftige Rekonstruktion solcher Wohngebiete wie südlich und nördlich der Wilhelm-Pieck-Straße, das Gebiet der Chausseestraße und die an den Stadtbezirk Mitte grenzenden Gebiete von Prenzlauer Berg sowie erhaltenswerte historische Bauten.

Im Rahmen der Konferenz wurden mehrere Architektenkollektive für ihre hervorragenden Leistungen ausgezeichnet. Dazu gehörten die drei Preisträger im Wettbewerb für den Berliner Architektenklub und das Kollektiv des Bezirksvorstandes, das unter Leitung von Kollegen Dobbrick die Studie für den Bereich „Poststraße" ausgearbeitet hat. In der Ausstellung zur Delegiertenkonferenz fanden die Arbeiten dieser Kollektive große Beachtung.

Herzliche Glückwünsche wurden dem Kollektiv der Bezirksgruppe ausgesprochen, das sich erfolgreich am Internationalen Seminarwettbewerb in Warschau beteiligte. Unter Leitung von Kollegen Kraus haben Mitarbeiter aus mehreren Institutionen einige Vorschläge für das Zentrum der Wissenschaften ausgearbeitet und dafür den Preis des Ministers für Technik der VR Polen erhalten.

In einer Entschließung faßten die Teilnehmer der Delegiertenkonferenz ihre Initiative zur Erfüllung der Aufgaben der Bezirksgruppe Berlin des BdA/DDR bei der weiteren Durchsetzung der vom VIII. Parteitag gestellten Ziele zusammen.

Der bisherige 1. Vorsitzende des Bezirksverbandes, Dipl.-Ing. Helmut Stingl, wurde für die kommende Wahlperiode einstimmig wiedergewählt.

Aus dem Referat und Rechenschaftsbericht des Vorstandes

Seit unserer letzten Bezirksdelegiertenkonferenz im Januar 1970 und dem 6. Bundeskongreß unseres sozialistischen Fachverbandes sind fünf Jahre vergangen.

Diese Zeit war geprägt durch unsere aktive Teilnahme an der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Mit unserer Arbeit haben wir dazu beigetragen, unsere Deutsche Demokratische Republik als einen stabilen Faktor des Sozialismus und des Friedens auf unserem Kontinent weiter auszubauen.

In Vorbereitung dieser Delegiertenkonferenz haben wir in zahlreichen Diskussionen in den Betriebsgruppen feststellen können, daß die Einschätzung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, auf der 13. Tagung des ZK – „Die letzten 3 Jahre gehörten zu den erfolgreichsten in der Geschichte der DDR, aber sie waren auch mit die kompliziertesten Jahre" – voll und ganz auch den persönlichen Erfahrungen der Mitglieder unserer Organisation entspricht. Aufgabe unserer heutigen Konferenz ist es deshalb, die erreichten Ergebnisse bei der Realisierung dieser Beschlüsse von Partei und Regierung zu behandeln – und schlußfolgernd daraus, die Aufgaben der Bezirksgruppe Berlin des Bundes der Architekten der DDR für die kommenden Jahre abzuleiten.

Bei der Erfüllung des sozialpolitischen Programms, insbesondere des Wohnungsbaus, sind wir seit dem VIII. Parteitag ein gutes Stück vorangekommen, sowohl durch die schnelle Entwicklung des Wohnungsbaus einschließlich der gesellschaftlichen Einrichtungen, als auch durch die Instandhaltung und schrittweise Modernisierung der Altbausubstanz. So wurden seit dem VIII. Parteitag für über 75 000 Berliner die Wohnverhältnisse verbessert.

Die im Zeitraum der letzten fünf Jahre entstandenen Wohngebiete wurden in enger sozialistischer Gemeinschaftsarbeit aller Bauschaffenden der Hauptstadt vorbereitet.

Diese Wohngebiete zeigen bereits heute, daß es gelungen ist, nicht nur die geforderte Anzahl von Wohnungen zu errichten, sondern mit den wichtigsten gesellschaftlichen Einrichtungen und mit einer neuen strukturellen und funktionellen Qualität die Lebens- und Umweltbedingungen ihrer Bewohner immer besser zu gestalten.

Mit dem Bau des Palastes der Republik wird ein politisch und städtebaulich bedeutsamer Akzent im Zentrum der Hauptstadt geschaffen. Gleichzeitig dokumentiert dieses Bauwerk die Kraft unserer ganzen Republik, die hier am Marx-Engels-Platz ein Haus des Volkes errichtet.

Durch die weltweite völkerrechtliche Anerkennung der DDR sind für uns Bauschaffende in der Hauptstadt neue und verpflichtende Aufgaben hinzugekommen. Allein im Zeitraum der letzten drei Jahre wurden Botschaften, Dienstleistungsgebäude und rund 60 Residenzen übergeben, und bis 1980 werden zahlreiche Bauvorhaben hinzukommen.

Das alles sind ohne Zweifel Erfolge, mit denen wir uns sehen lassen können. – Gleichzeitig hat uns die 13. Tagung des ZK mit aller Deutlichkeit bewußt gemacht, daß wir künftig an unsere Arbeit noch weit höhere Anforderungen stellen müssen. Dabei bewegt uns vor allem, welche Konsequenzen sich für uns als Städtebauer, Architekten und Projektanten aus der Einschätzung ergeben, daß die Frage der Intensivierung und der Erhöhung der Effektivität in unserer Volkswirtschaft ganz deutlich gestellt ist.

Wir halten es für notwendig, daß in allen Betriebsgruppen diese Probleme gründlich durchdacht und zum Mittelpunkt des sozialistischen Wettbewerbs gemacht werden, um vor allem über die Projekte für unsere Erzeugnisse die Voraussetzungen für eine wesentliche Erhöhung der Effektivität des Bauens zu schaffen.

Das 13. Plenum des ZK hat die Forderung gestellt, das Tempo, die Komplexität und die Qualität des komplexen Wohnungsbaues zu erhöhen. Für uns in der Hauptstadt bedeutet das: In den kommenden Jahren – bis 1980 – sind rund 80 000 Wohnungen, davon etwa 55 000 Neubauwohnungen mit den wichtigsten gesellschaftlichen Einrichtungen zu bauen. Für etwa 225 000 Bürger der Hauptstadt können damit die Wohnverhältnisse verbessert werden, und die Mitglieder des Bundes der Architekten der DDR werden ihren Beitrag dazu leisten, damit sich diese Bürger in ihren neuen Wohnungen, aber auch in einer neuen Wohnumwelt, wohl fühlen.

2

Der Vorstand unserer Bezirksgruppe hat sich eingehend mit der Frage auseinandergesetzt, inwieweit Funktion, Qualität und Ökonomie unserer neuen Wohngebiete den gestellten hohen Anforderungen entsprechen. Mit der Antwort auf diese Frage sind gleichzeitig Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus in der Hauptstadt zu ziehen. In den Jahren bis 1980 geht es praktisch um die Verdopplung des Wohnungsbaus und gleichzeitig darum, wie wir einzig und allein im Interesse der Menschen, zum Wohle der Werktätigen, den weiteren Aufbau der Hauptstadt gestalten. Die Art und Weise, wie unsere Menschen leben, wie sie arbeiten, wohnen und sich bilden, wie und in welcher Form sie sich erholen und wie sich zwischenmenschliche Beziehungen entfalten, hängt ohne Zweifel auch von der städtebaulichen und architektonischen Qualität der neu zu bauenden bzw. zu modernisierenden Wohngebiete ab. Hierbei die Qualität zu erhöhen und den Aufwand zu senken, sind die wichtigsten Forderungen, die gestellt sind.

■ Zur Entwicklung der Wohngebiete und der gesellschaftlichen Einrichtungen:

Wir sind uns einig darüber, daß die Entwicklung neuer Erzeugnisse des Wohnungsbaus, die sozialistische Rationalisierung der bestehenden Typenprojekte, die Verbesserung der Materialökonomie nur in enger Gemeinschaft von Ingenieuren, Technologen und den Bauarbeiterkollektiven gelöst werden können. Die Betriebsgruppen unseres Verbandes, insbesondere in den Baukombinaten, tragen bei der Organisation dieser Gemeinschaftsarbeit in enger Verbindung mit den Sektionen der Kammer der Technik eine hohe Verantwortung.

Seit 1971 wurden in Berlin die Wohnungsbauserien QP und P 2 rationalisiert, vor allem im Hinblick auf den geforderten Wohnungsschlüssel für die Hauptstadt. Ausgehend von der Entwicklung in Neubrandenburg wurden in Berlin auf der Grundlage der WBS 70 erstmalig seit längerer Zeit wieder fünfgeschossige Wohngebäude projektiert und gebaut. Wir müssen jedoch feststellen, daß die Architektur der Wohnungsbauserie in vielen Fällen noch nicht unseren Ansprüchen gerecht wird. Vor allem die ungegliederten Fassaden an den Gebäudeeingangsseiten führen immer wieder zu berechtigter Kritik unserer Bürger. Besondere Probleme sind dort aufgetreten, wo durch die Reihung von Sektionen lange und unzureichend gegliederte Wohnblocks entstanden. Gemeinsam mit den Wissenschaftlern der Bauakademie und Architekten im Wohnungsbaukombinat – wie Heinz Mehlan und Dr. Lehmann – wurden diese Erfahrungen ausgewertet und bei der Entwicklung der WBS 70 weitgehend berücksichtigt. Mit der Neuentwicklung wurde eine stärkere Gliederung der Segmente, ausgehend von der funktionellen Gestaltung der Wohnungen, erreicht. Die Plastizität der Baukörper ist als ein Fortschritt bei der Bewältigung des industriellen Bauens zu bezeichnen.

Daß wir heute die Neuentwicklung der Wohnungsbauserie 70, elfgeschossig, vorlegen und hier ausstellen können, ist nicht zuletzt den harten und kritischen Auseinandersetzungen in der Betriebsgruppe des Wohnungsbaukombinates zu verdanken, in der gemeinsam mit der Leitung, den Bauarbeitern, den Mitgliedern der KDT und den Spezialprojektanten die Fragen der Funktion, Gestaltung, der Technologie und der Ökonomie immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden sind. Die konsequente, möglichst schnell wirksam werdende Rationalisierung dieses Erzeugnisses ist von prinzipieller Bedeutung, um das Verhältnis von Aufwand und Leistung im Bauwesen der Hauptstadt entscheidend zu verbessern.

Ein noch zu lösendes Problem ist eine größere Variabilität in der Erdgeschoßzone, einschließlich der unterschiedlichen Gestaltung der Hauseingänge, der wir ganz besondere Bedeutung beimessen.

Wir konnten es in den letzten Jahren erreichen, die wichtigsten Einrichtungen, wie Vorschuleinrichtungen, Schulen mit Turnhallen, Kaufhallen, den Bürgern mit Bezug der ersten Wohnungen zu übergeben. Zur Zeit werden diese Einrichtungen weiter vervollständigt durch den Bau von Gaststätten und Dienstleistungskomplexen, mit Jugendklubs usw. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Initiative des Wohnungsbaukombinates, durch kleinere gesellschaftliche Einrichtungen wie Cafés, Bierstuben und Eisdielen die Ausstattung der Wohngebiete und ihrer Zentren zu verbessern und durch die Entwicklung von Ergänzungselementen die gestalterische Qualität zu erhöhen.

Darüber hinaus werden auf der Grundlage der Projekte Leipziger Straße im bestimmten Umfange auch gesellschaftliche Einrichtungen in die unteren Geschosse der SK-Wohngebäude eingeordnet, wie z. B. in den Wohngebieten Greifswalder Straße, Straße am Tierpark und Hohenschönhausen.

Ernsthafte Probleme haben wir bei der Planung und Projektierung größerer gesellschaftlicher Zentren in den Wohngebieten, bei denen weitere Einrichtungen für Handel, Kultur und Sport erforderlich werden. Dafür fehlen uns in Berlin zur Zeit die notwendigen Kapazitäten und Projekte. Wir müssen uns deshalb mehr als bisher darauf einstellen, geeignete Projekte und Kapazitäten aus den Bezirken der Republik zu übernehmen. Dafür sind jedoch rechtzeitig Aufgabenstellungen zu formulieren, die eine sinnvolle funktionelle, architektonische und städtebauliche Einordnung dieser Objekte in unsere Zentren gewährleisten.

■ Zur städtebaulich-räumlichen Gestaltung:

Die Festlegung, die Wohngebiete in der Hauptstadt vorwiegend durch vielgeschossige Wohngebäude und Hochhäuser zu gestalten, wird auch in den Jahren bis 1980 Funktion, Struktur und Erscheinungsbild dieser Wohngebiete prägen. Wir meinen, daß auch in Berlin eine ernsthafte Auseinandersetzung zur Frage des Anteils des fünfgeschossigen Wohnungsbaus erforderlich ist bzw. fortgesetzt werden sollte. Bei Standorten an der Peripherie der Hauptstadt, auch dort, wo wir bestehende Substanz ergänzen oder unmittelbar an diese anschließen, sollten die Vorteile des fünfgeschossigen Wohnungsbaus genutzt werden. Variantenuntersuchungen zur Flächen-

3

3
Studie für die Bebauung des Gebietes zwischen Rotem Rathaus und Marstall

4
Isometrie zur Bebauungsstudie

4

ökonomie und zur erreichbaren Einwohnerdichte müssen mehr als bisher durchgeführt werden, um standortbedingte, optimale Lösungen zu erhalten. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß bei einer gleich hohen Bebauung, auch bei unterschiedlich großen städtebaulichen Räumen, ein gleichförmiger Eindruck entsteht bzw. nicht vermeidbar ist. Wir müssen uns deshalb mit den Fragen des Maßstabes bei der städtebaulichen Gestaltung unserer Wohngebiete noch intensiver als bisher beschäftigen.

■ Zur Freiflächengestaltung:

Täglich können wir erleben, wie dankbar unsere Menschen die Grünflächen aufnehmen. Dafür möchten wir auch an dieser Stelle unseren Bauarbeitern, den Projektanten, wie Eberhart Horn, Rolf Rühle, Hubert Matthes u. a. und unserem Stadtgartendirektor, Dr. Lichey, und seinen Mitarbeitern herzlich danken.

In unseren Wohngebieten können wir auch, besonders durch Maßnahmen im vergangenen Jahr, einige Verbesserungen, vor allem bei der Ausstattung der Spielplätze, vorweisen. So sind die im Wohnungsbaukombinat von Kollegen Dr. Büchner entwickelten Holzspielgeräte von unseren Kindern inzwischen begeistert aufgenommen worden. Aber auch hier können und dürfen wir uns mit dem, was wir erreicht haben, noch nicht zufrieden geben. Wir müssen feststellen, daß bisherige Erfolge noch zu sehr auf Einzelinitiativen zurückzuführen sind.

Was noch immer fehlt, ist eine langfristige, umfassende Zielstellung für die Ausstattung der Frei- und Spielflächen durch den Magistrat der Hauptstadt.

■ Zu Verkehr und Stadttechnik:

Mit der immer besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Bürger ist auch die Zunahme des motorisierten Verkehrs verbunden. Vor allem mit der Planung und dem Bau unserer großen Wohngebiete in peripherer Lage zum Stadtzentrum – Biesdorf/Marzahn ist dafür das beste Beispiel – werden neue Verkehrsbedürfnisse erzeugt, die zusätzliche und umfangreiche Verkehrsmaßnahmen erfordern.

Die Zuordnung von Arbeitsstätten zu den Wohngebieten und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sind wichtige Voraussetzungen, um die unerwünschte Benutzung des Pkw im Berufsverkehr zu reduzieren. Ungeachtet des Realisierungszeitraumes ist die perspektivische und prognostische Klärung der Fragen des öffentlichen Nahverkehrs eine der dringendsten Aufgaben. Der zunehmende motorisierte Verkehr erfordert auch in unseren Wohngebieten immer umfangreichere Maßnahmen. Fußgängertunnel und -brücken werden notwendig, wie zum Beispiel im Wohngebiet Leninallee/Weißenseer Weg.

In einigen unserer neuen Wohngebiete ist das Parken auf den Wohnstraßen, vor allem am Wohngebäude, verboten, und das ist gut so. Das führte zur eindeutigen Verbesserung der Wohnbedingungen. Voraussetzung dafür ist jedoch eine städtebauliche Planung, die die Flächen für den ruhenden Verkehr in annehmbaren Entfernungen am Rande des Wohngebietes oder der Wohngruppen vorsieht. In den Wohngebieten Leninallee/Weißenseer Weg und im Allende-Viertel wurde dieses Prinzip bereits weitgehend angewandt.

Rationelle Formen der Erschließung – wie Sammelkanäle und die Fundamenterschließung – sind in Berlin ausgearbeitet und finden in den Neubaugebieten bereits Anwendung. Für die WBS 70 ist generell die Verlegung der Leitungen in den Fundamenten vorgesehen; das ist eine wichtige Voraussetzung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Tiefbau. Mit der unmittelbaren Verbindung von Hoch- und Tiefbau werden jedoch neue und besondere Anforderungen an den technologischen Ablauf und auch an die städtebauliche Planung gestellt, die wir zur Zeit noch nicht beherrschen.

Die Durchsetzung des Prinzips „Tiefbau vor Hochbau" zwingt zu einer qualitativ völlig neuen und anderen komplexen Denk- und Arbeitsweise, beginnend bei der langfristigen Planung über die Investitionsvorbereitung bis zur Ausführung. Diesen Prozeß zu beherrschen, bedeutet die rechtzeitige Festlegung der Standorte und eine Verbesserung der Vorbereitung des Wohnungsbaus in enger sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen allen Beteiligten.

Eine wesentliche Verbesserung der komplexen Vorbereitung erwarten wir von der Arbeit des im vergangenen Jahr neugebildeten Büros für Städtebau beim Chefarchitekten der Hauptstadt. Wir meinen, daß dort mit einer Erhöhung der Kapazität die Voraussetzungen zu schaffen sind, um rechtzeitig die komplexe Vorbereitung der Standorte in der erforderlichen Qualität, d. h. auch unter Berücksichtigung des Prinzips „Tiefbau vor Hochbau", durchzuführen.

■ Zur sozialistischen Rekonstruktion von Altbaugebieten:

Neben dem umfangreichen Wohnungsneubau wurde auch der Modernisierung bestehender Altbauwohngebiete in Berlin große Aufmerksamkeit gewidmet. In den vergangenen fünf Jahren wurden in Berlin rund 8000 Wohnungen modernisiert, um- und ausgebaut.

Ein großer Anteil der zu modernisierenden bzw. um- und auszubauenden Wohnungen wurde an Einzelstandorten realisiert, die über das ganze Stadtgebiet verteilt waren. Die Auswahl dieser Einzelstandorte erfolgte überwiegend zufällig und nur selten nach städtebaulich-prognostischen Gesichtspunkten der Stadtentwicklung. Erstmalig wurden jedoch auch in den letzten Jahren zwei Modernisierungskomplexe begonnen, die auch im Fünfjahrplanzeitraum 1976 bis 1980 fortgeführt werden.

■ Zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit:

Erhebliche Reserven für die Effektivität des Bauens können durch eine noch engere Zusammenarbeit zwischen unseren Städtebauern und Architekten in Berlin und der Forschung und Lehre, d. h. insbesondere mit der Bauakademie der DDR und der Kunsthochschule Berlin erschlossen werden. Wir können feststellen, daß sich nach dem VIII. Parteitag die Verbindung zwischen Praxis, Forschung und Lehre in einer neuen Form entwickelt hat, so daß heute bereits erste Erfolge auf diesem Gebiet vorliegen.

So wurde zum Beispiel die Arbeit an der Wohnungsbauserie 70 und an der SKBS 75 gemeinsam mit Kollektiven des Instituts für Wohnungs- und Gesellschaftsbau und des WBK bzw. des BMK IHB vorgenommen. Auf dem Gebiet des komplexen Wohnungsbaus haben sich im Rahmen der gemeinsamen Beispielplanungen zum Neubau und zur Umgestaltung von Wohngebieten neue Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Städtebau und Architektur und dem Bezirksbauamt bzw. dem Büro für Städtebau sowie den Baukombinaten entwickelt.

■ Zur Öffentlichkeitsarbeit:

Jedem von uns ist heute noch in guter Erinnerung, welches breites Interesse alle Schichten der Bevölkerung in Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR den Problemen von Städtebau, Architektur und bildender Kunst entgegenbrachten. Wir haben weiterhin auch während der Weltfestspiele und anläßlich der Vorbereitung des 25. Jahrestages der Gründung unserer Republik feststellen können, wie interessiert und aufgeschlossen unsere Bürger den Problemen der Gestaltung ihrer Stadt, ihrer Wohngebiete und Ensembles gegenüberstehen. Die Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten zum Zentrum des Wohngebietes Leninallee/Weißenseer Weg fanden einen in diesem Umfang nicht erwarteten Zuspruch: In wenigen Tagen hatten etwa 30 000 Besucher diese Ausstellung der Arbeiten gesehen und darüber hinaus in vielen Fällen auch davon Gebrauch gemacht, ihre Meinung zu sagen.

Ausgehend vom erreichten Stand müssen wir jedoch unsere Öffentlichkeitsarbeit in Zukunft noch weiter verbessern und vor allem gemeinsam mit der staatlichen Leitung des Bauwesens Veranstaltungen durchführen, bei denen wir unsere Projekte den Bürgern erläutern und Meinungen und Erfahrungen austauschen.

■ Zur Industrierationalisierung:

Die Bauvorhaben in der Industrie, die Industrierationalisierung sowie die Arbeitsstättenplanung haben für die weitere Entwicklung unserer Volkswirtschaft eine große Bedeutung. Hier eröffnet sich ein Betätigungsfeld, bei dessen Bewältigung wir ohne Zweifel erst am Anfang stehen. Da mit diesen Maßnahmen die Arbeits- und Lebensbedingungen

der Werktätigen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte bestimmt und festgelegt werden, muß diesen Planungen unseres Erachtens seitens der Bezirksplankommission und des Bezirksbauamtes noch mehr Aufmerksamkeit hinsichtlich einer kontinuierlichen und überlegten Vorbereitung gewidmet werden.

■ Zur Arbeit der Bezirksgruppe:

In der Entschließung des 6. Bundeskongresses des sozialistischen Fachverbandes und im Material der Bezirksdelegiertenkonferenz Berlin vom 30. Januar 1970 wurde nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer kontinuierlichen politisch-ideologischen Arbeit und auf die Bedeutung der Parteilichkeit im Schaffen unserer Architekten hingewiesen. Ich möchte hervorheben, daß unsere Bezirksgruppe solche bedeutenden Ereignisse wie den 25. Jahrestag der Gründung der DDR und den 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zu Schwerpunkten der politisch-ideologischen Arbeit gemacht hat, und daß sich zahlreiche Initiativen in allen Betriebsgruppen anläßlich der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Sommer 1973 in unserer Hauptstadt entfaltet haben.

Wir sehen eine weitere Aufgabe unseres sozialistischen Fachverbandes darin, durch die Arbeit in allen unseren Tätigkeitsbereichen dazu beizutragen, daß unsere Architekten und Städtebauer die Qualität ihrer wissenschaftlich-produktiven und künstlerischen Tätigkeit entsprechend den wachsenden Anforderungen der gesellschaftlichen und technischen Entwicklung ständig erhöhen. So haben wir in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Problemdiskussionen und Werkstattgespräche in den Betriebsgruppen versucht, Maßstäbe für die Qualität unserer Arbeit zu finden und uns durch eine zielgerichtete Qualifizierung auf die wachsenden Aufgaben zu orientieren. Im Rahmen der Bezirksgruppe Berlin haben wir zu besonderen Schwerpunktfragen Mitgliederversammlungen durchgeführt, an denen sich zum Teil über 100 Kollegen aus allen großen Betriebsgruppen beteiligten. Hierfür wären vor allem die Veranstaltungen im November 1972 zur Planung von Neubauwohngebieten, gemeinsam mit Vertretern aus diesen Wohngebieten, und vom April 1973 zur Rekonstruktion von Altbauwohngebieten zu nennen.

Eine weitere Möglichkeit zur ständigen politisch-ideologischen und fachlichen Qualifizierung unserer Mitglieder sehen wir in den bereits 1967 begonnenen bezirklichen Weiterbildungsseminaren. Diese Seminare, die nun schon zum achten Mal von der Kommission „Aus- und Weiterbildung" unserer Bezirksgruppe unter der Leitung von Kollegen Dr. Rietdorf vorbereitet und durchgeführt werden, haben zur Stärkung unseres Fachverbandes beigetragen. Innerhalb der Seminarreihen, die wir bisher realisiert haben, fanden 96 Veranstaltungen mit insgesamt etwa 170 Referenten statt.

Die Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit ist ein besonderes Anliegen unseres Bundes. Die Zusammenarbeit zwischen den Betriebsgruppen des Bundes der Architekten, den staatlichen Leitungen in den Kombinaten, Betrieben und Institutionen und den gesellschaftlichen Organisationen ist vor allem im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbes und bei der Bildung von Kollektiven der sozialistischen Arbeit zu fördern.

Seit Jahren hat sich bewährt, die Arbeitspläne der Betriebsgruppen mit den Aufgaben der Betriebssektionen der KdT zu koordinieren. Besonders bei der Lösung betrieblicher Aufgaben hat sich die sozialistische Gemeinschaftsarbeit mit der Kammer der Technik bewährt. Seit 1971 besteht zwischen der Fachsektion Bauwesen der Kammer der Technik und dem Bezirksvorstand Berlin des Bundes der Architekten der DDR und dem Bezirksbauamt eine Vereinbarung, die jährlich durch Arbeitspläne konkretisiert wird.

Große Bedeutung messen wir dem Abschluß einer Vereinbarung zwischen der Bezirksgruppe Berlin des Bundes der Architekten und dem Magistrat der Hauptstadt der DDR bei, so wie wir das vor wenigen Tagen mit unserem Oberbürgermeister beraten konnten.

Besondere Aktivitäten entwickelten sich in der Arbeit der Bezirksgruppe Berlin im Rahmen der Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 im Zusammenwirken zwischen der Kunsthochschule Berlin und dem Ingenieurhochbau Berlin.

Weiterhin möchte ich die Analyse der Wohngebiete Salvador-Allende-Viertel und Frankfurter Allee-Süd hervorheben, die von der Kunsthochschule Berlin gemeinsam mit den Vertretern des Wohnungsbaukombinates und der Bauakademie der DDR vorbereitet und durchgeführt wurde, und deren Ergebnisse zur heutigen Konferenz ausgestellt sind.

Abschließend einige Bemerkungen zur Arbeit des Bezirksvorstandes. Mit 630 Mitgliedern ist unsere Bezirksgruppe die größte in unserer Republik. Davon sind 450 Mitglieder in 13 Betriebsgruppen organisiert.

Weiterhin können wir feststellen, daß viele Mitarbeiter unserer Berliner Bezirksgruppe in den zentralen Organen des Bundes eine gute Arbeit geleistet haben, um die umfassenden Aufgaben, die unserem sozialistischen Fachverband gestellt sind, zu erfüllen. Wir wünschen uns jedoch manchmal auch von diesen Kollegen, die ihre Arbeit in den zentralen Organen des Bundes leisten, noch mehr Engagement für unsere Bezirksgruppe.

Die Arbeit unserer Bezirksgruppe orientiert sich im Jahre 1975 auf den 7. Bundeskongreß. Mit der weiteren Erfüllung der Hauptaufgabe werden wir unseren Beitrag zur guten Vorbereitung unseres Kongresses leisten.

Aus den Diskussionsbeiträgen

Prof. Collein:

Wir messen Ihrer Delegiertenkonferenz besondere Bedeutung bei, weil Größe und Spezifik der in unserer Hauptstadt, Berlin, anstehenden Aufgaben im Bauwesen und damit auch auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur bestimmend sind für die ideologische und fachbezogene Tätigkeit der größten Bezirksgruppe unseres Bundes und darüber hinaus die leitenden Organe des BdA vor neue Aufgaben stellt.

Ich darf in diesem Zusammenhang hier sagen, daß wir in unserer Arbeit als BdA der DDR Problemen der städtebaulich-architektonischen Entwicklung der Hauptstadt schon immer starke Beachtung geschenkt haben. Als Beispiele aus jüngerer Zeit darf ich nennen: die Initiative des Bundes zur Heranziehung einiger Kollektive von Architekten aus Bezirken der Republik für einen engeren Wettbewerb zur Erarbeitung der städtebaulichen Konzeption für das Wohngebiet Biesdorf oder auch die Mitarbeit führender Architekten verschiedener Bezirke, die, ausgehend von den Beratungen im Präsidium des Bundes, vom Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, in eine Konsultationsgruppe bei der Projektierung des Palastes der Republik berufen wurden. Wir alle haben unsere Aufgaben in dieser Gruppe mit großem Verantwortungsbewußtsein wahrgenommen.

In Vorbereitung auf den 7. Bundeskongreß haben wir es uns in den gewählten Organen zur Aufgabe gemacht, bei den Architekten in der Republik das Bewußtsein zu fördern, daß die breite Unterstützung des weiteren Aufbaus der sozialistischen Metropole Berlin eine ehrenvolle Verpflichtung der ganzen Republik ist, in die gerade auch der Beitrag der befähigsten und erfahrenen Architekten eingeschlossen werden muß.

Zur Arbeit der Bezirksgruppe Berlin des BdA darf ich zunächst einmal unterstreichen, daß das große Kollektiv der Berliner Bezirksgruppe in der zurückliegenden Berichtsperiode unter der Leitung ihres Vorstandes, mit Helmut Stingl an der Spitze, eine vielseitige, wirksame politisch-ideologische und fachbezogene Tätigkeit entfaltet hat. Das spiegelt sich auch sehr deutlich in dem Bericht des Vorstandes wider. Dabei wollen wir nicht übersehen, daß viele ihrer Mitglieder zugleich eine erfolgreiche Arbeit in den zentralen Organen des Bundes geleistet haben.

. . . Wir nutzen gern die Bezirksdelegiertenkonferenzen zum Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen zwischen den Bezirksgruppen. Eine der entscheidenden Erfahrungen besagt, daß dort, wo unsere Bezirksgruppen es verstanden haben, fußend auf festen Vereinbarungen mit den Bezirksleitungen der Partei sowie mit den staatlichen Leitungen im Territorium, ständig und auf vielfältige Weise in engem schöpferischem Kontakt mit den Problemen des Baugeschehens im Bezirk zu bleiben und konstruktiv mitzuarbeiten bei der Vorbereitung und Diskussion der wichtigen Vorhaben noch vor der Entscheidung in den beschließenden Gremien. Dadurch sind die Architekten informiert; sie fühlen sich mit verantwortlich und engagieren sich für eine erfolgreiche Realisierung der Beschlüsse. Wir freuen uns, daß wir hier heute erfahren haben, daß eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Magistrat der Hauptstadt und der Bezirksgruppe Berlin nun auch zustandegekommen ist. Wir wünschen dabei eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ähnliches kann man feststellen hinsichtlich der Arbeit unserer Betriebsgruppen in den Kombinaten. Dort, wo die Betriebsgruppe des BdA ihre Tätigkeit auf Schwerpunktaufgaben ihres Kombinates orientiert und dabei die sozialistische Gemeinschaftsarbeit mit der IG Bau-Holz, der Betriebssektion der KdT sucht, dort haben wir in der Regel auch sichtbare Erfolge in der Leistungssteigerung und eine Erhöhung der Qualität der projektierten Bauleistungen zu verzeichnen. Auch wirkt sich das positiv auf die Konkretisierung der Wettbewerbsziele aus.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, diese positiven Tendenzen aufmerksam zu verfolgen und zu fördern. Mit einer solchen Arbeit versetzen wir auch unsere Mitglieder in den Bezirks- und Betriebsgruppen in die Lage, mit allen Kräften dazu beizutragen, die vom 13. Plenum des Zentralkomitees der SED so eindeutig in den Mittelpunkt gestellten Aufgaben nach Vertiefung des Intensivierungsprozesses im Maßstab der gesamten Volkswirtschaft – und natürlich auch im Bauwesen – immer besser zu erfüllen.

Dr.-Ing. Lehmann

Für die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms sehen wir unseren wichtigsten Beitrag in der komplexen Einführung der WBS 70 als wirksamstes Mittel der Rationalisierung der Großplattenbauweise und als Mittel der Intensivierung der Vorbereitung und Durchführung der Produktion. Mit der WBS 70 werden wir besser die uns gestellten Aufgaben bis 1980/1990 erfüllen.

Die Wohnungsbauserie 70 ist deshalb die Grundlage der wissenschaftlich-technischen Konzeption des Wohnungsbaus in allen vorbereitenden Prozessen, wie Forschung und Projektierung, und in allen Prozessen der Durchführung, wie Elementeproduktion und Montage.

Mit der Einführung der WBS 70 beschreiten wir den Weg der Entwicklung und Anwendung unterschiedlicher Wohnblöcke als Bausteine für Wohnobjekte unterschiedlichen Ausmaßes. Wir schaffen damit zugleich bessere Voraussetzungen für ein differenziertes Stadtbild. Die zur Zeit in der Einführung befindliche Wohnungsbauserie elfgeschossig ermöglicht ein abwechslungsreiches architektonisches Erscheinungsbild. In der städtebaulichen Anwendbarkeit ist eine größere Variabilität gegeben. Die architektonische Aussage wird bestimmt durch die tektonische und baukörperliche Gestaltung, durch Vor- und Rücksprünge, ebenso die Verwendung von vorgestellten und eingestellten, in den Baukörper integrierte Loggien, des weiteren durch besonders betonte Treppenhäuser und unterschiedlich gestaltete Loggienbrüstungen. Die Farbkonzeption bringt den Charakter des Segmenthauses zum Ausdruck.

Während wir also davon ausgehen können, daß die WBS 70 eine gute städtebauliche architektonische Basis bildet, müssen wir die technologischen Prozesse sichern, aus der politischen Verantwortung des Architekten heraus, ohne die im einzelnen diese wesentlichen Charakteristiken der WBS 70 und die dort einzuhaltenden Parameter nicht möglich sind.

Dieser Prozeß der durchgängigen einheitlichen Prozeßgestaltung ist auch die künftige Aufgabe unseres Projektierungs- und Montagekollektivs.

Welches sind die Schwerpunkte unserer Arbeit?

1. Die Beherrschung der Prozesse der Einführung der WBS 70/11, beginnend beim Erstanwendungsobjekt bis zur Überleitung in die Serienfließfertigung
2. Die systematische Weiterführung von Projektlösungen in enger Gemeinschaftsarbeit mit der Bauakademie der DDR und mit den Montagekollektiven
3. Die Verbesserung der Materialökonomie in direkter Zusammenarbeit mit der KDT
4. Die Einflußnahme und Breitenwirkung unserer Fachorganisation im Prozeß der täglichen Arbeit.

Dr. phil. H. Krause

Die Beratungen, Aussprachen und Plandiskussionen, die von den Kollektiven der Bauakademie in Auswertung der 13. Tagung des ZK der SED zu den Aufgaben von Forschung und Entwicklung für die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms geführt wurden, haben gezeigt, daß die Mitglieder unseres Bundes sich vorbehaltlos für die zielstrebige Erfüllung der Beschlüsse der Partei einsetzen. Viele Vor-

schläge der BdA-Mitglieder sind in die Gegenpläne eingeflossen und werden dazu beitragen, mit einer praxisbezogenen Forschung und der schnellen Überleitung von Ergebnissen vor allem das Wohnungsbauprogramm materiell-technisch sichern zu helfen, um das Entwicklungstempo im Wohnungs- und Gesellschaftsbau zu beschleunigen.

Bei der Lösung der Aufgaben des Planes Wissenschaft und Technik werden unsere Architekten, angefangen bei der Erarbeitung von Beispielplanungen bis hin zur Entwicklung und Rationalisierung der Erzeugnisse des komplexen Wohnungsbaus, in einer ganzen Reihe von Städten wirksam. Notwendig ist jedoch – und darüber gibt es einheitliche Auffassungen in unserer BdA-Gruppe – eine noch stärkere Konzentration auf das Baugeschehen unserer Hauptstadt, Berlin. Dabei können wir uns auf gute Erfahrungen der Gemeinschaftsarbeit mit den Kollegen aus den Kombinaten und staatlichen Organen Berlins stützen. Dazu gehören nicht nur die Ausarbeitung von Bebauungsplänen wie beispielsweise für den Stadtteil Biesdorf/Marzahn und das Wohngebiet Leninallee/Weißenseer Weg, die Grundlagenarbeit zur Vorbereitung von Rekonstruktionsmaßnahmen sowie die Beteiligung an Wettbewerben, sondern das spiegelt sich auch wider in der vielfältigen Unterstützung der Bildungsarbeit und nicht zuletzt in der Tätigkeit einer Reihe befähigter Architekten bei der Projektierung und dem Aufbau des Palastes der Republik.

So wertvoll die dabei erreichten fachlichen Ergebnisse sind, liegt ein großer Gewinn dieser gemeinschaftlichen Arbeit auch gerade in der Förderung des kameradschaftlichen Verhältnisses der Architekten untereinander sowie eines tieferen Eindringens in die Probleme der Arbeitsgebiete, die jeder zu verantworten hat. Dieser Prozeß hat auch in zunehmendem Maße dazu beigetragen, überholte Standpunkte zu überwinden, wie beispielsweise, daß die einen vermeinen, es besser zu wissen, und die anderen glauben, es besser zu können. Heutzutage genügt es nicht, separat zu forschen, zu projektieren und zu bauen und sich gegenseitige Forderungsprogramme zu präsentieren. Den Erfordernissen unserer Zeit werden wir nur gerecht, wenn wir Architekten vorurteilsfreie Streiter für die gemeinsame Sache werden, um die ohnehin komplizierten Probleme mit hoher Effektivität für die Gesellschaft zu lösen. Wir sehen es daher als eine vordringliche Aufgabe an, den Prozeß der Knüpfung fester Beziehungen zwischen Forschungs-, Projektierungs- und Baustellenkollektiven weiter zu intensivieren, weil das wesentlich dazu beiträgt, neue Erkenntnisse auf unbürokratische Weise produktionswirksam zu machen.

Dipl.-Ing. J. Dahms

Das BMK Ingenieurhochbau ist eines der größten Kombinate in der DDR und trägt eine große Verantwortung bei der Durchführung der Investitionen in unserer Hauptstadt. Vorrangige Aufgaben sind der Industriebau – und dabei speziell die Rationalisierungsvorhaben und die Rekonstruktionsmaßnahmen bei Industriekomplexen – sowie die große Palette der gesellschaftlichen Einrichtungen für den komplexen Wohnungsbau, der Bauten des Gesundheitswesens und anderer gesellschaftlicher Vorhaben.

In vielen Aussprachen und Diskussionen haben wir erkannt, daß Planerfüllung nicht nur mit Entwerfen, Konstruieren, Gestalten und Zeichnen übersetzt werden kann. Wir wissen, heute geht es um mehr. Heute verlangen die Werktätigen von uns, daß entsprechend unserer politischen und ökonomischen Entwicklung eine bessere Qualität der schöpferischen Prozesse notwendig ist. Städtebau, Architektur, Technologie, Ökonomie, Umweltgestaltung und die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für unsere Werktätigen generell und speziell in ihren Produktionsstätten sind als ein komplexes Problem zu betrachten und auch so zu lösen.

Wir haben uns als BdA-Mitglieder schon aktiv eingesetzt und anhand guter Beispiele dargestellt, welche Schritte für weitere Vorhaben notwendig sind, um die Produktionstechnologie der jeweiligen Industriebetriebe verbessern zu helfen. Beim Betrieb Lufttechnische Anlagen Berlin wird von uns eine weitere Stufe vorbereitet, die von gleichen Kriterien ausgeht, um eine gründliche Vorbereitung der Investitionen zu garantieren.

Es gibt aber auch noch solche Kollegen, die von sogenannten nichtattraktiven Investitionskomplexen reden. Aber gerade die Lösung solcher Aufgaben zeigt, daß die überwiegende Mehrheit unserer Projektanten den Standpunkt der Partei zur Intensivierung der Prozesse richtig verstanden haben.

Dr.-Ing. W. Rietdorf

Ausgehend von den Initiativen des VIII. Parteitages haben wir unsere Arbeit in den vergangenen Jahren vor allem auf drei Zielstellungen ausgerichtet:

1. Wir haben uns in der Thematik unserer Seminare bewußt auf einige für das gegenwärtige und zukünftige Schaffen unserer Architekten entscheidende Schwerpunkte orientiert:
– politisch-ideologische Fragen des Städtebaus und der Architektur
– komplexer Wohnungsbau als Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung
– langfristige Planung und Industrierationalisierung
– Verbesserung der Effektivität der städtebaulichen Planung sowie Intensivierung der Projektierungsprozesse
2. Wir haben uns dabei mehr als vorher konzentriert auf die spezifischen Probleme des Städtebaus und der Architektur in unserer Hauptstadt, das heißt, wir haben versucht, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, Entwicklungstendenzen und Probleme jeweils an der spezifischen Situation unseres Territoriums zu behandeln
3. Wir waren bemüht, die Seminare so zu gestalten, daß mit der Weiterbildung eine möglichst große Praxiswirksamkeit erreicht wird. Wir haben in diesem Sinne die Zusammenarbeit mit Genossen und Kollegen aus der Bauakademie sowie aus anderen zentralen Einrichtungen der staatlichen Leitung, der Forschung und Lehre verstärkt und besonders in jüngster Zeit den Erfahrungsaustausch mit profilierten Fachleuten aus unseren Bezirken sowie aus unseren sozialistischen Nachbarstaaten ausgebaut.

Unser 8. Seminar 1974/75 haben wir unter das Rahmenthema gestellt: „Langfristig planen, rationell projektieren, planmäßig realisieren!" Die Chef- und Stadtarchitekten aus Erfurt, Leipzig, Magdeburg, Rostock, Neubrandenburg und Schwedt stellten in Vorträgen oder im Rahmen der zweitägigen Exkursion ihre neuesten Erkenntnisse und Erfahrungen aus der langfristigen Planung und dem komplexen Wohnungsbau zur Diskussion. Ich darf sagen, daß diese Form des direkten Erfahrungsaustausches von unseren Kollegen sehr begrüßt wurde. Man glaubt gar nicht, wie weit der Weg von Berlin nach Rostock, Erfurt oder Cottbus für einen Mitarbeiter im WBK Berlin oder im IHB sein kann! Schließlich haben wir mit dem 8. Seminar auch einen Schritt in den Bereich des internationalen Erfahrungsaustausches getan. Wir baten die Stadtarchitekten der Hauptstädte unserer sozialistischen Bruderländer, die Kollegen aus Warschau, Prag und Budapest, uns die neuesten Planungen ihrer Stadt vorzustellen. Zu einem der nächsten Seminare werden wir einen führenden Vertreter der Moskauer Generalplanung zu uns einladen.

Architekt H. Graffunder

Knapp neun Wochen sind verstrichen, seit die Richtkrone am Palast der Republik emporgezogen wurde. Inzwischen ist der Ausbau in vollem Gange. Das gemeinsame Ziel aller Bauleute einschließlich der Angehörigen der Zulieferindustrie im sozialistischen Komplexwettbewerb lautet: Die Bau- und Ausrüstungsarbeiten werden am 31. Dezember 1975 im wesentlichen beendet sein.

Dieses Bauwerk – krönender Abschluß des Zentrums unserer Hauptstadt im politischen, gesellschaftlichen und baukünstlerischen Sinne – hat uns völlig neue Dimensionen im Denken und Handeln auferlegt. Wir befinden uns in der Phase angestrengter Arbeit, um tagtäglich diszipliniert Hunderte von Einzelterminen der Projektanten vor Ort und in der Republik zu erfüllen. Keine einfache Aufgabe, aber einige Erfahrungen und Feststellungen kann man bereits heute vermitteln und treffen.

1. Standort und Bauwerk verlangen gleichermaßen architektonische Meisterung.
2. Die Umsetzung volkswirtschaftlicher Bedürfnisse im Prozeß unserer gesamten Gesellschaft erfordert die weitere Verkürzung der Fristen von der Formulierung der Aufgaben bis zu deren Nutzung.

Durch die Schaffung klarer Kompetenzen in direkter Leitungslinie (Aufbauleitung-Investitionsträger, Generalauftragnehmer - Generalprojektant und Hauptauftragnehmer) ist zwischen bevollmächtigtem Auftraggeber, der Projektierung und dem Produzenten das Entscheidungsfeld aller an der Aufgabe wirkenden Verantwortlichen vorhanden. Probleme wurden und werden bis zur Übereinstimmung vorgeklärt – was Zwischenschritte einschließt – und in Einzelverantwortung klar entschieden.

Fragenkomplexe, die einer gesellschaftlichen Entscheidung bedürfen, wurden und werden in gleicher Weise klar und eindeutig vorbereitet und von der Aufbauleitung herangetragen. Wir können hier von sehr vertrauensvollen und schöpferischen Begegnungen mit unseren führenden Genossen berichten, die neue Maßstäbe gesetzt und uns in unserer Verantwortung für die weitere Entwicklung der Hauptstadt bestärkt haben.

Die Einbeziehung der Forschung und Entwicklung wurde ständiger Begleiter der Projektierung, um zu neuen Rationalisierungseffekten hinsichtlich Material-, Zeit- und Kostenaufwand zu gelangen. Eine aktive Mitwirkung von Instituten der Bauakademie, des Instituts für Kulturbauten und des Rationalisierungs- und Forschungszentrums Gaststätten sowie von Hochschulen in Dresden, Leipzig und Berlin ist unser Reservoir zur Entscheidungssicherung der Planaufgaben im PWT insbesondere auf solchen Gebieten wie des Brand- und Wärmeschutzes, der Akustik und der Berechnungen für Evakuierung, Schwingungs- und Fördertechnik sowie der Ausstattung. Die wichtigste Sicherung jedoch aller Neuerungen war in allen Fällen die gemeinsame Beratung und Auseinandersetzung mit den Brigaden und Technologen auf der Baustelle oder an Versuchsobjekten, wo wir generell die Musterfertigung in natürlicher Größe als wichtigstes Kontrollinstrument für die Gestaltung und technologischen Taktfolgen benutzt haben.

Die in unserer Epoche des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der arbeitsteiligen Wirtschaftsorganisation immer umfangreicher werdenden Kooperationsketten zwingen bei Vorhaben heutiger Größenordnung zur Einhaltung übersichtlicher Vorbereitungsprozesse mit radikaler Verkürzung der Informationswege und einer schöpferisch geleiteten Projektorganisation. Das ist bei der weitgehend zeitlichen Überlappung von Vorbereitungs- und Ausführungsphasen um so bedeutsamer, die in logischer Konsequenz zum Regelfall werden wird, bei dem allerdings die Parallelprojektierung die Ausnahme bleiben sollte.

Wir haben zu dieser Frage als Methode die verantwortlichen Partner bei uns so lange in Klausur zusammengeführt, bis die für die wesentlichen Teilgebiete des Projektes notwendigen Aufgabenstellungen erarbeitet waren und Übereinstimmung bestand. Das war für viele ungewohnt und unbequem zugleich. Aber der Wille, zu Lösungen zu gelangen, die Einsicht in eine logische, aber flexible Arbeitsweise und die eigenen schöpferischen Beiträge führten regelmäßig zum Ergebnis.

Dipl.-Arch. R. Korn

Erste Voraussetzung zur Gewährleistung einer planmäßigen, komplexen Bearbeitung der städtebaulichen Aufgaben sind mit dem vor einem Jahr gebildeten Büro für Städtebau in Berlin geschaffen worden. Mit der Erfüllung der Verpflichtung, zu Ehren des 25. Jahrestages der DDR die städtebaulichen Bebauungskonzeptionen auf der Grundlage der bestätigten gesellschaftspolitischen Zielstellung für rund 55 000 Neubauwohnungen, die bis 1980 in Berlin errichtet werden müssen, fertigzustellen und dem Magistrat zur Beschlußfassung vorzulegen, wurden Grundlagen für die weiteren Investitionsvorbereitungen der Wohnungsbaustandorte Greifswalder Straße, Straße Am Tierpark, in Buch, Hohenschönhausen, Altfriedrichsfelde und in Biesdorf/Marzahn, dem größten Neubaugebiet der Hauptstadt, erarbeitet.

Diese Leistungen waren trotz der relativ kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand, möglich, einerseits durch die Konzentration der Kräfte im Büro für Städtebau und andererseits durch die Organisierung einer umfangreichen und umfassenden sozialistischen Gemeinschaftsarbeit mit Vertretern der Berliner Baukombinate, der Bauakademie der DDR und anderen Institutionen sowie im Erfahrungsaustausch mit den Chefarchitekten der Bezirke Erfurt, Rostock und Leipzig, um die guten Erfahrungen besonders aus diesen Bezirken auch für Berlin mit anzuwenden. Die Bebauungskonzeptionen wurden parallel mit der Arbeit am Generalplan für die langfristige Entwicklung der Hauptstadt und im ständigen Austausch von Informationen und gewonnener Erkenntnisse mit den Kollegen der Abteilung Generalplan der Bezirksplankommission ausgearbeitet. Aber unsere städtebaulichen Bebauungspläne müssen künftig in der Phase der Investitionsvorbereitung noch eindeutiger Entscheidungen zulassen, ohne daß sie in den Projektierungseinrichtungen der Kombinate noch einmal geändert werden müssen, und hier haben wir, so

meine ich, in der Projektierung noch viele Reserven zu erschließen. Das bedeutet, die Verantwortung des Büros für Städtebau für die Verbindlichkeit der städtebaulichen Lösungen entscheidend zu erhöhen, um zukünftig qualifizierte Aussagen besonders auch über technische und technologische Probleme zu erreichen und damit wesentlich tiefer in die Gesamtproblematik des Städtebaus einzudringen. Dazu ist eine sehr enge Zusammenarbeit mit den gerade in Berlin sehr zahlreich vertretenen Institutionen, der Kunsthochschule Weißensee, aber auch mit den Vertretern, den Ingenieuren und Architekten der Baukombinate bereits in den frühen Phasen der Planung dringend erforderlich. Das Beispiel Biesdorf/Marzahn zeigt, daß wir hier richtig gearbeitet haben.

Wir werden künftig ein Maximum an Typen- und Wiederverwendungsprojekten einsetzen und dabei stärker die besten Erfahrungen anwenden, die auf diesem Gebiet bereits in anderen Bezirken der DDR gewonnen wurden. Nicht die Anwendung von Typen erzeugt Monotonie und eine schlechte städtebauliche Qualität, sondern die Negierung realer Lebensprozesse, die Nichtbeherrschung der funktionellen Beziehungen und die Unordnung raumbildender Faktoren. Variabel einsetzbare, verbindende Elemente und viele kleine Details, die keine hohen Investitionskosten verursachen, müssen unsere Wohngebiete und gesellschaftlichen Bereiche anziehend, unverwechselbar, liebenswert machen. Es gilt Spezifisches in der Stadt, in der Landschaft zu entdecken, Wertvolles zu erhalten, Neues zu erzeugen, wie es zum Beispiel im gesellschaftlichen Hauptbereich der Wohngebiete Leninallee/Weißenseer Weg in der meiner Meinung nach gelungenen Synthese vom Wettbewerbsentwurf bis zum jetzt vorliegenden Entwurf unter weitestgehender Anwendung von Typen und Wiederverwendungsprojekten nach vielen Mühen erreicht wurde. Es kommt darauf an, schöpferisches Zukunftsdenken mit aus gesamtgesellschaftlicher Sicht resultierender Verantwortung und exakter Plandisziplin zu verbinden. Die Dialektik von Zukunftsdenken und Plandisziplin wird es uns ermöglichen, im Zusammenhang mit der Lösung aktueller Aufgaben den erforderlichen wissenschaftlichen und planerischen Vorlauf für die weitere städtebauliche Entwicklung unserer Hauptstadt zu organisieren. Mitzuarbeiten an der Lösung dieser großen Aufgabe ist für jeden Städtebauer, für jeden Architekten und für jedes Mitglied der Bezirksgruppe Berlin eine begeisternde Sache.

5 WBS 70, elfgeschossig, Experimentalbau im Wohngebiet Leninallee/Weißenseer Weg

Aus der Entschließung der Delegiertenkonferenz

. . . Aus den Beschlüssen der 13. Tagung des Zentralkomitees der SED leitet die Bezirksgruppe Berlin des BdA/DDR neue, höhere Anforderungen für die Arbeit aller Architekten und Städtebauer ab.

Alle Betriebsgruppen der Bezirksgruppe Berlin des BdA/DDR nehmen darauf Einfluß, daß unsere Architekten in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit zur Vorbereitung städtebaulicher Aufgaben und Investitionen die Vertiefung des Intensivierungsprozesses stellen, um damit eine spürbare und entscheidende höhere Effektivität der gesamten Arbeit zu erreichen.

Die zielgerichtete Intensivierung und Rationalisierung unserer Volkswirtschaft – das heißt für uns Architekten der Projektierungs- und Bauprozesse – ist der Schlüssel für die weitere planmäßige Verbesserung der Lebensbedingungen aller Bürger unserer Republik.

Die Bezirksgruppe Berlin des BdA/DDR sieht es deshalb als ihre vordringlichste Aufgabe an, die politisch-ideologische Arbeit unter ihren Mitgliedern sowie der gesamten Berliner Architektenschaft im Sinne der von der 13. Tagung des ZK der SED gestellten Aufgaben zu aktivieren.

Wir stellen uns die Aufgabe, bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1975 und im neuen, vor uns liegenden Planjahrfünft schneller, ökonomischer und schöner zu bauen, und unsere ganze Kraft der Verwirklichung dieser Aufgabe zu widmen.

Schwerpunktaufgaben, bei denen wir die Vertiefung des Intensivierungsprozesses, die Erreichung einer hohen städtebaulichen und architektonischen Qualität, auf das engste mit dem Kampf um eine höhere Materialökonomie und der Senkung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes verbinden, sind für uns:

- der komplexe Wohnungsneubau, insbesondere an den Standorten Biesdorf/Marzahn, Hohenschönhausen, Greifswalder Straße, Friedrichsfelde-Ost und Alt-Friedrichsfelde-Süd sowie der Straße Am Tierpark
- die Vorbereitung und Durchführung von komplexen Modernisierungsmaßnahmen in innerstädtischen Altbauwohngebieten und den Stadtbezirken Prenzlauer Berg, Mitte und Friedrichshain
- die Industrierationalisierung und die Rekonstruktion von bestehenden Arbeitsstättengebieten
- die kontinuierliche Arbeit am Generalplan der Hauptstadt und an den Plänen für die weitere Gestaltung des Stadtzentrums und der Verbesserung der materiell-technischen Infrastruktur der Hauptstadt.

Für den Zeitraum der nächsten Wahlperiode verpflichten sich die Mitglieder unseres Fachverbandes, die in zahlreichen Kombinaten, Betrieben und Einrichtungen, in der staatlichen Leitung, der Bauforschung und der Aus- und Weiterbildung tätig sind, insbesondere zu folgenden Aktivitäten:

1. Um die gestellten Aufgaben erfolgreich erfüllen zu können, sind Parteilichkeit und ein hohes gesellschaftliches Bewußtsein erforderlich. Wir setzen deshalb verstärkt unsere Anstrengungen fort, die politisch-ideologische Verantwortung der Architekten in allen Betriebsgruppen zielgerichtet weiterzuentwickeln.

2. Die Mitglieder unseres Fachverbandes tragen mehr als bisher dazu bei, im Zusammenwirken mit der staatlichen Leitung und den Organen der Kammer der Technik in allen Kombinaten und Betrieben die Arbeit am Plan Wissenschaft und Technik, die Neuerer- und Rationalisierungstätigkeit sowie die Arbeiten der Qualitätssicherung zu verbessern und entsprechend den Beschlüssen zur Führung des sozialistischen Wettbewerbes 50 Prozent der Aufgaben des Planes Wissenschaft und Technik im ersten Halbjahr zu realisieren.

3. Durch die Weiterentwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen den Betrieben und Kombinaten des Tiefbaus, des Wohnungs- und Gesellschaftsbaues wie auch des Industriebaues tragen wir in Zusammenarbeit mit dem Magistrat der Hauptstadt zur Schaffung des erforderlichen Vorlaufes bei der Vorbereitung der Investitionen bei.
In regelmäßigen Zusammenkünften der Bezirksgruppe mit leitenden Vertretern des öffentlichen Lebens werden die Schwerpunktaufgaben des Berliner Bauwesens sowie städtebauliche und architektonische Probleme kontinuierlich beraten.

4. Ausgehend von den bisherigen Ergebnissen bei der Entwicklung und Erstanwendung der WBS 70 elfgeschossig in Berlin, bei der Planung des gesellschaftlichen Zentrums für das Wohngebiet Leninallee/Weißenseer Weg und bei der Arbeit an der Bebauungskonzeption für den neuen Stadtteil Biesdorf/Marzahn verstärken wir die direkte Zusammenarbeit zwischen dem Berliner Bauwesen und der Bauakademie der DDR, mit der Akademie der Wissenschaften der DDR, der Kunsthochschule Berlin und anderen Einrichtungen der Forschung und Lehre in der Hauptstadt.

5. Wir orientieren auf eine kritische, schöpferische Auseinandersetzung mit dem bisher in Berlin auf den Gebieten des Städtebaus und der Architektur Erreichten und fördern die Analyse zur Ableitung von Schlußfolgerungen für die Bewältigung der vor uns stehenden höheren Aufgaben.

6. Zur effektiven Nutzung der schöpferischen Fähigkeiten der Architekten sowie zur Qualifizierung der Entscheidungsfindung in der staatlichen Leitung setzen wir uns für eine breitere Wettbewerbstätigkeit in der Hauptstadt ein und fördern neben DDR-offenen und internationalen Ideenwettbewerben insbesondere auch betriebliche Wettbewerbe und Variantenvergleiche der Projektierungskollektive untereinander zur Ermittlung von funktionellen, bautechnischen, technologischen und ökonomischen Bestlösungen.

7. Zur kontinuierlichen Weiterbildung der Mitglieder unseres Fachverbandes setzen wir die begonnenen bezirklichen Weiterbildungsseminare als wesentliches Mittel der breiten Qualifizierung fort und verbessern die Qualität der Diskussionen und Werkstattgespräche in den Bezirks- und Fachgruppen des Bezirkes.

8. Durch Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, durch gezielte Aussprachen mit der Bevölkerung in den Wohngebieten sowie durch aktive Mitarbeit der Mitglieder unseres Fachverbandes in den örtlichen Volksvertretungen, den ständigen Kommissionen und den gesellschaftlichen Organisationen in den Stadtbezirken und Wohngebieten tragen wir dazu bei, das gesamtgesellschaftliche Anliegen, das uns mit dem sozialpolitischen Programm und seinem Kernstück, dem Wohnungsbauprogramm, gestellt ist, zum Wohle unserer Bürger mit hoher Effektivität zu erfüllen.

9. Wir fördern die Zusammenarbeit zwischen dem BdA der DDR und der KDT, Fachverband Bauwesen, sowie dem Verband Bildender Künstler der DDR und schaffen mit den noch in diesem Jahr in der Breiten Straße neu entstehenden Einrichtungen der Bezirksgruppe Berlin die räumlichen Voraussetzungen für die Herausbildung eines attraktiven, geistig-kulturellen Zentrums der Berliner Architekten. Die Arbeit dieses Zentrums organisieren wir so, daß die Mitglieder der Bezirksgruppe, insbesondere auch die jüngeren Mitglieder unseres Fachverbandes von hier aus ständig politisch-ideologische und fachliche Impulse und Anregungen für ihre kollektive, schöpferische Arbeit erhalten. Wir verstärken weiterhin unsere Mitgliederwerbung und sind vor allem bemüht, in den Schwerpunktbetrieben WBK, IHB und Bauakademie der DDR junge Kollegen für die Arbeit in unserem Fachverband zu gewinnen.

10. Ausgehend von der wachsenden internationalen Bedeutung der DDR und seiner Hauptstadt, entwickeln wir die Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Architektenverband sowie mit den Fachverbänden der anderen sozialistischen Länder.

Bezirksvorstand Berlin
Bund der Architekten der DDR

bda · DDR 7 KONGRESS

Generalbebauungsplanung und sozialistische Landeskultur

Dr.-Ing. Johannes Greiner
Bauakademie der DDR,
Institut für Städtebau und Architektur

Nachdem der Ministerrat der DDR im Februar 1973 den Auftrag erteilte, Erfordernisse der Landeskultur in den Generalbebauungsplänen zu berücksichtigen, ist die Arbeit der Organe der Stadtplanung bei den Räten der Städte und der Bezirke auf diesem Gebiet verstärkt worden.
Es besteht die Möglichkeit, die im Rahmen der Generalbebauungsplanung praktizierten Arbeitsverfahren auch für die Vorbereitung und Durchführung landeskultureller Maßnahmen zu nutzen. Dazu gehört vor allem die Bearbeitung von städtebaulichen Vorschlägen, in denen die zahlreichen (z. T. divergierenden) Anforderungen der Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft an Standorte, Flächen und Baukapazität, unter Berücksichtigung einer hohen gesellschaftlichen Effektivität, und gesamtstädtischer Erfordernisse in weitgehende Übereinstimmung gebracht werden.
Andererseits können mit Hilfe der Generalbebauungsplanung landeskulturelle Maßnahmen langfristig in den Umgestaltungsprozeß der Städte integriert werden. Nachstehend wird versucht, den stadtplanerischen Anteil zu kennzeichnen, der durch die Generalbebauungsplanung geleistet worden ist, um die Lösung landeskultureller Probleme vorzubereiten und einzuleiten. Die Ausgangssituation für die Stadtplanung ist in mehrfacher Hinsicht unterschiedlich:

- Die „landeskulturellen Probleme" haben von Stadt zu Stadt andere Schwerpunkte und darin wieder verschiedene Gewichte.
- Die Stärke der Wachstumsimpulse und das Ausmaß der Bautätigkeit sind von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Die Praxis der Stadtplanung zeigt, daß Bautätigkeit keineswegs nur landeskulturelle Probleme aufwirft und zuspitzt, sondern im Gegenteil häufig dazu beiträgt, bestehende Probleme zu lösen.
- Für die stadtplanerische Bearbeitung einzelner landeskultureller Ziele und Erfordernisse verfügt die Praxis über unterschiedliche Grundlagen und Erfahrungen.

So ist beispielsweise die Gestaltung und Pflege der Landschaft insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Erholungsgebiete und städtischer Grünflächensysteme seit geraumer Zeit Gegenstand städtebaulicher Planung. In anderen Bereichen der Landeskultur dagegen ist die Nutzung stadtplanerischer Methoden noch relativ neu und bedarf der Förderung (1).
Die stadtplanerischen Beiträge zu den einzelnen landeskulturellen Aufgabenstellungen lassen sich etwa folgendermaßen kennzeichnen:
Zur Nutzung und zum Schutz des Bodens wird sowohl von wissenschaftlichen Einrichtungen des Bauwesens und des Verkehrswesens als auch von den Organen der Stadtplanung ein wichtiger Beitrag geleistet.
Städtebauliche Richtwerte orientieren auf eine intensive Nutzung der Baugebiete und damit auf eine möglichst sparsame Inanspruchnahme land- oder forstwirtschaftlich genutzten Bodens.
Die Bündelung von Verkehrs- und Leitungstrassen wirkt in die gleiche Richtung.
Die stadtplanerische Vorbereitung der Wiedernutzbarmachung von Abbauland und Mülldeponien auf städtischem Territorium entspricht nicht nur den Forderungen der Hygiene oder ästhetischen Anforderungen, die von den Bürgern an die Stadt gestellt werden, sondern auch den Leitgedanken einer rationellen Bodennutzung.
Nutzung und Schutz der Wälder ist in erster Linie notwendig, um die Holzproduktion sichern zu helfen. Im Zusammenhang mit Siedlungen sind die Wälder auch wichtige

1
Clara-Zetkin-Kulturpark in Leipzig

Elemente der Erholungsgebiete und der bioklimatisch wirksamen Pflanzenmasse.
Erst das Zusammenwirken zwischen Forstwirtschaftsbetrieben und den Organen der Stadtplanung gewährleistet, daß
– stadtnahe Wälder auch diesen Anforderungen gerecht werden und
– über die Ausweisung von Vorbehaltsflächen größere Areale an geeigneten Standorten aufgeforstet werden können.
Außerdem ist in der Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Bauwesen und dem Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft über die Vorbereitung, Planung und Durchführung des komplexen Wohnungsbaus festgelegt, daß die Grundlagen für die Ermittlung des Pflanzenbedarfs aus den Generalbebauungsplänen zu entnehmen sind (2).
Nutzung und Schutz der Gewässer sind auf Grund des angespannten Wasserhaushaltes in der DDR lebensnotwendig. Gewässer sind nicht nur Wasserreserven, sondern sie werden auch als Vorfluter, Verkehrswege, Produktionsflächen und in immer größerem Umfang als Erholungsareale in Anspruch genommen.
Im Rahmen der Stadtplanung ist es möglich
– für die zahlreichen Anforderungen (die in vielen Fällen auch die Nutzung der Ufer einschließen) geeignete Standort- und Gestaltungsvorschläge zu erarbeiten und
– die damit zusammenhängenden Baumaßnahmen nach Umfang, Aufwand und Terminstellung in das Baugeschehen der Stadt einzuordnen.
Betriebe und Kombinate sowie zentrale und örtliche Organe widmen der Aufgabe der Reinhaltung der Luft große Aufmerksamkeit. Im Rahmen der ökonomischen Möglichkeiten werden Anstrengungen unternommen, Luftverunreinigungen einzuschränken oder zu unterbinden. In Städten wird die Luft hauptsächlich von Abgasen der Kraftfahrzeuge und vom Hausbrand verunreinigt. In unterschiedlichem Maße ist auch die Industrie daran beteiligt.
In der Durchführungsbestimmung „Begrenzung, Überwachung und Verminderung der Emission von Verbrennungsmotoren" heißt es u. a.:
„Zur Einhaltung der Emissionskennwerte ... führen die Räte der Städte und Gemeinden komplexe Maßnahmen zur Struktur und Gestaltung des Nahverkehrs, wie abgasegünstige Straßen- und Städteplanung ... durch" (3).
Die Planungsprinzipien, auch große Neubau-Wohngebiete möglichst vom Rand her zu erschließen und nicht mit stark belegten Verkehrstrassen zu durchqueren, dürften im Sinne des Gesetzgebers sein.
Im Zuge der Umgestaltung der Städte, insbesondere durch den Neubau von Wohngebieten werden neue Heizsysteme eingeführt. Dadurch wird die Anzahl der Störfaktoren verringert. Außerdem können in den neuen Heizwerken die Emissionen durch hoch entwickelte Technik nicht nur verringert, sondern durch geeignete Standortwahl auch in ihrer ungünstigen Wirkung abgeschwächt werden.
In den Städten sind im Zuge der Umgestaltung alte Kraftwerke oder Heizkraftwerke zu schließen und neue Kapazitäten zu schaffen. Die im Rahmen der Generalbebauungsplanung erarbeiteten Standortvorschläge können wesentlich zur „Entlastung" städtischer Gebiete beitragen.
Nutzbarmachung und schadlose Beseitigung der Abprodukte sind in den §§ 32 und 33 des Landeskulturgesetzes als Verpflichtung formuliert. Bei Teilaspekten dieser Aufgabe hat sich die Mitwirkung der Stadtplanungsorgane bewährt. Dies betrifft insbesondere Standortfestlegungen, Geländemodellierung sowie Vorschläge zur Nutzungsänderung der in Anspruch genommenen Areale.
Der Verkehr ist in den Städten im allgemeinen die stärkste Lärmquelle. In einigen Generalbebauungsplänen wurde vorgeschlagen, gegenwärtig stark belegte Trassen in Zentren und Wohngebieten mit Hilfe leicht erreichbarer Umgehungsstraßen zu entlasten. Zusammen mit bautechnischen Maßnahmen (wie z. B. geräuscharmer Straßendecken, geeigneter Ausbildung und Nutzung der Randbebauung, Führung der Trassen im Einschnitt, Bau von Lärmschutzwällen und -mauern wird es möglich sein, die Lärmemissionen zu verringern.
Auch das Planungsprinzip, die Freiräume in Wohngebieten differenziert zu nutzen, zielt u. a. darauf ab, den Verkehrslärm auf möglichst eng begrenzte Räume zu beschränken.
Die aus den begutachteten Generalbebauungsplänen entnommenen Prinzipien und Vorschläge machen deutlich, daß die Organe der Stadtplanung einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung einer der sozialistischen Gesellschaft gemäßen Umwelt zu leisten imstande sind.

Anmerkungen

(1) Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der DDR vom 28. Mai 1970, GBl I, Nr. 12
(2) Vereinbarung über die Mitwirkung der Forstwirtschaft bei der städtebaulichen Planung, Vorbereitung und Durchführung des komplexen Wohnungsbaues vom 20. Mai 1974, Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen 1974, Nr. 7
(3) Zweite Durchführungsbestimmung zur fünften Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz „Begrenzung, Überwachung und Verminderung der Emission von Verbrennungsmotoren" vom 1. 7. 1974, GBl. I, Nr. 37

Zum Arbeitsgebiet des Industriearchitekten

Dipl.-Ing. Wolfgang Häuptner, Architekt BdA/DDR
Hauptarchitekt im VEB Rationalisierung und Projektierung Berlin, Betriebsteil Gotha

In der „Architektur der DDR", Heft 3/1975 hat Prof. Krenz Grundgedanken zur Intensivierung der Arbeit der Architekten vorgetragen und davon ausgehend, die künftigen Aufgaben der Architekten abgeleitet.

Der Architekt ist aufgerufen, die Intensivierung der Produktion zu seiner eigenen Sache zu machen und den wirtschaftlichen Erfolg der Investitionen durch gewissenhafte und gründliche Vorbereitung zu sichern.

Das Problem

Ich meine, ein solcher Aufruf hat bei den Kollegen der Industrieprojektierungsbetriebe nur eine reale Grundlage, wenn er auch auf das konkret abgegrenzte Arbeitsgebiet des Architekten im Industriebau angewandt wird. Der Architekt hat gerade bei der Vorbereitung der Bauvorhaben der Produktion einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Aber was wir heute zu diesem Problem erwarten müssen, ist eine Perspektive für die Verbesserung der Bedingungen, unter denen er in den Vorbereitungsprozeß von seinem gesellschaftlichen Auftraggeber eingeschaltet wird.

Durch die notwendige Entwicklung der Industrieprojektierung zu reinen Vorbereitungsbetrieben der Industriebaukombinate werden die Architekten immer mehr aus dem Planungsprozeß, dem Entwerfen in der Einheit von Produktion, Konstruktion, Bautechnologie und Ökonomie ausgeschaltet.

Demzufolge sollte man zunächst diskutieren: Wie kann der Architekt der Industriebauprojektierung wieder bei der komplexen Optimierung der Investitionen aktiv mitwirken. Ist es damit getan, wenn das Ministerium für Bauwesen Weisungen zur Schaffung von Industriebauplanungskapazität erläßt? Diese Diskussion war bereits der Hauptinhalt der Beiträge auf der Bezirksdelegiertenkonferenz in Erfurt 1974 aus der Sicht der Architekten des Bau- und Montagekombinates und des Generalauftragnehmers.

Zu späte und zu ungenaue Startbedingungen

Prof. Krenz weist darauf hin, daß es in erster Linie darauf ankommt, die bautechnische Projektierung frühzeitig einzuschalten, und daß der Auftraggeber genauer sagen muß, was er braucht. Damit könnten Projektänderungen und Effektivitätsverluste verhindert werden.

Durch diese Formulierung wird das Kernproblem der Industrieprojektierung wohl doch vernachlässigt.

Auch der Industriearchitekt hat zu entwerfen, das heißt, bevor der Investitionsauftraggeber sich auf eine funktionelle Konzeption festgelegt hat, muß der gemeinsame schöpferische Prozeß beginnen.

Entscheidend für den Industriearchitekten sind hierbei jedoch die spezifischen objektiven Bedingungen des Industriebaus:

- Die Funktions- und Gebrauchswertanforderungen des Nutzers sind entscheidend für den ökonomischen Nutzeffekt der Gesamtinvestition.
- Die funktionelle Lösung wird vom Technologen entwickelt, der dem potentiellen Industriezweig des Auftraggebers angehört.
- Bereits in der ersten Vorbereitungsphase der Industrieplanung fallen die Entwurfsentscheidungen und werden Varianten eliminiert, die das volkswirtschaftliche Ergebnis und die Qualität der Arbeitsumweltgestaltung spürbar beeinflussen.
- In dieser Planungsphase wird die Technologie parallel entwickelt. Anfangs sind erst die Hauptparameter bekannt, und in Gemeinschaftsarbeit sind solche Arbeitsannahmen zu treffen, die dem nächsten Schritt der Präzisierung entsprechen.

Die Wirksamkeit des Industriearchitekten und der anderen Fachleute der bautechnischen Projektierung im Bau- und Montagekombinat und Industriebaukombinat hängt von der Konfrontationsmöglichkeit mit dem Technologen und den Spezialisten der Versorgungstechnik in einer komplexen Entwurfsphase ab.

Sozialistische Gemeinschaftsarbeit

Die komplexe Zusammenarbeit in der Industrieprojektierung wird in unseren sozialistischen Bruderländern der Investitionsstruktur zugrunde gelegt. Als Generalauftragnehmerbetrieb des Fahrzeugbaus haben wir in gegenseitigen Kontakten mit unseren Kooperationsbetrieben Giproawtoprom Moskau und Motoprojekt Warschau Erfahrungen über den Effekt der komplexen Vorbereitung bei solchen in die Praxis umgesetzten Vorhaben wie den Autowerken WAS Togliatti, Polski-Fiat Tychy und Bielsko Biala ausgetauscht.

Gute Erfahrungen auf dem Gebiet der Gemeinschaftsarbeit des Industriearchitekten mit dem Produktionstechnologen haben wir bei der Erarbeitung komplexer Studien gesammelt. Ein gerade in dieser Hinsicht lehrreiches Beispiel war auch die unbürokratische und von seiten der Technologen der Investitionsauftraggeber tatkräftig unterstützte und begrüßte Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung umfangreicher bautechnischer Investitionsstudien, die vom Institut für Industriebau der Bauakademie der DDR unter Leitung des Kollegen Dipl.-Ing. Karl Schmidt durchgeführt wurden. Die Projektierungsbetriebe der zuständigen Bau- und Montagekombinate konnten aus Kapazitätsgründen und wegen der Kräfteausrichtung auf die bilanzierten Vorhaben des Kombinats nur konsultativ mitwirken. Natürlich werden auch die Kollegen der Industriebauplanungskollektive, die in einigen Industrieprojektierungen bestehen, solche Erfahrungen besitzen und ausbauen, wie es zum Beispiel bei der Industriebauprojektierung Erfurt geschieht.

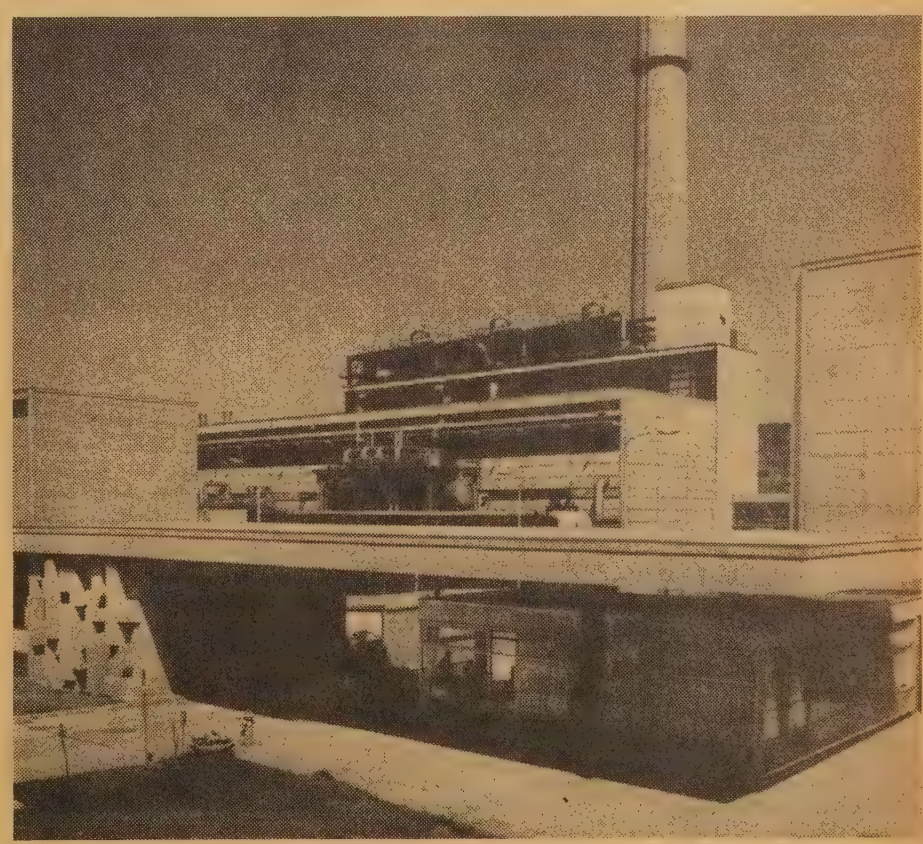
Prof. Krenz meint in seinem Artikel, daß es meist an den Investitionsauftraggebern liege, wenn die bautechnische Vorbereitungskapazität des Hauptauftragnehmer Bau zu spät und zu unqualifiziert eingeschaltet würde. Hier ist entgegenzustellen, daß der Investitionsauftraggeber, der langfristig eine gewissenhafte Vorbereitung unter Mitwirkung der späteren Hauptauftragnehmer nach dem Investitionsgesetz durchführen will, praktisch keine Partner findet. In der Regel ist dann eine Bereitschaft zur Mitwirkung vorhanden, wenn die entsprechenden Vorbereitungs- und Realisierungsbilanzen zentral angeordnet sind, und das ist oft zu spät!

Dessen ungeachtet steht fest, daß eine effektive Vorbereitung komplex und bei größeren Vorhaben langfristig erfolgen muß, auch wenn Partner verschiedener Zweige zusammengeführt werden müssen.

Anliegen der Industriearchitekten

Die Lösung dieses Problems im Bereich der Industrieprojektierung wird zu einer Hauptfrage, mit der sich der BdA/DDR auseinandersetzen und die Initiative zur Weiterentwicklung des Investitionswesens ergreifen sollte. Ziel dieser Auseinandersetzung sollte die Erarbeitung einer Grundlage sein, auf der der Architekt auch im Industriebau entsprechend seinen fachlichen Fähigkeiten voll wirksam werden kann.

Er kann seinen gesellschaftlichen Auftrag bei der Intensivierung und der Gestaltung der sozialistischen Arbeitsumwelt nur erfüllen, wenn er „Entwurfsbearbeiter" bleibt, das heißt, wenn er von der Industriebauplanung an über die Projektierung bis zur funktionsfähigen Übergabe seinen Beitrag am Finalprodukt leistet.



Eine dem Sozialismus entsprechende Umwelt für die Menschen zu schaffen stellt hohe Anforderungen auch an die architektonische, künstlerische und städtebauliche Gestaltung. Die Städtebauer und bildenden Künstler haben bereits viele Anstrengungen unternommen, um auf diesem wichtigen Gebiet spürbare Fortschritte zu erzielen. Dabei wissen wir, daß es eine komplizierte Aufgabe ist, unter den Bedingungen des industriellen Bauens und der Typenbauweise eine abwechslungsreiche und auf lange Sicht ansprechende architektonische Lösung zu finden.

Aus dem Schlußwort des Ersten Sekretärs des ZK der SED auf der 6. Baukonferenz

Zu Fragen der Qualität im Wohnungsbau

Dr.-Ing. Satish C. Khurana

1

Anmerkung

Das auf der 10. Tagung beschlossene Wohnungsbauprogramm bis 1990 und zugleich die Forderung nach höherer Qualität im Wohnungsbau führte zu regen Diskussionen und Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen. Innerhalb der Bezirksgruppe des BdA/DDR-Halle ergaben sich Beratungen zur Erarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes zu Fragen der städtebaulich-architektonischen Qualität. Unter Mitarbeit verschiedener Betriebsgruppen des BdA/DDR und nach Beratung mit der Betriebsleitung wurden vom Betrieb Projektierung und Technologie, Fachgruppe Architektur des WBK-Halle konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Qualität im Wohnungsbau insbesondere bezogen auf das Erzeugnisangebot im Bezirk erarbeitet. Unter Leitung des Bezirksarchitekten Dipl.-Ing. Zaglmaier wurden alle Vorschläge zusammengetragen und dem staatlichen Organ als eine gemeinsame Grundlage der städtebaulichen Planung, der Projektierung und der Realisierung zur Entscheidungsfindung vorgelegt. Der Autor hatte die Gelegenheit, in den oben erwähnten Aktivitäten mitzuwirken. Im folgenden seien einige Gedanken zu Fragen der Qualität, ausschließlich aus der Sicht des Autors, dargelegt.

Zur Notwendigkeit realer Grundlagen

Mit dem Beschluß des Wohnungsbauprogramms ist ein langfristiges Ziel gesetzt worden, um rechtzeitig alle Kräfte um die Realisierung dieses Zieles mobilisieren zu können. Mit dem Bau von Wohnungen wird wie auf der 6. Baukonferenz betont wurde, nicht bloß ein Bedürfnis befriedigt, sondern zugleich wird das Leben der Menschen langfristig bestimmt und beeinflußt. Es ist daher notwendig, sich einerseits Gedanken darüber zu machen, wie die Wohnumwelt unserer Mitbürger in den nächsten Jahren und danach aussehen wird, und andererseits auch darüber, wie sie realisiert werden kann. Bei der gedanklichen Vorarbeit darf es nicht um Phantastereien oder Spielereien gehen – obwohl sie auch notwendig sind –, sondern um Realitäten auf der Grundlage der existierenden und unmittelbar zu schaffenden materiell-technischen Basis.

Nun tun einige Fachkollegen so, als ob uns das Wort Qualität erst heute eingefallen wäre und behaupten, daß uns der Mut zur Gestaltung und die Kenntnisse der bautechnischen und -technologischen Prozesse fehlen würden. Ein Spaziergang durch Halle-Neustadt allein wird uns ganz von dem Gegenteil überzeugen. Im Republikmaßstab ist in dieser Hinsicht noch viel beachtliches geleistet worden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die städtebaulich-architektonische Gestaltung unserer Umwelt das Ergebnis von Optimierungsprozessen ist, das erzielt wird unter Berücksichtigung der Gestaltungsabsichten, der technischen und technologischen Bedingungen der Baubetriebe und der ökonomischen Kennziffern.

Den Optimierungsprämissen sind jedoch innerhalb der gegebenen Technologie hinsichtlich der Auswirkungen auf Arbeitsproduktivität und -organisation und somit auf Gesamtkosten Grenzen gesetzt, die aber im Wesen flexibel sind. Daher kommt es darauf an: erstens durch diese Flexibilität gegebenen Spielraum voll auszunutzen und neuen aufzudecken, und zweitens auf der Basis einer erreichten Stufe der stabilen Produktion und eingespielter Organisation schrittweise Ergänzungen und Erweiterungen vorzunehmen, d. h. zu einer Grundangebotseinheit unterschiedliche zusätzliche Gestaltungselemente zu entwickeln.

Zur Qualität

Die Gesamtqualität der städtebaulichen Anlagen wird in erster Linie von zwei Faktoren beeinflußt; von der inhaltlichen Ausstattung ausgehend von der politisch-ideologischen Zielstellung und von der bautechnischen und gestalterischen Verwirklichung des gesellschaftlichen Auftrags. Bezogen auf den Wohnungsbau wird die Qualität durch die Ansprüche der Menschen einerseits nach einer bedarfsgerechten, kulturvoll ausgestatteten, hygienisch befriedigenden Wohnung und andererseits nach einer gefälligeren, ästhetisch ansprechenden und emotional positiv beeinflussenden gebauten Umwelt charakterisiert. Zur Qualität der gestalterischen und bautechnischen Verwirklichung zählen:

- die Qualität aller Hochbauten
- die bauliche, gestalterische sowie ausstattungsmäßige Qualität der Freiflächen, wozu die Anordnung und Ausrüstung der Kinderspielplätze, der Tummel- und Tobewiesen sowie die Zuordnung der Rasenflächen, der Blumenbeete, der Kleingärten und Hausterrassen genauso zählen wie die Ausbildung zusammenhängender Großgrünflächen
- die Qualität der verkehrsmäßigen Erschließung, wie Anordnung und Ausbau der Straßen, der befahrbaren Wege, der Fußwege; die Materialbeschaffenheit der Verkehrsanlagen; die Ausbildung differenzierter, funktionsgerechter Wege; die Bündelung des fließenden Verkehrs und Schaffung gefahrenfreier, reiner Fußgängerbereiche; Beseitigung oder weitgehende Minderung der durch den Verkehr verursachten Lärmbelästigung; Ausweisung des ruhenden Verkehrs möglichst an der Peripherie.
- die Qualität der stadttechnischen Erschließung, wie Ausbau und Ausstattungsgrad der technischen Versorgung, die den Forderungen nach dem modernen, komfortablen und hygienischen Wohnen Rechnung tragen.

Es ist deutlich, daß alle diese Elemente in einer engen Wechselwirkung zueinander stehen, wobei das qualitative Angebot der Gebäude des Wohnungsbaus oder des Gesellschaftsbaus maßgebend für die Qualität der anderen Elemente ist. Es wäre jedoch nicht korrekt, die qualitativen Unzulänglichkeiten bei einem der Elemente mit Hilfe der anderen ausgleichen zu wollen, wie etwa die fehlende Plastizität im Wohnblock mit dem Hinweis auf geplante Bäume in unmittelbarer Nähe zu rechtfertigen.

Da die Wohnblocks den überwiegenden Teil der Wohnumwelt bilden, sind sie bestimmend für die Einschätzung der Gesamtqualität einer städtebaulichen Anlage. Es ist daher folgerichtig diesem Erzeugnis größere Aufmerksamkeit in jeder Hinsicht zu widmen.

Folgende Grundforderungen werden an Erzeugnisse des Wohnungsbaues erhoben:

- Gewährleistung des vorgegebenen Wohnungsverteilerschlüssels; Deckung des Wohnungsbedarfs für Haushalte mit 1 bis 5 Personen.

Hier stellt sich die Frage nach einer rationellen, zweckmäßigen, funktionellen Gliederung und Zusammensetzung der Grundrisse, wobei eine gewisse Austauschbarkeit der Funktionen gewährleistet sein muß.

Gewährleistung städtebaulich-hygienischer Gesichtspunkte, wie Möglichkeiten der Bildung von verkehrsfreien Räumen zum Lärmschutz, der leichten Erreichbarkeit der zur Wohnfunktion gehörenden Freiflächen, der Besonnung der Wohnräume; Notwendigkeit der zweiseitigen Erschließung; Unterbringung der Müllcontainer entsprechend den mülltechnologischen, funktionellen und hygienischen Forderungen

- Gewährleistung funktionsgerechter Beziehungen zu den Hofräumen, zu den Kindereinrichtungen und zu den Zentrumsbereichen sowie zu den Anlagen der aktiven und passiven Erholung; Möglichkeiten der Über-, Vor-, Anlagerung unterschiedlicher Funktionen zur Bildung zusammenhängender Kommunikationsbereiche sind sehr bedeutungsvoll.
- Gewährleistung ideell-ästhetischer Gesichtspunkte, wie die Möglichkeit differenzierter Raumbildung mittels variabler Bebauungsformen und -strukturen sowie Anwendungsmöglichkeiten variablerer äußerer

1 Halle Neustadt, Wohnkomplex III
Durch unterschiedliche Farbgebung und Anordnung der Loggienbrüstungen, den Bau von Maisonettewohnungen im 5. und 6. Geschoß und den Einsatz von Eckverbindern ist es gelungen, mit einem einzigen Typ (P2) einen einprägsamen Wohnkomplex mit 4300 Wohnungen zu errichten.

2 Rostock-Evershagen
Möglichkeiten zweiseitiger Erschließung und vielfältige städtebauliche Gestaltungsvarianten erlauben auch die Trennung in verkehrs- und verkehrsfreie Räume. Abwechslungsreiche Fassaden ergeben sich aus der Anwendung von Waschputz und Spaltklinkern.

3 Anstatt gestalterisch unbefriedigender, glatter Giebel wurden hier Strukturelemente eingesetzt.

4 Eine funktionsgerechte Nutzung ist durch die leichte Erreichbarkeit der Freiflächen gegeben. Die Ecklösungen als Kommunikationspunkte (s. H. 2/75) sind zur Förderung eines gemeinschaftlichen Wohnens geeignet.

5 Halle-Neustadt, Wohnkomplex IV
Keramik und Rollkies wurden als unterschiedliche Materialien für die Fassadengliederung angewandt. Die Eingangsgestaltung bezieht die Unterbringung der Müllcontainer ein.

6 Gleiche Blockgeometrie und gleiche Oberflächengestaltung führen zur Gleichheit von Wohnensembles in Sangerhausen, Eisleben und Bernburg.

2

3

4

5

6

Gestaltungsmittel zur positiven emotionalen Auswirkung. Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten der Eck- und Längsverbinderbauten mit Durchgang oder Durchfahrt, der konischen Segmente mit und ohne Durchgang sowie die Kombinationsmöglichkeiten der Erzeugnisse zueinander mit optisch wahrnehmbaren und gestalterisch wirksamen vertikalen sowie horizontalen Versätzen. Ferner sind zu erwähnen: Plastizität der Gebäude bedingt durch die funktionelle Grundrißlösung; abwechslungsreiche und variable Gestaltung der Fassaden mittels Farb- und Oberflächengestaltung durch Anwendung und Kombination pflegearmer Materialien zur Gliederung der Fassaden. (Die Gestaltung der Eingänge, der Giebel sowie der Erdgeschoßzone darf auch nicht außer acht gelassen werden.)

Nicht zuletzt wird die Qualität der Erzeugnisse im Wohnungsbau von der Qualität der Platten in der Herstellung entschieden. Die schlechte Qualität wird einerseits durch die nicht genügende Beherrschung der Fertigungstechnologie und andererseits durch die Unachtsamkeit erzeugt. Mängel in der Montage in Form der schiefen Fugen oder sogar der Einbau der Platten mit Kantenbrüchen oder mit ähnlichen, auf dem Transport entstandenen Schäden tragen insgesamt zur negativen Beurteilung der Qualität im Wohnungsbau bei.

Die meisten der bei der Herstellung der Erzeugnisse entstandenen Mängel können durch organisatorische Maßnahmen ohne zusätzlichen Kostenaufwand behoben werden. Das gleiche gilt bei der Einführung bestimmter, die Qualität bestimmender und fördernder Faktoren. Da aber die Einführung dieser Faktoren unmittelbaren Einfluß auf die Arbeitsproduktivität hat, erklären sich die Baubetriebe schwerlich einverstanden, auf diese Forderungen einzugehen, zumal bei denen die Planerfüllung, also die Quantität, als maßgebend angesehen wird. Es sollte hier jedoch das Prinzip gelten, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Es ist oftmals auch die Frage größerer innerbetrieblicher Bereitschaft, die notwendigen organisatorischen Veränderungen in den bisher gut eingespielten Arbeitsprozessen im Interesse der besseren Qualität im Wohnungsbau einzuführen.

Umgestaltung als eine unumgängliche Aufgabe

Wie wichtig diese Bereitschaft für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm ist, macht ein anderer Aspekt des Problems deutlich. Die Realisierung des Wohnungsbauprogramms und die damit zusammenhängende Flächeninanspruchnahme kann nicht weiter in der bisherigen Weise erfolgen. Es kann nicht auf die Dauer an Rändern der Städte auf grüner Wiese gebaut werden und die Altstadtgebiete dem Verfall überlassen werden. Dadurch werden die Kommunikationspunkte verstreut, die wiederum zu einer ungesunden Entwicklung der Gesamtstadtstruktur beitragen. Die bestehenden Städte, deren Bausubstanz veraltert ist und deren Stadtanlage den modernen Anforderungen nicht mehr entspricht, müssen umgestaltet werden. Die Umgestaltung schließt die formale Gestaltung sowie der Lebensweise entsprechende inhaltliche Gestaltung mit ein.

Dabei ergeben sich unter anderem folgende Probleme:

- Umgestaltung würde bedeuten Abbruch-Neubau, Modernisierung und Werterhaltung, wobei die gestalterischen Probleme vorwiegend beim Abbruch auftreten, da hier die Denkmalpflege – interessiert an Erhaltung bestimmter Gebäude und Ensembles – ein wichtiges Wort mitzureden hat.

- Es entstehen Komplikationen, wenn es um den Abbruch oder um die Erhaltung der Altbausubstanz geht, weil es hier keine verbindliche Prioritätenliste gibt, die besagt: was in welchen Städten unter welcher Wertigkeit abgerissen werden kann oder unbedingt zu erhalten ist. Beurteilungskriterien sollen berücksichtigen: den kulturhistorischen Wert, die traditionelle Eigenheit des Gebäudes bzw. des Ensembles, den Kommunikationswert für die Bewohner, den physischen und moralischen Verschleißzustand der Gebäude, die vorgesehene künftige Nutzung innerhalb der neuen Anlage und den ökonomischen Aufwand im Falle der Werterhaltung und Zuführung zu einer neuen bzw. anderen Nutzung.

Im Falle des Abbruchs entsteht die Aufgabe auf der in dieser Weise bereinigten Fläche städtebaulich-architektonisch mindestens gleichwertiges Gebäude hinzusetzen. Dies betrifft den Wohnungsbau ebenso wie den Gesellschaftsbau. Dies betrifft insbesondere die städtebaulichen Räume und den städtebaulichen Maßstab. Die chaotische vorhandene Funktionsmischung darf nicht durch monofunktional gegliederte Trennung, sondern durch geordnete Funktionsmischung (wenn möglich durch Funktionsüberlagerung) ersetzt werden.

Welche Voraussetzungen sind seitens der Erzeugnisangebote her gegeben? Bei näherer Betrachtung ist leicht festzustellen:

- Das Angebot der bezirklichen Bauproduktion ist zur Bewältigung der Umgestaltungs-

7

8

9

10

7 Schwerin-Großer Dreesch

Mit der Entwicklung der WBS 70 — Gassilikatbeton ist hier ein entscheidender Durchbruch hinsichtlich des Erzeugnisangebots gelungen. Die funktionelle und äußere Gestaltung der Wohnblocks ist beeindruckend. Die nicht vorhandene zweiseitige Erschließung zieht aber zwangsläufig den fließenden Verkehr in die inneren Höfe nach sich, eine lärmgeschützte Seite der Wohnung ist schwerlich zu erreichen.

8 Magdeburg-Süd

Eine stumpfe Eckenbildung ohne Durchgangsmöglichkeit führt zu „toten" Flächen. Die nur einseitige Erschließung ergibt außerdem erhebliche funktionelle Nachteile.

9 Die Oberflächenqualität der Platten durch unterschiedliche Materialkonzentration wirkt störend, die Hauseingangsbeleuchtung ist offensichtlich ein Provisorium.

10 Neubrandenburg

Bei der weiteren Einführung auf breiter Basis und Vervollständigung der WBS 70 gilt es, ein Angebot zu erarbeiten, das den gestiegenen Anforderungen nach höherer Qualität im Wohnungsbau, basierend auf den bisher gesammelten Erfahrungen, gerecht wird.

aufgaben hinsichtlich der städtebaulich-architektonischen Gestaltung und der geeigneten Bauformen noch unzureichend.

- Diese Angebote sind hinsichtlich der technischen, bautechnologischen und ökonomischen Bedingungen zum Bauen „auf der grünen Wiese" ohne Berücksichtigung der Bindungen an vorhandene Bausubstanz oder an andere örtliche bauliche Gegebenheiten ausgelegt.

Zur Bebauung eines günstig zu erschließenden Geländes im Stadtgebiet einer Kreisstadt mit teilweiser Altbausubstanz hatten folgende Faktoren bestimmenden Einfluß auf die Erarbeitung der Bebauungskonzeption im derzeitigen Angebot des Typs IW 64 P-Halle:

- Vorgegebene Länge bedingt durch die Blockprojektierung aller Sektionen
- beschränkte Anwendung der zweiseitigen Erschließung in bestimmten Sektionen
- einheitliches Angebot der Oberflächengestaltung, kein Angebot zusätzlicher Gestaltungselemente
- keine Funktionsüberlagerung; Aneinanderreihung gesellschaftlicher Einrichtung bedingt durch die Bautechnologie möglich
- Gebäudeabstände und übermäßige Flächeninanspruchnahme bedingt durch die Baustraßenbreite und durch Wenderadien der Plattenfahrzeuge
- Elementetransport durch Schwerlastträger (schwerfällig und platzaufwendig); zusätzlicher, technologisch-bedingter Flächenabriß
- Gebäudestellung bedingt durch die ökonomische Führung des Außen-Kollektors. Hochbautechnologisch bedingt war ein horizontaler Versatz bis 2,00 m und ein vertikaler Versatz bis 0,80 m möglich. Seitens des Tiefbaues wurde, bedingt durch den Bau von Installationsgängen zur Reduzierung des Tiefbauaufwandes, die Forderung gestellt, den horizontalen Versatz auf maximal 0,25 m zu reduzieren und den vertikalen Versatz gänzlich entfallen zu lassen.
- Forderung der Baubetriebe: Abbruch aller nicht zu erhaltenden Altbauten vor dem Baubeginn, sowie sicherheitsbedingte Räumung aller zu erhaltenden Altbauten für die Dauer der gesamten Bauzeit ungeachtet des physischen und moralischen Verschleißes der leerstehenden Gebäude über einen längeren Zeitraum.

Es ist klar, daß mit diesen Mitteln und in dieser Weise die zukünftigen Aufgaben bei der unvermeidlichen Umgestaltung der Altstädte nicht gelöst werden können. Für die Umgestaltung ist die Entwicklung einer Bauweise notwendig,

- die variabel in der Anwendung, nicht schwerfällig und vor allem nicht platzaufwendig ist
- die für die gesellschaftlichen Einrichtungen sowie für den Wohnungsbau einheitlich ist, um die geordnete Funktionsmischung zu gewährleisten
- die flexibel genug ist, um die unterschiedlichen hochbaulichen Strukturen im Raum und im Maßstab entsprechend der historisch entstandenen Strukturen zu ermöglichen
- die vor allem in funktioneller Hinsicht unterschiedliche Grundrißlösungen ermöglicht,
- die architektonisch-gestalterisch sowie im Sinne der Materialanwendung, der Farb- und Oberflächengestaltung größeren Spielraum läßt und
- keine hohen Grundinvestitionen erfordert.

Welche Bauweise (industrielle Monolithbauweise, SK-Bauweise oder eine andere Bauweise) alle diese Forderungen erfüllen wird, bedarf noch entsprechender zielgerichteter Untersuchungen und Entwicklungen, womit allerdings schon jetzt angefangen werden muß. Es ist selbstverständlich, daß die Lösung unmittelbar bevorstehender Aufgaben den absoluten Vorrang hat, aber zugleich dürfen weitere Ziele nicht aus den Augen gelassen werden.

Über Urheber von Werken der Baukunst in der DDR

Dr. jur. Winfried Müller,
Bauakademie der DDR

„Architekt X. hat sich neulich bitter beschwert, daß man seine großen Verdienste nicht gebührend ehrt."
Mit diesen Worten[1] formulierte Henryk Keisch in einem „Einsturzsicher" betitelten Epigramm die Sorgen der Urheber, die Werke der Baukunst schaffen. Doch solche Klagen sind unangebracht. Bereits in Art. 11 Abs. 2 unserer Verfassung vom 6. April 1968 heißt es: „Die Rechte von Urhebern ... genießen den Schutz des sozialistischen Staates."[2]

Die Verantwortung der Leiter

Diese Rechte, die im Gesetz über das Urheberrecht[3] vom 13. September 1965 spezifiziert wurden, sichern den Urhebern von Werken der Baukunst, daß sie sich ungestört ihrem Schaffen zuwenden können. Das ist eine Aufgabe für die Leiter von Staats- und Wirtschaftsorganen, kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Aber auch die Direktoren der Betriebe, bei denen Urheber tätig sind, wurden durch das Gesetz verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Rechte der Urheber in ihrem Wirkungsfeld realisiert werden. Damit ist gesichert, daß die Kunstschaffenden nicht um den Ertrag ihrer geistig-schöpferischen Arbeit gebracht werden, wenn das Werk vollendet ist.

Die Verpflichtung der Leiter, für die Verwirklichung der Urheberrechte zu sorgen, erstreckt sich sowohl auf Werke, die im Rahmen von Arbeitsrechtsverhältnissen, als auch auf Werke, die aus freischaffender Tätigkeit stammen. Hier wird kein Unterschied gemacht. In gleicher Weise werden Autorenkollektive behandelt, die Einzelschaffenden gleichzustellen sind.

Mit der Verpflichtung der Leiter zur Verwirklichung der Rechte von Urhebern ist die Notwendigkeit verbunden, den Urhebern die erforderliche Unterstützung zu geben, die sie für ihre ungestörte Tätigkeit benötigen. Das beginnt bei der Vorgabe der Vorstellungen über die zu schaffenden Bauwerke, die für einen ganz bestimmten Standort unter Einhaltung exakter technischer und ökonomischer Parameter fixiert werden. Zwingend ist auch immer der Zeitpunkt der Fertigstellung eines Werkes, um dem Urheber die von der Gesellschaft gewünschten Erwartungen mitzuteilen, die zugleich das Verhältnis des Baukunst-Urhebers zur sozialistischen Gesellschaft ausfüllen. Für die Leiter ergibt sich nach der Fertigstellung eines Werkes der Baukunst die weitere Verpflichtung, daß dieses Produkt für die Gesellschaft nutzbar gemacht wird, um eine breite Wirkung zu erzielen. Damit tragen die Leiter zugleich die Verantwortung dafür, daß die künstlerischen Werke dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen, humanistische Ideen verbreiten, den Frieden sichern und die Völkerfreundschaft symbolisieren. Werke der Baukunst, die nicht verwirklicht werden und dessen Entwürfe und Skizzen in Archiven verschwinden, weil die Pläne nachträglich geändert wurden und die Leiter unverantwortlich handelten, verärgern die Urheber und leisten der sozialistischen Gesellschaft keinen guten Dienst.

Urheberrechte im Arbeitsrechtsverhältnis regeln

Richtig handeln die Leiter dort, wo bei ihnen tätige Architekten, Konstrukteure und Projektanten, die Werke der Baukunst schaffen oder schaffen könnten, ihre beiderseitigen Befugnisse im Arbeitsvertrag regeln. Vielfach entstehen Werke der Baukunst in Ausübung arbeitsrechtlicher Verpflichtungen. Da das Urheberrecht immer an natürliche Personen gebunden ist, sind alle die Betriebe gut beraten, die sich das Recht zur Nutzung der bei ihnen geschaffenen Baukunstwerke von ihren Urhebern durch Übereinkommen im Arbeitsvertrag sichern. Hierbei nehmen die Betriebe die Rechte ihrer Mitarbeiter als Urheber selbständig wahr. Voraussetzung dafür ist, daß die Nutzung der Werke zur Lösung der dem Betrieb gestellten Aufgaben dient.

In den Betrieben, wo die Befugnisse und Pflichten nicht im Arbeitsvertrag geregelt wurden, sollte dies schnell nachgeholt werden. Damit wird entstehenden Konflikten vorgebeugt, die oft auf Meinungsverschiedenheiten beruhen. Nach einem Urteil des Bezirksgerichts Leipzig vom 19. 2. 1974 gehört es zu den Aufgaben des Betriebes, die sich aus dem subjektiven Urheberrecht ergebenden weiteren Rechte und Pflichten des Werktätigen im Rahmen des mit ihm bestehenden Arbeitsrechtsverhältnisses zu regeln. Der Abschluß eines neuen Arbeitsvertrages ist zur Regelung dieser Beziehungen nicht erforderlich. Oft genügt eine Ergänzung zum bestehenden Arbeitsvertrag. Aber auch im Betriebskollektivvertrag können diese Festlegungen fixiert und mit dem Inkrafttreten verbindlich werden.

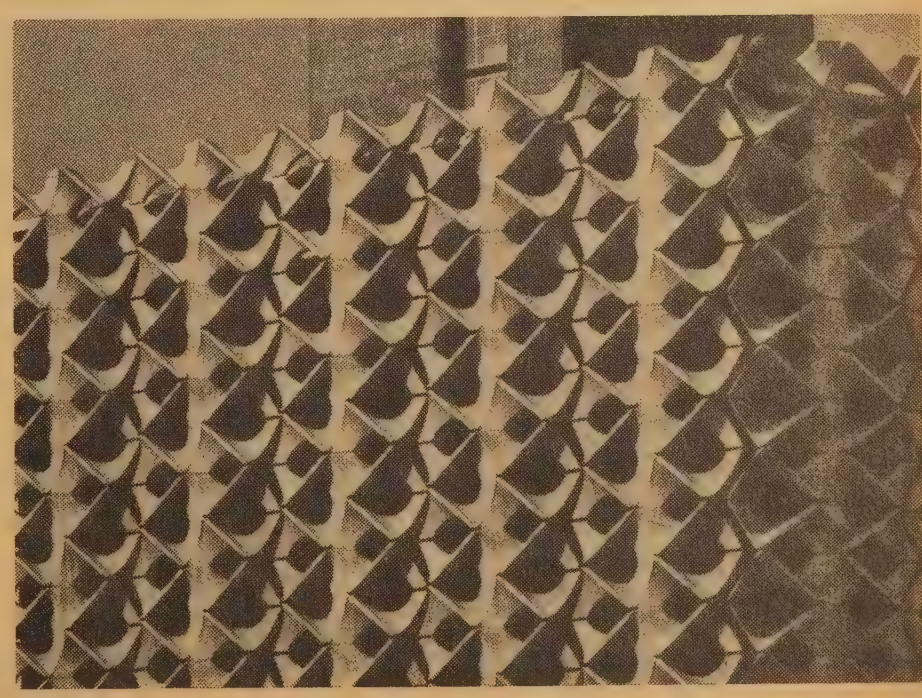
Wenn keine Regelungen getroffen wurden – und in dieser Gefahr schweben die Betriebe, welche die Mühe der beiderseitigen Abgrenzung gescheut haben –, kann der angestellte Urheber das in einem Betrieb entstandene Kunstwerk für Zwecke nutzen, die nicht immer im Interesse des Betriebes liegen, mit dem er Arbeitsrechtsbeziehungen unterhält. Damit wird der Urheber denen gleichgestellt, die freischaffend Werke der Baukunst vollbringen. Unmißverständlich ist die Festlegung: „Das Urheberrecht ist nicht übertragbar." Das gilt für Werke der Baukunst, egal, ob sie im Arbeitsrechtsverhältnis oder auf der Grundlage zivilrechtlicher Beziehungen entstanden sind und nun durch die Betriebe genutzt werden sollen. Die Institutionen müssen sich die Nutzungsrechte und Verträge mit den Urhebern übertragen lassen. Wenn ein Unternehmen z. B. ein volkseigenes Bau- und Montagekombinat ein Werk der Baukunst realisieren will, muß es die Nutzungsbefugnis haben. Auch die unentgeltliche Nutzung muß mit dem Urheber ausdrücklich vereinbart werden.

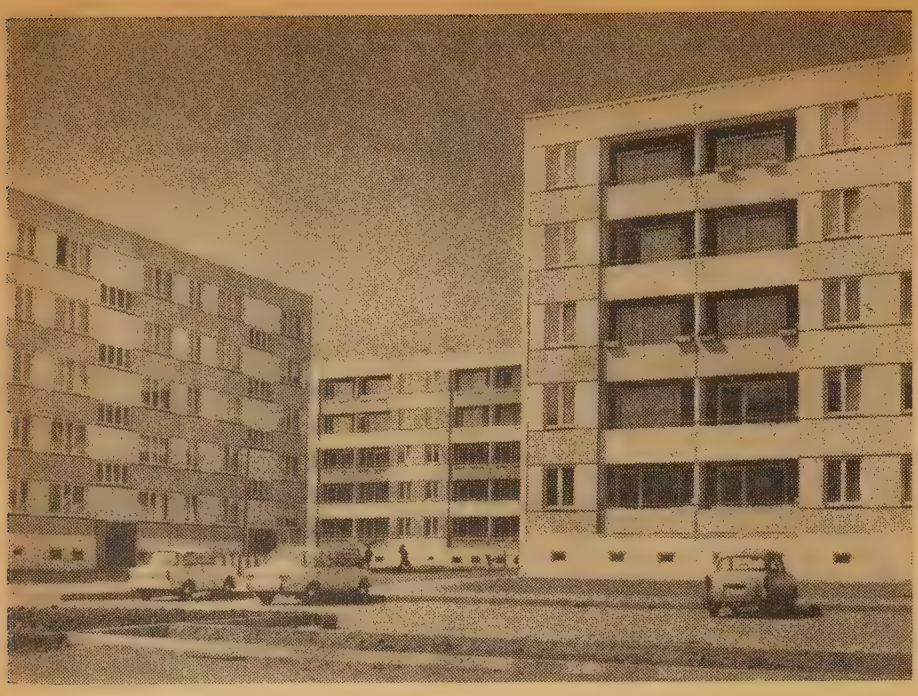
Nutzungsbefugnisse des Urhebers

Der Urheber eines Werkes der Baukunst hat das ausschließliche Recht, darüber zu entscheiden, ob er sein Werk unentgeltlich oder gegen Entgelt nutzen will. Diese vermögensrechtlichen Befugnisse sind es, die er in einem Vertrag seinem Betrieb für die Nutzung des von ihm geschaffenen Werkes überträgt. Das Urheberrecht des Autors geht damit nicht auf den Projektierungsbetrieb oder den Betrieb über, dem er die Nutzung ermöglicht.

In der Regel steht dem Urheber für die Übertragung dieser Werknutzungsbefugnis eine Vergütung zu. Sie richtet sich nach dem sozialistischen Leistungsprinzip und ist in verbindlichen Honorarordnungen festgelegt. Diese Vergütung kann aber auch mit dem

1
Betonstrukturwand der Stadthalle „Kongreß" in Karl-Marx-Stadt.
Entwurf: Prof. Hubert Schiefelbein





2
Auch bei der Realisierung des Wohnungsbauprogramms der DDR gilt es, Fragen des Urheberrechts zu beachten.

Lohn oder Gehalt abgegolten werden. Bei Urhebern in Arbeitsrechtsverhältnissen wird oft ein Teil des Honorars als Gehalt gezahlt.

Es ist aber auch möglich, daß der Urheber auf jede entgeltliche Übertragung der Werknutzungsrechte verzichtet, weil er damit vielleicht einen Solidaritätsbeitrag leisten will. Ferner kann der Autor eine persönliche Beteiligung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Masseninitiative bezwecken. In solchen Fällen empfiehlt es sich, daß die Autoren konkret bestimmen, für welchen humanitären Zweck die werknutzenden Betriebe das den Urhebern zustehende Honorar verwenden sollen.

Nichtvermögensrechtliche Urheberbefugnisse

Neben den vermögensrechtlichen Befugnissen des Urhebers umfaßt das sozialistische Persönlichkeitsrecht auch verschiedene nichtvermögensrechtliche Befugnisse. Die bekannteste Befugnis dieser Art ist das Recht des Autors auf Namensnennung. Immer wieder kommt es vor, daß Betriebe sich als Autor eines Werkes ausgeben und den Namen des Urhebers verschweigen. Natürlich kann kein Urheber verlangen, daß sein Name wie eine Losung über dem Eingang eines Bauwerkes angebracht wird. Hier müssen Proportionen gewahrt werden. Aber kein werknutzender Betrieb hat das Recht, den Namen des Künstlers zu „vergessen". Zulässig und allen Beteiligten gerecht wird die Nennung des Urhebers und bauausführenden Betriebes. Damit erlebt der Urheber die Anerkennung seiner Urheberschaft an dem Werk der Baukunst, das von ihm stammt.

Der Autor hat auch das Recht der Erstveröffentlichung. Hierbei wird dem Urheber die Befugnis zugestanden, darüber zu befinden, in welcher Gestalt das Werk der Baukunst in Erscheinung treten soll. Der Autor entscheidet darüber, ob sein Werk nach Inhalt und Form ausgereift ist, um nun gebaut zu werden. In der Bauausführung ist dann nicht statthaft, vorgegebene Materialien durch andere ohne Zustimmung des Urhebers zu verwenden, wenn diese Baustoffe geeignet sind, den Kunstwert des Werkes herabzusetzen. Nur offensichtliche Unrichtigkeiten wie z. B. Rechenfehler können ohne Zustimmung des Urhebers korrigiert werden.

Mit einer solchen Handhabung des Gesetzes wird das Recht des Autors auf Unverletzlichkeit des Werkes der Baukunst realisiert.

Damit wird auch die Achtung der Gesellschaft vor der Leistung des Baukünstlers dokumentiert. Er hat das Recht, jeder Verstümmelung seines Werkes zu widersprechen, die einer falsch verstandenen Sparsamkeit entspricht und geeignet sein könnte, dieses Persönlichkeitsrecht des Urhebers zu verletzen. Während der Urheber nach der Ablieferung der zu realisierenden Fassung des Werkes kein Recht zur nachträglichen Änderung des Kunstwerkes ohne Zustimmung des bauausführenden Betriebes hat, kann der werknutzende Betrieb in der Fertigstellungsphase Änderungen des Baukunstwerkes auch nur mit Zustimmung des Urhebers vornehmen.

Dem werknutzenden Baubetrieb ist es nicht gestattet, das Werk der Baukunst in einer Art und Weise zu verwenden, die geeignet ist, das künstlerische oder wissenschaftliche Ansehen des Urhebers zu schädigen. Der Schutz gegen eine rufschädigende Verwendung des Werkes der Baukunst kann in solchen Fällen von den Urhebern beansprucht werden, wo z. B. durch die Änderungen im Bebauungsplan dem Kunstwerk ein anderer Standort zugewiesen wird und damit eine nicht gewünschte Wirkung erreicht wird, die seinem Ansehen schädlich sein könnte.

Ausländische Autorenrechte wahren

Die Rechte der Urheber von Werken der Baukunst, die DDR-Bürger sind, stehen in gleichem Umfang den Autoren von Kunstwerken zu, die in Staaten wohnen und wirken, mit denen die Deutsche Demokratische Republik durch internationale Vereinbarungen verbunden ist. Das sind die Revidierte Berner Übereinkunft (RBÜ) in der Fassung von Rom vom 2. Juni 1928[5] und das Welturheberrechtsabkommen (WUA) vom 6. September 1952, dem die DDR seit dem 5. Oktober 1973[6] als Mitglied angehört. Hinzu kommt die Vereinbarung zwischen der DDR und der UdSSR über den gegenseitigen Schutz von Urheberrechten vom 4. Januar 1974.[7]

In immer stärkerem Maße macht die sozialistische ökonomische Integration im Rahmen des RGW Fortschritte. Darum verwundert es nicht, wenn ausländische Baukünstler durch Organe der DDR zum Werkschaffen eingeladen werden. Aber auch Architekten aus anderen Ländern bekommen Gelegenheit, durch Werke der Baukunst in der DDR für die Prinzipien des Friedens, der Freundschaft und Verständigung zwischen den Völkern einzutreten. Durch solche Beziehungen wird der Kulturaustausch entwikkelt und gefördert.

Im internationalen Urheberrecht wurde der Grundsatz der Inländerbehandlung entwikkelt, der allen Urhebern zugute kommt, die aus Ländern stammen, mit denen die DDR durch ihre Mitgliedschaft international verbunden ist. Damit werden solche Autoren aus mehr als sechzig Ländern den Urhebern in der DDR gleichgestellt.

Die Werke ausländischer Urheber können nur auf der Grundlage vertraglicher Abmachungen genutzt werden. Solche Verträge werden über das Büro für Urheberrechte abgewickelt, und die vereinbarten Honorarzahlungen werden in gleicher Weise transferiert.

Freie Werknutzung

Das Urheberrecht ermöglicht allen Bürgern die Aneignung der Schätze von Kunst und Wissen. Es bevorzugt hier keine Klasse oder Schicht. So steht es jedermann frei, sich von den geschaffenen Werken der Baukunst anregen zu lassen und individuelle schöpferische Leistungen neu zu gestalten.

Natürlich wird mit einer solchen statthaften Inspiration kein Nachbauen zugelassen. Das war schon im zaristischen Rußland verboten, und der Baumeister Wassili Bashenow mußte 1776 erleben, daß der Palast „Zarizyno" in Moskau auf Veranlassung der Zarin Katharina II. völlig zerstört wurde, weil der Künstler zwei völlig gleiche Pavillons errichtet hatte. Was seinerzeit als ungeheure Taktlosigkeit galt und die Römer als Plagiat bezeichneten, ist auch in der sozialistischen Gesellschaft nicht legitim.

Statthaft dagegen ist das Fotografieren von Werken der Baukunst, die sich an öffentlichen Plätzen, Straßen und Wegen befinden. Wenn ein Maler diese Werke der Baukunst festhalten will, bedarf es dazu keiner Genehmigung durch den Urheber. Doch bei der Vervielfältigung der Fotos sollte der Name des Architekten niemals fehlen; denn die abgebildete äußere Ansicht ermöglichte erst diese Fotografie.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Rechte und Pflichten der Urheber von Werken der Baukunst in der DDR in völligem Einvernehmen mit den Interessen der sozialistischen Gesellschaft stehen, die sich die breite Wirkung und Nutzbarmachung dieser Werke durch die beauftragten Partner der Urheber sichert.

Literatur:

1 Auszug aus: Epigramme, Neueste Folge, Hinstorff Verlag Rostock 1970
2 GBl. I Nr. 47 S. 432
3 GBl. I Nr. 14 S. 209
4 Neue Justiz, Berlin 28 (1974) 17 S. 534
5 RGBl. 1933 II S. 890
6 GBl. II Nr. 4 S. 25, Ber. Nr. 6 S. 104
7 GBl. II Nr. 2 S. 5

INFORMATIONEN

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Richard Stork, Leipzig
1. September 1905, zum 70. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Hans Malsch, Sonneberg,
2. September 1910, zum 65. Geburtstag

Architekt Friedrich Denecke, Roßleben,
7. September 1925, zum 50. Geburtstag

Architekt Dr. agr. Klaus-Dietrich Gandert, Berlin,
14. September 1925, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Helmut Wilkerling, Quedlinburg,
16. September 1925, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Arch. Richard Jenner, Berlin,
24. September 1895, zum 80. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Gerd Zeuchner, Berlin,
24. September 1925, zum 50. Geburtstag

Architekt Erich Böhme, Leipzig,
27. September 1925, zum 50. Geburtstag

Architekt Ernst Käseberg, Döbeln,
27. September 1900, zum 75. Geburtstag

20 Jahre Bezirksgruppe Gera

Die Bezirksgruppe Gera des BdA/DDR konnte im März dieses Jahres auf eine 20-jährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken.

Eine Reihe von Veranstaltungen in den Monaten März und April, so z. B. Werkstattgespräche, Problemdiskussionen über städtebauliche Planungen, Besichtigungen fertiger Bauobjekte, Fragen der Rekonstruktion und der Denkmalpflege in Kreisstädten, Auswertung internationaler Erfahrungsaustausche, Aussprachen mit dem Hauptauftragnehmer „Freiflächen", Fachgespräche über Umgestaltung von städtischen Parkanlagen und über die Gestaltung von Eigenheimen in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Bauaufsicht legten ebenso von der Breitenarbeit der Bezirksgruppe Gera des BdA/DDR Zeugnis ab, wie Veranstaltungen über den Generalbebauungsplan der Stadt Jena und Beratungen mit den Bürgermeistern der Kreisstädte von Saalfeld, Rudolstadt und Pößneck.

Die Chronik der Bezirksgruppe legt Zeugnis über die große Wirksamkeit des Fachverbandes ab. Durchgeführte Architekturausstellungen und Exkursionen, gemeinsame Fachtagungen mit dem bezirklichen Bauwesen und der KDT, systematische Weiterbildungsreihen und Wochenendseminare, die Erarbeitung von Architekturanalysen, die verstärkte Mitarbeit in der Nationalen Front und im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – mach mit!" sowie die Erarbeitung von Gutachten und Studienentwürfen, die zeitweilige Bildung von Arbeitsausschüssen zur Lösung von Grundsatzfragen des bezirklichen Bauwesens zeigen das vielfältige Betätigungsfeld der Bezirksgruppe.

So hat auch der erweiterte Bezirksvorstand seine Sitzung im April auf der Großbaustelle Gera-Lusan durchgeführt, um durch Kenntnisnahme des Bauablaufes und des bereits Gebauten eine erste Einschätzung als Fachverband vorzunehmen.
Es wurde eingeschätzt,

- daß trotz der geringen Anwendung von nur zwei Gebäudeformationen – gerader und gekrümmter Block – eine überzeugende städtebauliche Lösung erzielt werden konnte.
- Durch die gekrümmten Baukörper konnte die Topografie des Geländes besser ausgenutzt und die natürliche Geländestruktur als gegebenes Gestaltungsmittel voll zur Wirksamkeit gebracht werden.
- Neue Gedanken zur Begrünung der Freiflächen durch unterschiedliche Bepflanzungen in den Wohnhöfen und Straßenzügen wurden sehr begrüßt.

Kritisch wurde vermerkt,

- daß für die Eingangszonen an den Wohnblöcken eine größere Variabilität notwendig erscheint, um auch dort die Geländesituation besser zu nutzen und den Erlebnisbereich zu erhöhen.
- Das angewendete Gestaltungsmittel durch Spiegelausbildungen und Glaskröselbeschichtung unter den Fenstern überzeugt nicht in allen Fällen und sollte durch Materialien, die einen geringeren Alterungsprozeß besitzen, ersetzt werden.
- Weiterhin ist eine kurzfristige Entscheidung über die Realisierbarkeit von gesellschaftlichen Einrichtungen, die über die übliche Grundausstattung gehen, für den Bezirk Gera dringend notwendig.

Der Bezirksvorstand faßte diese und weitere Einschätzungen in einer Stellungnahme zusammen, die als erste Teilanalyse zu werten ist und sicher mithilft, in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit die Qualität von Architektur und Städtebau im Bezirk Gera weiter zu verbessern.

Dipl.-Arch. Werner Lonitz

Kolloquium der ZFG Innengestaltung/Ausbau in Magdeburg vom 12. 3. bis 14. 3.

Kollegen aus Baukombinaten und -betrieben, aus spezifischen Ausbau- bzw. Innengestaltungsbetrieben, aus Forschungs- und Entwicklungsinstituten, aus der staatlichen Leitung, Vertreter der KDT, Kollegen anderer Zentraler Fachgruppen des BdA/DDR und Gäste einer Reihe von Industriezweigen hielten bei diesem Erfahrungsaustausch Beiträge zu dem Thema „Probleme der Vorbereitung und Realisierung im Ausbau und in der Innengestaltung unter dem Aspekt der Erhöhung der Effektivität und Verbesserung der Qualität". Dieses Kolloquium diente der Aktivierung der Mitarbeit bei der Klärung offener Fragen und der Qualifizierung der Arbeit auf diesem Gebiet.

Für die weitere Arbeit formulierte die ZFG programmatische Thesen, die im folgenden wiedergegeben sind. Sie sind hier durch Anmerkungen aus dem Referat von Frau Prof. Dr.-Ing. habil. A. Bach, den Korreferaten von Kollegen Wolter, Hartmann, Söhnel, Dr. C. Krause, Prof. Heinicke und den Diskussionsbeiträgen der Beratungen ergänzt.

1. Der Ausbau, die Ausrüstung und die Ausstattung bestimmen in hohem Maße die Qualität der Architektur und die Leistungsfähigkeit des Bauwesens.

Die in der ZFG vertretenen Architekten und Ingenieure richten alle Anstrengungen auf die effektive Erfüllung der anstehenden bedeutenden Aufgaben des Wohnungs-, des Gesellschafts- und Industriebaus. Ihr Ziel ist, mit hohem gesellschaftlichem Verantwortungsbewußtsein ihre Rolle bei der immer besseren Befriedigung sozialer, kultureller und materieller Bedürfnisse wahrzunehmen. Sie betrachten die Erfordernisse der sozialistischen Rationalisierung und damit die Intensivierung der Bauproduktion im Sinne des VIII. Parteitages und insbesondere der 10. und 13. Tagung des ZK der SED als eine wesentliche Grundlage ihrer gesamten Tätigkeit.

- Bei 1000 WE arbeiten 42 AK für den Tiefbau, 64 AK für die Tragkonstruktionen, 230 AK in den Ausbaugewerken
- Die Bauzeitproportionen reichen gegenwärtig bis zu 80 Prozent für Ausbauarbeiten bei 20 Prozent für den sogenannten Rohbau (Tragkonstruktionen).
- Kostenrelationen von 50 Prozent zu 50 Prozent können als durchschnittlich angesehen werden und erreichen bei steigender Tendenz bis zu 70 Prozent beim Ausbau.

2. Die raumgestalterischen, schöpferischen Entscheidungen der entwerfenden Architekten sind ein entscheidender Beitrag zur Gestaltung der Wohn- und Arbeitsumwelt und damit für die Arbeit der ZFG von besonderem Interesse. Die steigenden Anforderungen an den Gebrauchswert, einschließlich der ästhetischen Werte der gebauten Umwelt, gelten als Qualitätsmerkmal der Architektur in unserer sozialistischen Gesellschaft und dürfen bei der Erhöhung der Effektivität der Bauproduktion und unter den Bedingungen der industriellen Massenfertigung nicht vernachlässigt werden.

- Erfüllung der sozialen Verantwortung der Architekten heißt für uns die Durchsetzung spürbarer Verbesserungen für alle Menschen.
- Die kritische Auseinandersetzung um architektonische Qualität auf dem Gebiet der Innengestaltung und des Ausbaus soll in der ZFG und den bezirklichen Fachgruppen an Beispiellösungen geführt werden.
- Ungenügende gestalterische Bewältigung der industriellen Produktion wird durch folkloristische oder andere Verkleidungen und Dekorationen nicht besser.

3. Erhaltung und Modernisierung von Gebäuden, bedingt durch physischen und moralischen Verschleiß, gilt es in steigendem Maße und besserer Qualität als bisher zu bewältigen.

Diese neue Qualität muß auch den Bedürfnissen und wechselnden Anforderungen während der Nutzungsdauer so weit erkennbar und vertretbar entgegenkommen.

- Lebensdauer und Alterungsfähigkeit sind Qualitätsmerkmale der Architektur mit ökonomischen, kulturellen, ästhetischen u. a. Konsequenzen. Die Produktion von Ausbau-, Ausrüstungs- und Ausstattungsteilen, die moralisch und physisch schnell verschleißen, muß gesenkt werden.
- Gesamtvolkswirtschaftliches Denken vor einmalige Aufwandsentscheidung setzen.
- Aussterben von Spezialberufen für die Denkmalspflege der Innenarchitektur verhindern.

4. Verstärkte Aufmerksamkeit richtet die ZFG auf die quantitative und qualitative Beherrschung des industriellen Bauens auf dem Gebiet des Ausbaus. Sie orientiert sich an bereits erprobten Bestlösungen und will dazu beitragen, das Zurückbleiben des Ausbaus gegenüber anderen Teilprozessen des Bauens zielstrebig zu verringern. Vorhandenen Qualitätsmängeln entgegenzuarbeiten, heißt dabei den Gebrauchswert zu erhöhen, neue ästhetische Qualitäten zu erreichen, Kosten und Zeit einzusparen und den Materialaufwand zu senken. Dabei ist der gesamte Bauprozeß als ein einheitlicher Prozeß zu sehen, d. h. die wechselseitigen Anforderungen der tragenden und der Ausbaukonstruktion sind besser als bisher zu berücksichtigen.

- Handwerkelei auf den Baustellen und in den Vorfertigungsbetrieben sind zu reduzieren.
- Nicht trotz, sondern durch industrielle Methoden sind materielle und kulturelle Bedürfnisse zu befriedigen und zu entwickeln! „Kunst" der Fuge als ästhetisches Prinzip bei der Bewältigung des Bauens mit Elementen; Montagegefüge, die sich gestalterisch ausweisen.
- Hochentwickelten Tragsystemen stehen heute eine Menge verschiedenartiger Teillösungen im Ausbau gegenüber.

■ 1975 übersteigen die Bedarfsanforderungen für Sonderanfertigung in der Möbelindustrie die Möglichkeiten um 100 Prozent.

5. Die Elemente der Raumgestaltung, insbesondere die massenweise produzierten Ausstattungselemente für den Wohnungs- und Gesellschaftsbau, entsprechen in vielen Fällen noch nicht den Bedürfnissen der Nutzer hinsichtlich Sortiment und Qualität. Das mindert die Qualität des Finalproduktes bzw. erhöht die Kosten und den Zeitaufwand durch Einzelfertigung. Die ZFG sieht es als notwendig an, in enger Verbindung mit dem AiF bei der Veränderung dieser Situation mitzuarbeiten.

■ Das betrifft erstens die Flächenelemente des Ausbaus (wie Decken, Fußböden, Tapeten), zweitens die gebäudetechnischen Ausrüstungselemente (wie sanitärtechnische Objekte, Beleuchtungskörper) und drittens die Ausstattungselemente (wie Sitzmöbel und Behältnisse).

■ Die Aufgaben des AiF im Bereich des Bauwesens sind besonders umfangreich im Ausbau und der Innengestaltung.

6. Der komplexe Charakter des Bauens zeigt sich in besonderem Maße bei den Ausbauprozessen. Davon ausgehend wird der interdisziplinären Arbeit innerhalb der ZFG erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden sein. Mangelnde Koordinierung der Aufgaben bei den Vorbereitungs- und Projektierungsprozessen sowie bei der Bauausführung wurden als wesentliche Ursachen für schlechte Qualität erkannt. Eine nahtlose Verkettung der Arbeitsergebnisse von Architekten, Ingenieuren und Formgestaltern ist im Interesse einer einheitlichen, hohen Qualität des Finalproduktes Gebäude notwendig. Besondere Beachtung bedarf in diesem Zusammenhang die Optimierung der arbeitsteiligen Projektierung zugunsten erhöhter architektonischer Qualität.

Es wurde ein Beispiel eines Metalleichtbaus angeführt, bei dem 27 Bilanzorgane beteiligt sind und 90 Betriebe Teilleistungen für den Ausbau erbringen.

Durch objektivierte Produktionsstruktur ist die Vielzahl der Gewerke zu überwinden.

Gute Leitungstätigkeit fördert die Qualität.

7. Die Arbeit der ZFG orientiert sich auf der Grundlage der genannten Zielstellungen auf die wissenschaftlich-technische Entwicklung, wie sie im Rahmen zentraler staatlicher und wissenschaftlicher Gremien und Institutionen, insbesondere der Bauakademie der DDR als Leitstelle der Forschung und Entwicklung, ständig analysiert und betrieben wird. Ein Nachteil ist die zu geringe theoretische Auseinandersetzung mit architektonischen Fragen der Innenraumgestaltung sowie das Fehlen einer wissenschaftlichen und künstlerischen Leitstelle für Ausbau und Raumgestaltung. Die ZFG arbeitet mit Forschungs- und Entwicklungsstellen und den entsprechenden Wissenschaftsbereichen der Hoch- und Fachschulen zusammen.

Die schnelle Überleitung und Einführung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die sozialistische Praxis, auch die Auseinandersetzung mit den damit zusammenhängenden architektonischen Fragen, ist ein Anliegen der ZFG. Als eine wichtige aktuelle Grundlage gelten die Ergebnisse der 29. Plenartagung der Bauakademie der DDR, die sich mit den langfristigen Aufgaben der Bauforschung zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effektivität des Ausbaus befaßte.

Forschungsgemeinschaften der Ausbaubetriebe überbrücken fehlende Leitinstitution.

Die ZFG kann nicht das notwendige wissenschaftlich-künstlerische Zentrum für die Grundlagenforschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Innengestaltung und des Ausbaus ersetzen.

Die Architekturtheorie hat vorwiegend den Außenraum zum Gegenstand. Beachtet werden muß, daß der Mensch sich nachweislich vorwiegend im Innenraum aufhält.

60 Prozent der Leistungssteigerungen resultieren aus wissenschaftlich-technischen Ergebnissen.

8. Die in den Arbeitsbereichen der Mitglieder der ZFG gesammelten Erfahrungen zur arbeitsteiligen Planung und Projektierung von raumgestalterischen Aufgaben und Ausbauleistungen sollen zu Schlußfolgerungen für die berufliche Profilierung von Architekten, Ingenieuren und Formgestaltern führen. Erfahrungen der Baukombinate und -betriebe sowie der Projektierungs- und Entwicklungsstellen anderer Industriezweige und wissenschaftlicher Einrichtungen sollen dabei einbezogen werden.

Diese Ergebnisse sollen zur Präzisierung von Anforderungscharakteristiken für Hoch- und Fachschulabsolventen dienen.

9. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien der ZFG Aus- und Weiterbildung des BdA und den Bildungsstätten wird in der künftigen Tätigkeitsperiode der ZFG zu klären sein, wie weit die gegenwärtige Aus- und Weiterbildung an Hoch- und Fachschulen den Praxisanforderungen genügt bzw. welche Veränderungen gegebenenfalls vorgeschlagen werden können. Dabei sollten die wachsenden Aufgaben des Ausbaus gesehen sowie berücksichtigt werden, daß zur Zeit keine spezialisierten Kader an Hochschulen ausgebildet werden und vor allem auch für Architekten keine spezifischen Weiterbildungsmöglichkeiten bestehen.

10. Zur Aktivierung der gesamten Arbeit der ZFG Innengestaltung/Ausbau sind die verschiedenen Formen ihres Wirkens, entsprechend den erforderlichen Aufgaben zu entwickeln. Hierzu rechnet auch eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit.

■ Planmäßige Zusammenarbeit mit der Sektion Ausbau der KDT, Mitarbeit der Mitglieder der ZFG in anderen Ausbaugremien und Einladung von Vertretern spezifischer Betriebe und Institutionen zu Seminaren.

■ Die Innengestaltung interessiert die Bevölkerung besonders. Werden wir den berechtigten Forderungen nach aufklärender Öffentlichkeitsarbeit gerecht?

■ Kollegen der bezirklichen Fachgruppen Rostock und Karl-Marx-Stadt gaben Gebrauchsanleitungen und Ausstattungsbeispiele für die fertiggestellten Wohnungen.

Die Zentrale Fachgruppe wertet dieses Seminar als Bilanz der Situation und Grundlage für eine kontinuierliche Arbeit. Die ZFG dankt der Bezirksfachgruppe Magdeburg für die kollegiale Unterstützung bei der Durchführung des Seminars, das durch den Erfahrungsaustausch bei der Besichtigung des CENTRUM-Warenhauses und historischer restaurierter Bauten wertvoll bereichert wurde.

Dipl.-Arch. Dietmar Kuntzsch

Bauakademie der DDR

Erfahrungen und Probleme der Umgestaltung von Mittel- und Kleinstädten

Am 24. und 25. Oktober 1974 veranstalteten das Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR und der Bund der Architekten der DDR in Rostock eine Fachtagung zum o. g. Thema, das auch Forschungsgegenstand ist.

Im Mittelpunkt standen Fragen der langfristigen städtebaulichen Planung und Vorbereitung der Umgestaltung dieser Städte in den 80er und 90er Jahren.

51,4 Prozent der DDR-Bürger leben gegenwärtig in 1099 Stadtgemeinden (2000 bis 100 000 Einwohner). In der DDR besteht damit ein relativ dichtes Netz städtischer Siedlungen, allerdings mit erheblichen territorialen Unterschieden (4,6 bzw. 7,2 Stadtgemeinden pro 1000 km² in den Nord- bzw. Mittelbezirken, 29,2 Stadtgemeinden pro 1000 km² Territorium, z. B. im Bezirk Karl-Marx-Stadt).

Die Lage und die Größe, das gesellschaftliche Profil (insbesondere Struktur und Entwicklung der Produktivkräfte), die Funktion im Siedlungsnetz, die historische Entwicklung, die Beschaffenheit der Grundfonds, die territorialen Ressourcen sind wichtige Unterscheidungsmerkmale, die sich auf die konkrete Umgestaltungsaufgabe, auswirken. Die Gruppierung nach Siedlungskategorien durch die Staatliche Plankommission bietet einen ersten Ansatz, den entwicklungsbestimmenden Kriterien Rechnung zu tragen und ist u. a. auch ein Hilfsmittel zur Erarbeitung stadtspezifischer Zielstellungen und Planungskonzeptionen.

Hauptziel der städtebaulichen Umgestaltung ist für das nächste Jahrzehnt auch in den Mittel- und Kleinstädten die Verbesserung der Wohnbedingungen. Für viele Städte verbindet sich mit dieser Zielstellung die Aufgabe, die Umgestaltung innerstädtischer Gebiete in Angriff zu nehmen. Allerdings ist damit zu rechnen, daß auf Grund des bestehenden Wohnungsdefizits und eines ungenügenden Vorlaufes für die Umgestaltung auch noch über 1980 hinaus extensiver Wohnungsneubau notwendig sein wird. Für den Umgestaltungsprozeß in Mittel- und Kleinstädten ist von Bedeutung, daß 75 bis 80 Prozent aller Wohngebäude und etwa 25 bis 30 Prozent der Wohnungen Privatbesitz sind. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, daß bei weiterer Verbesserung der Baumaterialbereitstellung ein erheblicher Anteil der Wohnungen durch Eigenleistungen der Bevölkerung instandgesetzt und modernisiert werden kann.

Die Netze und Bauten gesellschaftlicher Einrichtungen werden künftig unter verstärkter Einbeziehung von Rationalisierungsmaßnahmen weiter entwickelt und verbessert.

Vertreter der staatlichen Organe oder ihrer zugeordneten Forschungseinrichtungen informierten über Entwicklungstendenzen, Investitionsschwerpunkte, Planungsgrundlagen und -beispiele ihrer Bereiche. Den Fragen des Verkehrs und der technischen Versorgung war ein weiterer Tagungsabschnitt gewidmet.

Im Zusammenhang mit den komplizierten Fragen der Umgestaltung von Altstadtkernen, von denen in der DDR einige hundert mit vielfach bedeutenden kulturhistorischen Bauten und Anlagen existieren, wurden Gesichtspunkte zu ihrer Bewertung, Planungsbeispiele (Bernau, Wittstock, Hildburghausen), Wettbewerbsergebnisse (Greifswald) und Anforderungen an die Erzeugnisentwicklung im Wohnungs- und Gesellschaftsbau zur Diskussion gestellt.

Einigkeit bestand darin, daß die Umgestaltung der Mittel- und Kleinstädte auf der Grundlage langfristiger Planungen vorzubereiten ist. Dabei erfordern die stadtspezifischen gesellschaftspolitischen Zielstellungen gründliche Analysen und eine – sowohl inhaltliche als auch terminliche – Abstimmung der städtebaulichen Planungen mit der Territorialplanung und dem Verkehrswesen. Die relativ geringen Planungskapazitäten erfordern eine Konzentration auf Schwerpunktaufgaben. Über Erfahrungen bei der Rationalisierung der Planungsarbeiten berichteten Vertreter der Bezirke Rostock, Neubrandenburg und Erfurt.

Fachkollegen aus der Sowjetunion, der ČSSR, der VR Polen, der UVR, der VR Bulgarien und der Rumänischen SR bereicherten durch ihre Beiträge das Tagungsprogramm.

Das Tagungsmaterial wird vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR im Informationsdienst Städtebauforschung Heft 1/75 veröffentlicht. Das Material enthält auch die „Thesen und Empfehlungen", die von den Teilnehmern der Fachtagung verabschiedet wurden.

Dr.-Ing. Andrä
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Kurzfassung

DK 711.58(–201.4).001.2

Lasch, R.; Kaufmann, E.; Bräuer, M.; Weinhold, Ch.

Wohngebiet Rostock-Groß Klein

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, S. 456 bis 461,
3 Lagepläne, 9 Modellfotos, 1 Ansicht, 1 Perspektive

Mit dem Bau dieses Wohngebietes wird im wesentlichen der Wohnungsbau im Raum Lütten Klein zwischen Rostock und Warnemünde abgeschlossen. Insgesamt werden hier 120 000 Einwohner untergebracht werden können. Für das Wohngebiet Groß Klein (18 300 Einwohner) wurden mehrere städtebauliche Varianten erarbeitet und einer Vorzugsvariante wurde zugestimmt. Die städtebauliche Konzeption mit vier Wohngruppen ist entsprechend den sich entwickelnden Möglichkeiten der Bauindustrie lebendig gestaltet und mit interessanten attraktiven Erlebnisbereichen für die Fußgänger ausgestattet. Über 75 Prozent der Wohnungen werden im mehrgeschossigen Wohnungsbau untergebracht, das Wohnungsangebot ist hinsichtlich seiner Qualität verbessert worden.

DK 711.58(–201.4).001.1

Klügel, S.

Bebauungskonzeption des 3. Bauabschnittes von Lobeda-Ost

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, S. 462 bis 465,
2 Lagepläne, 3 Strukturskizzen, 1 Ansicht, 3 Perspektiven, 1 Tabelle

Die vorliegende bestätigte Bebauungskonzeption sieht die Errichtung des 3. Bauabschnittes in zwei Etappen vor: Im ersten Teil werden bis 1980 Wohnungen für 4500 Einwohner gebaut, im zweiten Teil nach 1980 Wohnungen für weitere 6000 Einwohner. Außerdem wird auch das Hauptzentrum des Wohngebietes Lobeda-Ost errichtet. Auf Grund der langgestreckten Ausdehnung des Bebauungsgebietes muß im 3. Bauabschnitt zusätzlich ein Nebenzentrum errichtet werden.
Das hängige Gelände zwang dazu, auch geschwungene Baukörper einzusetzen, die den Höhenlinien folgen. In Verbindung mit der Hanglage und der bewaldeten Bergsilhouette wird das Wohngebiet ein für Jena typisches städtebauliches Motiv bilden.

DK 725.56:725.513:72.092

Heinen, K.; Liebig, W.

Wettbewerb – Feierabendheime mit Pflegestationen

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, S. 470 bis 477,
1 Abb., 8 Perspektiven, 4 Ansichten, 11 Grundrisse, 1 Lageplan

Für die Entwicklung und Gestaltung neuer, volkswirtschaftlich günstiger Lösungen wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben. Vier Preise und sechs Prämien des Wettbewerbsergebnisses werden vorgestellt. Entsprechend den Empfehlungen des Preisgerichtes wird die weitere Bearbeitung der preisgekrönten Arbeiten durch kooperative Zusammenarbeit einiger Institute unter Einbeziehung der vielen interessanten Ideen der anderen Entwürfe vorgenommen.

DK 725.56:721.011:658.012.2

Schattenberg, W.

Grundsätze für die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Feierabendheimprojekten mit Pflegestationen

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, S. 478 bis 481,
1 Abb., 2 Schemata, 11 Grundrisse

Feierabendheime mit Pflegestationen gliedern sich in vier Funktionszonen: in die Feierabendheim-, die Pflege-, die Gesellschafts- und die Versorgungszone. Ergänzt werden die Zonen durch einige Bereiche. Die Gestaltung dieser Zonen und Bereiche wird näher erläutert. Vom Institut für Technologie der Gesundheitsbauten der DDR wurde ein Katalog für Funktionseinheiten (Wohn-/Schlafraum, Bettenzimmer, Gemeinschaftsraum u. a.) von Feierabendheimen mit Pflegestationen entwickelt, aus dem auch die Abbildungen des Beitrages entnommen sind. Die Funktionseinheiten wurden auf der Grundlage eines Grundrastermaßes von 6,0 m × 6,0 m und 3,0 m × 6,0 m entwickelt; sie sind auf die Entwicklungsrichtungen der Plattenbauweise (WBS 70) und der Skelettbauweise (SKBS 75) abgestimmt.

DK 725.838:721.011.1

Wendt, J.

Zur Funktionslösung von Jugendzentren

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, S. 482 bis 485,
8 Abbildungen

Die hier vorgestellte Konzeption für ein Jugendzentrum wurde von einem Kollektiv der Sektion Architektur der HAB Weimar erarbeitet. Diese Konzeption soll in einer mittleren Kreisstadt im Bezirk Halle in den nächsten Jahren schrittweise realisiert werden. Die Grundüberlegungen für eine jugendspezifische Gestaltung können auch für kleinere Jugendklubs in Wohngebieten gelten, die im Rahmen des komplexen Wohnungsbaus geplant sind.
Es wurde versucht, neuere funktionelle und gestalterische Erkenntnisse im Entwurf umzusetzen und den Jugendlichen differenzierte und attraktive Funktionsbereiche anzubieten, die flexibel und veränderbar den jeweiligen Bedürfnissen angepaßt werden können. Die Autoren sehen folgende Bereiche als erforderlich an: interkommunikativer Bereich, Saalbereich, Gastronomie, Bibliotheks- und Zirkelbereich sowie Sportbereich.

DK 72 + 711.4:725 + 727

Grekov, P.

30 Jahre Architektur im sozialistischen Bulgarien

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, S. 490 bis 495,
16 Abbildungen

Die sozialistische Revolution hat in der VR Bulgarien grundlegende Wandlungen in allen Lebensbereichen verursacht. Die enorme soziale und ökonomische Entwicklung des Landes findet ihren deutlichen Ausdruck in der Ausprägung von Architektur und Städtebau. Auf den Gebieten des Industrie-, Wohnungs- und Gesellschaftsbaus entstanden in den zurückliegenden Jahren zahlreiche architektonisch interessante Ensembles, die zunehmend das Bild der Städte und Gemeinden bestimmen. In bedeutendem Maße bestimmten auch die Erholungskomplexe am Schwarzen Meer die Weiterentwicklung von Architektur und Städtebau. In diesem Beitrag stellt der Autor Beispiele aus allen Gebieten des Bauwesens der VR Bulgarien vor.

Содержание

УДК 711.58(-201.4).001.2

Lasch, R.; Kaufmann, E.; Bräuer, M.; Weinhold, Ch.

456 Жилой район Росток-Гросс Клейн

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 8, стр. 456 до 461,
3 плана расп., 9 мод. фото, 1 вид, 1 перспектива

В основном, жилое строительство в пространстве Люттен-Клейн, расположенном между городами Росток и Варнемюнде, завершается строительством района Гросс Клейн. На всей территории Люттен Клейн можно разместить всего 120 000 жителей. Для жилого района Гросс Клейн (18 300 жителей) разработано ряд градостроительных вариантов, один из них был выбран. Градостроительная концепция предусматривает четыре жилых группы. В соответствии с развивающимися возможностями строительной промышленности район организован очень живым образом, создающим интересные впечатления для пешеходов. Более 75 % квартир находится в многоэтажных зданиях, качество квартир повысилось.

УДК 711.58(-201.4).001.1

Klügel, S.

462 Концепция застройки 3-й очереди строительства Лобеда-Ост

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 8, стр. 462 до 465,
2 плана расп., 3 структурных схем, 1 вид, 3 персп., 1 табл.

Имеющаяся подтвержденная концепция застройки предусматривает возведение 3-й очереди в трех этапах: В первой секции построятся до 1980 г. квартиры на 4500 жителей, во второй, после 1980 г., квартиры на дальнейшие 6000 жителей. Кроме того создается главный центр жилого района Лобеда-Ост. Удлиненная конфигурация района застройки требует, чтобы в течение выполнения 3-й очереди был создан побочный центр. Запланирована сильно расчлененная по времени реализация общественных сооружений и общее использование первого этажа жилых зданий. Откосная территория потребовала создать махающие, следующие за горизонталями корпуса зданий. В согласии с углом откоса и лесистым горным силуэтом жилой район будет типичным мотивом для города Иены.

УДК 725.56:725.513:72.092

Heinen, K.; Liebig, W.

470 Конкурс на дома пенционеров со станциями ухода

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 8, стр. 470 до 477,
1 илл., 8 персп., 4 вида, 11 гориз. проекц., 1 план расп.

Конкурс объявили на разработку новых, благоприятных с точки зрения экономики решений. Представлены в статье 4 приза и 6 премий как результаты конкурса. В соответствии с рекомендациями жюри дальнейшая обработка награжденных призом работ осуществляется сотрудничеством нескольких институтов с учетом интересных идей из других набросков.

УДК 725.56:721.011:658.012.2

Schattenberg, W.

478 Принципы планирования, подготовки и выполнения домов пенсионеров со станциями ухода

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 8, стр. 478 до 481,
1 илл., 2 схемы, 11 гориз. проекц.

Дома указанного назначения расчленены на четыре функциональные зоны: Дом пенсионеров, зону ухода, общественную зону и зону обслуживания. Зоны дополнены некоторыми подзонами. Организация всех этих отделений подробно описывается Институт технологии зданий здравоохранения в ГДР разработал каталог функциональных единиц (Жилые, спальные помещения, общественные помещения и т. п.). Иллюстрации статьи взяты из этого каталога. Функциональные единицы разработаны на основе модульной пространственной сетки размерами 6,0 м × 6,0 м и 3,0 м × 6,0 м в согласии с направлениями развития панельного (ВВС 70) и каркасного (СКБС) режимов строительства.

УДК 725.838:721.011.1

Wendt, J.

482 О функциональном решении центров молодежи

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 8, стр. 482 до 485,
8 илл.

Представленная в настоящей статье концепция центра молодежи была разработана коллективом секции архитектуры при вузе архитектуры и строительства в г. Веймаре. Намечено реализовать эту концепцию шаг за шагом в течение ближайших лет в одном из средних окружных городов района Галле. Основные размышления, целящие на специфичную для молодежи организацию, могут быть использованы также для небольших клубов молодежи в жилых районах, которые будут запланированы в рамках комплексного жилищного строительства. Попыталось перевести более новый функциональный и организационный опыт на набросок и создать для молодежи дифференцированные и аттрактивные функциональные области, которые могут быть приспособлены к данным потребностям. По имению авторов требуются следующие области: Коммуникация, зал, гастрономия, библиотека, кружок и спорт.

УДК 72 + 711.4:725 + 727

Grekov, P.

490 30 лет архитектуры в социалистической Болгарии

Architektur der DDR, Берлин 24 (1975) 8, стр. 490 до 495,
16 илл.

В НР Болгарии социалистическая революция принесла с собой основные изменения во всех областях жизни. Чрезмерное социальное и экономическое развитие страны ясно показалось в архитектуре и градостроительстве. За прошедшие годы в областях индустриального, жилищного и общественного строительства возведены многие интересные ансамбли, определяющие в растущей мере облик городов и поселков. Комплексы отдыха на Черном море также значительно влияли на дальнейшее развитие архитектуры и градостроительства. Автор представляет ряд примеров изо всех областей строительства в НР Болгарии.

Summary

DK 711.58(–201.4).001.2

Lasch, R.; Kaufmann, E.; Bräuer, M.; Weinhold, Ch.

Housing Area of Rostock-Groß Klein

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 8, pp. 456–461,
3 layouts, 9 model photographs, 1 view, 1 perspective

This housing area project will, more or less, complete the development scheme of Lütten Klein, a site between Rostock and Warnemünde. Accommodation will be provided for 120,000 dwellers. Several design alternatives had been prepared for the development of Gross Klein (18,300 dwellers), and one of them then was selected for implementation. The town planning concept provides for four housing groups, designs being flexible and stimulative in line with the growing possibilities of the building industry. Attractive areas of experience have been included for pedestrians. More than 75 per cent of all flats are in multi-storey buildings. The standards of the dwelling units have been improved throughout.

DK 711.58(–201.4).001.1

Klügel, S.

Buildup Concept of the Third Phase of Lobeda-Ost

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 8, pp. 462–465,
2 layouts, 3 structural drawings, 1 view, 3 perspectives, 1 table

This confirmed and approved concept provides for a two-stage completion of the third construction phase. Flats for 4,500 dwellers will be completed in the first stage by 1980, and housing for another 6,000 people is to be in turn-key condition at the end of the second stage which will begin after 1980. The main centre of Lobeda-Ost will be completed as well. An additional sub-centre will have to be completed in the third phase to cope with the large dimensions of the development area. Communal services will be built by strongly staggered time scales. The ground floor levels of the apartment houses are designed to joint uses and activities.
The site is of sloping topography, and some of the structures had to be curved in shape to follow landscape gradients. This slope position and a long-stretched forest skyline will provide for a city-design appearance typical of the town of Jena.

DK 725.56:725.513:72.092

Heinen, K.; Liebig, W.

Contest for Homes for Aged People with Extra-Care Wards

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 8, pp. 470–477,
1 layout, 1 illustration, 8 perspectives, 4 views, 11 floor plans

A contest has been instituted for the development and design of new solutions with favourable economic parameters. Four prizes and six bonuses were awarded and are described. The awards committee has recommended that further treatment be given to the prize-winning designs by cooperation between several institutes and by evaluating the rest of the entries for useful ideas.

DK 725.56:721.011:658.012.2

Schattenberg, W.

Principles for Planning, Preparation, and Completion of Homes for Aged People with Extra-Care Wards

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 8, pp. 478–481,
1 illustration, 2 diagrams, 11 floor plans

Homes for aged people with extra-care wards may be subvided into four functional zones, that is dwelling, care, common activities, and services. Added to these are additional areas. Zones and areas are described in greater detail. The Technological Institute of Health Buildings of the GDR has developed a catalogue of functional units for homes for aged people with extra-care wards from which illustrations have been chosen for this article. Bed-sitting room, bedroom, and common roome are some of them. They were designed on the basis of grids measuring. 6.0 m × 6.0 m and 3.0 m × 6.0 m. All functional units have been designed to fit in with trends of panel assembly construction, WBS 70, and of frame construction, SKBS 75.

DK 725.838:721.011.1

Wendt, J.

Functional Solution for Youth Centres

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 8, pp. 482–485, 8 illustrations

The youth centre blueprint described in this contribution has been worked out by a team of designers in the School of Architecture and Building Design of Weimar, Department of Architecture. A centre is to be completed after this concept in a medium-size county town of Halle Region in the forthcoming years. The project will be tackled in a phased-out approach. The major ideas of relevance to youth specificity in design can be applied as well to smaller youth clubs in housing areas planned in the framework of complex housing construction. An effort was made to have new functional and architectural ideas translated into designs and to provide for differentiated and attractive functional areas which should be flexible and variable to meet changing demands. The following functional areas are considered essential by the authors: communication, hall, meals, library, hobby activies, and sports.

DK 72 + 711.4:725 + 727

Grekov, P.

Thirty Years of Architecture in Socialist Bulgaria

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) No. 8, pp. 490–495, 16 illustrations

The socialist revolution has caused basic change at all levels in the People's Republic of Bulgaria. An enormous amount of socio-economic progress has been undergone by the country and is clearly reflected in architecture and town planning. Development in recent years has included projects of great architectonic interest in industrial and housing construction and in connection with public buildings as well. Such foci have increasingly shaped the identity of towns and villages. Progress in architecture and town planning is strongly demonstrated also by new holiday resorts along the Black Sea coastline. Examples are described with reference to all fields of building design in Bulgaria.

Résumé

DK 711.58(–201.4).001.2

Lasch, R.; Kaufmann, E.; Bräuer, M.; Weinhold, Ch.

456 Zone résidentielle Rostock-Groß Klein

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, p. 456–461,
3 tracés, 9 photos de maquette, 1 vue, 1 perspective

L'aménagement de cette zone résidentielle termine la majeure partie de la construction d'habitations dans la région de Lütten Klein entre Rostock et Warnemünde. Un nombre total de 120 000 habitants vivront dans cette zone. Plusieurs solutions variables urbanistiques furent élaborées et une variante préférée fut adoptée, finalement, pour la disposition de la zone d'habitation Groß Klein (18 300 habitants). La conception urbanistique comprenant quatre groupes d'habitation a un caractère très vital et fut réalisée d'après les possibilités de l'industrie du bâtiment qui se développe et dispose des attractions intéressantes pour les piétons. Plus que 75 pourcent des logements sont prévus dans les immeubles à plusieurs étages, et la qualité de l'offre des logements fut améliorée.

DK 711.58(–201.4).001.1

Klügel, S.

462 Conception du bâtiment de la troisième phase de construction à Lobeda-Ost

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, p. 462–465,
2 tracés, 3 esquisses de structure, 1 vue, 3 perspectives, 1 table

La conception actuelle confirmée du bâtiment se réfère à la troisième phase de la construction qui sera réalisée par deux étapes: pendant la première étape, jusqu'à 1980, des logements pour 4 500 habitants seront assemblés, et pendant la deuxième à partir de 1980, des logements pour un nombre additionnel de 6 000 habitants seront achevés. De plus, le centre principal de la zone d'habitation Lobeda-Ost sera aménagé. En vue de l'extension importante horizontale de la zone la construction additionnelle d'un centre secondaire est nécessaire dans la troisième phase de la construction. Une réalisation échelonnée dans le temps des bâtiments publics est planifiée. En outre, l'usage commun du rez-de-chaussée dans les immeubles d'habitation est planifiée. Le terrain montagneux a rendu nécessaire la disposition des corps de bâtiment arqués qui suivent les courbes de niveaux. Par rapport à la situation au colline et à la silhouette des montagnes et forêts, cette zone d'habitation constituera un motif urbanistique typique de la ville d'Iéna.

DK 725.56:725.513:72.092

Heinen, K.; Liebig, W.

470 Concours – foyer des personnes âgées avec stations de soin

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, p. 470–477,
1 illustration, 8 perspectives, 4 vues, 11 plans horizontaux, 1 tracé

Un concours fut organisé relatif au développement et à la réalisation des solutions économiques favorables. Quatre projets qui furent décorés de prix et six qui ont reçu des primes sont présentés dans cet article. Conformément aux recommandations du jury, les projets décorés de prix seront exécutés sur la base d'une coopération entre plusieurs entreprises en tenant compte de la multitude des idées des autres projets.

DK 725.56:721.011:658.012.2

Schattenberg, W.

478 Principes de la planification, préparation, et réalisation des projets des foyers avec stations de soin pour des personnes âgées

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, p. 478–481,
1 illustration, 2 diagrammes, 11 plans horizontaux

Les foyers avec station de soin pour les personnes âgées sont divisés en quatre zones fonctionnelles: celles du foyer, du soin, des rencontres et de l'approvisionnement. Plusieurs secteurs supplémentent ces zones. L'auteur donne des explications relatives à ces zones et secteurs. L'Institut de la technologie des bâtiments de la santé publique a élaboré un catalogue des unités fonctionnelles (chambre de séjour/à coucher, dormitoire, salle des rencontres etc.) pour les foyers avec des stations de soin. Les illustrations furent reproduites de ce catalogue. Les unités fonctionnelles furent développées sur la base d'une dimension modulaire de 6,0 × 6,0 mètres et de 3,0 × 6,0 mètres, adaptée aux orientations du développement de la méthode de construction en panneaux préfabriqués (WBS 70) et à ossature (SKBS 75).

DK 725.838:721.011.1

Wendt, J.

482 Sur la solution fonctionnelle des centres des jeunes

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, p. 482–485, 8 illustrations

La conception d' un centre des jeunes fut élaborée par un collectif de la section l'architecture à l'Ecole supérieure d'architecture et du bâtiment, Weimar. Il est prévu de réaliser graduellement cette conception pendant les prochaines années dans une ville moyenne de district dans la région de Halle. Les considérations de base visant à une disposition conforme aux intérêts des jeunes peuvent être valables également pour des clubs des jeunes plus petits dans les unités de voisinage qui sont planifié dans le cadre de la construction complexe d'habitations. On a essayé de traduire, dans le projet, les connaissances fonctionnelles et architecturales modernes et offre les jeunes des sphères différenciées et attractives fonctionnelles qui peuvent être adaptées à une manière flexible aux besoins respectifs. D'après les auteurs les sphères suivantes sont nécessaires: communication, salle, restaurant, bibliothèque et groupes d'intérêt.

DK 72 + 711.4:725 + 727

Grekov, P.

490 Trente ans de l'architecture en Bulgarie socialiste

Architektur der DDR, Berlin 24 (1975) 8, p. 450–495, 16 illustrations

Dans la République Populaire de Bulgarie, la révolution socialiste a suscité des changements fondamentaux dans toutes les secteurs de la vie. Le développement immense socio-économique du pays trouve son expression la plus prononcée par les traits caractéristiques de l'architecture et de l'urbanisme. Dans les domaines de la construction industrielle, d'habitations et des bâtiments publics des ensembles nombreux architecturaux furent crées dans les années passées qui ont souligné de plus en plus la physionomie des villes et communes. Dans une mesure considérable les zones de récréation au bors de la Mer Noire déterminent le développement ultérieur de l'architecture et de l'urbanisme. L'auteur explique des exemples de tous les secteurs du bâtiment en Bulgarie.

alu minium fenster

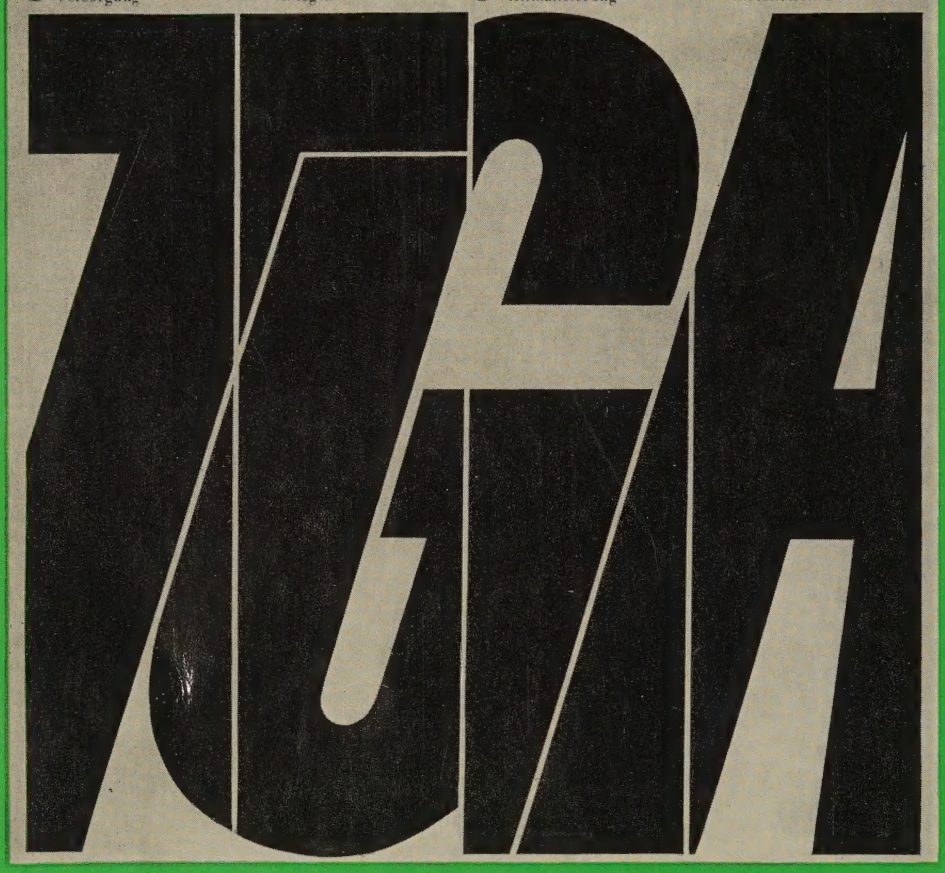
VEB METALLMONTAGEN BERLIN
im VEB BMK IHB
DDR 1199 BERLIN-ADLERSHOF
Telefon: 6 70 21 01 Telex: 11 23 92

Technische Gebäudeausrüstung für Bauingenieure

Fritzsche

Wissensspeicher

1 Technische Versorgung
2 Sanitäre Anlagen
3 Heizung, Lüftung, Klimatisierung
4 Elektrische Installationen



Im IV. Quartal dieses Jahres erscheint

2. Auflage,
etwa 242 Seiten
mit 488 Abbildungen,
144 Tafeln,
Leinen,
etwa 30,– M,
Bestellnummer:
561 469 8

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an den örtlichen Buchhandel.

Die Kooperation von Architekten, Bauingenieuren und Ingenieuren der technischen Gebäudeausrüstung ist dadurch gekennzeichnet, daß mit der baulichen Konzeption wesentliche Prämissen für Projektierung, Vorfertigung und Montage der Ausrüstung gesetzt werden.
Hinzu kommt, daß insbesondere die vom Architekten zu erbringenden Leistungen vielfach Priorität vor den Projektierungsleistungen der technischen Gebäudeausrüstung haben, schließlich trägt der Baubetrieb auch die Gesamtverantwortung für das Finalprodukt. Dies bedeutet, daß Bauingenieure und Architekten die Belange der TGA während des gesamten Investitionsgeschehens gebührend berücksichtigen müssen, indem sie Sorge für deren räumlich und zeitlich optimale Einordnung tragen. Der Wissensspeicher bietet die hierzu notwendigen Fakten in übersichtlicher und leicht auffindbarer Form, getrennt nach den Einzelgebieten: Technische Versorgung, Sanitäre Anlagen, Heizung, Lüftung, Klimatechnik und Elektrische Anlagen. Das Buch wird dem Studierenden und auch dem Praktiker eine wertvolle Wissensquelle sein.

VEB Verlag für Bauwesen, DDR — 108 Berlin

Index 31 409